VIDENER LIBRARY
X 3CQG L

Ger 2395.36.50

Harvard College Library

FROM THE

J. HUNTINGTON WOLCOTT FUND

GIVEN BY ROGER WOLCOTT [CLASS OF 1870] IN MEMORY OF HIS FATHER FOR THE "PURCHASE OF BOOKS OF PERMANENT VALUE, THE PREFERENCE TO BE GIVEN TO WORKS OF HISTORY, POLITICAL ECONOMY AND SOCIOLOGY"

Die ersten deutschen Sozialisten-Kongresse

Urkunden aus der Jugendzeit
der deutschen Sozialdemokratie
(1865—1875)

Herausgegeben von der Frankfurter Volksstimme

Preis [redacted] Pfennig

Frankfurt a. M. 1906
Verlag: Buchhandlung Volksstimme, Maier & Co.

Die ersten deutschen Sozialisten-Kongresse.

Ger 2375.36.50

HARVARD COLLEGE
DEC 9 1920
LIBRARY
Walcott fund

Druck: Union-Druckerei, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Vorbemerkung.

Mehrfach ist aus Arbeiterkreisen der Wunsch geäußert worden, ältere und wichtigere Protokolle deutscher Sozialistenkongresse im Neudruck herauszugeben. Wir hatten lange Bedenken gegen die Erfüllung dieser Wünsche, namentlich, insofern sie sich nur auf einzelne Kongresse, z. B. den Gothaer Einigungskongreß, bezogen. Erstens sind solche Protokolle ganz verständlich nur für denjenigen, der die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bereits genauer kennt. Zweitens bringen sie naturgemäß nicht immer dasjenige in prägnanter Form, was gerade das Charakteristische ihrer Tagung war. Sie wurden ja immer gleich nach der Tagung, also ohne historische Perspektive, verfaßt. Und drittens verführen sie dazu, selbst nachträglich noch die Dinge einseitig zu beurteilen, da der Leser nur einen vereinzelten, wenn vielleicht auch entscheidenden Akt derselben Zeit in der großen Entwicklungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung durch die Lektüre kennen lernt. Das waren wohl auch die Gründe, warum unsere Gesamtparteileitung bisher vom Neudruck älterer Protokolle abgesehen hat, so oft derselbe aus Parteikreisen schon begehrt worden ist. Indessen haben wir uns nunmehr, dem Drängen vieler Freunde nachgeben, doch entschlossen, eine Probe zu machen. Um kein allzu einseitiges Bild entstehen zu lassen, wollen wir drei Protokolle älterer deutscher Sozialistenkongresse neu herausgeben: 1. dasjenige der Braunschweiger Tagung der lassalleanischen Organisation von 1865, also aus der Zeit, wo der organisatorische Diktator Lassalle schon fehlte, wo seine Ueberlieferungen aber noch nachwirkten; 2. das der Nürnberger Tagung

der zum Sozialismus übergehenden demokratischen Arbeitervereine von 1868, das den Abschluß einer Entwicklung von der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus auf der anderen Seite der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet; sowie 3. das Einigungsprotokoll von Gotha (1875) über die Verschmelzung der Lassalleaner und „Ehrlichen" (internationalen Sozialisten) zur heutigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hoffentlich hat die Neuherausgabe der selten gewordenen geschichtlichen Urkunden die gute Folge, daß das Interesse für das Vorhergegangene und Nachfolgende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung doppelt geweckt und seine prächtige Schilderung in Mehrings Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dietz) desto fleißiger von unseren Genossen nachgelesen wird.

I.

Generalversammlung des Allg. Deutschen Arbeitervereins in Braunschweig (1865).

Nebst einem erläuternden Vorworte B. Beckers.

Vorwort.

§ 5 der Statuten bestimmt:

„Der Präsident setzt Generalversammlungen und Vorstandsberatungen, sowie den Ort derselben an."

Klarer und deutlicher können die Statuten nicht sprechen. Jedes Mißverständnis, jede Verdrehung ist durch die präzise Fassung dieses Paragraphen unmöglich gemacht. Gleichwohl mischte sich der Sozialdemokrat in die Ansetzung der Generalversammlung unberufen ein und erhob aus Böswilligkeit zu dem Zwecke, den Besuch der Generalversammlung zu stören und in die Gemeinden einen Wühlstoff zu werfen, noch kurz vor dem für die Generalversammlung angesetzten Tage eine in schlangenglatte Ausdrücke gehüllte, mit Katzenpfotenfalschheit zugestutzte Opposition. Das Präsidium war entschlossen, den Verein nicht zu einem Anhängsel und Fangball des Sozialdemokrat herabwürdigen zu lassen; es wollte, unbeirrt durch die unberechtigte Opposition des Vereinsblattes, die Versammlung am 27. November in Frankfurt a. M. abhalten, und sicher wäre auch die Generalversammlung, wie sich bald herausstellte, an selbigem Tage glänzend ausgefallen, wären nicht inzwischen andere Hindernisse eingetreten.

Laut § 6 des Geschäfts- und Verwaltungsreglements nämlich ist alljährlich durch drei vom Vorstande zu ernennende Revisoren die Entlastung des Vereinskassierers vorzunehmen. Es heißt im angezogenen Paragraphen:

„Die an den Kassierer jährlich einmal nach vorausgängiger Prüfung des Rechnungswesens durch drei vom Vorstande zu ernennende Revisoren zu erteilende Entlastung ist lediglich Sache des Vorstandes."

Gleichwie im vorigen Jahre sollte die Prüfung des Rechnungswesens am Tage vor der Generalversammlung vorgenommen werden, so daß den Delegierten in einem kurzen Finanzberichte der Kassenbestand des Vereins dargelegt werden konnte.

Deshalb schlug in einem Zirkular an den Vorstand unterm 24. Oktober das Präsidium die drei Revisoren Heinrich Coßmann aus Solingen, Friedrich Dürr aus Augsburg, Emil Försterling aus Dresden, also lauter Vorstandsmitglieder, und für den Fall, daß der eine oder andere der genannten Herren ablehnen sollte, als Stellvertreter die Nichtvorstandsmitglieder Heinrich Oberwinder aus Frankfurt, Wilhelm Hasenclever aus Hagen und Karl Wilhelm Tölcke aus Iserlohn vor.

Von den in erster Linie vorgeschlagenen Vorstandsmitgliedern lehnte bloß Heinrich Coßmann wegen des Kostenpunktes ab, weil nicht er, sondern Karl

Haller aus Solingen als Delegierter für die nach Frankfurt anberaumte Generalversammlung gewählt worden war; die beiden andern Herren nahmen die Mission an. Indem jetzt für Herrn Coßmann der erste Ersatzmann eintrat, konnte die Sache ihren regelmäßigen Gang gehen, hätten alle Mitglieder des Vorstandes über die Vorlage des Präsidiums abgestimmt. Es hieß am Ende des betreffenden Zirkulars:

„Ich ersuche nun die Herren des Vorstandes, mir allerspätestens bis zum 11. November entweder ihre Zustimmung oder andere Vorschläge einzuschicken." Allein die Vorstandsmitglieder Schlingmann in Berlin, von Schweitzer in Berlin, Jakob Audorf in Hamburg, Karl Henning in Ronsdorf, Fritzsche in Leipzig, Dörfel in Leipzig taten ihre Pflicht nicht, indem sie weder ihre Zustimmung zu den vorgeschlagenen Revisoren gaben, noch andere Vorschläge einschickten. Ja diese nachlässigen Vorstandsmitglieder erfüllten ihre Pflicht auch dann nicht einmal, als das Präsidium unterm 11. November in einem neuen Zirkular sie nochmals zur Abstimmung aufforderte. Hierdurch wurde das Präsidium außer Stand gesetzt, die Kassenrevision vornehmen zu lassen. Anstatt in dem Vorstande seine Stütze zu finden, wurde es durch einen Teil desselben lahm gelegt. Wohlgemerkt: es handelte sich nicht um Ausstoßungen, deren trotz der Wühlerei im ganzen wenige vorgekommen sind, sondern um die Ernennung von Kassenrevisoren, und gerade Reinhold Schlingmann, der den Mund seitdem recht voll genommen hat, befand sich unter denen, die ihre Pflicht nicht taten.

Schlimmer noch benahm sich in dieser Sache das Vorstandsmitglied Theodor Yorck in Harburg. Besagter Herr, der um jeden Preis opponiert und bereits bei der Wahl Lassalles den weißen Stimmzettel abgab, um Lassalle nicht die Freude einstimmiger Wahl zuteil werden zu lassen, schrieb unterm 14. November an das Präsidium folgende ebenso beleidigende, wie organisationswidrige Bemerkungen:

„In betreff der Ernennung oder Bestätigung der vorgeschlagenen Kassenrevisoren halte ich nach einmal geschehenem definitiven Vorschlag jede selbständige Meinungsäußerung für so völlig unmaßgeblich, daß ich darauf verzichte, für diesmal eine solche auszusprechen. Um aber künftig die Wahl der Revisoren als dem Gesamtwillen des ganzen Vereins entsprechend ansehen zu können, stelle ich den Antrag: Generalversammlung wolle verfügen, daß demnächst die Revisoren aus der Zahl der anwesenden Delegierten und Mitglieder durch freie Wahl hervorgehen und ernannt werden."

Yorck also begnügt sich nicht damit, seine Pflicht nicht zu tun: nein, er gibt sich auch den Anschein, als ob er nicht mehr frei abstimmen könne, und weit davon entfernt, als Vorstandsmitglied und Bevollmächtigter der Hüter der Organisation zu sein, schickt er einen Antrag, der mit dem Reglement, welchem gemäß die Entlastung des Kassierers „lediglich Sache des Vorstandes" ist, in direktem Widerspruch steht.

Offenbar war es hierbei darauf abgesehen, dem Präsidium Verlegenheiten zu bereiten. Hätte der Präsident die Kassenrevision vornehmen lassen, so wäre ihm der Vorwurf gemacht worden, daß die Kassenrevision und die Entlastung des Kassierers ungültig sei, weil die betreffenden Kassenrevisoren von der einen Hälfte der Vorstandsmitglieder nicht ernannt gewesen wären. Wurde dagegen

die Kassenrevision unterlassen, so war auf den Präsidenten der Schein geworfen, als habe er seine Pflicht nicht getan.

Das war einer der Hauptgründe, warum der seitherige Präsident, nachdem er bis zum letzten Augenblick auf die Einsendung der Abstimmung über die Kassenrevisoren vergeblich gewartet hatte, plötzlich seint Amt niederlegte. Die Organisation zeigte sich allerdings krank, um einen Ausdruck des Sozialdemokrat zu gebrauchen: aber die Krankheit steckte im Vorstande, sie lag in der Pflichtversäumnis der Herren J. B. von Schweitzer, Schlingmann, Yorck, Fritzsche, Dörfel, Audorf und Henning. Ein anderes krankes Vorstandsmitglied, Urbach in Köln, habe ich nicht mit angeführt, weil er — am Rhein wenigstens — als Agent der Gräfin von Hatzfeldt und als früherer Agent der geheimen Polizei hinlänglich gekennzeichnet ist. Doch sei nicht unerwähnt gelassen, daß die genannten kranken Vorstandsmitglieder, als ich ihnen den Antrag der Kölnischen Gemeinde auf seine Ausstoßung zusamt dem Antrage der Hamburger Gemeinde auf Ausstoßung der beiden Wühler Hesse und Spengler unterbreitete, ebenfalls ihre Abstimmung nicht einschickten.

Wie schrieb doch Lassalle von Rigi-Kaltbad aus? Er rief dem Vorstande zu: „Wenn solche Reibungen sich wiederholen und wenn mich der Vorstand nicht energischer gegen die Wiederkehr derselben schützt, so werde ich einfach das Präsidium niederlegen und wieder in meine alte Rolle als Vorkämpfer für die Interessen des Arbeiterstandes auf eigene Faust zurückkehren."

Indem ich mir vorbehalte, auf die Vorstandsvorlagen zurückzukommen, will ich jetzt den zweiten Grund angeben, warum ich die Generalversammlung vertagte und das Präsidium niederlegte. Derselbe betrifft die Tagesordnung. Die Anträge, sowie die laufende und wirkliche Nummer der Mitgliederzahl waren mir, laut Zirkular vom 24. Oktober, bis zum 11. November einzusenden. Nur wenige Bevollmächtigte, darunter Fritzsche in Leipzig, kamen dieser Aufforderung nicht nach. Außerdem sollten noch verschiedene hervorragende Mitglieder, namentlich am ersten Tage, der für die Oeffentlichkeit bestimmt war, Vorträge halten. In dieser Beziehung war die Anordnung folgendermaßen getroffen:

Hillmann hatte über die Agitation im Rheinlande und Westfalen zu sprechen; Paul über die Agitation in Schlesien; Perl über die Agitation im Norden; Fritzsche über die Agitation in Thüringen und Sachsen; Hasenclever über die Beeinflussung der Arbeiter durch die Presse; Tölcke über die Verfolgungen des Vereins; Würkert über die religiöse Seite unserer Bewegung. Außerdem sollte Fritzsche einen Bericht über das Schriftenwesen erstatten, und an Professor Dr. Wuttke ließ ich ebenfalls eine Einladung ergehen, indem ich demselben die Wahl des Gegenstandes, worüber er sprechen wollte, frei stellte. Von den Genannten lehnten ab Würkert und Wuttke; ersterer, weil ihn dringliche Familienangelegenheiten abhielten; letzterer, weil er ohne Genehmigung des Ministeriums, die in solchem Falle schwer zu erlangen gewesen wäre, Leipzig nicht verlassen durfte. Die übrigen Herren sagten zu. Nur Fritzsche geruhte nicht mir zu antworten, ob er die zwei Vorträge halten wollte oder nicht. Er antwortete auch dann nicht, als ich ihn durch Würkert noch im letzten Momente mahnen ließ. Auf diese Weise sah ich mich genötigt, die Tagesordnung offen zu lassen und konnte sie nicht rechtzeitig den Gemeinden zustellen. Ob dem hartnäckigen Stillschweigen Fritzsches eine böse Absicht zugrunde lag, muß da-

hin gestellt bleiben. Doch so viel steht fest, daß der Sozialdemokrat das Ausbleiben der Tagesordnung benutzte, um die Mitglieder gegen die Abhaltung der Generalversammlung in Frankfurt aufzuhetzen. Hätte ich nun die Generalversammlung abgehalten, indem ich entweder gar keine oder eine unvollkommene Tagesordnung bekannt machte, so wäre dies zu erneuter Vereinswühlerei benutzt worden: wie ich denn auch von Köln aus bereits aufgefordert wurde, die Generalversammlung zu vertagen, weil die Tagesordnung nicht rechtzeitig bekannt gemacht worden sei. Unter den obwaltenden Umständen war, wie jedem einsichtsvollen Mitgliede einleuchten muß, Vertagung der Generalversammlung gleichbedeutend mit meiner Abdankung. Ich dankte ab, legte die Präsidentur für die Zwischenzeit des Interregnums in die Hände Fritzsches, des seitherigen Vizepräsidenten, und vertagte die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit, damit ein neuer Präsident gewählt würde. Wäre nur Fritzsche gewillt gewesen, behufs der Neuwahl sofort die nötigen Schritte anzuordnen, so würde alles im regelrechten Gange geblieben sein.

Ehe ich diesen Gegenstand weiter verfolge, muß ich noch auf die Mitgliederzahl zu sprechen kommen, weil auch dieser Punkt mich zur Niederlegung des Präsidiums mitbestimmte. Wer ist ein wirkliches Mitglied unseres Vereins? Auf diese Frage gibt § 6 der Statuten folgende Antwort:

„Durch die Nichtbezahlung des Beitrags in vier auf einander folgenden Wochen wird die Mitgliedschaft verwirkt."

Im folgenden will ich zeigen, wie sich die laufende Nummer zur wirklichen Mitgliederzahl verhält. Laut der mir eingesandten Angaben hat

Augsburg	54	wirkliche Mitglieder, laufende Nummer	136
Asch in Böhmen	50	" " " "	94
Itzehoe in Holstein	124	" " " "	400
Erfurt	35	" " " "	71
Naumburg	31	" " " "	91
Offenbach	97	" " " "	120
Wüste-Giersdorf	350	" " " "	466
Beutengrund	62	" " " "	274
Steinseifersdorf	150	" " " "	340
Peterswaldau	200	" " " "	450
Ernsdorf	64	" " " "	64
Dreißighuben	50	" " " "	50
Stollbergsdorf	90	" " " "	96
Steinkunzendorf	0	" " " "	40
Leutmannsdorf	unbekannte Zahl	" "	ebenfalls unbekannt
Mittelsteine	12	" " " "	72
Dittmannsdorf	9	" " " "	9
Dresden	264	" " " "	364
Plauenscher Grund	69	" " " "	99
Köln	35	" " " "	241
Apolda	115	" " " "	224
Barmen	1000	" " " "	1600
Chemnitz	41	" " " "	82
Thonberg	14	" " " "	70
Duisburg	31	" " " "	240
Wüste-Waltersdorf	150	" " " "	315
Mülheim	140	" " " "	202
Großenhain	40	" " " "	120
Dünnwald	50	" " " "	103

Berlin	24	wirkliche	Mitglieder,	laufende	Nummer	31
Stettin	0	"	"	"	"	20
Grüna	12	"	"	"	"	12
Hamburg	900	"	"	"	"	1527
Frankfurt	300	"	"	"	"	497
Iserlohn	0	"	"	"	"	371
Bensberg	18	"	"	"	"	24
Limbach	37	"	"	"	"	37
Braunschweig	50	"	"	"	"	50
Harburg	100	"	"	"	"	420
Zusammen	4763	wirkliche	Mitglieder,	laufende	Nummer	9421

Auf vorstehender Liste fehlen Leipzig, Ronsdorf, Düsseldorf, Wermelskirchen, Elberfeld, Glauchau und einige kleinere Orte. Es fehlt Gläz-Falkenberg, dessen Mitgliederzahl Heinrich Schnabel mir einzuschicken unterlassen hat. Rechnen wir diese Gemeinden hinzu, so erhalten wir als laufende Nummer 11,000 und als wirkliche Mitgliederzahl des ganzen Vereins 5500. Seit dem Tode Lassalles hat sich unsere Zahl beinahe verdreifacht.[1])

Gewöhnlich ist die wirkliche Mitgliederzahl etwas höher gegriffen als sie in Wirklichkeit ist; denn indem viele Bevollmächtigte zweifelhaft waren, wie hoch die eigentliche Zahl war, bestimmte sie ein lobenswerter Eifer, eher etwas zu viel als zu wenig anzugeben. Mit anerkennenswerter Aufrichtigkeit schreibt mir Perl über Hamburg:

„Unsere laufende Nummer Ende Oktober war 1527, aber die wirkliche Zahl zu ergründen, ist nicht einmal annähernd möglich; sie kann variieren zwischen 700 und 1100. Die Zahlung der Beiträge geschieht nämlich so sehr unregelmäßig, daß in der Regel für vier bis fünf, ja selbst sechs Monate nachträglich prolongiert wird. Der Grund ist natürlich der, daß die Leute zu wenig die Versammlungen besuchen, so daß wir eigentlich nur einen wirklichen Stamm — solche nämlich, die regelmäßig die Versammlungen besuchen — von 300 bis 400 haben."

Die Klagen in dieser Beziehung lauten sich ziemlich gleich. So berichtet Arnold aus Erfurt:

„Sie haben seit März keinen Monatsbericht von mir erhalten, und ich kann mich auch durch nichts bei Ihnen entschuldigen, wenn nachstehendes es nicht tut. Ich hielt im März, April und Mai alle Wochen eine Mitgliederversammlung ab, von da ab bis zum Oktober alle 14 Tage, indem der Besuch der Versammlungen durch die Mitglieder so gering war, daß ich öfters nur drei Personen um mich sah. Dies liegt an der Lokalität und den Arbeitern selbst. Zeit in die Versammlungen zu kommen, haben sie nicht, wohl aber nach den Felsenkellern und öffentlichen Gärten zu dem sogenannten Thüringer Braten zu gehen. Darüber vergessen dieselben ihre Not und was sie dem Arbeiterstande schuldig sind."

Der Bevollmächtigte Paul Becker von Meiderich überschickte mir die Mitgliederliste mit dem Bemerken: wegen mangelnder Bezahlung der Mitgliederbeiträge, wie ich aus der Liste ersehen würde, bestünde eigentlich gar keine Gemeinde daselbst mehr.

Es war also nicht möglich, die wirkliche Mitgliederzahl genau zu ermitteln, obschon die Abstimmung auf der Generalversammlung allein gerecht, richtig

[1]) Sie betrug damals etwas über 2000 wirkliche Mitglieder.

und gesetzmäßig werden konnte, wenn die wirkliche Mitgliederzahl entschied. Der § 15 des Geschäftsreglements, demzufolge in dem Orte, in welchem die Versammlung stattfindet, sämtliche erschienene Mitglieder nachköpfen abstimmen sollen, während die andern Ortschaften durch Delegierte vertreten sind, weist offenbar auf die Abstimmung nach wirklicher Mitgliederzahl hin. In den neuen Gemeinden ist die wirkliche Mitgliederzahl und die laufende Nummer noch ziemlich gleich. Dagegen schießt in den alten Gemeinden die laufende Ziffer weit über die wirkliche hinaus und zwar ist das Verhältnis ein ganz ungleichmäßiges, indem sich die wirkliche zur laufenden Ziffer bald wie 1 zu 2, bald wie 1 zu 7 und sogar wie 0 zu 371 verhält. Die Abstimmung konnte deshalb bloß gerecht werden und im Einklang mit § 6 der Statuten stehen, wenn sie nach der wirklichen Mitgliederzahl erfolgte. Weil diese sich aber wegen der allgemein überhand genommenen Unpünktlichkeit im Zahlen der Mitgliederbeiträge nicht ermitteln ließ, mußte die laufende Nummer zur Aushilfe dienen. Indes ließ sich, so sonderbar dies auch klingen mag, nicht einmal die laufende Nummer überall ermitteln. Denn in den Orten, wo (wie in Solingen, Altona und Berlin) die Wühler die alten Gemeinden gesprengt hatten, war nicht die alte laufende Nummer beibehalten, sondern eine neue Numerierung eingeführt worden. Demnach stand auch die laufende Nummer nicht fest und das Präsidium befand sich in der größten Verlegenheit, weil es für die Abstimmung auf der Generalversammlung keinen sichern Maßstab besaß. Nur der Zufall konnte hier einen Ausweg bieten, wenn es nämlich gelang, bei allen Beschlüssen der Generalversammlung Stimmeneinhelligkeit zu erzielen. Ich lege diese Wunde unseres Vereins rücksichtslos offen, damit die Gemeinden zur Einsicht gelangen, daß sie im nämlichen Grade die einheitliche Organisation zerstören, in welchem sie im Zahlen der Mitgliederbeiträge Unpünktlichkeit einreißen lassen. Nehmen die Gemeinden sich diese offene Darlegung zu Herzen, so kann mein Amtsnachfolger dadurch bloß gewinnen. Mich selbst bestimmte die heiklige Sachlage mit zum plötzlichen Rücktritt. Denn, indem sich der Sozial-Demokrat angelegen sein ließ, die nach Frankfurt a. M. einberufene Generalversammlung zu bemängeln, war in dem abnormen Stimmverhältnis eine Handhabe zu gründlicher Bemängelung und zur Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse der Generalversammlung geboten. Uebrigens trat schon unter Lassalles Präsidium die erwähnte Unregelmäßigkeit zutage, da zuletzt bloß die wirkliche Mitgliederzahl von 15 Gemeinden feststand. Er schrieb daher im Mai vorigen Jahres an Dammer: es müßte sich auf der Generalversammlung herausstellen, ob sich der Verein pekuniär halten könne oder nicht.

Aus der vorstehenden Auseinandersetzung geht hervor, daß ich nicht vor der Opposition des Sozial-Demokrat zurückgewichen bin, sondern daß ich dieses Blatt in seinem verräterischen Auftreten entweder unter die Autorität des Präsidiums gebeugt oder, wie ihm schon telegraphisch angedroht war, als Vereinsorgan fallen gelassen haben würde, wenn ich nicht bis zum letzten Augenblicke auf die kräftige Unterstützung eines Teiles derer, welche zu Hütern der Organisation bestellt waren, vergeblich gewartet hätte. Die Unmöglichkeit, die Kassenrevision vornehmen zu lassen und die Tagesordnung zeitig bekannt zu machen, würde durch die Aufhetzung des Sozial-Demokrat in den Gemeinden, die sich nur zu häufig mit Nörgeleien befaßt haben, sehr unerquickliche Streitigkeiten hervorgerufen haben, infolge deren das Ansehen der Generalversammlung vernichtet

worden wäre. Nachdem ich ein Jahr lang gegen zahlreiche Feinde glücklich gekämpft und erst vor kurzem die Hatzfeldtsche Bande völlig besiegt hatte, zog ich angesichts der drohenden Verwirrung den plötzlichen Rücktritt bei weitem der die Partei lähmenden Vereinsspielerei vor. Indem ich meinen Freunden privatim die Wahl Tölckes empfahl, hoffte ich, daß der Verein durch die in die Leitung gelangende neue Kraft beruhigt und gerettet würde. Denn im Grunde handelte es sich und handelt es sich noch jetzt um den Fortbestand des Vereins. Der Sozial-Demokrat, im unaufhörlichen Bestreben begriffen, sich der Kontrolle des Vereinspräsidiums zu entziehen, hat nur ein Interesse, so viel als möglich Zeitungsleser, welche er unter dem verschwommenen Namen der sozialdemokratischen Partei zusammenfaßt, zu gewinnen und zu behalten. In dem Maße, in welchem er unter den Buchdruckern und Zigarrenarbeitern Abnehmer fand, schwand sein Interesse an der unverletzten Forterhaltung des Vereins, dessen Mitglieder die Kosten des Blattes durch ihr Abonnement nicht deckten. Dies Bestreben, sich vom Verein ganz unabhängig zu machen, offenbarte sich unter anderm in dem täglichen Erscheinen des Blattes, wodurch es schon eigentliches Arbeiterblatt zu sein aufhörte, und im vergeblichen Versuche, durch Wahl und Anordnung des Inhalts sich in Berlin einen großen Leserkreis zu schaffen. Ich weise in dieser Beziehung auf die fadenscheinigen Leitartikel, die Polizeiberichte, die ausführlichen Kammerverhandlungen und das Liebäugeln mit der radikalen Bourgeoisie hin. Aus dem nämlichen Grunde wurden unter der Rubrik „Vereinsteil" die Berichte aus allen möglichen Vereinen veröffentlicht. Freilich ist solches Gebaren Vertragsbruch: allein gegen das Interesse hilft, wie Lassalle bemerkt, kein Disputieren.

Somit ist das Zerwürfnis wegen der Ansetzung der Generalversammlung Nebensache; es ist nur der Anlaß, das schon lange vorwaltende Gegenstreben des Sozial-Demokrat gegen das Vereinsinteresse zur Krisis zu bringen; es ist mit einem Worte nur der Abschluß des seit langer Zeit gegen den Verein unter verhüllender Form gesponnenen Verrats. Darum fällen über dieses Zerwürfnis alle diejenigen ein flaches Urteil, welche von der Ansicht ausgehen, als ob es sich lediglich um einen Kompetenzstreit bezüglich der Ansetzung der Generalversammlung gehandelt habe.

Nach und nach zeigt der Sozial-Demokrat unverhüllt den Pferdefuß. Darum druckte er mit sichtlicher Freude den Artikel aus der Duisburger Zeitung ab, worin der Verein verächtlich mit dem Ausdruck „Sekte" bezeichnet wird, und worin gesagt ist, der Sozial-Demokrat wolle eine sozialdemokratische Partei. Aus dem nämlichen Grunde erhielt der wegen Vereinswühlerei gegen Lassalle ausgestoßene Bahlteich das Wort, um gegen die strenge Aufrechterhaltung der Disziplin zu Felde zu ziehen, während die Einsendungen treuer Vereinsmitglieder ungedruckt gelassen werden, gleichwie die Angriffe auf die Organisation sich wiederholen. Der Sozial-Demokrat weiß recht gut, was er tut. Ein Verein ohne Organisation gleicht dem bekannten Messer ohne Klinge, woran der Stiel fehlt. Man nehme unserem Verein die Organisation, und es bleibt nichts übrig, als die Partei der Zeitungsleser, über welche der Sozial-Demokrat gebietet.

Die Organisation zerstören, heißt den Verein zerstören. Absichtlich oder unabsichtlich leistet der Sozial-Demokrat der preußischen Regierung, die uns wiederholt und fortgesetzt das Vereinsrecht verkümmerte, einen Handlangerdienst. Unorganisierte Parteien sind ungefährlich, weil sie der Tatkraft er-

mangeln. Das Dezentralisieren, welches Vahlteich will, ist schon das Ende des Vereins selbst, sagte Lassalle im vorigen Jahre. Er fügte hinzu: „Wenn wir uns für überwunden halten, aber den Rückzug verdecken wollen, dann erklären wir die einzelnen Gemeinden für selbständige Körper." — Die sogenannte sozialdemokratische Partei, diese verschwommene Masse, das Steckenpferd der Marxianer, wird höchstens den Sozial-Demokrat lesen, aber nicht handeln können und nie und nimmer zur Macht gelangen. Bloß die Organisation kann den Arbeiterstand zum Siege führen! (S. Lassalles Testament.)

Den Verein aufrecht zu erhalten, die Organisation zu wahren, war meine Aufgabe. Ich habe sie erfüllt unbekümmert um alle Anfeindungen, solange mich der Vorstand nicht im Stiche ließ. Vielleicht ist im ganzen Verein kein einziger, der trotz so vieler Schmähungen und Verleumdungen, trotz so vieler Vereinsspielerei und Wühlerei, so lange standgehalten hätte, wie ich. Wenn ich endlich, um den Verein durch eine neue Kraft aufzufrischen, das Präsidium niedergelegt habe, so werde ich mich doch wieder erheben, sobald die Zeit der Tat kommt. Noch im Scheiden rufe ich getrost den Feinden zu: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!"

Herr Schlingmann hat mir den Vorwurf gemacht: ich hätte den Vorstand nur mit Ausstoßungsvorlagen beschäftigt. Die Unterbreitung des mit dem Sozial-Demokrat abgeschlossenen Vertrages und die Vorlage bezüglich der Kassenrevision strafen ihn Lügen. Hätte sich der Verein so rasch gehoben, wie ich [illegible]chte, so würden mehr Vorlagen an den Vorstand gelangt sein, abgesehen davon, daß die unserem Verein zugrunde liegende stetige Politik, zufolge welcher die bestehenden Einrichtungen um der Erstarkung willen nicht geändert werden sollen, die Mannigfaltigkeit der Vorstandsvorlagen beschränkte. Lassalle machte dem Vorstande während der ganzen Dauer seines Präsidiums nur drei Vorlagen: die eine über die Wahl eines neuen Sekretärs, die andere in betreff der Ernennung der Kassenrevisoren für vorjährige Generalversammlung und die dritte über die Vereinswühlerei Vahlteichs, beziehentlich über die Notwendigkeit, diesen unverbesserlichen Vereinsspieler auszustoßen. Im übrigen fragt es sich, ob die unter meinem Präsidium geschehenen Ausstoßungen statutenmäßig waren oder nicht. Waren sie statutenmäßig, so läßt sich nichts gegen dieselben sagen; waren sie es dagegen nicht, so durfte der Vorstand seine Einwilligung nicht geben. Ferner wäre es sehr verkehrt, wollte man in einem Verein, der so stramm organisiert und so vielfach verzweigt wie der unserige ist, die Vereinswühler nach Herzenslust schalten und walten lassen. Wenn ich irgend einen Vorwurf verdiene, so ist es der: daß ich nicht genug Ausstoßungen vorgenommen habe. [2]) Denn das Präsidium hat nur die Ausstoßung von Bruhn, Liebknecht und Metzner beim Vorstande beantragt und durchgesetzt, während die Ausstoßung des

[2]) So hätte Schweitzer laut § 6 unserer Statuten aus dem Vereine ausgestoßen werden müssen, weil er unter der Anklage, mit einem armen Arbeiter, einem Maurerlehrlinge, Unzucht getrieben zu haben, 1862 ins Gefängnis kam, und weil ferner nach dem großen Frankfurter Schützenfeste, auf dem er sich mit dem Herzoge von Koburg Arm in Arm führte, eine Anklage wegen Geldunterschleifs gegen ihn erhoben wurde. Die Frankfurter Mitglieder beantragten deswegen 1863 bei Lassalle die Ausschließung Schweitzers aus dem Verein. Zwar verfügte damals Lassalle, daß Schweitzer unsere öffentlichen Sitzungen nicht mehr besuchen durfte, aber er wollte denselben in der Gesellschaft, in der er allseitig gemieden wurde, wieder möglich machen und ersuchte gerade mich in einem langen Schreiben, hierfür zu wirken. Ich habe den Willen des großen

Willms und Klings auf Antrag von fünfzehn Gemeinden, und diejenige des Hasselbacher und Luscher auf Antrag der beiden Vorstandsmitglieder Fritzsche und Dörfel erfolgte. Hätte ich die mir eingesandten Ausstoßungsanträge in den Papierkorb geworfen und dem Vorstande nicht unterbreitet, so hätte ich mich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht, gleichwie Herr Schlingmann eine Pflichtverletzung begeht, wenn er die statutenmäßigen Ausstoßungen, denen er doch beigestimmt hat, nachträglich tadelt.

Ich habe den Verein in schwerster Zeit durch alle Klippen glücklich hindurch gesteuert. Während meiner Präsidentschaft war mir alle wissenschaftliche Beschäftigung abgeschnitten. Mit Schulden und mit der Erinnerung an ausgestandene Qualen trete ich ins Privatleben zurück. Aber dann soll auch nicht jeder dem irrtümlich für tot gehaltenen Löwen ungestraft Fußtritte versetzen wollen!

Auf die im Sozial-Demokrat gegen mich gerichteten teils direkten, teils indirekten Angriffe werde ich im genannten Blatte nicht erwidern, weil die Bedingungen des Kampfes nicht gleich, der Kampfplatz selbst kein neutraler Boden sein würde. Um die ruhige Entwicklung in keiner Weise zu stören, erbiete ich mich zum Austritte aus dem A. D. A.-V., muß mir jedoch vorbehalten, in einer besonderen Broschüre die Geschichte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und die „Realpolitik" des Sozial-Demokrat wahrheitsgetreu zu schildern; denn ich will mich nicht in die alte Rumpelkammer unter die Toten werfen lassen, sondern für die Sache, welcher ich seit zwanzig Jahren unter allen Schicksalswandlungen angehörte, noch weiter leben. Nachdem mit der Niederlegung des Präsidiums meine durch mechanische Arbeiten und Vereinszänkereien vordem gefesselte Kraft wieder frei geworden ist, kann ich dieselbe am besten verwerten, wenn ich auf eigene Faust für das der Bewegung gesteckte geschichtliche Ziel tätig bin. Meine Vergangenheit liefert die sichere Bürgschaft für mein künftiges Verhalten. Die Zukunft wird's lehren.

Nunmehr will ich auseinandersetzen, wie es kam, daß so rasch nach Niederlegung der Präsidentur die von mir vertagte Generalversammlung in Frankfurt dennoch abgehalten wurde. Das meinen Rücktritt ankündigende Zirkular, obschon datiert vom 21. November, wurde doch erst am 23. versandt, weil ich immer noch eine, wenn auch schwache Hoffnung hegte, daß von Fritzsche und den anderen genannten Vorstandsmitgliedern die fehlenden Antworten einlaufen würden. Hierdurch geschah es, daß Mann, der Vertreter Altonas und Itzehoes, welcher schon am Freitag früh (25. November) abreiste, mein Zirkular nicht mehr erhielt und daher Freitag abends hier eintraf. Er war sehr erstaunt über die Vertagung der Generalversammlung und wollte, weil ihm die Vereinslage gefährlich schien, wenigstens eine Beratung mit den Hauptvertretern des Vereins abhalten. Darum telegraphierte teils er, teils der Frankfurter Bevollmächtigte Ellner an den Rhein, nach Hamburg, nach Dresden und ins Erzgebirge. An Fritzsche nach Leipzig telegraphierte er nicht, da ich ihm einen tags vorher eingetroffenen Brief aus Dresden mitteilte, demzufolge Fritzsche im Verdacht gehalten wurde, mit Schweitzer gegen die Abhaltung der Generalversammlung kon-

Toten getreulich erfüllt. — Ich nahm den auf der vorigen Generalversammlung ausgelosten Schweitzer wieder in den Vorstand auf, obschon Peri, Andorf und namentlich York, stark dagegen opponierten. Ich führte das Lassallesche Zeitungsprojekt aus. Indes hat mir Schweitzer dafür mit Verrat gelohnt.

spiriert zu haben. Außerdem erfuhren wir, daß Fritzsche den hiesigen Zigarrenmachern gemeldet hatte, daß er am 26. November nach Frankfurt kommen würde. Am letztgenannten Tage trafen ein: Real aus Düsseldorf, Perl aus Hamburg, Richter aus Dresden und Paul aus Schlesien. Auch Fritzsche kam an, um, wie er im Sozial-Demokrat erklärt hatte, die Vereinsakten abzuholen. Sowie ich ihn sah, machte ich ihm heftige Vorwürfe. Er entschuldigte sich damit, daß er die Abstimmung über die Kassenrevision, die Einsendung der Mitgliederzahl und die für die Tagesordnung nötige Antwort rein „verbummelt" habe. Zugleich sprach er, indem er das Wort „Direktorium" fallen ließ, seinen Entschluß aus, keine Präsidentenwahl auszuschreiben und keine Generalversammlung einzuberufen. Dies geschah vor Zeugen. Er sagte, daß die Statuten nichts taugten, daß sie das Unglück jedes Präsidenten wären, und daß er deshalb die Generalversammlung hinausschieben wollte bis zum Mai künftigen Jahres, damit alsdann die Statuten abgeändert würden. Bis dahin wollte er, indem er dem Vorstande Vorlagen machte, das Provisorium fortführen.

Ich muß hier einschalten, daß bereits Ende August die Gräfin Hatzfeldt in Solingen zu dem Mülheimer Bevollmächtigten Scheider gesagt hat, es werde keine Generalversammlung stattfinden, daß Liebknecht sich gegenwärtig in Leipzig aufhält und daß Schweitzer während der letzten Zeit in enge Beziehung zu Schilling, Metzner und Voigt in Berlin getreten war.

Mag man aber von diesen Indizien halten, was man will, so viel steht fest, daß wegen des klar und bestimmt von Fritzsche ausgesprochenen Entschlusses, keine Generalversammlung abhalten und keine Präsidentenwahl vornehmen lassen zu wollen, der Verein in großer Gefahr war. Mochte Fritzsches persönliche Ansicht über die Statuten sein, welche sie wollte, so durfte er in seiner amtlichen Stellung als Vizepräsident doch nicht sein Handeln dadurch bestimmen lassen.

Vom Rhein telegraphierten am 26. November Hillmann, Tölcke, Hasenclever und Großenbach, daß sie beschlossen hätten, die Generalversammlung sollte sobald als möglich in Eisenach abgehalten werden. An sie erging nochmals die Aufforderung, hier alsbald zu erscheinen, und Hillmann kam am Abend des folgenden Tages an.

In einer am 27. November nachmittags abgehaltenen Sitzung der anwesenden Delegierten legte Fritzsche infolge eines Kompetenzstreites über die Beschlußfähigkeit der Versammelten den Vorsitz nieder, welcher darauf an Perl aus Hamburg übertragen wurde.

Am 28. November wurde Fritzsche vermocht, brieflich und telegraphisch als Vizepräsident auf den 30. November die noch nicht anwesenden Delegierten zur Generalversammlung einzuberufen. Hierauf fanden sich die Vertreter von 55 Gemeinden zusammen, Fritzsche legte die Vizepräsidentur in die Hände Hillmanns und die nun legal tagende Generalversammlung faßte ihre sämtlichen Beschlüsse mit Stimmeneinhelligkeit. An ihrer Rechtmäßigkeit zu zweifeln, weil sie in Anbetracht der bedrohlichen Vereinslage rasch einberufen und gleichsam improvisiert wurde, dürfte allermeist für diejenigen nicht am Platze sein, welche, gleich Fritzsche, die Statuten so gering achten, daß sie die Organisation in den losen Zusammenhang der sogenannten sozialdemokratischen Zeitungsleserpartei breitschlagen möchten.

In bezug auf den mit der Redaktion des Sozial-Demokrat vom Präsidium abgeschlossenen Kontrakt, der Ende März vom Vorstande sanktioniert worden ist, war die Generalversammlung der Ansicht, daß derselbe mit meiner Amtsniederlegung erloschen sei: woraus denn folgt, daß bis zum etwaigen Abschlusse eines neuen Kontraktes der Sozial-Demokrat offizielles Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu sein aufgehört hat. Der Entwurf zu einem neuen Kontrakt mit Zugrundelegung des alten, aber mit schärferer Fassung, wurde von der niedergesetzten Redaktionskommission angefertigt und der Genehmigung der Generalversammlung unterbreitet. Sämtliche Delegierten nahmen bei ihrer Abreise die frohe Ueberzeugung mit nach Hause, daß sie durch ihr rasches Handeln den Verein gerettet hätten. Möchten doch alle Mitglieder, indem sie allen kleinlichen Hader aus ihrer Mitte verbannen, diese Ueberzeugung durch ihre Haltung rechtfertigen! Wohl können die Leiter der Bewegung viel zur Erhaltung und Kräftigung des Vereins beitragen; allein ihre Mühe ist verloren, wenn nicht in den einzelnen Mitgliedern selbst der rechte Geist lebendig ist.

Frankfurt am Main, im Dezember 1865.

Bernhard Becker.

Vertrag des Präsidenten B. Becker mit der Redaktion des Sozial-Demokrat,

dem Vorstande unterbreitet am 30. März 1865 und von demselben mit Ausnahme Yorcks einstimmig genehmigt.

Zwischen den Herren J. B. von Hofstetten und J. B. von Schweitzer einesteils, und Herrn Bernhard Becker, dem Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, andernteils, ist am heutigen Tage folgender Vertrag abgeschlossen worden:

Art. I. Die Herren J. B. von Hofstetten und J. B. von Schweitzer gründen eine sozialdemokratische Zeitung, welche wöchentlich wenigstens zweimal erscheint und den Titel führt: „Der Sozial-Demokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins". Sie soll das offizielle Organ des Vereins sein. Jede andere Zeitung, welche sich als offizielles Organ benimmt, soll, solange die Herren von Schweitzer und Hofstetten die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages erfüllen, desavouiert werden. — Art. II. In der genannten Zeitung sind alle für die Oeffentlichkeit bestimmten Aktenstücke des Präsidiums zu veröffentlichen. In betreff ihrer verpflichtet sich der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, sie der Zeitung regelmäßig aus erster Hand zu liefern, während die Herren von Hofstetten und Schweitzer sich verpflichten, sie schnellstens abzudrucken. — Art. III. Das Präsidium empfiehlt nachdrücklich die Zeitung den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zum Abonnement und zur Verbreitung. Das Präsidium hat die Bevollmächtigten der größeren Gemeinden anzuweisen, die Zeitung regelmäßig, und die der kleineren Gemeinden, die Zeitung über wichtige Fälle mit Berichten zu versorgen. Alle wichtigen Vereinskorrespondenzen, die von den Bevollmächtigten, Vorstandsmit-

gliedern oder den einfachen Mitgliedern des Vereins der Redaktion des Blattes zugeschickt werden, sollen dem Wesen nach, wo nicht ganz, mitgeteilt werden. — Art. IV. Die Herren von Hofstetten und J. B. von Schweitzer werden die ganze politische und soziale Richtung ihres Blattes derjenigen des Vereins im wesentlichen anpassen und sich hierüber immer mit Herrn Becker zu verständigen haben. Sie werden dem Präsidium gegenüber stets selbst und nur allein die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Zeitung tragen und das Blatt nicht ohne dreimonatliche, dem Präsidium gegebene vorgängige Notiz durch Verkauf oder sonstige Veräußerung an andere Personen ganz oder teilweise abtreten. Sie werden demnach die Redaktion auch nicht mit dritten Personen teilen. — Art. V. Gegenwärtiger Vertrag bleibt gültig, solange die Zeitung besteht. — Art. VI. Das Präsidium behandelt die Zeitung als oberstes Parteiorgan, solange die Haltung des Blattes mit der Haltung des Präsidiums im wesentlichen übereinstimmt. Hört diese Uebereinstimmung auf und ist keine Verständigung möglich, so haben die Herren von Schweitzer und von Hofstetten auf das Verlangen des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins den Titel: „Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins" sogleich aufzugeben und eine Erklärung des Präsidiums, welche dies den Lesern bekannt macht, auf der ersten Seite des Blattes in fetter Schrift abzudrucken.

Bernhard Becker.
J. B. v. Hofstetten.
J. B. v. Schweitzer.

Kurzgefaßtes Protokoll der Generalversammlung des Allg. D. Arbeitervereins vom 30. Nov. und 1. Dez. 1865.

Vertreten sind: Frankfurt a. M., Stettin, Wüste-Waltersdorf, Gläz-Falkenberg durch Ellner aus Frankfurt a. M.; — Düsseldorf, Duisburg, Meiderich, Oberhausen, Gerresheim, Hilden, Elberfeld, Köln und Magdeburg durch Hillmann aus Elberfeld; — Dresden, Großenhain, Plauenscher Grund, Solingen, Wald und Leißnig durch Richter aus Dresden; — Braunschweig durch Wertheim aus Frankfurt; — Mittelsteine, Dreißighuben, Ernsdorf, Peterswaldau, Stollbergsdorf, Steinseifersdorf, Wüste-Giersdorf, Beutengrund, Dittmannsdorf, Langenbielau durch Paul aus Schlesien; — Offenbach a. M. durch Freundschuh aus Offenbach; — Altona und Itzehoe durch Mann aus Altona; — Augsburg durch Dürr aus Augsburg; — Asch, Dünnwald und Bensberg durch Bernhard Becker aus Frankfurt; — Leipzig, Erfurt, Apolda, Naumburg a. S., Stötteritz, Thonberg durch Fritzsche aus Leipzig, davon später Leipzig, Stötteritz und Thonberg durch Richter aus Dresden; — Bremen durch Deckwitz aus Bremen; — Ronsdorf durch Klein aus Elberfeld; — Wermelskirchen durch Gerhardz aus Straße bei Wermelskirchen; — Barmen durch Großenbach aus Barmen; — Hagen durch Hasenclever aus Hagen; — Iserlohn durch Tölcke aus Iserlohn; — Hamburg durch Perl aus Hamburg; — Limbach, Glauchau, Chemnitz, Hohenstein, Neustadt bei Chemnitz, Kändler und Grüna durch Weiß aus Oberkändler. — Real aus Düsseldorf, der am 28. November abreisen mußte, übertrug seine Mandate an Richter und Hillmann.

Eröffnung der Generalversammlung am 30. November früh 9½ Uhr durch den Vizepräsidenten Fritzsche. Als Schriftführer wird Wertheim installiert. Nach Prüfung der Vollmachten wird hinsichtlich des Abstimmungsmodus beschlossen, daß die laufende Nummer maßgebend sein soll. Zur Geschäftsordnung stellt Mann den Antrag: „Die Vizepräsidentur Fritzsche, der nicht das allgemeine Vertrauen besitze, zu entziehen und für diese Versammlung einen Vorsitzenden zu wählen.“ Diskussion über diesen Gegenstand. Fritzsche überträgt die Vizepräsidentur an Hillmann und verläßt unter Zurücknahme seiner Mandate die Versammlung. Hillmann übernimmt nach einiger Weigerung den Vorsitz. Auf Antrag Perls wird der Leipziger Gemeinde die von Fritzsche geschehene Niederlegung der Vizepräsidentur und die Zurücknahme seiner Mandate telegraphisch gemeldet und die Bitte um neue Mandatübertragung ausgesprochen. — Becker macht Mitteilung über die Erklärung der Mutter Lassalles, den Verein pekuniär unterstützen zu wollen, und unterbreitet der Versammlung die an ihn als früheren Vereinspräsidenten für die am 27. d. M. projektierte Generalversammlung eingelaufenen Anträge. Der Antrag Perls, zunächst das Verhältnis zwischen dem Sozial-Demokrat und dem früheren Präsidenten Becker zu erörtern, wird einstimmig angenommen.

In bezug hierauf entwickelt Becker in langen Auseinandersetzungen, daß die Beziehungen zwischen ihm und dem Sozial-Demokrat schon seit langer Zeit vieles zu wünschen übrig gelassen, daß der Sozial-Demokrat vielfach den bestehenden Kontrakt verletzt habe, er dagegen noch über seine kontraktmäßige Pflicht hinausgegangen sei. Er bringt gegen den Sozial-Demokrat folgende Punkte vor: 1. Ungenügende Darstellung der Lassalleschen Lehren. 2. Unterlassung der von der vorjährigen Generalversammlung beschlossenen Veröffentlichung der Vereinsgesetze. 3. Die auf Brillantfeuerwerk berechnete schlechte Wahl der Mitarbeiter, die zum öffentlichen Skandal führte. 4. Die Einseitigkeit der Bismarck-Artikel, welche dem Vereine die Beschuldigung zuzogen, er sei der Reaktion verkauft. Gegen die hierdurch entstandenen Angriffe habe er das Vereinsorgan mit dem Schilde des Präsidiums geschützt, habe auf diese Weise die Pfeile auf sich gelenkt, sei aber nun vom Sozial-Demokrat nicht hinlänglich unterstützt worden. Weigerung der Redaktion des Sozial-Demokrat, an den Nordstern die von vorjähriger Generalversammlung beschlossene Entschädigung zu zahlen. Indem das Präsidium in Kämpfe verstrickt wurde, hoffte der Sozial-Demokrat völlig freie Hand zu bekommen. 5. Liebäugeln der Redaktion mit dem ausgestoßenen Liebknecht, dessen Vorlesungen im Berliner Buchdruckervereine sie sorgfältig registrierte. 6. Nichtaufnahme zweier Erklärungen und Abänderung verschiedener offizieller Bekanntmachungen des Präsidiums. Weil er sich nicht habe unter die Zensur Schweitzers stellen wollen, habe er keine Leitartikel für das Blatt geschrieben. 7. Zuweilen gänzliche Abschwenkung von unserem Standpunkte. 8. Unmittelbar vor Beckers Ausweisung aus Berlin verhinderte derselbe den Druck eines ohne sein Wissen verfaßten bereits an die Spitze des Blattes gesetzten Vereinsprogramms, demzufolge die Arbeiterpartei in Zukunft mit der radikalen Bourgeoisie gehen sollte. Auch später habe die Redaktion mit der Bourgeoisie kokettiert und erst die Rheinische Zeitung, dann Bürgers, sowie die Neue Frankfurter Zeitung gelobt. 9. Gegen den Wunsch der beim Stiftungsfeste zusammengetretenen Delegiertenversamm-

lung, daß das Organ auch fernerhin nur dreimal wöchentlich erscheinen möge, beharrte die Redaktion auf dem täglichen Erscheinen, wodurch die Zeitung aufhörte, ein eigentliches Arbeiterblatt zu sein. Auch der von den Delegierten ausgesprochene Wunsch hinsichtlich der Fortlassung der Berliner Polizeinachrichten und skandalösen Neuigkeiten sei unberücksichtigt geblieben. 10. Auflehnung gegen die Ansetzung der Generalversammlung in Frankfurt, wozu Schweitzer auch persönliche Gründe gehabt, die hier jedes Kind kenne. Anführung dieser Gründe. Weil Schweitzer sich geweigert, Baist die für den Druck der „Lucinde" geschuldeten 1200 Gulden zu zahlen, habe der vierte Band den einzelnen Gemeinden nicht geschickt werden können. Redner verliest dann mehrere an die Redaktion von ihm gerichteten Briefe, worin er dieselbe entschieden an ihre Pflicht mahnt. Ebenso verliest er Antworten der Redaktion, in deren einer es ausdrücklich heißt: das solle Beckers letzte Generalversammlung sein. Er verliest auch das Versprechen Schweitzers, nichts weiter gegen die Abhaltung der Generalversammlung zu tun, ein Versprechen, das kurz vor dem zur Versammlung angesetzten Tage gebrochen wurde.

Hierauf geht Becker auf das Verhalten des früheren Vizepräsidenten Fritzsche ein. Derselbe sei voriges Jahr vom interimistischen Präsidenten Dammer kurz nach dem Tode Lassalles als Bevollmächtigter für Leipzig eingesetzt worden, indem Dammer erklärt habe: er nehme Fritzschen, der wegen Nichtzahlung des Mitgliederbeitrages eigentlich kein Mitglied mehr sei, nur deshalb, weil er keinen anderen habe, und müsse es der Gemeinde anheimstellen, wegen dieser Unregelmäßigkeiten Beschwerde zu führen. Gegen Fritzsche liegen hauptsächlich folgende Punkte vor: 1. Eigenmächtige Aufforderung im Sozial-Demokrat an die Bevollmächtigten, ihm Gelder behufs der Agitation zu senden. Auf Beckers Verweis erklärte derselbe, durch Geldnot dazu gezwungen zu sein. 2. Ausbleiben auf einer von ihm anberaumten großen Arbeiterversammlung in Chemnitz, wodurch die dortige Gemeinde in ihrem Bestande gefährdet worden sei. Fritzsche habe sich sowohl geweigert, deshalb Rede zu stehen, als auch sich wenigstens bei der Chemnitzer Gemeinde zu entschuldigen. 3. Ein Vereinswühler aus Solingen-Höhscheid habe schon vor zwei Monaten in einem dem Präsidium zugestellten Briefe an den Mülheimer Bevollmächtigten Scheider, den die Gräfin Hatzfeldt gewonnen zu haben glaubte, die Aeußerung geschrieben: Fritzsche sei jetzt der geeignete Mann, gegen den Präsidenten einen derben Schlag zu führen. Fritzsche habe darauf den Präsidenten seiner Treue versichert und obendrein den Beleidigten gespielt. 4. Wie andere Vorstandsmitglieder ist Fritzsche seiner Pflicht in betreff der Antwort auf Zirkulare nicht nachgekommen. 5. Fritzsche habe die rechtzeitige Bekanntmachung der Tagesordnung verhindert. Derselbe habe trotz an ihn ergangener Aufforderung sich nicht geäußert, ob er die von ihm gewünschten Vorträge auf der Generalversammlung halten wollte. 6. Fritzsche habe die Statuten für nichtsnutzig erklärt und das Unglück jedes Präsidenten genannt. Er habe eigenmächtig im Mai künftigen Jahres die Statuten abändern lassen, die Generalversammlung bis dahin verschieben und keine Präsidentenwahl vornehmen lassen wollen.

Am Schluß der Beckerschen Auseinandersetzungen Antrag Perls, von Lewy telegraphisch Nachricht über den Stand der Kasse einzuholen, einstimmig angenommen. Ankunft von Karl Weiß aus Oberkändler bei Chemnitz. (Pryse.)

Wiederaufnahme der Sitzung um 2½ Uhr nachmittags. Fortsetzung der Erörterung über das Verhältnis des Präsidiums zum Sozial-Demokrat. — Tölcke verwahrt sich energisch gegen den Verdacht, der dadurch auf ihn geworfen werde, daß Becker aus einem umfangreichen Briefe von ihm eine Stelle vorgelesen habe, welche ihn als einen Mitverschworenen des Sozial-Demokrat erscheinen lasse. Die beiden Redakteure kenne er nicht persönlich und habe nur mit Hofstetten Briefe gewechselt, weil er seinen Sohn auf eine höhere Schule in Berlin habe bringen wollen. Hofstetten habe ihm den Vorschlag gemacht, seinen (Tölckes) Sohn aus den Geldern des Nationalfonds der Fortschrittspartei studieren zu lassen und habe sich dafür bemühen zu wollen erklärt. Als sein Sohn nach Berlin gekommen, habe er bei Hofstettens gewohnt. Tölcke verliest Briefe seines Sohnes. Aus einem derselben geht die Ansicht Schweitzers hervor, daß die bedeutendsten Parteigenossen sich unter den Berlinern Marxianern befänden und daß Becker für Preußen einen Substituten ernennen müsse welche beiden Ansichten Tölcke in seiner Antwort entschieden bekämpft. Ferner wird in diesen Briefen mitgeteilt, daß Schweitzer glaubt: Becker werde auf der Generalversammlung die Präsidentur niederlegen. — In der sich hieran knüpfenden Debatte, an der sich Mann, Ellner, Tölcke, Becker und Richter beteiligen, hebt letzterer hervor, Becker sei von Fritzsche mitgeteilt worden, Tölcke habe Schweitzer zu wissen getan, daß Becker an ihn geschrieben, er wolle das Präsidium niederlegen. — Tölcke erklärt, diese Behauptung Fritzsches sei eine entweder von letzterem oder von Schweitzer ersonnene Lüge; denn er habe Beckers Mitteilung nicht an Schweitzer geschrieben und mit diesem überhaupt nicht in Verbindung gestanden. — Hasenclever nimmt Fritzsche in Schutz, worauf Richter die Behauptung, daß Fritzsche nach unverdienten Lorbeeren die Hand ausstrecke, aufrecht erhält: Fritzsche habe, sagt er, die Ansicht ausgestreut, daß Tölcke Präsident werden solle, um Tölcke für seine Pläne zu gewinnen. — Mann weist darauf hin, daß die gegen die Ansetzung der Generalversammlung gerichteten Schandartikel erst erschienen sind, nachdem Fritzsche in Berlin gewesen ist. — Großenbach weist nach, daß die Redaktion durch jene Artikel das von ihr in bezug auf die Streitigkeiten ihm gegenüber ausgesprochene Prinzip, daß solche bloß auf der Generalversammlung, nicht aber im Vereinsorgane zum Austrage zu bringen seien, selbst verletzt habe. —

Mann stellt den Antrag: „Da der Sozial-Demokrat gegen die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins sich schwer vergangen hat, so beantrage ich, denselben als Vereinsorgan fallen zu lassen.“ — Eine Bemerkung Pauls wird von Becker dahin berichtigt, daß der Sozial-Demokrat nicht nur mehrere offizielle Bekanntmachungen abgeändert, sondern auch zwei an denselben abgeschickte Erklärungen des Präsidiums vertragswidrig nicht veröffentlicht hat. — Hasenclever ist gegen den Mannschen Antrag, weil durch dessen Annahme der seitherige Präsident Becker einer Pflichtverletzung geziehen und der Verein machtlos würde. — Tölcke erblickt eine Pflichtverletzung des Präsidenten darin, daß derselbe den Artikel 6 des Vertrages nicht angewandt, d. h., daß er den Sozial-Demokrat nicht als Vereinsorgan abgeschafft hat. Vereinskorrespondenzen abzuändern sei die Redaktion berechtigt. — Hillmann hält den Sozial-Demokrat mindestens für verpflichtet, alles tatsächliche aus den Korrespondenzen zu bringen, das sei aber bei einem von ihm eingeschickten Artikel nicht geschehen. — Becker erklärt, anfangs habe er in dem Kampfe, in welchem er vom Sozial-

Demokrat nicht genugsam unterstützt worden sei, schon genug Feinde auf den Armen gehabt, er habe also nicht mit dem Sozial-Demokrat brechen können. Das Blatt habe die Maxime befolgt, ihn in den Kampf zu verwickeln und allein kämpfen zu lassen, um sich von der Kontrolle des Präsidiums möglichst frei zu machen. Um des Vereins willen habe er den Bruch solange als möglich hinausgeschoben. Zuletzt aber sei er dazu entschlossen gewesen; denn, als Schweitzer telegraphisch gedroht, seine Anordnung der Generalversammlung zu kritisieren, habe er zurücktelegraphiert: „Ersuche ernst Kritik, weil sie Statuten, Organisation, Vertrag verletzt, zu unterlassen, sonst wird sechster Vertragsartikel angewandt." An der Ausführung sei er bloß durch die Lässigkeit der Vorstandsmitglieder, die ihn zur Niederlegung des Präsidiums genötigt, verhindert worden. Um den Verein zu retten, sei er in den Abgrund gesprungen, verlange aber nunmehr Gerechtigkeit. — Freundschuh erklärt sich für den Mannschen Antrag. — Tölcke meint, nur der seitherige Präsident habe das Recht, den Artikel 6 des Vertrages, welch letzterer den sämtlichen Mitgliedern hätte sollen bekannt gemacht werden, in Anwendung zu bringen. — Richter ist aus Nützlichkeitsgründen für die Beibehaltung des Blattes, wenn er auch in Uebereinstimmung mit seinen Mandatgebern wünscht, daß der Präsident von seinem Rechte Gebrauch gemacht habe. Doch dürfe der Sozial-Demokrat nicht ohne weiteres Parteiorgan bleiben, weil, was wohl niemand wünsche, dem seitherigen Präsidenten sonst ein Mißtrauensvotum erteilt würde. Vielleicht empfehle es sich, die Redaktion zu bestimmen, daß das Blatt wie früher nur dreimal wöchentlich erscheine. — Großenbach hält den bestehenden Vertrag bereits für gelöst, da derselbe zwischen Becker und der Redaktion abgeschlossen sei. — Hillmann: Sobald ein Vertrag von einem der Kontrahenten gebrochen ist, hört er auf bindend zu sein, und eine Verletzung des Vertrages seitens der Redaktion ist klar. — Tölcke verlangt Beweise. — Hillmann führt außer dem bereits erwähnten den Nichtabdruck mehrerer von Mitgliedern an die Redaktion eingesandten Vereinsberichte an. — Hasenclever: Auch Herr Becker habe den Vertrag gebrochen. Trotzdem, daß das Blatt noch Vereinsorgan sei, habe Becker die letzten offiziellen Bekanntmachungen demselben nicht zugesandt. Ein Kontrakt löse sich nie von selbst, wenn ein Richter da sei, im vorliegenden Falle Becker. Er habe aber sein Richteramt vernachlässigt. Daß Becker nach seiner Erklärung mit anderen Feinden zu tun gehabt, die übrigens nicht sehr bedeutend gewesen, diene nicht zur Entschuldigung. Der künftige Präsident werde gleichfalls einen Kampf zu führen und ein Organ nötig haben. — Hillmann: Der Vertrag ist von selbst erloschen, da Becker nicht mehr Präsident ist. — Tölcke bestreitet dies, da der Vertrag nicht an die Privatperson Beckers gebunden sei. — Becker erwidert Hasenclever: er habe nach § 2 des Vertrages nur die für die Oeffentlichkeit bestimmten Schriftstücke dem Sozial-Demokrat einzusenden gehabt. Auch sei es der Redaktion nie eingefallen, über Vertragsbruch zu klagen, wenn er ihr ein Zirkular nicht zugeschickt habe. — Hasenclever fragt nun noch, woher es komme, daß der erste Aufruf zur Generalversammlung im Sozial-Demokrat abgedruckt sei, der zweite berichtigende nicht. — Becker antwortet: Der erste Aufruf sei für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen, der zweite dagegen nicht; der erste habe im allgemeinen bekannt gemacht, daß eine Generalversammlung abgehalten werde, während in dem an die Bevollmächtigten der einzelnen Gemeinden gerichteten Zirkular spezielle Anordnungen bezüglich der Beschickung, Abstimmung und Tagesordnung der Generalversammlung, also lauter Sachen,

welche nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, enthalten gewesen seien. — Dürr: Seine Gemeinde habe stets zum Präsidium gehalten. Nun komme dieser Schlag: Auflehnung des Sozial-Demokrat und Abdankung Beckers. Seine Gemeinde habe den genauen Sachverhalt nicht gekannt und sich deshalb für den Sozial-Demokrat entschieden. Wenn Becker nichts genaueres über das Zerwürfnis nach Augsburg gemeldet habe, so sei das wohl mit Geschäftsüberhäufung zu entschuldigen. Doch habe Becker darin gefehlt, daß er im letzten kritischen Momente sein Amt niedergelegt. Redner fragt: wie man in Berlin habe vorauswissen können, daß Becker abdanken werde? — Paul antwortet hierauf: Dies sei aus dem Charakter Beckers geschlossen worden. Becker besitze viel Gutmütigkeit und nehme sich die Sachen zu sehr zu Herzen; er sei hierin nicht wie Lassalle, der in solchem Falle mit einem eisernen Besen dazwischen gefahren sein würde. — Becker entgegnet hierauf: Paul lege ihm eine Gutmütigkeit bei, die er in Wirklichkeit nicht besitze; er sei fest entschlossen gewesen, gegen den Sozial-Demokrat energisch einzuschreiten, wie sein vorletztes Zirkular beweise; aber durch den Vorstand sei er lahmgelegt worden. Auch Lassalle habe in seinem Zirkular von Rigi-Kaltbad geschrieben: wenn ihm der Vorstand nicht schützend zur Seite stehe, werde er das Präsidium niederlegen und wieder auf eigene Faust Vorkämpfer für die Sache des Arbeiterstandes werden.[3]) — Klein glaubt, daß ein strenges Vorgehen Beckers gegen den Sozial-Demokrat erforderlich gewesen und daß letzterem der Titel „Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins" hätte entzogen werden müssen. Der Kontrakt hafte übrigens an Personen und sei nur durch diese zu lösen. Der Sozial-Demokrat müsse eine derbe Lektion erhalten und er stimme daher Manns Antrag bei. — Becker erklärt, der Kontrakt sei, da denselben der Vorstand genehmigt habe, von ihm im Namen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins abgeschlossen. In der ersten Zeit mit eiserner Strenge gegen den Sozial-Demokrat einzuschreiten, würde das Bestehen des Vereins gefährdet haben. Er habe geglaubt, das Blatt für den Verein erhalten zu müssen, solange es irgend ginge. Als er zuletzt in den Abgrund gesprungen sei, um den Verein zu retten, habe er Gerechtigkeit von der Generalversammlung erwartet. — Großenbach: Der Sozial-Demokrat sei zu veranlassen, eine gegen ihn gerichtete Erklärung abzudrucken und nur dreimal wöchentlich zu erscheinen. Dadurch würde dem Sozial-Demokrat eine derbe Lektion erteilt. Sollte derselbe sich nicht fügen wollen, wie zu vermuten sei, so werde er nicht in schärfere Opposition treten, als wenn wir ihn überhaupt fallen ließen. — Perl tadelt, daß der

[3]) Anmerkung Beckers: Das Zirkular Lassalles ist vom 27. Juli 1864 datiert. Tags darauf schrieb Lassalle in einem Briefe: „Ach, wie wenig Sie au fait in mir sind. Ich wünsche nichts sehnlicher, als die ganze Politik los zu werden und mich in Wissenschaft, Freundschaft und Natur zurückzuziehen. Ich bin der Politik müde und satt. Zwar ich würde so leidenschaftlich wie je für dieselbe entflammen, wenn ernste Ereignisse da wären, oder wenn ich die Macht hätte oder ein Mittel sähe, sie zu erobern — ein solches Mittel, das sich für mich schickt; denn ohne höchste Macht läßt sich nichts machen. Zum Kinderspiele aber bin ich zu alt und zu groß. Darum habe ich höchst ungern das Präsidium übernommen! Ich gab nur Ihnen nach. Darum drückt es mich jetzt so gewaltig. Wenn ich es los wäre, jetzt wäre der Moment, wo ich entschlossen wäre, mit Ihnen nach Neapel zu ziehen. (Aber wie es los werden?) Denn die Ereignisse werden sich, fürcht' ich, fürcht' ich, langsam, langsam entwickeln und meine glühende Seele hat an diesen Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen keinen Spaß. Politik heißt aktuelle, momentane Wirksamkeit. Alles andere kann man auch von der Wissenschaft aus besorgen."

Präsident die Tagesordnung oder wenigstens das vorhandene Material den Gemeinden nicht unterbreitet habe.[4]) Er halte mit dem Sozial-Demokrat Leipzig für einen zur Abhaltung der Generalversammlung geeigneten Ort und finde im Auftreten des Sozial-Demokrat kein so sehr großes Verbrechen. Wollte der Sozial-Demokrat den Verein sprengen, so würde er nicht mit so offenen Karten gespielt haben, da er doch unmöglich seinen eigenen Einfluß auf die Parteigenossen für alles bestimmend habe halten können. Doch sei sein Verfahren nicht zu billigen und der Präsident in Schutz zu nehmen. Den Sozial-Demokrat abzuschaffen, sei dagegen ein Verbrechen gegen unsere Partei, da sogar Becker denselben seiner Bedeutung für uns wegen nicht habe stürzen wollen. Der Vertrag sei trotz der Versicherungen des Gegenteils erloschen. Unter nachdrücklicher Betonung der Bedeutung der Presse stellt er den Antrag:

„Die Generalversammlung erklärt das Verfahren des bisherigen Präsidenten bezüglich der Anordnung der Generalversammlung für gerechtfertigt; sie spricht daher ihre entschiedene Mißbilligung über das Verhalten der Redaktion des Sozial-Demokrat in dieser Beziehung aus, und beauftragt den neu zu erwählenden Präsidenten, den mit der Redaktion eventuell aufs neue abzuschließenden Kontrakt strenge aufrecht zu erhalten."

Hillmann ist im Gegensatz zu Perl der Ansicht, der Sozial-Demokrat sei planmäßig gegen den Verein aufgetreten; demselben sei nicht mehr zu trauen, seitdem er uns betrogen; er habe, anstatt die Disziplin zu untergraben, den Delegierten den Rat erteilen müssen, auf das Präsidium wegen der Wahl des Orts der Generalversammlung einzuwirken. In seinen letzten Artikeln habe er sich sogar über die Statuten hinweggesetzt. Redner verliest einen Brief von Hasenclever, in welchem das jüngste Auftreten des Sozial-Demokrat scharf getadelt wird. Später habe das Organ den Verein für krank erklärt. Es seien aber nur von Schweitzer und Becker krank gewesen. Dem Blatte sei nicht zu trauen; es habe schon jetzt halb Kehrt gemacht und werde vielleicht ganz Kehrt machen. Daß Schweitzer im Gefängnisse sitze, könne uns nicht bestechen. Man habe schon eigentümliche Erfahrungen mit Lothar Bucher, Edgar und Bruno Bauer gemacht und müsse sich jetzt vorsehen. Lieber gar keine Zeitung als eine verdächtige! Daher sei er gegen Perls Antrag. — Tölcke stimmt im wesentlichen der Erörterung Perls, die er für gründlich und sachgemäß hält, bei und stellt dazu folgende Amendements:

1. Die Versammlung wolle dem Herrn B. Becker eine verdiente Ehrenerklärung geben.
2. Gegen die Redaktion des Sozial-Demokrat ist eine Resolution zu erlassen, welche das Verfahren derselben entschieden tadelt, nebst Aufforderung an die Redaktion, die Resolution an der Spitze des Blattes abzudrucken, unter der Bedingung, daß andern als der Artikel 6 des Vertrags in Anwendung kommen werde.
3. Eine Kommission ist zu ernennen, welche mit Abfassung der Erklärung und Resolution beauftragt wird.

[4]) Anmerkung Beckers: Im Vorwort habe ich auseinandergesetzt, warum die Tagesordnung nicht abgeschickt wurde. Das vorhandene Material war zum Druck und Versenden fertig; ich hatte es Oberwinder in die Feder diktiert und wartete auf die Antwort Fritzsches, an den eine Mahnung nach Leipzig abgegangen, bis zum 23. November.

Tölcke fährt fort: Auf dem Arbeitertag in Barmen seien die Bismarck-Artikel zur Sprache gekommen; Hillmann selbst habe sie verteidigt. Seit jener Zeit seien keine Artikel erschienen, die das Blatt verdächtig machten. Der Sozial-Demokrat habe nicht gesagt: „der Verein", sondern: „die Organisation" — sei krank. Die Wahrheit davon habe Becker selbst bekundet, als er sich über die Trägheit der Vorstandsmitglieder beschwert habe. Redner stimme daher gegen den Mannschen und unter Empfehlung seiner Amendements für den Perlschen Antrag. — Großenbach meint, selbst wenn wir ein neues Blatt erhielten, könne uns dies dennoch täglich Opposition machen. Er stimme daher Tölcke bei mit dem Zusatz, dem Sozial-Demokrat solle die Bedingung gestellt werden, in Zukunft bloß 3mal wöchentlich zu erscheinen. — Mann ergänzt seinen früheren Antrag dahin: der in Hamburg erscheinende „Arbeiter" solle zum Vereinsorgan erhoben werden. — Perl hält den Leiter des „Arbeiter" für nicht imstande, unseren Ansprüchen zu genügen, wenn auch das Blatt durch eine größere Abonnentenzahl gehoben werden könne. Er glaube gern, daß der Sozial-Demokrat Becker habe veranlassen wollen, sein Amt niederzulegen. Möglicherweise habe die Redaktion auch das Interesse des Vereins im Auge gehabt, wenngleich die Person Schweitzers ihm dies Vertrauen nicht einflöße. Keineswegs aber habe Becker in einem so kritischen Momente abdanken dürfen. Bei der Bedeutung des Sozial-Demokrat für die Partei und in Ansehung seiner Verdienste könne man das Blatt nicht abschaffen. Wenn man den Verdacht ausgesprochen habe, das Blatt diene der Reaktion, so sei das eine Inkonsequenz, da man es in Schutz genommen, als es wirklich Bismarck-Artikel gebracht habe. Auch habe Schweitzer in Anbetracht seiner in der Alhambra gehaltenen Vorträge keinen solchen Verdacht verdient. Was das Großenbachsche Amendement betreffe, so habe er (Perl) auf Schweitzers Anfrage erklärt, daß er es für nützlich halte, eine täglich erscheinende Zeitung zu besitzen, falls der Preis nicht zu hoch steige. Diese Ansicht hege er noch. Die Tölckeschen Amendements befürworte er.

(Ankunft eines Telegramms aus Leipzig. Die Leipziger, Thonberger und Stötteritzer Gemeinden übertragen ihr Mandat von Fritzsche auf Richter.)

Freundschuh fragt: ob die Redaktion des Sozial-Demokrat sich eventuell eine Rüge gefallen lassen würde. — Ellner bemerkt: es greife im Arbeiterstande ein Mißtrauen gegen den Sozial-Demokrat um sich. Es kämen weniger Zuschriften von Arbeitern, die Mitteilungen über auswärtige Verhältnisse blieben ganz aus. Trotzdem sei er nicht dafür, das Blatt gänzlich abzuschaffen, wolle aber für Becker ein Vertrauensvotum erlassen wissen. — Richter: Das eben eingelaufene Telegramm bestätige seine Vermutung, daß der Sozial-Demokrat nicht der Reaktion, sondern nur Fritzsche, der sich nach der Präsidentur gesehnt, gedient habe. Seine Mandatgeber in Solingen hätten ihm den Auftrag gegeben, für die Abschaffung des Sozial-Demokrat zu stimmen; ein solcher Beschluß würde aber, wie aus der Debatte sich ergebe, nicht einstimmig gefaßt werden und folglich die Gefahr einer Zersplitterung herbeiführen. Er stimme daher gegen den Willen seiner Mandatgeber und werde dies nötigenfalls persönlich verantworten. — Mann zieht der Eintracht wegen seinen Antrag zurück und will nur den Zusatz, der „Arbeiter" möge möglichst verbreitet werden, aufrecht erhalten wissen. — Paul teilt mit Bezug auf die von Ellner hervorgehobenen Uebelstände mit, daß ein vor 6 Wochen von ihm eingesandter Artikel über eine Arbeitseinstellung bis jetzt nicht erschienen sei. Eine Schwenkung des Sozial-Demokrat auf die Seite

der Reaktion sei moralisch unmöglich, ein Auftreten des Blattes gegen unsern Verein würde den Redakteuren am meisten schaden. — Hasenclever meint: man müsse mit einer Redaktion, wenn sie Artikel kürze oder zurücklege, Nachsicht haben. Auch sei zu bedenken, daß der Sozial-Demokrat, um bestehen zu können, mindestens 2000 Abonnenten nötig habe, während ihm der Verein höchstens 500 stelle. Trotzdem sei das Blatt stets entschieden für die Sache der Arbeiter eingetreten. — Freundschuh stellt zu den Tölcke-Perlschen Anträgen das Amendement: „es solle dem Sozial-Demokrat eine Frist von 8 Tagen gestellt werden; habe er in diesem Zeitraum die ihm zuzustellende Resolution nicht an der Spitze des Blattes abgedruckt, so solle er aufhören Vereinsorgan zu sein."

Resultat der Abstimmung:

Der Perlsche Antrag nebst Tölckes Amendements, sowie Freundschuhs Amendement und Manns den „Arbeiter" betreffender Zusatz werden einstimmig angenommen.

In die Kommission für die Ausarbeitung der Resolution und Erklärung werden Perl, Tölcke, Hasenclever, Richter und Freundschuh gewählt. Behufs der Redaktion des Protokolls werden gewählt: Mann, Ellner und Hasenclever.

(Pause von 7—7½ Uhr abends.)

Nach Wiedereröffnung Festsetzung der Tagesordnung für den folgenden Tag.

Von den bei dem seitherigen Präsidenten eingereichten Anträgen wurden folgende nicht auf die Tagesordnung gesetzt:

1. Die Kassenrevisoren sollen in Zukunft von den Delegierten gewählt werden. (Privatantrag Yorcks aus Harburg.) Verstößt gegen die Organisation.
2. Die Wahl der Bevollmächtigten soll jedes Jahr vorgenommen werden. (Kölnischer Antrag.) Verstößt gegen die Organisation.
3. Verlegung der Generalversammlung um einige Monate früher. Motiv: Größerer Verdienst der Arbeiter im Sommer als im Herbst. (Antrag von Altona und Itzehoe.) Dem Präsidenten, der über die Ansetzung der Generalversammlung zu entscheiden hat, zur Berücksichtigung empfohlen.
4. Westentaschenformat der Mitgliedskarten. (Antrag von Altona und Itzehoe.) Verwaltungssache.
5. Abhaltung eines Arbeitertags in Duisburg. (Duisburger Antrag.) Verwaltungssache.

Demnach wird die Tagesordnung für den folgenden Tag (den ersten Dezember) so festgesetzt:

I. Vorstandswahl.
II. Vereinsbericht, erstattet durch den seitherigen Präsidenten Bernhard Becker.
III. Eingelaufene Anträge.
IV. Geldverhältnisse.
V. Präsidentenwahl

Sitzung vom 1. Dezember (Freitag).

Eröffnung der Verhandlungen um 10 Uhr morgens.

Becker verliest einen inzwischen von Lewy eingegangenen Brief, aus dem ersichtlich wird, daß es mit der Kasse nicht sehr gut steht, und daß Lewy nicht im-

stande ist, das Bevollmächtigten- und Kassiereramt länger zu verwalten. Als Bevollmächtigten empfiehlt er Real.

Verlesung eines von Otto Dammer an Becker gerichteten Briefes, ein Geldforderung Dammers an Schweitzer für den Druck der von Lassalle nicht als Agitationsschrift anerkannten Schweitzerschen Broschüre „Die Fortschrittspartei als Trägerin des Rückschritts" betreffend.

I. Vorstandswahl.

Die im vorigen Jahre nicht ausgelosten Vorstandsmitglieder:

Th. Yorck in Harburg, L. Dörfel in Leipzig (Ersatzmann für Niederley), v. Schweitzer in Berlin (Ersatzmann für Arndt), R. Schlingmann in Berlin, A. Perl in Hamburg, G. Lewy in Düsseldorf, H. Coßmann in Solingen (Ersatzmann für Klings) und H. Hillmann

scheiden den Statuten gemäß aus.

Es bleiben von den alten folgende Vorstandsmitglieder in Funktion: Audorf, Welcker, Dürr, Fritzsche, Försterling, Henning und Schnabel.

Der früher eingereichte Antrag der kölnischen Mitglieder, die Ausstoßung des Vorstandsmitgliedes Urbach betreffend, wird einstimmig angenommen.

Becker hält es für ratsam, einige Vorstandsstellen noch unbesetzt zu lassen für den Fall, daß der Verein in neuen Gegenden Deutschlands Fuß faßt.

Es werden 16 Neuwahlen einstimmig vorgenommen, so daß mit den gesetzlich bleibenden alten Vorstandsmitgliedern nun der Vorstand aus folgenden 23 Männern besteht.

1. J. Audorf jun. in Hamburg, Mühlenstr. 43.
2. W. Welcker, Sachsenhausen bei Frankfurt a. M., per Adr. Gärtner Taut, Hedderichsweg.
3. Fr. Dürr in Augsburg, H 132.
4. Webermeister H. Schnabel, Wüste-Waltersdorf in Schlesien
5. F. W. Fritzsche, Leipzig, per Adr. Hotel de Saxe.
6. Emil Försterling, Dresden, Zahnsgasse 10.
7. K. Henning, Ronsdorf, Breitenstraße.
8. K. Weiß, Maschinenbauer in Oberkändler bei Chemnitz.
9. A. Großenbach, Barmen, Heckinghauserstraße 103.
10. W. Hasenclever, Hagen.
11. Webermeister Florian Paul, Wüste-Giersdorf in Schlesien.
12. E. Richter, Dresden, per Adr.: Försterling, Zahnsgasse 10.
13. A. Perl, Hamburg, Schlachterstraße 10.
14. C. W. Tölcke, Iserlohn.
15. H. Hillmann, Elberfeld, Funkenstraße 13.
16. H. Coßmann, Solingen, Brunnenstraße.
17. C. F. Rickers, Altona, Grund, unter No. 11.
18. W. Bracke jun., Braunschweig.
19. Chr. Deckwitz, Bremen, Köpkenstraße 8.
20. Ludwig Würkert, Leipzig, Hotel de Saxe.
21. Wilhelm Real, Düsseldorf, Gemüsemarkt 9.
22. Karl Düchting, Köln, per Adr. H. Schob, Höhle 15.
23. Bernhard Becker, Frankfurt a. M., Röderberg 14.

In betreff des von Tölcke gerügten Umstandes, daß die Frankfurter Gemeinde einen Delegierten gewählt habe, erklärt Becker, diese hätte gemäß § 15 des Geschäfts-Reglements allerdings nach Köpfen der Erschienenen zu stimmen. Im vorigen Jahre sei dies aus lokalen Gründen, die auch für Frankfurt bestänben, anders gehalten worden, und da bereits die laufende Nummer wie im vorigen Jahre für maßgebend angenommen worden, so sei von der souveränen Versammlung die Wahl eines Frankfurter Delegierten zu sanktionieren. Dies geschieht.

II. Vereinsbericht des seitherigen Präsidenten.

Becker: Er habe nur im Interesse unserer Sache nach Lassalles Tode die Präsidentur angenommen. Gleich anfangs seien große Geldforderungen, die er namhaft macht, an die Vereinskasse erhoben worden. In jeder Beziehung hätte es wünschenswert geschienen, daß ein bemittelter Präsident dem Vereine vorstehe. Die Gelder gingen schlecht ein, aus welchem Grunde schon Lassalle zweimal (im Januar und Mai 1864) seinen Zweifel an der Möglichkeit des Fortbestandes des Vereins ausgedrückt habe. Es sei daher ein kühner Schritt seinerseits gewesen, die Präsidentur zu übernehmen. Zwar habe ihm anfangs die Gräfin Hatzfeldt die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen versprochen, doch sei dies, wie es sich bald herausgestellt, um den Preis der unbedingten Herrschaft über den Verein geschehen. Mit dieser Dame habe er nicht gleich brechen wollen, weil er geglaubt, sie könne dem Vereine wesentlich nützen. Als sich aber drei Gruppen (bestehend aus Marxianern, Regierungsagenten und den beiden Zeitungs-Baronen) um die Gräfin gebildet und auf sie eingewirkt hätten, da sie dieselbe als den Mittelpunkt des Vereins ansahen, so habe er dem Verein zuliebe 1. durch Erhebung einer Anleihe, 2. durch die von der vorjährigen Generalversammlung beschlossene Verbindung des Sekretariats mit dem Präsidium und 3. durch seine Uebersiedlung nach Frankfurt a. M. die Unabhängigkeit der Vereinsleitung hergestellt. Indes sei durch die Besorgung der Vereinsgeschäfte seine ganze Kraft in Anspruch genommen worden, er habe seine wissenschaftlichen Arbeiten liegen lassen müssen und unter anderem sein Werk über die Bewegung des Jahres 1848 bis heute noch nicht zu vollenden vermocht. Die mechanischen Geschäfte und die Zwistigkeiten hätten bewirkt, daß seine geistige Kraft nicht nützlicher für den Verein habe verwendet werden können. Er habe, als er sein Amt angetreten, einen reinen Namen und einen guten Willen mitgebracht. Es sei keinem Fortschrittsblatte gelungen, an seinem Privatleben auch nur den geringsten Makel zu entdecken (Rückblick auf seine Vergangenheit). Daher habe auch der größte Teil der Mitglieder den verleumderischen Angriffen, die mehr dem Verein als seiner Person gegolten, keinen Glauben geschenkt, sondern treu zum Präsidium gehalten, wofür er seinen Dank ausspreche. Sobald er das Präsidium angetreten habe, sei er, dem man früher nicht das Geringste vorzuwerfen gewußt, überall bei den Arbeitern verlästert worden, und nur um den Verein nicht zugrunde gehen zu lassen, habe er die Angriffe mit Gleichmut ertragen und den Mitgliedern das Präsidium nicht vor die Füße geworfen. Doch sei trotz aller Kämpfe der Zusammenhalt nicht zerstört, die Organisation nicht vernichtet worden, wie schon der rasche Zusammentritt gegenwärtiger Versammlung deutlich zeige. Man dürfe übrigens die Kämpfe und Ausscheidungen nicht von einem kleinlichen, beschränkten Standpunkte aus beurteilen. Jeder große politische Verein habe sein

geschichtliches Leben; es seien behufs der Reinigung Ausstoßungen nötig, damit die sich einschleichenden fremdartigen Elemente: Ehrgeizige, Pfaffensendlinge, Regierungsagenten, Beschränkte usw., entfernt würden und ein frischer Blutumlauf stattfinde. Die Notwendigkeit solcher Säuberung zeige klar die Geschichte der Jakobiner, Illuminaten und Carbonari. Unsere äußeren Feinde seien die ängstlichen Regierungen, die Geistlichkeit, die Fortschrittspartei und ihre Presse, die blinden oder an der Form haftenden Revolutionäre, die an Schultze angeklammerten Arbeiter, die Trägheit und der Unverstand der Massen. Die ultramontane Geistlichkeit wolle uns nur als religiöse Sekte, nicht als politische Partei gelten lassen und darum habe sie, wie z. B. in Mainz, gegen unsere Organisation, die uns politische Tragweite und Schlagkraft gibt, gewühlt. Die Inneren Feinde seien: die Vereinsspielerei und das Dezentralisations streben, entspringend aus kleinlicher Auffassung der Sachlage. Obschon diese den in beschränkten Verhältnissen aufgewachsenen Arbeitern natürlich sei, so habe sie sich im Vereine glücklicherweise doch wenig geltend zu machen vermocht. Die zentralistische Organisation sei der Stärke des Vereins wegen auch in Zukunft strenge beizubehalten. — Eins der wichtigsten Hindernisse, die sich uns in den Weg gestellt, sei die fortdauernde politische Ruhe gewesen. Unser revolutionärer Verein verlange zu seiner Kräftigung das Eintreten äußerer, großer Ereignisse, an denen es im nächsten Jahre hoffentlich nicht fehlen werde. Zur schleswig-holsteinischen Frage habe sich der Verein neutral verhalten, da, wie Redner sehr ausführlich erörtert, dieselbe erst mit der Lösung der deutschen Frage zu lösen sei.

Die vom Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein in politischer Beziehung befolgte Taktik sei bekannt. Die bei Gelegenheit des „Kölner Abgeordnetenfestes" erlassene Resolution sei sowohl gegen die preußische Regierung als auch gegen die Fortschrittspartei gerichtet gewesen. Er habe letztere durch Darlegung ihrer Feigheit entweder blamieren oder einen Teil ihrer Mitglieder nach Links drängen wollen. Durch die Resolution sei auch den Gegnern, die uns der Bismarckerei beschuldigt, gründlich der Mund gestopft worden. Die preußische Regierung werde auf unsere Forderungen nie eingehen, da sie sogar die weit geringeren Wünsche der Fortschrittspartei unberücksichtigt lasse. Unsere Bewegung solle auf volkstümlicher Grundlage die Einheit und Freiheit Deutschlands gebären: daher müßten wir gegen das spezifische Preußentum und die preußische Spitze ankämpfen. Nachdem wir das Walten der Reaktion Jahre lang zu sehen Gelegenheit gehabt, könnten wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß der deutsche Augiasstall gründlich und rein ausgemistet werden müsse. In diesem Stalle lagerten zwei Schichten, die obere, kleinere Schicht bildete der Unrat des Liberalismus und der Bourgeoisie, während die untere und Hauptschicht aus mittelalterlicher Ablagerung der Junkerei und des Pfaffentums bestehe. Wer den Geldadel nicht wolle, dürfe auch dem Geburts- und Grundadel mit allem, was drum und dran hänge, nicht hold sein. Unsere Bewegung habe europäische Tragweite. Würden wir uns an Preußen anheften, so würden wir mit verruchter Hand unsere Fortdauer auf die Spanne Zeit, welche dieser Staat noch zu leben habe, herabsetzen und schließlich an der künstlichen Grenze, die wir aus Verblendung um uns gezogen, scheitern. Preußen, an Intelligenz hinter manchem Kleinstaate zurückstehend, sei überworfen mit den Liberalen und der Arbeiterpartei und es vertrete bloß das Gamaschen- und Polizeiregiment. Das absolutistische Element sei ausschließlich; es wolle die Herrschaft für sich allein oder

wenigstens für die Partei der Junker, auf welche sich die Regierung stütze und aus denen sie sich ergänze. Preußen sei Militär- und Polizeistaat und der solle es zufolge der Intention der Herrschenden bleiben. Zwar wäre es sehr gut für uns, wenn wir uns auf einen wichtigen Schwerpunkt stützen könnten; allein Berlin sei mit einem so schlechten Geiste erfüllt, daß unsere Aussichten dort, wie schon Lassalle in Erfahrung gebracht, sehr gering seien. Unser Stützpunkt müsse Wien, die zukünftige Hauptstadt Deutschlands, werden. Von den beiden, den Dualismus erzeugenden Großstaaten Deutschlands sei Preußen positiv, indem es sich in Deutschland durch Angliederung vergrößern wolle, während Oesterreich, das sich abwehrend verhalte, den negativen Faktor des Dualismus repräsentiere. Oesterreich in seiner jetzigen Beschaffenheit werde bei der geringsten europäischen Bewegung in Trümmer gehen. Eine Neugestaltung werde dort Platz greifen und von da aus werde Deutschland geeinigt, der Feudalstaat Preußen aber zertrümmert werden. Von Kompromissen mit den Feudalen könne bei uns keine Rede sein. Der Verein solle auch in Zukunft selbständig und direkt auf sein Ziel lossteuern. Auch die neu entstandene Fortschrittlerfraktion, die sich „deutsche Volkspartei" nenne, sei unfähig, etwas Großes zu schaffen. Sie ebenfalls wolle sich, wie dies naiv in ihrem Organe ausgesprochen worden, der Arbeiter nur als Kanonenfutter bedienen und darum sei jede Verbindung mit ihr vom Präsidium entschieden zurückgewiesen worden.

III. Anträge.

1. Die Hamburger und Bremer beantragen die Trennung des Sekretariats vom Präsidium, während die Barmer Gemeinde die Vereinigung beider Aemter vorläufig fortbestehen lassen will. Nach längerer Debatte lassen die Delegierten von Hamburg und Bremen die Anträge ihrer Gemeinden fallen, da des Kassenbestandes wegen die allerdings wünschenswerte Trennung sich noch nicht durchführen lasse.

2. Die Hamburger Gemeinde beantragt Aussendung besoldeter Agitatoren seitens des Vereins. — Perl läßt der Kassenverhältnisse wegen auch diesen Antrag fallen. Hierauf stellt Freundschuh den Antrag: „In jeder Gemeinde eine besondere Kasse für Agitation zu errichten." An der sich hieran knüpfenden Debatte beteiligen sich Tölcke, Becker, Lauer aus Frankfurt, Mann, Großenbach, Ellner und Perl. Letzterer stellt den Gegenantrag: „Sobald es die Vereinskasse erlaubt, sollen aus derselben besoldete Agitatoren ausgesandt werden", worauf Freundschuh seinen Antrag zurückzieht und Perls Antrag einstimmig angenommen wird.

3. Der Antrag Barmens: „Die Opposition mit Stillschweigen zu behandeln und Abtrünnige aus den Listen zu streichen", — wird vom Barmer Delegierten Großenbach, da die Sache teils unwichtig, teils in den Statuten vorgesehen sei, zurückgezogen.

4. Antrag der Harburger Gemeinde: „Jedem neu Eintretenden soll zugleich mit den Statuten ein Exemplar des „„Offenen Antwortschreibens"" gratis übergeben werden." — Becker bemerkt, daß Harburg von der Beschickung der Generalversammlung Abstand nehme, doch wünsche es zufolge einem Briefe Yorcks, daß derjenige es in diesem Punkte vertrete, der diesen Antrag zu seinem eigenen mache. — Hierauf tritt für Harburg Richter ein. An der Debatte nehmen

Teil: Ellner, Tölcke, Perl, das Frankfurter Mitglied Lauer, Wertheim, Becker und Dürr. — Tölcke beantragt den Zusatz: „Wo die Lage der Gemeindekasse es erlaubt." — Dürr beantragt: „Das „„Offene Antwortschreiben"" jedem neu Eintretenden gegen Bezahlung einzuhändigen." — Nach längerer Verhandlung, bei der Richter, Paul, Hillmann und Tölcke sprechen, wird der Harburger Antrag ohne und mit Tölckes Zusatz mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Dürr zieht seinen Antrag zurück, nachdem Becker die Statutenwidrigkeit desselben nachgewiesen hat.

5. Die Gemeinde Asch in Böhmen wünscht ein besonderes Gelddepot für Oesterreich, in welches ihre Beiträge für die Vereinskasse eingezahlt werden können. — Motiv: Die Schwierigkeit seitens der Behörden, für den Verein bestimmte Gelder außer Landes zu schicken. Der Antrag wird der Verwaltung zur Berücksichtigung empfohlen und zur Tagesordnung übergegangen.

6. Ueber den Antrag der Stettiner Gemeinde: „Neue Gemeinden in materieller und geistiger Hinsicht, namentlich durch Hinsendung von Rednern, zu unterstützen," wird zur Tagesordnung übergegangen.

7. Antrag von Altona: Anstellung von 1 oder 2 besoldeten Agitatoren für Schleswig und Holstein. — Tagesordnung.

8. und 9. Auch über die Anträge: „Die in den Agitationsschriften vorkommenden Fremdwörter im Vereinsorgan zu verdeutschen und zu erklären." (Altona-Itzehoe.)

und: „Jedem Bevollmächtigten und Vorstandsmitglied ein Exemplar des Vereinsgesetzes je nach den verschiedenen Staaten einzuhändigen" (Solingen) — wird zur Tagesordnung übergegangen.

10. Herabsetzung des Mitgliederbeitrages auf die Hälfte für die Gemeinden im Odenwald, im Erzgebirge und unter der schlesischen Weberbevölkerung. Motive: Ausdehnung des Vereins und Arbeiterelend. — Es sprechen Weiß, Paul, Richter als die Vertreter jener Gegenden. Hierauf wird der Becker-Perlsche Antrag:

„Die Generalversammlung wolle beschließen: daß den Gemeinden in Schlesien, im sächsischen Erzgebirge und im Odenwald die Hälfte des Mitgliederbeitrages in Anbetracht der dort herrschenden Notzustände bis zur nächsten Generalversammlung unter Bezugnahme auf § 5 der Statuten erlassen wird," einstimmig angenommen.

11. Zusammenfassung unserer Prinzipien in Broschüren (Frankfurt und Köln), nebst der Geschichte unserer Agitation, sowie öftere Herausgabe zeitgemäßer Flugschriften durch den Präsidenten (Frankfurt). — Ellner, Tölcke und das Frankfurter Mitglied Oberwinder sprechen sich dafür, Hasenclever wegen der Klassenlage dagegen aus. Wertheim erinnert daran, daß es wohl bald an Agitationsschriften fehlen und daß Lothar Bucher wohl schwerlich, wie er Becker schriftlich und mündlich vor seinem Eintritt in die Regierung versprochen, dem Verein das im Lassalleschen Testament erhaltene Autorrecht überlassen werde. Redner beantragt daher: „Eine Zusammenfassung der Lassalleschen Lehren in allgemein verständlicher Form unter möglichst engem Anschluß an das „„Offene Antwortschreiben"" vom Präsidenten anfertigen und als Agitationsschrift verbreiten zu lassen." — Nach einiger Dis-

kussion wird Perls Antrag: „Unter Empfehlung des Gegenstandes an das Präsidium zur Tagesordnung überzugehen" — einstimmig angenommen.

Becker erwähnt: einer seiner Gründe, die G.-V. in Frankfurt abzuhalten, habe darin bestanden, daß uns Verfolgungen teils schon betroffen haben, teils noch bevorstehen. Er habe Frankfurt gewählt, weil wir hier frei reden können, ohne daß uns die Polizei irgendwie Hindernisse in den Weg lege. — Längere Beratung über diesen Gegenstand.

IV. Geldverhältnisse.

1. Wahl eines Kassierers.

Nach eingehender Debatte wird beschlossen, den Kassierer aus dem Vorstand zu wählen. Auf Richters Vorschlag wird Herr Försterling aus Dresden einstimmig und für den Fall, daß derselbe das Amt nicht annehmen sollte, Herr Türr aus Augsburg einstimmig gewählt.

2. Erbschaftsangelegenheit.

In bezug hierauf hatte Becker der Generalversammlung am gestrigen Tage bei der Feststellung der Tagesordnung Mitteilungen gemacht. — Mann beantragt, der Mutter Lassalles Herrn Becker als den gewünschten Vertrauensmann zu bezeichnen. — Indem Becker an das Gefühl der Versammlung appelliert, lehnt er ab und schlägt Herrn Gustav Lewy in Düsseldorf vor. Beckers Vorschlag wird einstimmig angenommen. Die hierdurch nötig gewordenen Urkunden werden in folgende Fassung gebracht:

Erstes Aktenstück.

„Auf Veranlassung einer Anfrage der Frau Witwe Lassal in Breslau bezeichnet die heute in Frankfurt a. M. tagende diesjährige Generalversammlung, bestehend aus den Unterzeichneten Delegierten, den seitherigen Vereinskassierer Herrn Gustav Lewy in Düsseldorf als diejenige Person, an welche das von der Frau Witwe Lassal dem A. D. A.-V. zugedachte Legat gebunden werden kann. Gleichzeitig spricht die Generalversammlung der Frau Witwe Lassal den Dank der Versammlung für ihre hochherzigen Zuwendungen aus."

(Folgen die Unterschriften sämtlicher Delegierten.)

Zweites Aktenstück.

Auf Veranlassung einer Anfrage der Frau Witwe Lassal in Breslau bezeichnet die heute in Frankfurt am Main tagende diesjährige Generalversammlung des A. D. A.-V., bestehend aus den unterzeichneten Delegierten, an Stelle des aus dem Verein geschiedenen Vereinssekretärs Eduard Willms, früher wohnhaft in Berlin, jetzt in Solingen, den seitherigen Vereinskassierer Herrn Gustav Lewy in Düsseldorf als diejenige Person, an welche die Befugnis der Verwendung desjenigen Legats von jährlich 500 Talern (auf fünf Jahre), welche Herr Ferdinand Lassalle testamentarisch zur Agitation im Interesse des A. D. A.-V. bestimmt hat, gebunden sein soll."

(Folgen die Unterschriften sämtlicher Delegierten.)

V. Präsidentenwahl.

Es wird einstimmig beschlossen, den Präsidenten auf ein Jahr zu wählen. — Richter teilt mit, daß er im Auftrag seiner Gemeinde für Becker zu stimmen

habe. Er fragt Becker, ob derselbe die Wahl annehmen werde, falls er einstimmig gewählt werde. — Becker lehnt, da dies im Interesse des Vereins sei, entschieden ab, trotzdem daß noch Paul und Mann ihn zur Annahme der Wahl zu bewegen suchen. Er habe nach reiflicher Ueberlegung sein Amt niedergelegt und spiele nicht Komödie, wie solches bei den Fortschrittlern und Feudalen vorkommen möge. — Hasenclever bittet Becker, nicht für immer von der Wahl abzusehen. Vielleicht könne im nächsten Jahre unter anderen Verhältnissen die Wahl auf ihn fallen. — Paul und Richter wünschen, daß Becker wenigstens den ersten Vorschlag machen möge. — Becker erwidert, er wolle der Freiheit der Versammlung in keiner Weise vorgreifen. — Freundschuh schlägt nun Tölcke vor. — Gerhardz schlägt Hillmann vor. — Hillmann erklärt, seiner jetzigen Lage wegen eine auf ihn fallende Wahl nicht annehmen zu können. Später werde er dazu bereit sein und auch dazu die erforderliche Energie bekunden. Inzwischen werde er als Agitator weiter für den Verein arbeiten. Richter und Großenbach sprechen sich jetzt gleichfalls für Tölcke aus, ebenso Ellner, der darauf hinweist, daß Tölcke schon früher von Becker vorgeschlagen sei. Verschiedene andere bekunden, auch ihnen habe Becker Herrn Tölcke als Präsidenten vorgeschlagen. Es wird hierauf namentlich abgestimmt. Mann aus Altona enthält sich der Abstimmung, alle übrigen Delegierten entscheiden sich für Tölcke. (Auch Mann gibt nachträglich seine Zustimmung.) Der Vizepräsident Hillmann proklamiert Herrn C. W. Tölcke aus Iserlohn als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

(Hoch auf Tölcke, den neuen Präsidenten, ausgebracht von Becker.)

(Hoch auf Becker, ausgebracht von Großenbach.)

Tölcke: Er werde im Interesse des A. D. A.-V. kräftig und energisch auftreten. Anfangs habe er eine etwa auf ihn fallende Wahl nicht annehmen wollen; seine Bedenken seien erst im Laufe der Verhandlungen dieser Generalversammlung geschwunden. Natürlich nehme er die Präsidentur nur vorbehaltlich der Bestätigung seitens der einzelnen Gemeinden an. Er bringt ein Hoch auf den A. D. A.-V. und dessen Vorstand aus.

Die in betreff des Verhältnisses zwischen dem S.-D. und Becker laut Beschlusses von gestern einer Kommission zur Entwerfung übertragene Resolution und Erklärung werden in folgender Fassung einstimmig angenommen:

A. Resolution.

Die Generalversammlung des A. D. A.-V. spricht ihre entschiedene Mißbilligung über das Verfahren der Redaktion des Sozial-Demokrat in den Nummern 200, 201 und 202 des Blattes, bezüglich der Kritik des Verfahrens des damaligen Präsidiums in der Anordnung der Generalversammlung aus, indem sie, abgesehen von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit und Zulässigkeit einer Kritik, dieselbe doch unter den vorliegenden Umständen nur als eine dem Verein schädliche ansehen kann, die vom Vereinsorgan unterlassen werden müßte. Sie erkennt gleichzeitig hiermit das Verfahren des damaligen Präsidiums in der Anordnung der Versammlung als gerechtfertigt an.

B. Erklärung.

Die Generalversammlung erklärt das Verfahren des Präsidenten B. Becker bezüglich der Anordnung der Generalversammlung zum 27. November

dieses Jahres in Frankfurt a. M. für gerechtfertigt und stattet außerdem demselben in Anbetracht seiner vielfachen Verdienste um den Verein und der Widerwärtigkeiten, denen er während der Dauer seiner Amtsführung ausgesetzt war, ihren Dank ab.

Beratung über die Zentralstiftungsfeier.

Klein wünscht den Wegfall derselben, Hillmann befürwortet ihr Zusammenfallen mit der Generalversammlung, Becker spricht für ihre Beibehaltung. Nach einiger Diskussion wird Manns Antrag: „Die Sache dem Ermessen des Präsidenten anheimzustellen", einstimmig angenommen.

Schriftenwesen.

Es werden verschiedene Klagen laut, daß Fritzsche die bei ihm bestellten Schriften, trotzdem er ermächtigt worden sei, den Betrag durch Postvorschuß zu entnehmen, oftmals nicht geschickt habe. Noch mehr gravierende Tatsachen kommen zur Sprache. Nach langen Erörterungen wird Fritzsche das Bücherdepot entzogen und dem Präsidenten aufgetragen, sich wegen Uebernahme desselben mit Reinhold Schlingmann in Berlin in Verbindung zu setzen.

Becker ist im Besitz folgenden Schriftstücks: „Herrn B. Becker in Frankfurt a. M. Quittung über empfangene Vereinsschriften. Sie sandten mir per Eisenbahn am 10. d. M.: 175 (Exemplare) Verfassungswesen; — 126 Ex. Offenes Schreiben an das Zentralkomitee; — 23 Ex. Feste, Presse usw.; 66 Ex. Ansprache an die Arbeiter Berlins, 4 Ex. beschmutzt; — 12 Ex. Arbeiterprogramm; — 131 Ex. Macht und Recht; — 3 Ex. Bastiat-Schultze; — 1 Ex. Wie und Wann; 40 Ex. Joh. Ph. Becker: Offener Brief; — 37 Ex. Wissenschaft und die Arbeiter; — 30 Ex. Geistige Fortentwicklung; — 5 Ex. Lucinde I.; — 11 Ex. Lucinde III.; — 4 Ex. Lucinde II.; — 2 Ex. Lucinde IV.; — 13 Ex. Beckers Bewegung, 1., 2., 3., 4. u. 5. Heft; — 86 Ex. Rodbertus-Briefe; — 150 Ex. Noten, 1. u. 2. Tenor, 1. u. 2. Baß zum Bundeslied; — 64 Ex. Offenes Antwortschreiben erhielt ich durch Herrn Dr. Otto Dammer am 20. d. M. Leipzig, 21. Febr. 1865. F. W. Fritzsche."

Vorstehende Schriften waren Vereinseigentum und wurden Fritzsche gratis zugestellt.

Ratifikation der Präsidentenwahl.

Perls Antrag, Hillmann die Vizepräsidentur zu belassen, bis die Gemeinden abgestimmt und Hillmann das Resultat ihrer Wahl eingeschickt haben, wird einstimmig angenommen.

Kontrakt mit dem S.-D.

Der von der dazu erwählten Kommission der Versammlung vorgelegte Entwurf eines eventuell vom Präsidium mit der Redaktion des S.-D. neu abzuschließenden Kontrakts wird einstimmig genehmigt.

II.

Fünfter Vereinstag der deutschen Arbeitervereine

am 5., 6. und 7. September 1868 zu Nürnberg.

Vorversammlung.

Schon zur Vorversammlung, welche am Sonnabend, abends 7 Uhr, in dem Saale des Arbeitervereins stattfand, waren die Vertreter von 89 dem Verbande angehörenden Vereinen erschienen. Es waren ferner vertreten das sozialdemokratische Agitationskomitee für Oesterreich durch Hartung und Oberwinder aus Wien, die deutschen Arbeiterbildungsvereine der Schweiz durch Quick (Genf), Greulich (Zürich), der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation durch Eccarius (London), die deutsche Abteilung der Internationalen Arbeiterassoziation durch Dr. Heger (Bamberg), Dr. Ladendorf (Zürich), letzterer zugleich Vertreter des deutsch-republikanischen Vereins in Zürich, der Ausschuß der deutschen Volkspartei durch Brückmann und Riethammer (Stuttgart), der Bäckergesellenverein zu Wien und Rabel und Mehling, die französische Abteilung der Internationalen Arbeiterassoziation durch Bütter (Genf).

Bebel, als Präsident des Vororts des Verbandes, übernahm den Vorsitz, die Anwesenden, besonders die Gäste aus der weiten Ferne, bewillkommnend und in wenigen einleitenden Worten darauf hinweisend, wie der vielseitige Besuch dieses Vereinstages ein bedeutsames Zeichen für die Wichtigkeit sei, welche man ihm beilege. Die Mandatträger lernten sich durch Einzelaufruf ihrer Namen und der Vereine, die sie vertraten, persönlich kennen. In die Prüfungskommission für die Geschäftsführung des Vororts wurden Wittum (Pforzheim), Dr. Pfeiffer (Stuttgart), Stolle (Crimmitschau) gewählt. Zur ersten Diskussion führte alsbald der Abstimmungsmodus; es war fraglich, ob den Deutsch-Oesterreichern, welche nicht Mitglieder des Verbandes werden können, und den anderen, aus der Ferne hergereisten Teilnehmern, welche es nicht sind, Stimmrecht zuerkannt werden solle. Auf Grund des § 3 des Vereinsstatuts und seither gepflogener Uebung wurde nach längerer Diskussion beschlossen, daß denselben nur beratende, keine beschlußfassende Stimme zukomme. Den Wiener Vertretern aber wurde das Stimmrecht gestattet, sobald sie den Anschluß ihrer Vereine an den Verband erklärten, da das Statut nur die nichtdeutschen Vereine ausschließt. Es folgt die Wahl einer Revisionskommission. Die hierauf in einem Einzelwahlgang vorgenommene Präsidentenwahl für die Verhandlungen ergab das Resultat, daß von 94 abgegebenen Stimmen auf Bebel 69 und auf Rögner (Nürnberg) 21 fielen; 4 Stimmen zersplitterten sich. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Löwenstein (Fürth) mit 62, zum zweiten Bürger (Göppingen) mit 59 Stimmen gewählt; Rögner (Nürnberg) erhielt 31, Hochberger (Stuttgart) 27 Stimmen.

Eine sehr lebhafte Debatte rief, wie vorauszusehen war, die Festsetzung der Tagesordnung hervor, auf welche nach dem Vorschlag des Vororts sogleich

nach der Erstattung des Geschäftsberichts die Programmfrage gestellt war. Es wurden diesfalls Anträge eingereicht, dieselbe erst unter Nr. 9 zu setzen, sie ganz von der Tagesordnung zu entfernen, die Tagesordnung en bloc anzunehmen, einen vermittelnden Weg einzuschlagen u. dgl. m. Dagegen sprach zunächst sehr entschieden Hartung (Wien), der darauf verwies, daß gerade die Programmfrage es sei, welche dem diesmaligen Arbeitertage seine Bedeutung gebe; er sei nicht Vertreter eines einzelnen Vereins, sondern Delegierter des österreichischen Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei. Es würde in Wien Mitleid und Staunen erregen, wenn man Altersversorgung und dergleichen Palliative auf die Tagesordnung setzte, aber nichts von der Programmfrage wissen wollte, durch welche diejenigen Elemente ausgeschieden werden würden, welche die Arbeiter unter dem Scheine, etwas für sie tun zu wollen, irreführten. — Stolle (Crimmitschau) ist ebenfalls der Ansicht, daß die zahlreiche Vertretung ihren Grund in der Erkenntnis von der Wichtigkeit der Programmfrage habe. Für das Alter wolle man sorgen, aber nicht für die Jugend, deren Wohl wesentlich durch die Politik, wie z. B. die Wehrfrage und andere Fragen, bedingt würde. — Simater (Stuttgart) will Spaltungen unter den Arbeitern vermeiden und ist deshalb für Streichung der Programmfrage. — Stuttmann (Rüsselsheim) will Entscheidung zwischen Radikalismus und Palliativmitteln; die Axt müsse an die Wurzel gelegt und der Beweis geliefert werden, daß man sich selbst helfen wolle, nicht aber untätig jenen Herren die Fürsorge für die Arbeiter überlasse, die ihnen zuriefen: Bekümmert Euch nicht um Politik; wir tun's für Euch! und die sozialen Forderungen mit dem Bemerken abwiesen: Nur stille, nur stille, wir werden es schon machen! — Hochberger (Eßlingen): Wollte man das Programm nicht ganz von der Tagesordnung streichen, wie er beantragt habe, so müsse er zwar die unausbleibliche Spaltung bedauern, aber die Sache müsse zum Austrag kommen, je eher, je besser. Die Klarheit sei gut. Man solle offen mit ehrlichen Waffen kämpfen; für das Wohl der Arbeiter stehen ja alle nach ihrer guten Ueberzeugung, wenn auch der Kampf um Programme die Arbeiter nicht aus ihrem materiellen Elend zu befreien vermag. — Krause (Mülsen) stellt hiernach den Antrag auf en bloc-Annahme der Tagesordnung. — Quick (Zentralpräsident der Arbeiterbildungsvereine der Schweiz): Wenn eine Verständigung über das Programm nicht möglich, dann muß eben die Trennung erfolgen, es geht nicht anders; denn vorher sind die Arbeiterbildungsvereine nicht imstande, etwas entschiedenes zu leisten. Ein anderes Programm als ein rein sozialdemokratisches können die Arbeiter nicht annehmen, sofern sie sich selber helfen und nicht von anderen sich nasführen lassen wollen, Gott weiß wohin. — Ladendorf (Zürich): Wie wollen die Arbeiterbildungsvereine ihren Zweck, Bildung, erreichen, wenn sie nicht das höchste und entschiedenste Bildungsmoment, die Lösung der politischen und sozialen Fragen, die Fragen der Existenz, des Lebens, zu allererst in Angriff nehmen? Kümmern Sie sich um das, was zu allernächst um Sie her vorgeht, was Sie so nahe berührt; fassen Sie festen Boden für Ihre Haltung und erschweren Sie sich durch Programmlosigkeit und Unsicherheit nicht Ihre eigene Arbeit; ohne entschiedenes klares Programm werden Sie nie zu Ihrem Ziele kommen. Sonnemann (Frankfurt) beantragte die Niedersetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Programms, welches den verschiedenen Ansichten soweit gerecht werden könnte, daß die Trennung vielleicht zu vermeiden wäre. Der Antrag fand ge-

ringe Unterstützung. Keine Kompromisse! rief man von allen Seiten, und nachdem einige Redner, namentlich Bütter (Genf), sich in längererAuseinandersetzung sehr entschieden gegen Sonnemanns Vorschlag erklärt, entschied sich die große Mehrheit für en bloc-Annahme der Tagesordnung.

1. Hauptversammlung.

Am Sonntag Morgen gegen 11 Uhr begann im Saale des Rathauses die erste Sitzung bei Anwesenheit einer großen Zuhörermenge. Der Vorsitzende Bebel brachte zuerst einige eingelaufene telegraphische Depeschen und Zuschriften zur Kenntnis der Versammlung, worauf die Erstattung des Geschäftsberichts des Vororts folgte. Nach demselben beträgt die Zahl der Vereine, die zum Verband gehören, zwischen 120—150 mit über 13,000 Mitgliedern. Der Vorsitzende gibt einen gedrängten Bericht der Tätigkeit des Vororts und hebt namentlich hervor, daß die seit dem Geraer Vereinstag eingeführte Organisation der Verwaltung sich gut bewährt habe. Zu bedauern sei die Untätigkeit, die eine große Anzahl Vereine ungeachtet aller Anregung an den Tag gelegt habe. Hauptaufgabe des Vororts sei die Schaffung eines Organs für den Verband gewesen, wie es in der deutschen Arbeiterhalle jetzt vorliege. Die schwache Unterstützung indes, die viele Vereine dem Verbandsorgan angedeihen ließen, habe eine erhebliche Unterstützung aus der Verbandskasse notwendig gemacht. Er empfehle dringend den Vereinen, für zahlreiches Abonnement Sorge zu tragen, denn das Organ sei eine Hauptstütze des Verbandes. Die aufgenommene Statistik sei sehr unvollständig ausgefallen, weil die meisten Vereine trotz mehrmaliger Aufforderung keine Fragebogen eingesandt. Er hoffe, daß ein nächstesmal diese wichtige Angelegenheit besser berücksichtigt werde.

Hierauf erhält Krebs (Berlin) das Wort als Berichterstatter der Kommission zur Prüfung der Mandate. Einige geringfügige Bedenken werden ohne Debatte beseitigt, und ergibt es sich, daß 98 Mandate mit 106 Vertretern vorhanden sind.

Einer Debatte, die sich vor Eintritt in die Programmfrage entspinnt, wird dadurch ein Ziel gesetzt, daß man beschließt, Vertretern, welche mehrere Vereine vertreten, nur eine Stimme zu gewähren.

Es erhält hierauf zur Programmfrage als Referent das Wort

Schweichel (Leipzig): Meine Herren! Fasse ich die Gründe für und wider zusammen, welche in der gestrigen Vorversammlung laut geworden sind, ob ein Programm überhaupt von dem gegenwärtigen Tag aufgestellt werden soll oder nicht, so drängt sich die Notwendigkeit einer Klärung der Geister, von welcher der Vorort ausging, indem er die Programmfrage auf die Tagesordnung setzte, nur noch entschiedener auf. Klarheit in dem, was wir wollen und sollen, ist es vor allem, was der Arbeiterklasse nottut, und daß dieses Bedürfnis lebendig empfunden wird, dafür zeugt die außerordentlich zahlreiche Versammlung in diesem Saale. Kein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine ist von einer so großen Anzahl von Abgeordneten besucht worden, wie der gegenwärtige. Es muß endlich eine Fahne aufgepflanzt werden in dem Klassenkampfe der Gegenwart, um die sich die ganze Arbeiterpartei scharen kann, und erst, wenn

man sich klar ist über das Ziel, dann kann man die ganze Kraft auf die Mittel wenden, dieses Ziel zu erreichen. Durchdringen Sie sich mit den Ideen, welche das Programm des Vororts enthält, und der Sieg gehört Ihnen, meine Herren. Den Ideen widersteht man nicht auf die Dauer; und nur kürzlich ist in dieser selben Stadt Nürnberg von dem Vorsitzenden des Fürther Arbeitervereins es betont worden, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Unabhängigkeit dem Umstande verdankten, daß die Idee der Freiheit in jeder Brust unausrottbar Wurzeln geschlagen hatte.

Der Vorort schlägt Ihnen, meine Herren, das Programm der internationalen Arbeiterassoziation vor, weil es die Forderungen der Arbeiter mit Schärfe und Klarheit hinstellt und weil es einer Standarte bedarf für die gesamte Arbeiterschaft der ganzen zivilisierten Welt. Die letzte polnische Insurrektion gab Veranlassung zu einer Versammlung, welche am 28. September 1864 in London stattfand; Arbeiter aus allen Ländern hatten sich dazu eingefunden: Engländer, Deutsche, Franzosen, Polen, Italiener. Es galt, Lord Palmerston zu bewegen, sich des unglücklichen Polens anzunehmen. Es konnte nicht fehlen, daß in dieser Versammlung von Arbeitern auch die besonderen Angelegenheiten der arbeitenden Klasse zur Sprache kamen, und es stellte sich heraus, daß die Leiden der Arbeiter in allen Ländern dieselben seien. Gemeinsames Leid führte zu gemeinsamen Forderungen, und aus dieser Uebereinstimmung in der sozialen Frage ward die Internationale Arbeiterassoziation geboren, deren Programm auf der Versammlung zu Genf im Jahre 1866 endgültige Billigung und Bestätigung erfuhr. Schließen also auch Sie, meine Herren, den Bestrebungen dieser Assoziation sich an; denn Ihre Leiden sind dieselben, folglich muß auch Ihr Ziel dasselbe sein. Die soziale Frage ist eine Weltfrage, und ihre Lösung kann nur gelingen der vereinigten Anstrengung der Arbeiterklasse aller Länder ohne Unterschied der Farbe, welche die Grenzpfähle tragen.

Um der Gerechtigkeit willen wollen wir gern zugestehen, meine Herren, daß unsere Gegner nicht schlecht sind, weil sie sich der Lösung der sozialen Frage entgegenstellen. Schlechte, von Haß erfüllte Menschen gibt es ebensowohl unter den Arbeitern, wie unter den Bourgeois und den Konservativen. Wir haben es in dem großen Kampfe der Gegenwart nicht mit einzelnen Personen zu tun. Demselben Zwang des sozialen Gesetzes, unter welchem der Arbeiter seufzt, müssen auch seine Gegner gehorchen, und das Interesse ist es, welches das Urteil unserer Gegner fälscht, welches die Kapitalpartei irreleitet. Aber trifft nicht derselbe Vorwurf auch die Arbeiterklasse? Wird nicht auch ihr Urteil durch das Interesse und die Leidenschaft des entbrannten Kampfes getrübt? Gewiß, meine Herren; aber es gibt ein Kriterium, einen Maßstab, welcher unverrückbar über die entfesselten Leidenschaften hinausragt, und dieser Maßstab, an welchem die Fehlurteile korrigiert werden, ist die Wissenschaft. An diesen Maßstab gehalten, sind die Forderungen der Internationalen Arbeiterassoziation keine Fehlurteile. Die geschichtliche Erfahrung, wie die Volkswirtschaft, welche durch Karl Marx hoch über die ökonomische Wissenschaft der Kapitalpartei hinausgehoben worden ist, sie stehen auf unserer Seite. Die Wissenschaft ist es, meine Herren, welche alle Einwendungen der Bourgeoisie gegen die Forderungen der Arbeiterklasse in ihr nichts zurückweist.

Es ist eine hohle Phrase, eine leere Redensart, wenn die Bourgeoisie der Arbeiterpartei „die Heiligkeit der individuellen Freiheit" entgegenhält. Wohl ist die individuelle Freiheit heilig; aber wo ist sie? Freiheit setzt gleiches Recht voraus; doch vergebens suchen wir im Staate nach der Gleichstellung der Arbeiter gegenüber den beiden herrschenden Klassen. Das größere Maß der Rechte, das größere Maß der Freiheit gehört der Bourgeoisie und Aristokratie, und diese Ungleichheit stempelt die individuelle Freiheit, welche die herrschenden Klassen im Munde führen, zur Willkür. Diese individuelle Freit der Bourgeoisie heißt: Unantastbarkeit der Kapitalherrschaft! Und ebenso nichtig ist die Warnung dieser Partei, nicht zu rütteln an den bestehenden sozialen Verhältnissen; denn die Folge davon würde unausbleiblich eine Verschlimmerung der Lage der Arbeiter selbst sein. Nun, meine Herren, ich wüßte nicht, was sich in deren Lage noch verschlimmern könnte. Mehr als hungern kann der Arbeiter nicht, und das tut er schon. Sie kennen ja das unerbittliche Lohngesetz; gleich der Nadel des Kompasses weist es mit einer kleinen Schwankung nach der einen oder anderen Seite stets auf den Nordpol des Hungers.

Aber vielleicht beruht die Klage der Bourgeoisie, daß die Beschränkung der Kapitalherrschaft den Untergang der Industrie nach sich ziehen, den Nationalreichtum zerstören müßte, auf einem besseren Grunde? Nun, meine Herren, in England ist nach langen Kämpfen die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden gesetzlich herabgemindert worden, und die Industrie ist nicht zu grunde gegangen, ebensowenig, wie es ihr den Untergang bereiten wird, wenn auch bei uns in Europa die jüngste Errungenschaft der nordamerikanischen Arbeiter eine Tatsache und wie dort, so auch bei uns, die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden herabgesetzt sein wird. Gestatten Sie mir, das Schreckgespenst, welches die Bourgeoisie vor den Augen der Arbeiter vorüberschreiten läßt, vollends zu enthüllen!

Ein gemäßigtes Organ der englischen Bourgeoisie weissagte im Jahre 1850, daß die Armut in England auf den Nullpunkt sinken würde, wenn Aus- und Einfuhr dieses Landes um 50 Prozent stiegen. Am 7. April 1864 konnte der Staatskanzler Gladstone das Parlament durch den Nachweis entzücken, daß der Gesamtwert der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1863 auf 443,955,000 Pfund Sterling angeschwollen sei. Diese Summe ist ungefähr der dreifache Betrag gegen den von 1843. Aber zugleich mußte Gladstone zugestehen, daß die Arbeitslöhne inzwischen um keinen Pfennig sich vermehrt hätten. Sehen wir genauer zu, welches die Lage des englischen Arbeiters war zur Zeit dieses ungeheueren Nationalreichtums, welcher Herrn Gladstone förmlich berauschte! Das Parlament hatte, wie dies öfters geschieht, den Zustand der öffentlichen Gesundheit im Jahre 1863 untersuchen lassen. Der von Dr. Smith abgestattete Bericht, welcher auf Befehl des Parlaments im Jahre 1864 veröffentlicht wurde, konstatiert zunächst das geringste Maß von Stickstoff und Kohlenstoff, welches unerläßlich in den Nahrungsmitteln vorhanden sein müsse, um einen Erwachsenen vor den Hungerkrankheiten zu bewahren.[1]) Diese Quantität von Kohlen- und Stickstoff stimmte mit der dürftigen Nahrung überein, auf welche die äußerste Not die armen Baumwollweber tatsächlich ange-

[1]) 1330 Gran Stickstoff und 28,000 Gran Kohlenstoff.

wiesen hatte. Die Seidenweber, Nähterinnen, Handschuhmacher, Strumpfwirker und andere Arbeiter erhielten nicht einmal die Notstandsration der Baumwollarbeiter, die gerade hinreicht zur Abwehr der Hungerkrankheiten. Noch schlimmer stand es auf dem Lande. Von den Familien der ländlichen Arbeiter nahmen mehr als ein Fünftel weniger zu sich, als das notwendigste Quantum kohlenstoffhaltiger Nahrung, mehr als ein Drittel weniger als das notdürftigste Quantum stickstoffhaltiger Nahrung, und in drei Landschaften war Unzulänglichkeit stickstoffhaltiger Speisen die Durchschnittskost ganzer Ortschaften. „Es müsse darauf hingewiesen werden," fügt der offizielle Bericht hinzu, „daß Entbehrung der notwendigsten Nahrung nur mit großem Widerstreben ertragen wird, und daß in der Regel große Notdurft der Nahrung erst dann sich einstellt, wenn andere Entbehrungen vorangegangen sind." Nach diesem offiziellen Bericht werden Sie es vollkommen wahr finden, wenn Herr Gladstone in seinem Entzücken ausruft: „Diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt."

Meine Herren, ich habe dieses Beispiel England entlehnt, weil dort die industriellen Verhältnisse am entwickeltsten sind und ein vollkommeneres statistisches Material uns zu Gebote steht als in Frankreich oder gar in Deutschland. Aehnlich, das wissen Sie, steht es in allen zivilisierten Ländern, in Frankreich, Belgien, Deutschland: auf der einen Seite der Nationalreichtum, der sich in dem Besitz weniger befindet, auf der anderen Seite die entbehrende Arbeiterklasse.

Aber wie ist ein solches Verhältnis möglich, meine Herren? Wissen wir nicht, daß die Arbeit die einzige Quelle alles Reichtums ist, wie sie zugleich das Maß aller Werte ist; und dennoch darbt die Arbeiterklasse, während die Bourgeoisie den großen Reichtum unter sich verteilt? Wenn der Wert jedes Produkts der Arbeit durch die darauf verwendete Arbeitszeit bestimmt wird, gleiche Arbeitszeit also gleiche Werte erzeugt und es doch eine Tatsache ist, daß im Handel und Verkehr nur gleiche Werte gegen einander ausgetauscht werden, woher kommt dann der Gewinn des Arbeitgebers, jener Gewinn, aus dem sich der Reichtum aufhäuft? Bis auf unsere Tage hat die Wissenschaft der Ursache vergebens nachgespürt; heute ist sie gefunden. Sie alle, meine Herren, kennen das Gesetz, welches den Wert der Arbeitskraft oder den Lohn des Arbeiters auf jenes Minimum bestimmt, welches unerläßlich ist zu seiner Unterhaltung, Wohnung und Fortpflanzung. Für diesen Lohn verkauft der Arbeiter seine Wochenarbeit. Nehmen wir an, daß der Arbeiter täglich 5 oder 6 Stunden arbeiten muß, um einen Wert zu schaffen, der seinem Lohne gleichkommt. Aber arbeitet er nur diese Zeit? Keineswegs; er fährt fort zu arbeiten und verrichtet mithin neben der notwendigen Arbeit, durch welche er seinen Lohn produziert, eine Mehrarbeit, die nicht bezahlt wird. Diese Mehrarbeit ist die Quelle allen Gewinns, allen Reichtums. Eine Woche kann nicht über 7 Tage ausgedehnt werden; aber jeder Tag gestattet eine Ausdehnung der Arbeitsstunden. Ist nun in der Woche, welche der Arbeitgeber kauft, der Arbeitstag zu 8 oder zu 18 Stunden gerechnet? Daß die Mehrarbeit, die nicht bezahlte Arbeitszeit die Quelle des Reichtums ist, ersehen Sie am besten aus dem Beispiele der ländlichen Fronarbeiten des Mittelalters. Der Bauer mußte eine bestimmte Zahl von Wochentagen für seinen Feudalherrn arbeiten; die übrigen Tage gehörten ihm. Nun wohl, durch jene Arbeit, die ihm nicht bezahlt wurde, blühte und

gedieh das Gut seines Herrn, während er selbst Zeit seines Lebens ein armer Teufel blieb. Es ist das Verdienst von Karl Marx, den Gewinn und mithin den Nationalreichtum als das Produkt unbezahlten Arbeitslohnes nachgewiesen zu haben. Die ökonomische Wissenschaft der Bourgeoisie ist vor seiner Beweisführung ohnmächtig verstummt.

Wenn aber der Arbeiter mehr Arbeit leistet, als er bezahlt erhält, wer wagt es, ihm die Gerechtigkeit seiner Forderung zu bestreiten, daß er seinen Anteil an dem Arbeitsprodukte erhalte? Nicht um eine Zerstörung des Nationalreichtums handelt es sich, sondern um eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages. Das ist das soziale Problem, welches zu lösen ist, oder mit anderen Worten: an die Stelle der Armut, Ohnmacht und Unwissenheit, welche das Los der Arbeiterklasse sind, sollen Wohlstand, Bildung und Freiheit treten.

Das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation gibt die Mittel an, welche zu diesem Ziele führen, zunächst Herabsetzung der Arbeitszeit und Genossenschaften oder Cooperation. Wie vortrefflich die Streiks oder Arbeitseinstellungen sein mögen, um die Arbeitszeit herunterzusetzen, so bedarf es wohl dafür keines Beweises, daß sie zu ihrem Gelingen, abgesehen von den unentbehrlichen Geldmitteln zur Unterhaltung der Feiernden, die unbeschränkteste Koalitionsfreiheit erfordern. Aber diese Freiheit ist in Deutschland nicht vorhanden; sie muß also erst erobert werden. Ferner wird die Cooperation, wie vortrefflich im Prinzip, wie nützlich in der Praxis, niemals imstande sein, die Massen zu befreien und die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern, solange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt. Die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern, das vermag die Cooperation nur zu leisten, wenn sie in großem Maßstabe durchgeführt wird, wenn sie nationale Dimensionen annimmt. Die bis jetzt tätige Selbsthilfe muß zu diesem Zwecke zur Staatshilfe werden. Aber, meine Herren, unter Staatshilfe sind nicht jene Almosen zu verstehen, durch welche Graf Bismarck und seine feudalen Sozialisten die Arbeiter an sich zu locken suchen. Nur der freie Staat, nur der demokratische Staat vermag zu helfen, denn sein Zweck ist die freie Arbeit gleichberechtigter Staatsbürger. Eben diese Konservativen sind es ja, welche im Verbande mit der Kapitalpartei Front gegen die Arbeiterklasse machen. Sie haben die Macht, und diese Macht muß ihnen entrissen werden, wenn die Fesseln fallen sollen, welche die Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Aufhebung des Kapitalmonopols, nach Ausbreitung der Cooperation einschnüren. Der Arbeiter muß eine Stimme dort haben, wo bis jetzt über ihn wie über eine Sache entschieden wird, deren Nutzen für die herrschenden Parteien allein in Frage kommt. Er muß politische Macht sich erringen.

Aber es ist nicht allein die Ausbeutung seiner Arbeitskraft durch das Kapital, welche den Arbeiter zu Boden drückt. Auch der schwerste Teil der Steuern an Geld und Blut lastet auf ihm. Die für ihn unentbehrlichsten Lebensmittel sind es, von welchen der Staat die größten Steuern erhebt und, nicht genug damit, reißt er ihn plötzlich von der Arbeit hinweg und zwingt ihn, nicht nur die schönsten Jahre seiner Jugend unproduktiv in der Uniform zu verlieren, sondern auch für Zwecke, die nicht die seinigen sind und nie sein werden, seine gesunden Glieder und sein Leben einzusetzen. Gibt es ein anderes Mittel für den Arbeiter, diese Uebelstände zu beseitigen, als daß er nach politischer Macht

trachtet, daß er der Bourgeoisie und der Feudalpartei das Recht entreißt, ausschließlich Politik zu machen? Der Arbeiter muß gleichberechtigt neben ihnen stehen; er muß die Macht haben, dem Ehrgeizigen und Herrschsüchtigen, der ihn im 19. Jahrhundert in Krieg und Tod schicken will, um etwa dem Nachbar einen Fetzen Landes zu entreißen, oder um sich den wertlosen Lorbeer des Kriegsruhmes um die Stirn zu flechten, entschieden zu widerstehen. Dann wird zugleich die Fessel gelöst, mit welcher die Kriegsfurcht die Welt lähmt und die fruchttragende Tätigkeit stört, da der Zustand von heute keine Garantie bietet, was morgen sein werde. Frieden ist es, was die Arbeit braucht und der Ehrgeiz der Dynastien ist es, der ihn, gestützt auf die stehenden Heere, fortwährend bedroht. Darum fort mit den stehenden Heeren, auf daß die Arbeit zu ihrem vollen Rechte gelange! Wer den Arbeitern sagt, daß sie sich nicht an der Politik zu beteiligen brauchen, um alle diese Uebelstände zu beseitigen, der ist ein Verführer, welcher sie mißbrauchen will zu Zwecken, die gegen ihre eigenen Interessen gerichtet sind. Er will sie mißbrauchen im Interesse entweder der Bourgeoisie oder der Konservativen. Oder glauben Sie, meine Herren, daß der parlamentarisch aufgeputzte Absolutismus der Gegenwart uns volle Gleichberechtigung, allgemeines Wahlrecht, freies Versammlungs- und Koalitionsrecht gewähren und an die Stelle der stehenden Heere, welche unseren Schweiß nutzlos verzehren, die Volksbewaffnung setzen werde, wenn wir die Hände in den Schoß legen? Werfen Sie einen Blick auf den Nordbund, einen Blick auf die Schweiz, und dann verschließen Sie sich noch länger der Ueberzeugung, daß nur der demokratische Staat den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden vermag! Der demokratische Staat ist es daher, welchen wir erstreben müssen!

Die Gelegenheit ist für die Arbeiterklasse so günstig, wie nie, um politische Macht zu erlangen. Bourgeoisie und Demokratie, Nationalliberale und Konservative bekämpfen einander um die Alleinherrschaft im Staate, und da keine der beiden Parteien stark genug ist, um den Sieg an sich zu reißen, so buhlen beide um die Arbeiter. O, was verspricht man ihnen nicht alles, wie schmeichelt man ihnen nicht! Aber nur wenn die Arbeiter eine festgeschlossene, ihres Zieles bewußte Partei bilden, können sie mit dem Gegner unterhandeln, ohne Furcht, hinterher betrogen zu werden; nur so ihn schließlich zwingen, daß er die eingegangenen Verpflichtungen erfülle. Bei der jetzigen Zerrissenheit und Unklarheit unter den Arbeitern wird man nach dem Siege alle Zugeständnisse zurücknehmen, den Arbeiter mit Hohn hinwegweisen oder im besten Falle zwischen die Ketten und seine wundgedrückten Glieder die Watte der Almosen schieben, der Suppenanstalten, Hospitäler, Armenhäuser, Krankenkassen und Debattiervereine. Ein Erfolg ist nur von der Einigkeit zu hoffen, wenn der deutsche Arbeiter mit den Arbeitern aller Länder, mit denen er die Leiden gemeinsam hat, fest zusammensteht. Darum, meine Herren, nehmen Sie die Resolutionen des Vororts an, die Ihnen den Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation empfehlen. Die Internationale Assoziation ist eine Macht, eine geschlossene Phalanx, die in Europa allein bereits 60,000 Mitglieder zählt. Daß sie eine Macht ist, beweist der jüngst in Genf glücklich durchgesetzte Streik der Bauhandwerker, das beweist die Freisprechung der Arbeiter in den Kohlenbecken Belgiens, welche ohne die Anwälte, die ihnen die Assoziation stellte, jetzt unfehlbar in den Gefängnissen schmachteten, weil sie es gewagt hatten, Front gegen die Soldaten zu machen, die von den Arbeitgebern auf sie gehetzt wurden,

um sie zur Annahme des gebotenen Hungerlohnes zu zwingen. [illegible] Sie Arbeiter aller Länder innig zusammenstehen, ist die Lösung der sozialen [illegible]age möglich, ist es möglich, daß auch sie gelangen zu Wohlstand, Bildung und Freiheit. Darum lassen Sie mich mit den Worten unseres Schillers schließen, die auf dem Rütli an der Wiege der Schweizer Freiheit ertönten, mit jenem Zurufe, dessen Beherzigung auch für Sie die Geburtsstunde der Befreiung bezeichnen wird: Seid einig, einig, einig!

Venedey bringt folgenden Antrag ein:

1. In Erwägung, daß das Programm des internationalen Arbeitervereins in seiner vorliegenden Fassung nicht einfach, klar, allgemein faßlich ist, weder klare, feste Ziele, noch haltbare Mittel zum Ziele bietet, weist die Versammlung das vorliegende Programm des internationalen Arbeitervereins zurück. — 2. In Erwägung, daß das von Bebel aufgestellte Programm, im wesentlichen auf dem vorliegenden Programm des internationalen Arbeitervereins fußend, den Anschluß an denselben beabsichtigt, fällt dies Programm des Herrn Bebel folgerecht mit dem vorliegenden Programm des internationalen Arbeitervereins. — 3. In Erwägung, daß der internationale Arbeiterverein als Vorposten der ganzen Arbeiterwelt, als Pionier der großen, sozialen Arbeiterbewegung unserer Zeit sich Verdienste um die Arbeiterwelt Deutschlands und Europas erworben hat und täglich mehr erwirbt, erkennt die Versammlung diese Verdienste freudig an und hofft, mit dieser Anerkennung die Bestrebungen des internationalen Arbeitervereins, so viel als unter den jetzigen Bedingungen möglich, zu fördern. — 4. In Erwägung, daß die soziale Frage, d. h. die Frage der sozialen Stellung des Arbeiters in der bürgerlichen Gesellschaft, nicht spruchreif, daß aber diese Frage die erste Lebensfrage der Zukunft ist, sein wird und sein muß, erklärt der Arbeitertag, daß die soziale Frage in allen Arbeitervereinen vor allen anderen Fragen auf die Tagesordnung zu stellen ist, und daß eine Hauptaufgabe des Vorstandes des Arbeitertages und seines Organs dahin gehen muß, die Mittel zum Studium dieser Frage allen Arbeitervereinen so viel als möglich zugänglich zu machen. — 5. In Erwägung, daß die politische Organisation des Staates die Freiheit des Bürgers bedingt, erklärt der Arbeitertag, daß die soziale Frage wie die politisch-nationalen Lebensfragen nur dort zu einer heilsamen und durchschlagenden Lösung kommen können, wo der Staat demokratisch organisiert ist, wo das Volk selbstherrschend durch selbstgewählte gesetzgebende und vollziehende Gewalten, stets unter dem unmittelbarsten Einflusse des ganzen Volkes stehend, seine Geschicke selbst bestimmt und leitet.

Venedey motiviert seinen Antrag damit, daß das vorgelegte Programm unklar sei und überdies für die deutschen Arbeiterbildungsvereine noch nicht die Zeit gekommen sei, die Internationale Assoziation anders zu betrachten denn als Pionier, der jetzt vorausgehe, daß sie aber später immerhin der Mittelpunkt der Arbeiterbestrebungen werden könne.

Löwenstein-Fürth spricht für Annahme des Programms; es sei ein ganz verkehrter Standpunkt, anzunehmen, daß die Arbeiterbildungsvereine ihre Aufgabe verfehlen, wenn sie die Politik in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen; die Bildung dürfe nicht Selbstzweck dieser Vereine sein, sondern nur das Mittel, ihre Bestrebungen für ein menschenwürdiges Dasein zu unterstützen; die nachgeholte, früher nicht erhaltene Schulbankbildung habe nicht allein Wert; inmitten des politischen Kampfes und im praktischen Leben werde die dem Arbeiter nicht

minder notwendige Charakter- und politische Bildung erlangt, geläutert und befestigt. Was nützt dem Arbeiter die gediegenste Bildung, wenn er sie nicht dahin zu verwerten versteht, daß er die ungerechten indirekten Steuern, die Blutsteuer des Krieges und so noch anderes der Art von seinen Schultern wälzt? Diejenigen, welche die Vereine mit allen Mitteln abhalten wollen, Politik zu treiben, mögen die Verantwortung übernehmen, daß der Arbeiter vielleicht dann einmal Politik auf der Straße treibt. Wenn man der freien politischen Meinung die Gelegenheit nimmt, durch Belehrung und Ueberzeugung zu wirken, wenn man unterdrückte Gefühle zur Leidenschaft heranwachsen läßt, mögen die die Folgen tragen, welche die soziale Bewegung, statt sie ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, schließlich vielleicht in anarchische Bahnen drängen.

Thorade-Oldenburg bringt einen Antrag ein, wonach wegen noch nicht vollständiger Verwirklichung des beim ersten Vereinstag aufgestellten Programms von Aufstellung eines neuen Umgang genommen werde.

Krebs-Berlin: Er sei persönlich Mitglied der internationalen Arbeiterassoziation, er könne aber vorerst dem Berliner Arbeiterverein noch nicht zum Beitritt raten, da die Ziele der Assoziation noch nicht klar genug seien und die Arbeitervereine vorerst andere wichtige Aufgaben zu lösen hätten.

Stuttmann motiviert zwei von ihm in Gemeinschaft mit Eichelsdörfer und Sonnemann eingebrachte Amendements. Das wichtigste derselben geht dahin, daß die Versammlung sich nicht das in der Arbeiterhalle abgedruckte, von Joh. Ph. Becker in Genf verfaßte, irrtümlich als Programm der Internationalen Arbeiterassoziation bezeichnete Aktenstück aneignen solle, sondern einfach die drei vom Leipziger Vororte vorgeschlagenen Sätze annehmen und auf Grund derselben sich der Internationalen Assoziation anschließen möchte. Der Redner motivierte diesen Antrag damit, daß das Beckersche Sendschreiben viele Unklarheiten enthalte und leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben könne. Das zweite Amendement will die Worte: „die politische Bewegung ist das unentbehrlichste Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen", ersetzt wissen durch die Worte: „die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung usw."

Feierabend-München fürchtet, daß es den Vereinen infolge der unfreisinnigen Gesetze in verschiedenen deutschen Staaten schwer sein werde oder unmöglich sei, sich in politische Vereine umzugestalten.

Wahlteich-Dresden verweist auf die Geschichte des Verbandes. Derselbe habe sich früher gegen die Behandlung der sozialdemokratischen Fragen erklärt; jetzt sei die Mehrheit der Vereine für ein sozialdemokratisches Programm. Das möchten die heutigen Gegner bedenken; auch sie könne die Wandlung erfassen. Er will eine Verständigung; aber keine Verständigung um jeden Preis. Bei der Wahl eines Programms müsse man sich für dasjenige der internationalen Assoziation erklären; dasselbe biete den Boden, auf dem die verschiedenen Parteien in der Arbeiterbewegung sich zu vereinigen vermöchten.

Thorade-Oldenburg: Wir wollen Politik in den Vereinen; aber wir wollen uns nicht über einen Leisten schlagen lassen. Ich bin Zentralist und Gegner des Programms der föderalistischen Demokratie. Wir wollen die vollste Freiheit eines jeden, nach seiner Fasson selig zu werden. Redner eifert gegen die ewige Bezeichnung: Bourgeois. Was man damit wolle? Er selbst sei kein

eigentlicher Arbeiter, aber er habe Jahre lang für die Arbeiter gewirkt und tatsächliche Erfolge errungen; er sei vielleicht das Schrecklichste, was sich ein Arbeiter vorstelle, er sei ein — Bankier! Er schließt mit der Aufforderung: „Lehnen Sie das Programm ab und lassen Sie sich nicht bestricken durch den dämonischen Zauber — der Phrase!"

Kirchner-Hildesheim befürwortet als „Lassalleaner" die Annahme des Programms, weil er überzeugt ist, daß sich die Arbeiter dadurch auf dem rechten Boden befinden. Er schildert die Not vieler Arbeiter, welche nicht genug verdienen, um sich zu ernähren und die langsam Hungers sterben. Wo der fleißige Arbeiter nicht genug verdiene, sei er durch Not gezwungen, seine Kräfte rasch aufzuzehren, seine Gesundheit zu zerstören und dadurch zum Verbrecher an sich selbst, an Weib und Kind zu werden. Daß dies der Fall sei, gehe daraus hervor, daß in den Weberdistrikten das mittlere Lebensalter der Arbeiter weit unter demjenigen der besitzenden Klassen zurückstehe. Da noch von Selbsthilfe zu reden, sei direkte Dummheit. Da sei der einzige Weg, Hilfe zu bringen, das Zusammenstehen aller Arbeiter allerorts. Und das empfohlene Programm bilde den Boden, auf dem dies geschehen könne; es führe zu einer allgemeinen Organisierung, und nur mit ihr sei solcher Not abzuhelfen. „Auf diesem Boden hören die kleinen Skrupel auf, da fühlt und erkennt der Arbeiterstand seine Macht und da ist mit einer gemeinsamen Organisation das Arbeitervolk ein Löwe, dessen Tatzen nicht mehr gefesselt sind, und die er zu gebrauchen weiß."

Hochberger-Stuttgart erklärte, zunächst den Wert der internationalen Assoziation nicht kritisieren zu wollen, aber so viel stehe fest, daß ihre Ideen in gegenwärtiger Zeit nicht die mindeste Aussicht auf Verwirklichung hätten; sie seien eben ein Phantom. Warum man nun mit solchen Geschichten einen Verband sprengen wolle, der unter verständiger, besonnener Leitung bedeutendes leisten könnte? Statt nutzlose Programme aufzustellen, solle man lieber etwas für die Konsumvereine tun. Die heutige Gesetzgebung in Deutschland verbiete allerdings nicht die Annahme des Programms und die Tätigkeit im Sinne desselben; allein wie leicht könnten doch dabei gesetzliche Schwierigkeiten und Kollisionen mit den Behörden auftauchen? Die Aeußerung eines Vorredners, daß die Arbeitervereine, weil sie programmlos gewesen seien, ein Werkzeug für die Intrigen der nationalliberalen Partei geworden seien, weise er mit Entrüstung als Infamie zurück. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Die Arbeitervereine hätten sich eben dieser Partei freiwillig, ja fast unbewußt, angeschlossen, weil sie ihren Standpunkt für den richtigen hielten. Der Beitritt zur internationalen Assoziation würde die schöne Blüte der Vereine wieder auf eine lange Zeit zerstören und eine Reaktion der finstersten Art hervorrufen. Die Fürsprecher des Programms sprächen von Einigkeit, aber was sie erzielten, sei Trennung.

Karl Hirsch-Berlin: Man hört sonderbare Anschauungen: Arbeitervereine, die sich nicht mit Politik beschäftigen sollen, damit der konservative und der reaktionäre Mann sich neben dem demokratischen bewegen könne! Ist's denn auf diese Weise möglich, irgend ein bestimmtes Ziel zu verwirklichen, ja nur irgend bestimmte, klare politische Ideen ins praktische Leben zu bringen? Andere wünschen mit Venedey wohl, daß etwas bestimmtes seitens der Arbeitervereine auch in politischer Beziehung geschehe, aber zurzeit könne dies eben nur ein

Wunsch bleiben, denn die Arbeiter seien noch nicht reif. Nun ja, wann sollen sie denn reif werden, an der Besserung ihrer Lage selbst mitzuarbeiten? Wenn sie in ihren Bildungsvereinen genügend unterrichtet worden, wie man Tintenklexe vertilgt, Ellipsen konstruiert, französisch liest u. dgl.? Es ist sündhaft, wie man die Leute zur Vergeudung ihrer edlen Zeit durch solche Spielereien veranlaßt, indeß sie dabei stets in ihrem Elend weiter leben müssen. Gründen Sie hunderttausend Arbeitervereine zu solchen Zwecken, und Sie leisten der großen Sache, für die wir kämpfen, um keinen Deut Nutzen. Wohl machen wir mit unserem Programm auch nicht sofort alle Fragen eben, aber wir bringen den Arbeiter zur Klarheit über seine Lage und zeigen ihm das Mittel, das er nur benutzen darf, um sich zu helfen.

Schultze-Hamburg verliest ein Votum des Hamburger Vereins, das in politischer Richtung dem Programm zustimmt, aus sozialen Gründen (Absatz 2) sich gegen dasselbe erklärt. Die Hamburger könnten sich selbst dann nicht für das Programm aussprechen, wenn durch dasselbe dem politischen Kampfe die nötige Energie verliehen werden könnte.

Hartung-Wien führt an den österreichischen Verhältnissen, wo der deutsche Arbeiter mit dem anderer Nationalität in einer Werkstätte zusammenarbeite und dabei einsehen lerne, daß jedem Mund die gleiche Klage, die gleiche Sehnsucht nach Hilfe entströme, aus, wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gar keine andere sein könne, als eine internationale. Weil man die nationale Zusammengehörigkeit seither so sehr vernachlässigte, war es so leicht möglich, den Nationalitätenhader aufzustacheln und die Arbeiter zu verleiten, kurzsichtigerweise gegen sich selber zu wüten. Redner wendet sich dann in scharfen Worten gegen die nationalliberale Fraktion, deren Entgegenstemmen gegen den mächtigen Strom der Entwicklung ihren eigenen Untergang nur beschleunigen und leider mißleitete Arbeiter mitreißen werde; wenn sie auch diesmal noch den Beschluß zu ihren gunsten durchsetzen könnte, das nächste Mal werde ihre Macht sicherlich doch zu Ende sein, das sei nur eine Frage der Zeit.

Rögner-Nürnberg spricht gegen die Annahme des Programms.

Greulich-Zürich: Wenn man sich durchaus allgemein halten will und nach dem Ausspruche der Gegner gar kein Programm nötig ist, so wundert es mich, daß man nicht noch die katholischen und protestantischen Jünglings- und Gesellen-Vereine mit in den Verband hereinziehen will. Da dies nicht der Fall ist, so geben also selbst die Gegner tatsächlich zu: daß eine entschiedene Richtung notwendig ist. Nach dem Antrag Venedeys, die Internationale Arbeiterassoziation, als Vorposten der Arbeiter, aufzumuntern ohne mitzuhandeln, ist doch nur eine lächerliche Inkonsequenz. Die Arbeiter sind bis jetzt mit Phrasen beherrscht worden. Wer heute noch Selbst- und Staatshilfe trennt, beweist seinen Unverstand. Der Militärstaat kann nur den Junkern, Pfaffen und Kapitalisten helfen — und muß uns Arbeiter ausbeuten, da er allein für sich 80 Prozent seiner Einnahmen und einen großen Teil der besten Arbeitskräfte zu seiner Unterhaltung als bloß fressender Moloch braucht. Uns kann bloß der demokratische Staat helfen, der Geld übrig hat zur Lösung der sozialen Frage, zur gerechten Erledigung der Schulfrage; und, meine Herren, in einem solchen Staate, wo die Interessen aller zu gerechter Geltung kommen, da gibt es keinen Unterschied zwischen Selbst- und Staatshilfe. — Bei uns in der Schweiz spricht kein Mensch mehr von diesen albernen Wörtern, was ich als Zeuge der Züricher Verfassungs-

bewegung aus eigener Erfahrung versichern kann. Wir betrachten die Genossenschaften als eine notwendige Schule der Selbstregierung, in der die Arbeiter lernen sollen, die größte Genossenschaft, den Staat, zu erfassen und durch unmittelbaren Anteil der Gesetzgebung ihrem Interesse und dem der ganzen Gesellschaft dienstbar zu machen: denn das Interesse der Gesamtheit ist maßgebend. Das ist freilich „Ideal-Politik", noch nicht unmöglich; um sie nun zu realisieren, muß man sie schlechterdings ganz erfassen; ganz wollen wir sie, und nur mit guten Mitteln anstreben. Wer Schmutz berührt, der besudelt sich; ein unredliches Mittel zersetzt den guten Zweck und daraufhin zielt der Ausdruck im Internationalen Programm: „Wahrheit, Gerechtigkeit und Moral in Verkehr und Umgang mit allen Menschen". Diese Politik wird die Bruderliebe als neuen Faktor auf die Weltbühne bringen, sie wird die alten Tempel niederreißen und auf das Naturgesetz der Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt, ein neues Gebäude errichten, in dem nicht bloß die Auserwählten, sondern alle Menschen Platz haben. Es ist Zeit, Ihr deutschen Arbeiter, daß Ihr die geschändete deutsche Ehre wiederherstellt und gegenüber der Gewalt von oben her Euch nicht als tote, widerstandslose Masse, sondern als lebenskräftige, charakterstarke Männer erweiset!

Pfeiffer-Stuttgart spricht nur, weil er es mit der Sache ehrlich und gut meine. Er versteht die Bewegung nicht mehr (!); sie werde immer verworrener, man strebe nach den verschiedensten Seiten hin, während doch allen Parteien derselbe Gedanke zugrunde liege und liegen müsse. Durch das neue Programm käme nur noch größere Unklarheit in die Sache; es sei nicht deutsch und lasse gar nicht absehen, wie es ausgeführt werden solle. Es gehe mit dem „demokratischen Staat" um die Republik herum; warum sage man nicht lieber gleich ehrlich, daß man die Republik wolle? Man vermöge nicht einmal die Freiheit der Koalition zu erringen, das Nötigste für den Arbeiter; wie wolle man nun gar den demokratischen Staat bekommen? Es sei ein Programm von Phrasen, man komme nicht vom Fleck damit, es passe nicht für die Arbeitervereine. Erst müsse man Bildung und Erkenntnis verbreiten, das führe wohl langsam, aber sicher zum Ziel. Redner erklärt sich schließlich für Venedeys Antrag.

Liebknecht-Leipzig: Keiner der Gegner hat unser Programm einer Kritik unterworfen, ich habe es daher auch nicht im einzelnen zu verteidigen. Statt die aufgestellten Prinzipien zu bekämpfen, hat man an die Furcht appelliert. „Der Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in deutschen Herzen," sagte ein „großer Staatsmann", der für unsere Gegner eine sehr hohe Autorität ist. Der Appell an die Furcht vor dem Polizeidiener wird unseren Arbeitern nur ein mitleidiges Lächeln entlocken.

Man hat uns ferner einschüchtern wollen durch das Wort: „Ihr arbeitet der Reaktion in die Hände". Wir haben das Wort schon oft gehört. Und zwar im Munde der preußischen Fortschrittspartei. Es heißt nichts anderes, als: „wir wollen keine Aktion", und wozu dies in Preußen geführt, das zeigt die traurige Geschichte der letzten Jahre. Aus angeblicher Angst vor Reaktion hat man jede Aktion vermieden und der Reaktion, indem man ihr freies Spiel gab, so recht con amore in die Hände gearbeitet. Bei dem Vermittlungsantrag Venedeys halte ich mich nicht auf. Die hier Anwesenden sind sich wohl alle bewußt, — die meiner Partei sind es unzweifelhaft, — daß die Programm-Frage zum Austrag kommen muß, und daß, wenn es heute nicht geschieht, der Vereins-

verband einfach zu einem Siechtum von einem Jahre verurteilt wird, und beim nächsten Arbeitertag die Trennung sich doch vollziehen muß. Die Frage darf nicht vertagt werden, wir werden keine Fortsetzung des Kompromisses mit den der Arbeitersache feindlichen Elementen dulden.

Der eigentliche Streitpunkt, um den es sich handelt, ist die Untrennbarkeit der politischen und sozialen Bewegung. Keiner der gegnerischen Vorredner hat zu widerlegen versucht, was der Berichterstatter und andere über die Lage der Arbeiterklasse, über die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital gesagt haben. Die im Bericht angeführten Tatsachen sind England entnommen. Der eine oder andere wendet vielleicht ein: „ja das sind englische Zustände".

Nun - Marx, an dessen großes, die Sozialdemokratie zuerst wissenschaftlich begründendes Werk, „Das Kapital", sich keiner der sonst so lauten Bourgeois-Oekonomen gewagt hat — auch nicht mein Herr Vorredner Pfeiffer — bemerkt irgendwo, wenn es für Deutschland eine Statistik gäbe, würde es sich herausstellen, daß die Lage der deutschen Arbeiter vielfach eine noch schlimmere sei, als die der englischen. Die Streiflichter, welche hier und da auf unsere Arbeiterverhältnisse fallen, bestätigen das. Dr. Kirchner, der vorhin sprach, teilte als Resultat seiner Erfahrungen mit, daß ein Teil der deutschen Arbeiter nicht hinlängliche Nahrung mit seinem Lohne kaufen könne, und darum physisch zugrunde gehe. Eine Broschüre, die ein sächsischer Arzt, Dr. Michaelis, veröffentlicht hat, stellt fest, daß die mittlere Lebensdauer der sächsischen Weber, Strumpfwirker usw. zwischen 12 und 13 Jahren schwankt, also nicht die Hälfte des von Dr. Engel für Preußen ermittelten Durchschnitts erreicht, und daß diese ganze Bevölkerung aus Mangel an genügender Nahrung den langsamen Hungertod stirbt. Und einer Klasse, die sich in solcher Lage befindet, wollen Sie mit Palliativmitteln kommen, mit Konsumvereinen usw.? Da würde sich bestenfalls das Märchen wiederholen: wenn das Brod von dieser Saat gebacken wird, ist das Kind längst tot. Hier können nur die großen Mittel helfen. Die konzentrierte Macht der Gesamtheit, d. h. der Staat allein kann die soziale Frage lösen; den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beseitigen, den Arbeiter, der jetzt verhungert, während er den sogenannten Nationalreichtum schafft, aus einem Lohnsklaven zu einem freien Menschen machen. Aber der Staat ist heute in den Händen der besitzenden Klasse; er ist die politisch organisierte Klassenherrschaft. Die Umformung des Staates im Sinne der Gleichheit und Gerechtigkeit ist daher die notwendige Voraussetzung der Arbeiteremanzipation. Und das haben die deutschen Arbeiter endlich begriffen, und weil sie es begriffen haben, entfalten sie das Banner der Demokratie. Sie, meine Herren (zu den Nationalliberalen gewendet) haben den Zusammenhang der politischen und ökonomischen Fragen längst begriffen und demgemäß Ihre politische Parteistellung genommen. Der Verrat, den Sie, die Sie sich Liberale nennen, dadurch, daß Sie sich zu Schleppträgern Bismarcks gemacht haben, an Ihren eigenen Prinzipien begehen, erfindet seine Erklärung in der Tatsache, daß Sie an Ihren gesellschaftlichen Privilegien festhalten, den Arbeitern nicht gerecht sein wollen. Sie haben sich Bismarck in die Arme geworfen, um sich und Ihre Klasse seiner Hilfe gegen die Arbeiter zu versichern. In Frankreich erlebten wir dasselbe. Sobald die Arbeiter nach der Februarrevolution mit ihren sozialen Forderungen hervortraten, verschloß die Bourgeoisie ihnen das Ohr — die Juni schlacht kam; die Bourgeoisie badete sich in dem Blute der Arbeiter, sie siegte und besiegte ihr eigenes Freiheitsideal. Das

Fundament der Republik war zerstört, und wenige Jahre nachher küßte die Bourgeoisie die Zuchtrute des von ihr gehaßten und verachteten Bonaparte, ganz wie die deutsche Bourgeoisie heute die Zuchtrute Bismarcks küßt.

Und während Sie, meine Herren, Ihre politische Parteistellung wesentlich als Feinde der Arbeiter gewählt haben, muten Sie diesen zu, die politische Frage von der sozialen zu trennen! Die Arbeiter sollen sich mit Politik beschäftigen, Sie sind so gnädig, ihnen das zu erlauben, aber sie sollen in ihren Arbeitervereinen keine bestimmte Parteipolitik treiben. Mit anderen Worten, sie sollen fortfahren, Ihre Politik zu treiben: die Politik der Bourgeoisie, der Feindin der Arbeiter. Von Ihrem Standpunkt haben Sie recht; solange die Arbeiter Ihrem Wunsch gemäß handeln, sind sie an Ihrem Gängelbande. Und das muß nun enden. Weil die soziale und politische Frage untrennbar sind, erheischt das Interesse der Arbeiter, daß sie sich von ihren sozialen Gegnern auch politisch trennen.

Oder wollen Sie noch leugnen, daß Sie, die Bourgeois, soziale Gegner der Arbeiter sind? Können Sie leugnen, daß das, was Sie Nationalreichtum nennen, d. h. Ihr Reichtum, von einem Proletariat erzeugt wird, welches Sie auf Hungerlöhne reduziert haben, und daß dieser „Nationalreichtum" in Wirklichkeit Nationalverarmung ist? Wir haben hier einen Hauptvertreter der Bourgeois-Oekonomie (Herr Pfeiffer), hat er — ich meine nicht bloß hier in diesem Saal — auch nur einen Versuch gemacht, den von Marx geführten Beweis, daß das Kapital der Bourgeoisie das Produkt nicht bezahlter Arbeit, also eines an den Arbeitern begangenen Diebstahls ist, zu erschüttern? Auch kein anderer Vertreter der Bourgeois-Oekonomie hat eine Widerlegung der Marxschen Deduktion versucht — man hat gegen Marx den bequemen Weg des Totschweigens betreten; aber es soll Ihnen nicht mehr gelingen, und in Ihrem Schweigen erblicken wir das Eingeständnis, daß die Wissenschaft nicht auf Ihrer Seite ist, sondern auf unserer.

Genug — die Zeit der Gängelung ist vorüber, die Arbeiter sind zur Erkenntnis gelangt, daß ihr Interesse nicht das der Bourgeoisie ist, und daß es politischer Selbstmord wäre, wenn sie sich länger von ihr ins Schlepptau nehmen ließen.

Es ist ein schwerer Kampf, den die Arbeiterklasse zu kämpfen hat. Aber das Ziel ist auch ein glorreiches: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals — Abschaffung der Lohnarbeit, Durchführung des Cooperativprinzips, Niederwerfung der Klassenherrschaft durch Schaffung eines freien auf Gerechtigkeit gegründeten Staates. Um den Kampf mit Erfolg führen zu können, bedürfen wir einer festen Organisation. Eine Organisation ist aber nicht möglich ohne festes Programm. Man hat uns vorhin zur Einigung gemahnt. Gut — Einigung mit den Freunden, aber Trennung von den Feinden! — Meine Herren! Nehmen Sie den Antrag des Vorortes an; er gibt uns die Möglichkeit der Organisation, und die Gewißheit des Sieges.

Mit Bezug auf eine Aeußerung Pfeiffers erklärte Liebknecht noch: „Herr Pfeiffer kann es nicht verstehen, daß die Volkspartei, welche in Wien der Sozialdemokratie feindlich entgegengetreten, hier in Nürnberg die Sozialdemokratie unterstütze. Das glaube ich gern, denn was er nicht verstehen kann, ist einfach nicht wahr. Die „Volkspartei" als solche hat mit der gegenwärtigen Programmfrage absolut nichts zu tun; und die Volkspartei als solche ist in

Wien den Arbeitern nicht feindlich entgegengetreten. Für das, was einzelne Mitglieder tun, ist die Gesamtheit der Partei nicht verantwortlich. Die Volkspartei in Sachsen, der ich anzugehören die Ehre habe, hat jedenfalls ihrer großen Mehrzahl nach das Auftreten der Arbeiter in der Sperlversammlung gebilligt. Die soziale Frage gehört überall auf die Tagesordnung, wo die deutsche Frage verhandelt wird. Die sozialistische Arbeiterbewegung geht ihren eigenen Gang; sie ist durch und durch demokratisch, — demokratisch und sozialistisch sind überhaupt für mich identische Ausdrücke, — und da die Arbeiter das Gros des Heeres der Demokratie bilden, ist es nicht an ihnen, sich der Demokratie anzuschließen; sie sind die Demokratie, und die demokratische Volkspartei hat sich einfach mit der demokratischen Arbeiterpartei zu vereinigen."

Die namentlich vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme des vom Vorort vorgeschlagenen Programms mit den Amendements von Eichelsdörfer und Genossen mit 69 gegen 46 Stimmen (von den Mandanten (Vereinen) haben 61 für, 32 gegen das Programm gestimmt).

Das angenommene Programm lautet wörtlich:

Der zu Nürnberg versammelte fünfte deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Programm der internationalen Arbeiterassoziation.

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft gibt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, beschließt der fünfte deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Nach Verkündigung des Resultats der Abstimmung durch den Vorsitzenden erbat sich Herr Hochberger-Stuttgart das Wort und verlas folgenden

Protest:

Nachdem die Mehrheit des Vereinstages deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg mit Hilfe von Vertretern der Internationalen Assoziation und Ver-

tretern der Volkspartei ein politisches Programm durchgesetzt hat, sehen die Unterzeichneten sich veranlaßt, folgenden Protest dagegen einzulegen:

I. Die Bestrebungen der deutschen Arbeitervereine, welche nach dem Programm des ersten Vereinstages die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes bezwecken, können nicht durch weittragende Programme gefördert werden. Die Erörterung solcher Programme, die auf ein mehr oder weniger klares staatliches und gesellschaftliches Zukunftsideal verweisen, müssen notwendigerweise den Eifer für die auf Selbsthilfe gegründeten Vereinigungen lähmen, und sind nur geeignet, an die Stelle rüstiger Arbeit ein Spiel mit leeren Worten und unklaren Phantasien zu setzen.

II. Wir erblicken in der Annahme eines bestimmten politischen Programms einen Gewissenszwang für die Vereine, welche in politischen Dingen anderer Ansicht sind, sowie für Arbeiter, denen dieses Programm widerstrebt und die daher den Vereinen fernbleiben, während die Arbeitervereine, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen, jedem offenstehen sollen.

III. Dem Staate gegenüber sind die Arbeiter berechtigt, zu fordern: die volle Rechtsgleichheit mit allen anderen Staatsbürgern, Befreiung von allen Schranken und Hemmnissen, welche der freien Bewegung des Menschen und der Arbeit entgegenstehen und endlich eine gerechte Verteilung der Staatslasten. Die Lösung der sozialen Frage kann aber niemals durch den Staat allein geschehen, sie kann hauptsächlich nur herbeigeführt werden durch die freie Tätigkeit der Staatsbürger selbst.

IV. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbildungsvereine bleibt es, Kenntnisse der staatlichen Verhältnisse und politischen Fragen zu verbreiten und insbesondere den Sinn für das öffentliche Leben zu pflegen und in den Kreisen der Arbeiter Vaterlandsliebe und bürgerlichen Gemeinsinn zu wecken. Die Politik kann also den Arbeitervereinen nicht fremd bleiben; nimmermehr aber dürfen sich diese Vereine als willenloses Werkzeug dieser oder jener Partei mißbrauchen lassen.

V. Wir erkennen daher den in bezug auf das vorgelegte Programm gefaßten Beschluß als für uns verbindlich nicht an und behalten uns weitere Schritte vor.

Chemnitz durch Stark	154	Mitglieder.
Osnabrück [2]) durch Schelle	337	„
Hamburg durch Schulze und Martens	650	„
Kiel mit Gauverband [3]) durch Christiansen	530	„
Heppens durch Thorade	100	„
Stuttgart durch Simater	250	„
Weissenburg a. S. durch Kamm	155	„
Kannstadt durch Hochberger	70	„
Schwabach durch Selling	52	„
Wien (Selbstkraft) [4]) durch Rabel und Mehling	800	„

[2]) Ist im Mandat nur mit 113 wirklichen Mitgliedern aufgeführt, 224 waren als sog. außerordentliche Mitglieder aufgeführt, die nicht stimmberechtigt waren. [3]) Weder Kiel, noch der mit einbegriffene Verein Tondern gehörten dem Verbande an, konnten also auch nicht mitstimmen. [4]) Gehört nicht zum Verband, Vertreter hatten kein Mandat,

Bielefeld [5]) durch Stör	657	Mitglieder
Fürth durch Pfisterer	79	"
Hannover (Stadt) durch Engelking	668	"
Goslar [6]) durch Lüttich	464	"
Freiburg (im Breisgau) durch Moritz Müller	115	"
Ulm [7]) durch Pfeiffer	50	"
Pforzheim durch Wittum und Stöffler	400	"
Geißlingen [8]) durch Krauß	45	"
Regensburg [9]) durch Süß	200	"
Celle [10]) durch Reuter	513	"
Gera [11]) durch G. Fontmeier	650	"
Nürnberg (Arbeiterverein) durch K. Rögner	410	"
Offenbach a. M. (A.-V.) durch Heiligenstädt	75	"
Biberach durch Hetzner.		
Frankenberg durch Pils.		
München	209	"

Der Vorsitzende erklärte unter lebhafter Zustimmung der Majorität, daß der eingegangene Protest in der Montagssitzung geprüft und beantwortet werden solle und schloß abends 7½ Uhr die erste Sitzung.

Die 2. Hauptversammlung

wurde Montag, den 7. September um 8 Uhr morgens eröffnet. Die Gegner des Programms fehlten. Zunächst wurde ein Antrag des Zwickauer Volksvereins angenommen, welcher lautet:

> Die Volksvereine können mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Arbeitervereine in den Verband der deutschen Arbeitervereine treten.

Der Vorsitzende verliest eine Einladung der Berner Friedens- und Freiheitsliga zum Besuche des Berner Kongresses, sowie verschiedene Telegramme und Zustimmungsadressen.

Eichhoff bedauert, anzeigen zu müssen, daß Herr Eccarius, Vertreter des Generalrats der Internationalen Assoziation, abzureisen genötigt gewesen sei und begrüßt die Versammlung in dessen Namen.

Niethammer (Delegierter der Volkspartei) fordert auf, Delegierte zu dem am 18. und 19. September in Stuttgart stattfindenden Kongresse der deutschen Volkspartei zu senden. Er erklärt sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Die Demokratie müsse sich zur Sozialdemokratie erheben, wenn sie eine ehrliche Demokratie sein wolle.

---

also auch kein Stimmrecht. [5]) Hat 1866 zum letztenmal Beitrag bezahlt und zwar nur für 183 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder war mit Bleifeder und wie es scheint, von der Hand des Vertreters selbst eingetragen. [6]) Unter den 464 Mitgliedern ist der Verein Osterrode mit 49 einbegriffen, der nicht zum Verbande gehörte. [7]) Ulm ist im offiziellen Mandat nur mit 40 Mitgliedern angegeben. [8]) Ist im Mandat mit nur 15 aufgeführt. [9]) Ist im Mandat mit nur 150 Mitgliedern aufgeführt. [10]) Umfaßt bei den angegebenen 513 Mitgliedern den Verein Nienburg, der nicht zum Verbande gehörte. [11]) Bezahlte voriges Jahr den Beitrag für nur 73 Mitglieder, das Mandat war nur von einer Person ohne alle Legitimation ausgestellt.

Der Herausgeber des Protokolls.

Im Auftrage der französisch redenden Arbeiter in Genf verlas Herr Bütter von Genf „zur Klärung der Programmfrage" folgende Ansprache:

„Als Vertreter der Internationalen Arbeiter-Vereinigung der französischen Sprache der belgischen Sektion zu Ihnen gesendet, werde ich Ihnen sagen, was wir wollen: Unser Endzweck ist die Herstellung der menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit, der wirklichen Gerechtigkeit ohne Vorzug der Geburt, der Nationalität oder des Besitzes, bei vollkommener Anerkennung des Talentes, des Fleißes, des wirklich Geschaffenen. — Es ist Unkenntnis der Tatsachen oder Verleumdung, wenn man der Arbeiterbewegung den Zweck zuschreibt, sie wolle, nachdem die Klassen, die da heißen: Adel, geistliche Macht und Bourgeoisie, ihre Zeit der Herrschaft gehabt haben, an ihre Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse herbeiführen. Wir wollen durchaus nicht die Herrschaft irgend einer Klasse, sondern die Gleichberechtigung aller. Als einfache und notwendige Folge ergibt sich, daß wir die sogenannten bürgerlichen Freiheiten, wie Rede- und Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Gleichheit vor dem Gesetz, Selbstbestimmungsrecht und Gewissensfreiheit als angeborene Menschenrechte anerkennen und zur Geltung bringen wollen. Was wir aber ebenfalls als natürliches Recht hinstellen, ist das, was mit den Worten: Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte, auf der Fahne der Internationalen Arbeiter-Vereinigung steht, und was ins Volkswirtschaftliche übersetzt annähernd heißt: dem Produzenten gehört der Ertrag des Produzierten. Als nächstes Mittel zum Zwecke streben wir nach Aufklärung, besonders der arbeitenden Klasse über die soziale Frage, Verbrüderung der Arbeiter zu gemeinsamen Wirken. Ohne die Stützen, welche Konsum-, Kredit-, Krankenkassen und ähnliche Vereine zu Zeiten für einzelne Leute oder Kreise haben mögen, von uns zu weisen, können wir jedoch diese Einrichtungen entschieden nur als Palliativ-Mittel betrachten, d. h. als Mittel, die wohl dem Individuum vorübergehend helfen, nie aber bei unseren volkswirtschaftlichen Zuständen die Gesamtheit der Arbeiter aus ihrer gedrückten und abhängigen Lage zum berechtigten menschenwürdigen Dasein erheben können. — Es wäre unvernünftig, wollten wir von den uns in ihren Interessen feindlich gegenüberstehenden Klassen Rettung verlangen. — Wir sind deshalb fest entschlossen, unser Heil nur in uns selbst zu suchen und in dem Anschluß an solche Elemente, die offen Zweck und Ziel mit uns teilen. Durch lange und harte Erfahrungen gewitzigt, wird der Arbeiter in Zukunft nicht mehr die Schlachten der Bourgeoisie, sondern seine eigenen schlagen. — Was zunächst erreichbar und daher vorerst anzustreben wäre, darüber haben unsere früheren Kongresse Aufschluß gegeben, und wird der jetzt in Brüssel tagende Kongreß sich noch weiter erklären. — Ich nenne hier nur, außer den bürgerlichen Freiheiten: Beseitigung des Militarismus und Einführung der Volkswehr mit demokratischer Organisation, außerdem Trennung der Kirche vom Staate, Reorganisation des gesamten Schulwesens in der Weise, daß es auch dem mittellosesten, dem Armen, möglich wird, seine natürlichen Anlagen im weitesten Sinne des Wortes zur vollen Ausbildung zu bringen. Ferner Pflicht der Arbeit für alle, sei es Arbeit des Geistes oder der Werkstätte und des Feldes, Aufhebung aller indirekten Steuern, einschließlich Grundsteuern, und Einführung einer einzigen Steuer: der proportionellen Progressiv-Steuer. Die Uebereinstimmung der Ideen und der Gesinnung unter den Arbeitern der verschiedenen Länder Europas, die Zustimmung der Arbeiter der amerikanischen

Union ist es, worauf unsere Friedenshoffnungen beruhen: Wir wollen den Frieden hergestellt zur Entwickelung der Industrie und des Handels und zur Ausbildung des Volkes durch die Volkssouveränität.

Arbeiter Deutschlands! Heute tritt der Kongreß der Internationalen Arbeiter-Vereinigung zusammen. Alle Länder Europas werden dort vertreten sein. Die französischen Arbeiter haben deshalb beschlossen, trotz des entgegenstehenden Verbotes der kaiserlichen Regierung, sich dort gleichfalls vertreten zu lassen, um sich an der Beratung ihrer Interessen zu beteiligen. Und dürfte es zu viel behauptet sein, daß diese Versammlung von Delegierten der Arbeiter von ganz Europa durch die Weisheit ihrer Beschlüsse ein schiedsrichterlicher Senat von Europa zu werden verspricht? Ja, dieser Kongreß wird auf der Grundlage der ewigen Prinzipien der französischen Revolution von 1789 und der geheiligten Interessen der Arbeit, welche Ordnung, Sicherheit der Person und Freiheit verlangen, den Völkerfrieden dekretieren, und Europa wird die Beschlüsse dieses Kongresses nicht unbeachtet lassen dürfen. Es liegt im Interesse aller Arbeiter, es ist sogar eine Ehrensache für sie und ihre heiligste Pflicht, sich an dem großen Werke zu beteiligen, das zum Zweck hat:

„Die Errichtung der neuen, der wahren menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit und Gerechtigkeit."

Der Arbeitertag ernannte hierauf eine Kommission, bestehend aus den Herren Schweichel, Ladendorf, Liebknecht und Stolle, welche den gestern eingegangenen Protest prüfen und die dagegen für angezeigt erachteten Schritte der Versammlung in Vorschlag bringen sollte. Um 10 Uhr fanden die ausgetretenen Gegner sich in der Versammlung ein und ihr Vertreter Minner (Magdeburg) verlas folgende

Austrittserklärung:

Die Vertreter der Vereine: Bielefeld, Hamburg, Nürnberg (Arbeiterverein), Ulm, Heppens, Weissenburg, Magdeburg, Frankenberg, Celle, Lüneburg, Harburg, Brüchen, Otterndorf, Nienburg, Chemnitz, Goslar, Hameln, Münden, Elze, Eldagsen, Peine, Osterrode, Rastede, Stuttgart, Kannstadt, Freiburg i. B., Pforzheim, Fürth (Arbeiterverein), Gera, Altona, Kiel, Tondern, München, Augsburg, Oldenburg, Regensburg, Hannover, Schwabach und Geißlingen halten fest an dem Programm, auf Grund dessen der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet wurde, können daher fernerhin nicht einem Verbande angehören, welcher auf Grund des gestern durchgesetzten Programms eine neue Richtung angenommen hat.

Nürnberg, 7. September 1868.

Aug. Reuter (hannöv. Gauverband), A. Hochberger, Wittum, F. K. Engelking (Hannover), Ed. Pfeiffer, J. F. Martens, O. Stöhr, Franz Rabel, W. Mehling, Fr. Lüttich, K. Rögner, Minner, Bauer, Staudinger, Karl Simater, O. Feierabend, H. Pfisterer, A. Christiansen, F. H. Schultz, A. Stark (Chemnitz), F. W. Sulfrian (Burg bei Magdeburg), Joh. Bischoff, Chr. Süß, L. Heiligenstädt, G. Fontmeier (Gera), E. Selling, Franz Heinrich Pils, C. Schelle (Osnabrück), A. Zeitler, Robert Krebs, G. F. Krauß (Geißlingen). Thorade.[12])

[12]) Dem Verband gehörten teils gar nicht, teils seit längerer Zeit nicht mehr an: die Vereine zu Nienburg, Osterode, Elze, Kiel, Tondern und Lindau; in deren Namen zu

In Anwesenheit der Herren erstattete Liebknecht hiernach Bericht über den Vorschlag der obengenannten Kommission; derselbe lautet:

„In Erwägung, daß der Protest drei bewußte Unwahrheiten und eine Fälschung enthält, geht der Arbeitertag zur Tagesordnung über."

Liebknecht wies diese Unwahrheiten sofort nach, indem er darauf aufmerksam machte, daß im Protest behauptet worden, die Abstimmung sei mit Hilfe der Internationalen Assoziation und der Volkspartei gemacht worden, während die Protestierenden wußten, und ja selbst den Beschluß mit gefaßt hatten, daß die Vertreter dieser Korporationen kein Stimmrecht hatten; daß im Protest unter den Unterschriften ein Wiener Verein (Bäckergesellen) aufgeführt worden, welcher nicht das Recht habe, zu protestieren, da er dem Verband nicht angehöre, usw.

Der Vorsitzende Bebel bemerkte sodann auch zu der eben eingegangenen Austrittserklärung, daß sie unberechtigter Weise mit der Unterschrift des Lindauer Vereins versehen sei, der seit einem Jahre schon aus dem Verband ausgeschieden, und außerdem eine Reihe Unterschriften von Vereinen trüge, die erst in allerneuester Zeit dem Verbande beigetreten und noch keinerlei Beitrag für denselben geleistet haben.

Diese verschiedenen leidenschaftslos konstatierten Tatsachen riefen bei den Versammelten des Arbeitertags eine lebhafte Entrüstung hervor, indes die gegnerischen Herren ebenso unverkennbar verlegen unverzüglich den Saal wieder verließen.

Der Arbeitertag fuhr in seinen Beratungen fort.

Sonnemann (Frankfurt) referierte hierauf im Anschluß an die früheren Verhandlungen über die Errichtung von Altersversorgungskassen; er hob die Schwierigkeiten hervor, welche sich einem selbständig zu begründenden Institute entgegenstellten und gab schließlich der Versammlung anheim, ob man nicht den Versuch machen wolle, nach Art der englischen Sparkassen durch Vermittelung der Post eine unter Staatsaufsicht stehende Anstalt zu errichten.

Gegen diesen Vorschlag sprachen sich Liebknecht, Wahlteich, Greulich, Krobitzsch, Günzel, Borst, Krause, Dr. Kirchner aus, die alle mehr oder weniger sich dem Vorschlage zuneigten, allgemeine Gewerks-Genossenschaften der einzelnen Gewerke nach Art der Trades Unions und des deutschen Buchdruckervereins zu errichten und denselben die Altersversorgungs-, Kranken- und Wanderunterstützungs-Angelegenheiten zu übertragen.

Wahlteich (Dresden) äußert sich über die Frage folgendermaßen:

Ich habe mich gegen die Vorschläge des Referenten auszusprechen und zwar aus zwei Gründen: Ich halte die Errichtung von Altersversorgungs-Kassen, von unserer Seite unternommen, erstens nicht für ausführbar, zweitens, meine ich, ist es unsere Aufgabe nicht, durch Palliativmittel die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu versuchen, sondern unsere Tätigkeit muß sich konzentrieren in der Aufstellung und Verwirklichung der großen Prinzipien der Sozialdemokratie.

Ich kann in der Beweisführung für meine erste Behauptung kurz sein.

---

unterzeichnen war eine Anmaßung. Dasselbe gilt von den Herrn Rabel und Mehling (Wien), die nie dem Verbande angehörten. Herr Krebs war nur persönliches Mitglied des Verbandes, einen Verein vertrat er nicht. Der Herausgeber des Protokolls.

Der Referent hat die Schwierigkeiten, welche sich der Errichtung von Altersversorgungs-Kassen für Arbeiter entgegenstellen, so sehr hervorgehoben, daß man annehmen kann, er glaube in der Tat selbst nicht an die Möglichkeit ihrer Gründung, denn wenn derselbe die Hilfe des jetzigen Staates hierzu für erforderlich hält, so spricht das deutlich genug. Ich sage, der jetzige Staat ist unser Feind und wir haben mit ihm keine andere Berührung als die, welche der Kampf zwischen uns, der Kampf auf Leben und Tod, mit sich bringt.

Um die Unmöglichkeit der Errichtung solcher Kassen von unserer Seite zu beweisen, darf ich Sie weiter nur daran erinnern, daß die große Masse der Arbeiter tatsächlich nicht in der Lage ist, die hohen Prämien für Altersversorgungs-Kassen zu zahlen; wenn der Arbeiter dies könnte, wäre seine Lage eben nicht eine so traurige, wie wir sie beklagen. Derartige Kassen können endlich nur bestehen bei großer Beteiligung, diese ist aber aus dem eben angeführten Grunde und besonders deshalb nicht zu erwarten, weil der Kreis unseres Einflusses noch ein beschränkter ist.

Unseren Einfluß zu erweitern, die Massen der Arbeiter aus ihrer Stumpfheit und Gleichgültigkeit herauszureißen, das ist aber unsere eigentliche Aufgabe, und damit komme ich auf meine zweite Einwendung.

Die Arbeiterbildungsvereine haben lange genug, und doch in der Hauptsache erfolglos, mit den kleinen Fragen der sozialen Besserstellung der Arbeiter kostbare Zeit und Arbeitskraft vertändelt, jetzt heißt es: Organisation, Machtentfaltung unter dem Banner der sozialen Demokratie!

Für einzelne unter uns braucht dieser Ruf nicht zu erklingen, denn wir haben ihn schon längst selbst überall ertönen lassen und sind tatkräftig in dieser Richtung vorgegangen; für den Gesamtverband erwächst aber mit diesem Vereinstag die Verpflichtung, allerorten die großen Prinzipien des Sozialismus dem Volke hoch zu halten.

Obwohl ich nun weiß, daß die Lage des Arbeiterstandes sich nur im großen, in der von mir angedeuteten Weise wird gründlich bessern lassen, so verwerfe ich doch die kleinen Mittel nicht unbedingt, sondern will sie nur richtig angewendet wissen, ich verhalte mich demnach auch zu dem Vorschlag des Referenten nicht unbedingt ablehnend.

Mit einem Wort: Machen Sie es sich zur Aufgabe, Gewerks-Genossenschaften zu gründen, und überlassen Sie es diesen, Altersversorgungs- und ähnliche Kassen ins Leben zu rufen.

Die Frage der Gewerks-Genossenschaften nach englischem Vorbild ist eine Lebensfrage der sozialen Bewegung, und ich hätte gewünscht, der Vorort wäre schon längst auf deren Begründung bedacht gewesen. Jetzt gilt es, das Versäumte nachzuholen.

Wir erreichen damit nicht nur, daß die Arbeitermassen, welche dem öffentlichen Leben bisher fern standen, zu diesem herangezogen und durch ihre Organisation zu einer allezeit schlagfertigen Armee für die politische und soziale Emanzipation des Volkes werden, sondern schaffen auch zu gleicher Zeit den Boden, auf welchem das Kassenwesen in seiner vielfachen Gestaltung am besten gedeiht, da für dasselbe die Gleichartigkeit des Gewerkes, der Lebensweise und des Lohnes, sowie das gegenseitige Bekanntsein der Mitglieder von wesentlichem Vorteil sind. Wir ziehen zur Verwaltung dieser Kassen neue Kräfte heran und

geben ihnen die Anleitung, wie sie vereint mit uns zu kämpfen haben im Dienste der großen Prinzipien, für deren Verwirklichung zu arbeiten speziell unsere Aufgabe ist.

Ich empfehle Ihnen, meine Herren, hiernach folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß Kranken- und Wanderunterstützungs- sowie Altersversorgungs-Kassen erfahrungsgemäß am besten durch Gewerks-Genossenschaften ins Leben gerufen und erhalten werden können, beschließt der fünfte Vereinstag, den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Gewerks-Genossenschaften tatkräftig zu wirken."

Sonnemann erhielt als Referent das Schlußwort und erklärte, daß er nach den gehörten Ausführungen auf seinen Vorschlägen nicht bestehe, er nehme stets das bessere, wo er finde. Er zog hierauf seine Anträge zugunsten eines aus verschiedenen Anträgen kombinierten Vorschlags zurück, worauf die Versammlung ihm für das reichhaltig beigebrachte Material ihren Dank durch Aufstehen zu erkennen gab.

Der hierauf angenommene kombinierte Antrag lautet:

„In Erwägung, daß das Anheimgeben der Verwaltung einer allgemeinen Altersversorgungskasse für Arbeiter an den bestehenden Staat den Arbeiter unbewußt zu einem konservativen Interesse an den bestehenden Staatsformen bringt, denen er keineswegs Vertrauen schenken kann;

in Erwägung, daß Kranken- und Wanderunterstützungs- sowie Altersversorgungs-Kassen erfahrungsgemäß am besten durch Gewerks-Genossenschaften ins Leben gerufen und erhalten werden können, beschließt der fünfte Vereinstag, den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Gewerks-Genossenschaften tatkräftig zu wirken."

Germann aus Leipzig referiert über die Krankenunterstützungs-Angelegenheit und die Versammlung genehmigt seine folgenden Anträge:

„Der Vereinstag wolle den Verbandsangehörigen empfehlen, durch Deputierte des Ortes ein Kollegium zu bilden, welches:

1. eine gute Organisation der Kassen, volle Selbstverwaltung, Vereinigung derselben nach Gewerken in Verbände und Besprechung der Klassen-Interessen in einem geeigneten Organ,

2. Freizügigkeit innerhalb der Gewerkskassen und bankmäßige Bewirtschaftung des Krankenkassen-Kapitals,

anstrebt, außerdem aber auch:

3. die Gründung solcher Kassen anstrebt, an welchen Mangel ist, d. h. für Handarbeiter, Dienstboten und Arbeiterinnen."

K. Bürger (Göppingen) erstattet hierauf Bericht über die Wanderunterstützungskassen. Redner wirft einen Rückblick auf die Verhandlungen des 2. Vereinstags (Leipzig) in derselben Frage, erörtert den Stand in den verschiedenen Ländern, in denen bisher bereits solche Kassen bestanden haben, und schlägt schließlich vor, da bereits bei der Frage der Altersversorgungskassen ein Beschluß gefaßt worden ist, noch folgende Resolution zu fassen:

„Der Vereinstag empfiehlt den Vereinen die Einrichtung von Herbergen und Arbeitsnachweisungen."

Nachdem noch Borst (Göppingen) sich ausführlich über die Frage verbreitet hatte, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Es wird hierauf eine Pause von 2 Stunden gemacht.

Um 3 Uhr nachmittags wird die Sitzung wieder eröffnet und beginnt die Verhandlung über die Frage der indirekten Steuern.

Schweichel (Leipzig) referiert an Stelle des aus dem Verband mit der Minorität ausgeschiedenen Krebs (Berlin): M. H.! Die Tagesordnung nennt Herrn Krebs als Berichterstatter; Herr Krebs ist aber, obgleich Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation, am Vormittag seltsamer Weise aus dem Verbande ausgeschieden, weil derselbe gestern die Resolution angenommen hat, sich den Bestrebungen der Internationalen Assoziation anzuschließen. Auf Ersuchen des Präsidiums habe ich mich gern an der Stelle jenes Herrn der Berichterstattung über den gegenwärtigen Punkt der Tagesordnung unterzogen und hoffe, daß Sie, m. H., unter diesen Umständen durch die Debatte ergänzen werden, was mein Bericht an Erschöpfung des Gegenstandes zu wünschen übrig lassen wird. — In den gegenwärtigen Staaten ist alles besteuert, Nahrung, Kleidung, Wohnung, jedes Gewerbe und jedes Geschäft; nur die Luft allein geht noch frei aus. Allein bei der vollendeten Kunst unserer Finanzmänner bezweifle ich nicht, daß auch die Steuerfreiheit der Luft ihrem Ende entgegen geht. Steuern sind unerläßlich, um das Getriebe der Staatsmaschine im Gange zu erhalten und nichts gerechter, als daß jeder für die Vorteile bezahlt, die ihm der Staat gewährt. Eine andere Frage ist es aber, ob bei der Umlage der Steuern jene Gerechtigkeit waltet, welche eine gleiche Verteilung von Rechten und Pflichten erfordert, und welche erheischt, daß der Reichere verhältnismäßig mehr beitrage zu den Unkosten des Staates als der Arme? Ich stehe nicht an, diese Frage entschieden zu verneinen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß unter allen Steuern die indirekten nicht nur am ungerechtesten sich verteilen, sondern auch das meiste dazu beitragen, den Bürger in der Abhängigkeit von der Staatsgewalt zu erhalten und diese, indem sie zugleich die Moralität untergraben, in den Stand setzen, völlig eigensüchtige Zwecke zu verfolgen. Die indirekten Steuern sind der Vampyr, der uns im Schlafe das Blut aussaugt, sie sind wie die Diebshand in unserer Tasche, die durch sie geleert wird, ohne daß wir es merken. Oder wissen Sie etwa, m. H., wie viel Steuern Sie dem Staate entrichten, wenn Sie Ihr Glas Bier oder Kaffee trinken, diesen mit Zucker oder Syrup süßen; wenn Sie Fleisch oder Brot essen, oder einen Hering verzehren; wenn Sie Ihre Speisen salzen; wenn Sie eine Zigarre rauchen, einen Rock oder das unentbehrliche Handwerkszeug sich kaufen? Ja, die meisten Steuerzahler haben nicht einmal eine Ahnung davon, daß alle diese Dinge besteuert sind und der Staat bei jedem Bissen, den sie zum Munde führen, ihr unsichtbarer aber nimmer fehlender Mitesser ist. Sie ahnen nicht, um nur ein Beispiel anzuführen, daß Sie für ein Pfund Salz dreimal so viel bezahlen, als es in Wirklichkeit kostet, weil zwei Dritteile des Preises als Steuer in den Staatssäckel fließen. Erwägen Sie nun, m. H., daß eine Familie mit 3 Kindern wöchentlich ein Pfund Salz braucht, so können Sie selbst leicht berechnen, wie viel Steuern die Familie jährlich, ohne daß sie es weiß, an den Staat von diesem unentbehrlichsten Gewürz zu zahlen hat, das zudem bei dem Armen in den meisten Fällen das den Speisen mangelnde Fett ersetzen muß. Und das ist nun überhaupt das Gesetz der Auflage der indirekten Steuern auf die Lebensmittel: je unentbehrlicher ein

Lebensmittel ist, je höher die Steuer, welche darauf lastet. Da aber der Arme ausschließlich auf solche Lebensmittel angewiesen ist, so folgt daraus, daß die schwerste Last dieser Steuern auf ihm ruht. Freilich kann auch der Wohlhabende und Reiche, um bei dem angeführten Beispiele zu bleiben, das Salz nicht entbehren; aber es ist keineswegs das einzige Gewürz seiner Speisen, und jedes andere Gewürz, durch welches er seinen Salzverbrauch auf das allernotwendigste Maß beschränkt, zahlt eine geringere Steuer. Der Wohlhabende und Reiche trinkt auch wenig oder gar keinen Branntwein, den der Arbeiter besonders im Norden gar nicht entbehren kann. Nun, m. H., wer täglich für 5 Pfg. Branntwein trinkt, der zahlt dem Staat wöchentlich ebenso viel Pfennige Steuern, was jährlich 26 Silbergroschen macht.

Sehen wir also die indirekten Steuern, welche auf den Nahrungsmitteln lasten, überwiegend auf den Armen abgewälzt, so verhält es sich nicht anders mit jenen, welche in der Form von Zoll auf Rohprodukte und Fabrikate auftreten. Denn auch diese, überwiegend zum Schutz einheimischer Fabrikanten eingeführten Zölle sind indirekte Steuern. Daß diese Schutzzölle es vor allen Dingen freundlich mit den Herren Fabrikanten meinen, mithin des Anspruchs auf Gerechtigkeit ebenfalls entbehren, davon können Sie sich durch jeden beliebigen Tarif überzeugen. Immer werden Sie finden, daß das Rohprodukt niedriger besteuert ist, als das daraus gefertigte Fabrikat. So ist der Zoll auf Roheisen geringer als der auf Stangeneisen, und dieser wiederum niedriger als der auf verarbeitetes Eisen wie Handwerkszeug, Hämmer, Bohrer, Spaten, Nägel, Ketten usw. Wäre diese Steuer nur dazu da, daß der Staat Geld bekommt, so ist nicht abzusehen, warum er ein Pfund Eisen in Gestalt von Handwerkszeug höher besteuern sollte, als in der Gestalt von Stangeneisen, oder warum er von englischem Kattun eine höhere Einfuhrsteuer als von roher Baumwolle sich entrichten läßt.

Es ist natürlich, daß dem Staate, soll er anders einen Nutzen von den direkten Steuern haben, jemand deren Betrag in barem Gelde auszahlen muß. Diesen Dienst leistet ihm der Produzent, der Fabrikant, der Kaufmann, die sich dafür an dem Konsumenten erholen. Völlig steuerfrei können sie selbst nun freilich nicht ausgehen, da sie wiederum ebenfalls Konsumenten sind. Aber da nur sie es sind, die neben den Konservativen in den gesetzgebenden Versammlungen eine Stimme haben, so ist es ihnen ein leichtes, die Wucht der Steuern hauptsächlich auf solche Gegenstände abzuwälzen, oder bei dem gleichen Gegenstande auf diejenige Qualität (Eigenschaft), deren Konsumenten weniger sie selber als die unbemittelte Klasse sind — ein Mittel beiläufig, durch welches sie, da die Mehrzahl der Konsumenten nicht dem Wohlstande im Schoße sitzt, am schnellsten zur Wiedererstattung ihrer baren Steuerauslagen gelangen.

Sie wissen sehr wohl, m. H., wie viel Klassensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer Sie zu bezahlen haben; denn Sie müssen dieselbe dem Staate in barem Gelde auf den Tisch legen. Sie tun es mit Seufzen, denn es wird Ihnen schwer genug, sie aufzubringen, und an jedem Groschen klebt Ihr Schweiß. Wie würden Sie ächzen und stöhnen, wenn Ihnen der Staat den vierfachen Betrag abfordern wollte! Sie würden die Leistung für unmöglich erklären, ja Sie würden, schon jetzt der Steuerlast erliegend, den Regierungen den Gehorsam aufkündigen und dem versuchten Zwange Gewalt entgegensetzen. Und doch zahlen Sie diesen vierfachen Betrag in Wirklichkeit, zahlen ihn ohne Murren,

weil Sie kein Bewußtsein davon haben, zahlen ihn in den indirekten Steuern. Ja, m. H., von den ungeheuren Summen, welche der Staat jährlich verschlingt, wird nur der vierte Teil etwa durch die direkten Steuern und durch die Einkünfte von den Domänen, Forsten, Bergwerken und dergleichen aufgebracht; den Rest liefern die indirekten Steuern. Es brauchte nicht erst eines Hansemann, um den Regierungen zu sagen, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört; sie haben dies von jeher gewußt und daher haben sie von jeher auf dem Schleichwege der indirekten Steuern den Staatsangehörigen die Mittel aus der Tasche zu locken gewußt, die man ihnen auf direktem Wege verweigert haben würde, und zwar mit Recht. Denn abgesehen davon, daß jeder Staatsbürger das Recht hat, den Betrag bis auf Heller und Pfennig zu wissen, den er an Steuern zu zahlen hat, sind es vor allen Dingen diese unkontrollierbaren indirekten Steuern, welche die Staatsgewalt in den Stand setzen, Zwecke zu verfolgen, welche mit dem Gesamtwohl nichts zu tun haben und zu diesem feindlich sich verhalten. An dem Tage, an welchem die Staatsgewalt genötigt sein wird, ihren Geldbedarf direkt zu erheben, werden wir keine Friedensliga mehr nötig haben. Denn man wird dann in der Steuerverweigerung, die jetzt nur ein Schlag ins Wasser wäre, ein Mittel in Händen haben, die Regierungen zu zwingen, den Willen der Nation zu respektieren. Es wird dann keine Eroberungskriege mehr geben, und mit den Armeen, deren Waffen ja doch nur auf die Brust geknechteter Bürger gerichtet sind, wird das Heer von Beamten verschwinden, welches nötig ist zur Ueberwachung und Einziehung der Zölle, von denen es einen ungeheuren Teil verschlingt. Die indirekten Steuern sind daher nicht nur die ungerechtesten, sondern verhältnismäßig auch die unproduktivsten, und Sparsamkeit in der Staatshaushaltung wie Erleichterung der arbeitenden Klassen nur durch deren Beseitigung zu erreichen. Zugleich sind es diejenigen, welche am meisten zur Demoralisation des Volkes beitragen. Denn sie sind die Quelle des Schmuggelhandels und aller Steuerdefraudationen, in denen die öffentliche Meinung kein Vergehen erblickt, da sie die indirekten Steuern nicht anders denn als ein Unrecht der Regierungen, als einen gleichfalls im Dunkeln schleichenden Feind auffassen kann.

Auf alle diese Gründe gestützt, empfehle ich folgende Resolutionen Ihrer Annahme, welche auf Beseitigung dieser ungerechten Steuer gerichtet sind und an deren Stelle die Einführung einer gerechten, direkten Steuer vorschlagen:

In Erwägung, daß sich die indirekten Steuern jeder Kontrolle entziehen, indem sie in einer Weise erhoben werden, welche es dem einzelnen Steuerzahlenden fast unmöglich macht, die Höhe seines eigenen Beitrags zu bemessen;

in Erwägung, daß die indirekten Steuern namentlich die allerunentbehrlichsten Lebensmittel belasten;

in Erwägung, daß solche Steuern in den bestehenden Staatsorganisationen ein wesentliches Mittel sind, die Staatslasten hauptsächlich von den bevorzugten (herrschenden) Klassen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, beschließt der 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine:

„Der Verband solle mit unermüdlicher Tatkraft hinwirken auf die Beseitigung jeder indirekten Steuer und auf Einführung einer gerechten direkten Steuer."

Mendel (Wunsiedel) stellte hierzu den Zusatzantrag, mit dem sich der Referent einverstanden erklärte:

„Der Verband solle es daher seinen Mitgliedern zur Pflicht machen, bei allen Wahlen zur Gemeindevertretung, den Landtagen usw. nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche für die völlige Beseitigung der indirekten Steuern einstehen."

Vahlteich (Dresden) beantragte, an Stelle „einer gerechten, direkten Steuer" zu setzen: „eine gerechte, progressive Einkommensteuer".

Der Referent äußerte sich mit einer solchen Steuer einverstanden, hat aber bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und der vorgerückten Zeit die Frage einer späteren Beratung vorzubehalten.

Bei der Abstimmung wurde Vahlteichs Amendement abgelehnt und die Resolutionen mit dem Zusatzantrage von Mendel angenommen.

In die Wehrfrage übernahm Liebknecht (an Stelle Bebels, der durch anderweitige Arbeiten verhindert war) den Bericht. Er sagte:

„Meine Herren! Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich die vorliegende Frage nach allen Seiten hin theoretisch erschöpfend behandle. Es ist dies in neuerer Zeit von der demokratischen Tagespresse, in Broschüren und in Volksvertretungen so gründlich geschehen, daß man mit Recht sagen kann: die Wehrfrage ist theoretisch entschieden und bedarf nur noch der praktischen Lösung. Sie ist wesentlich eine Machtfrage. Die Uebel der stehenden Heere sind allseitig anerkannt, selbst von denen, welche aus Sonderinteresse daran festhalten, weil ihre Herrschaft auf den stehenden Heeren beruht. Ich verweise auf das Zeugnis Radetzkys, der offen zugestanden hat, daß das System der allgemeinen Volksbewaffnung einen Staat wehrhafter mache und zugleich die Bürger weit weniger belaste, als das System der stehenden Heere, daß es sich aber mit der Existenz eines monarchischen, soll heißen absolutistischen Staates nicht vertrage. Hier finden wir die große Wahrheit ausgesprochen: das System der stehenden Heere ist absolutistisch, dynastisch, das der allgemeinen Volksbewaffnung, wie sie in der Schweiz besteht, ist demokratisch.

Das System der stehenden Heere ist so alt, wie der politische Absolutismus. Der absolute Staat, welcher auf den Trümmern des mittelalterlichen Feudalismus entstand, und dessen Grundgedanke sich in dem Worte Ludwigs des Vierzehnten von Frankreich: der Staat bin ich! ausdrückt, mußte das Volk entwaffnen, und eine Soldatenkaste bilden, die, von dem Bürgertum losgelöst, jedes bürgerlichen Geistes entkleidet, ein willenloses Werkzeug der Unterdrückung wurde. Wenn auch die stehenden Heere vielfach zu Eroberungskriegen dienten, so waren und sind sie doch hauptsächlich nach innen gegen die Völker selbst gerichtet, zu deren Verteidigung sie angeblich bestimmt sein sollen. Daher kommt es auch, daß die Vermehrung der stehenden Heere in den Kulturstaaten des europäischen Festlandes gleichen Schritt mit der Entwicklung des demokratischen Geistes gehalten hat. Solange die Völker das Joch des Absolutismus ohne Murren ertrugen, weil sie der feudalen Anarchie müde waren und von staatlicher Freiheit noch keinen Begriff hatten, bedurfte der Absolutismus zu seinem Schutze nur einer vergleichungsweise geringen bewaffneten Macht. Aber seit den Zeiten der französischen Revolution, welche die Saat demokratischer Ideen überall ausstreute, ist der Absolutismus gezwungen, zu seiner eigenen Sicherheit eine immer größere Zahl der Bevölkerung zum Soldatenhandwerk zu pressen; und in dieser aufsteigenden Linie wird es fortgehen, bis die Völker die Last nicht mehr zu ertragen vermögen, und mit einem System abrechnen, das sie dem

Ruin zuführt. Und mit reißender, stets wachsender Schnelligkeit führt es sie dem Ruine zu. In Deutschland und in Frankreich verschlingt schon jetzt das stehende Heer, mit allem, was drum und dran hängt, den größten Teil der Staatseinnahmen; und diese ungeheuren Summen werden nicht nur völlig unproduktiv verwandt, nicht nur werden alljährlich der nationalen Arbeit viele Hunderttausende der kräftigsten Männer entzogen, sondern obendrein wird auch durch die stehenden Heere die Produktivkraft der bürgerlichen Bevölkerung vermindert, weil sie durch Heraufbeschwörung der Kriegsgefahr den Handel und die Industrie lähmen und einen übermäßigen Steuerdruck notwendig machen, der das reichste Volk zugrunde richten muß. Würden die Hunderte von Millionen, welche uns die stehenden Heere jährlich kosten, einfach zum Fenster hinausgeworfen werden, so wäre das schon schlimm genug und ein schweres Verbrechen an der arbeitenden Menschheit; aber diese Hunderte von Millionen bilden eine Giftsaat, welche, den Boden aussaugend, üppig emporschießt, und in deren Bereich, wie in dem des Upasbaumes, alles Leben verwelkt!

Groß, wie in materieller Hinsicht — von den moralischen Uebeln rede ich jetzt nicht — der direkte Schade ist, der uns durch die stehenden Heere erwächst, der indirekte ist noch unendlich größer. Ich sprach von der Kriegsgefahr. Dieselbe wird allerdings nicht durch die stehenden Heere erzeugt. Der Alp, der gegenwärtig auf Europa liegt, diese peinliche Ungewißheit, die des Friedens nicht auf die nächste Stunde sicher ist, sie wurzelt in dem Mißverhältnis der Staatsformen zu den politischen und nationalen Bedürfnissen der Völker. Allein die Fortdauer dieses Mißverhältnisses wird einzig durch die stehenden Heere ermöglicht, die außerdem die Regierungen in den Stand setzen, jeden Moment gegen den Willen und das Interesse der Völker einen dynastischen Krieg zu beginnen. Wir sind daher berechtigt zu sagen: Hätte man in Europa keine stehenden Heere, so wären wir von sämtlichen Kriegen der Neuzeit verschont geblieben, und die Völker hätten nicht nur alles gespart, was sie für den Krieg unmittelbar zu bezahlen hatten, sondern noch das Zehnfache durch Blühen des Handels und der Gewerbe gewonnen. Sie alle kennen — die meisten von Ihnen aus eigener bitterer Erfahrung — die lähmenden Wirkungen des letzten Krieges auf die deutsche Industrie; der Betrag des Ausfalles läßt sich nicht genau berechnen, aber es kann nicht bezweifelt werden, daß er den Betrag der gesamten direkten Kriegskosten bei weitem übersteigt. — Doch weiter: Ich sagte zu Anfang, der Zweck der stehenden Heere sei die Unterdrückung der Völker, nicht die Verteidigung des Vaterlandes. Der Beweis ist leicht geliefert. Wir finden ihn in der neuesten Geschichte unseres Erdteils. Hunderte von Schlachten und Schlächtereien, verübt durch die stehenden Heere, am Volke verübt: Paris, Wien, Berlin, Frankfurt, die Blutfelder des noch heute betäubt daliegenden Baden, Ungarn, die Lombardei, Rom, Polen — überall das Volk niedergeschlagen, niedergemetzelt durch die stehenden Heere. Und wo hätten sie für das Volk gekämpft? Etwa 1859 in Italien? Wohl führte Bonaparte die Freiheit der Italiener im Munde, aber wie kann, wer Despot ist im eigenen Lande, die Freiheit dem Nachbar gönnen, der durch sie sein tödlichster Feind werden müßte? Freiheit kann den Despotismus ebensowenig vor den Toren dulden, als der Despotismus die Freiheit. Nicht um Italien zu befreien, nein, um Frankreich zu unterdrücken, um das Gespenst der Revolution, das aus den zerplatzten Orsinibomben hervorgestiegen war, wieder zu bannen, unternahm der Dezembermann den Krieg von

1859. Und der Krieg von 1866? Meine Herren! Es wäre eine Beleidigung für Sie, wollte ich mich auszuführen bemühen, daß dieses schmachvollste Verbrechen am Vaterlande, auch ein Verbrechen an der Freiheit, an der Volkssache war. Stets und überall gegen das Volk; nie und nirgends für das Volk — das ist das Urteil der Geschichte über die innere Mission des stehenden Heeres. Und wie verhält es sich mit der Verteidigung gegen den äußeren Feind? Nehmen wir das Jahr des großen Hochverrats an der deutschen Nation — das Jahr 1866. Oesterreich wurde von Preußen angegriffen; es hatte ein stehendes Heer, auf das Millionen über Millionen verwandt worden waren, um es möglichst schlagfertig zu machen. Was wurde aus der österreichischen Armee? Ein paar verlorene Treffen, eine verlorene Schlacht — und sie war kampfunfähig, Oesterreich selbst wehrlos, dem Sieger preisgegeben. So ist es mit den stehenden Heeren. Nicht mit Unrecht nennt man sie stehende. Bloß so lange sie stehen, bestehen sie. Einmal niedergeworfen, liegen sie am Boden und vermögen nicht mehr aufzustehen. In neuerer Zeit, wo die stehenden Heere so kolossal geworden sind, daß die Volkskräfte kaum ausreichen, sie zu erhalten, geschweige denn neue Armeen auf die Beine zu bringen, entscheidet eine, höchstens eine zweite Schlacht über das Schicksal der Staaten. 1859 Magenta und Solferino, 1866 Königsgrätz. Hätte die preußische Armee, was einen Augenblick sehr wahrscheinlich war, die Schlacht bei Königsgrätz verloren, so würde der österreichische Sieg Preußen genau in dieselbe Lage gebracht haben, wie der preußische Sieg Oesterreich. Ein anderes Heer war nicht da. Das preußische Junkertum wäre gefallen anstatt des österreichischen, das preußische Volk hätte gewonnen anstatt des österreichischen.

Man wendet mir hier vielleicht ein: „das preußische Heer ist kein stehendes im eigentlichen Sinne des Wortes, durch die Landwehr erlangt es einen volkstümlichen Charakter und, erfüllt es auch nicht das Ideal der allgemeinen Volksbewaffnung, so kommt es ihm doch nahe". Meine Herren! Eine schamlosere Lüge ist von den Falschmünzern des Berliner Preßbureaus und ihren Gothaer Spießgesellen nie ausgeprägt und in Umlauf gesetzt worden, als die von dem preußischen „Volk in Waffen", von der „allgemeinen Wehrhaftigkeit" in Preußen. Es ist diese Lüge nur der anderen an die Seite zu stellen, daß Preußen, indem es Deutschland zerrissen, uns die Einheit verliehen habe. Die preußische Landwehr, welche „das Volk in Waffen" war, die Landwehr, welche die französischen Grenadiere in die Katzbach warf, bei Leipzig die Macht des Corsischen Eroberers brach und bei Waterloo ihm den Todesstoß versetzte, nachdem sie zwei Tage vorher bei Ligny geschlagen worden — welches stehende Heer hätte ähnliches geleistet? — diese Landwehr, die eine Volkswehr war, ist längst der reaktionären Politik des Hohenzollerntums erlegen, und die „Armeereorganisation" hatte nur noch die letzte Spur demokratischen Geistes wegzumaßregeln. Hätte diese Landwehr noch 1866 bestanden, der Bruderkrieg wäre undenkbar gewesen. Was man jetzt Landwehr nennt, ist nichts als ein Anhängsel der Linie. Und wie verhält es sich mit der „allgemeinen Wehrhaftigkeit" in Preußen? Allgemeine Wehrhaftigkeit heißt Wehrhaftigkeit aller. — In Preußen ist aber von je drei wehrfähigen Männern nur einer bewehrt. War ich, angesichts dieser unumstößlichen Tatsache, nicht berechtigt, die „allgemeine Wehrhaftigkeit" Preußens eine schamlose Lüge zu nennen? Statt der allgemeinen Wehrhaftigkeit gibt Preußen eine Drittels-Wehrhaftigkeit, wie in seiner „deutschen Einheit" eine Drittels-,

Einheit. Die Wahrheit ist: die reorganisierte preußische Armee samt der Landwehr ist im Verhältnis zur Bevölkerung das größte stehende Heer der Welt, und kein Land empfindet darum auch die Folgen des Systems in solchem Maße, wie das unglückliche Preußen.

Doch ich wollte nur zeigen, daß das preußische Wehrsystem sich im wesentlichen nicht von dem der übrigen Militärmonarchien unterscheidet, und daß, hätten die Oesterreicher bei Königsgrätz gesiegt, Preußen völlig hilflos gewesen wäre. Wie anders, wo stehende Heere unbekannt sind und das Volk selbst die Verteidigung des Vaterlandes übernimmt. Blicken Sie nach Amerika. Vor 8 Jahren erhoben dort die Sklavenhalter des Südens — ganz wie bei uns vor dritthalb Jahren die Junker des Nordens — das Banner der Rebellion und wollten das Vaterland zerreißen. Der bundestreue Norden ward überrumpelt — wie bei uns der Süden. In der Regierung saßen Verräter — keine Armee, keine Flotte. Aber das Volk war da. Nicht erschöpft durch eine unerträgliche Steuerlast, begeistert für die Freiheit, eilte es entschlossenen Mutes zu den Waffen. Die erste Schlacht geht verloren — wie bei uns. Aber hier hört die Aehnlichkeit auf. Uns machte die erste Niederlage unfähig, den Kampf fortzuführen; sie war das Ende des Krieges. In Amerika war sie der Anfang des Krieges. Der Norden verdoppelte seine Anstrengungen. In wenigen Wochen ist ein Volksheer versammelt, ungleich stärker als das geschlagene. — Noch eine Niederlage. Das nämliche Schauspiel. Für ein freies Volk gibt es kein Königsgrätz. Ein freies Volk ist nicht abhängig von den Launen des Kriegsglücks. Zwanzigmal geschlagen, nie besiegt, erheben die Amerikaner sich nach jeder Niederlage mit erneuter Kraft, stärker als zuvor, und kämpfen den Riesenkampf durch, bis die Rebellion zertreten ist. Der amerikanische Bismarck, dem ein bewaffnetes Volk entgegenstand, erwartet jetzt als Hoch- und Landesverräter seinen Prozeß; der deutsche Jefferson Davis, dem ein stehendes Heer entgegenstand, hat Recht und Vaterland zertrümmert, und läßt von seinen sprichwörtlichen „Richtern in Berlin“ die als Hoch- und Landesverräter verurteilen, welche der siegreichen Gewalt den Zoll der Anerkennung verweigern.

Unfähig, das Vaterland in der Stunde der Gefahr zu verteidigen, Werkzeug der Unterdrückung, Stütze des Unrechts, Ruin des nationalen Wohlstandes — das sind die stehenden Heere. Ihre Vernichtung ist die unerläßliche Vorbedingung eines freien europäischen Gemeinwesens. Durch Reden, durch Beschlüsse wird das Uebel allerdings nicht beseitigt. Wie schon gesagt, die Frage der stehenden Heere ist eine Machtfrage. Aber Reden und Beschlüsse sind darum nicht unnütz. Es gilt, die Massen in Nord und Süd, in Ost und West aufzuklären über dieses kolossale Uebel, damit sie im geeigneten Moment wissen, wohin der vernichtende Keulenhieb zu fallen hat. Der Moment wird kommen. Das Uebel tötet sich selbst durch seine eigene Größe; die Völker müssen es ausrotten, wenn sie ihm nicht zum Opfer fallen wollen. Und vielleicht bietet die Gelegenheit sich bald. Der Cäsarismus jenseits des Rheins wird durch das „Verhängnis“, durch die „Logik der Tatsachen“ zum Kriege gegen den Cäsarismus diesseits des Rheins gedrängt. Der Zusammenstoß ist unvermeidlich. Die Völker können nur gewinnen, wenn ihre Feinde sich unter einander zerfleischen. Aber sie dürfen dann auch nicht die Sache ihrer Feinde zu ihrer eigenen machen. Es muß um jeden Preis verhindert werden, daß der kommende Krieg einen nationalen Charakter annehme. Der Mann, welcher am 2. Dezem-

ber 1851 die französische Republik meuchelte, kann ebensowenig Vertreter der französischen Nationalinteressen sein, als die Männer, die Deutschland im Sommer 1866 meuchelten, Vertreter der deutschen Nationalinteressen. Jede Niederlage des napoleonischen Cäsarismus ist ein Sieg des französischen Volkes; jede Niederlage des Bismarckschen Cäsarismus ist ein Sieg des deutschen Volkes. Wir Norddeutsche sind vorläufig vergewaltigt. Aber Sie im deutschen Süden sind noch nicht völlig gefesselt. Zerreißen Sie die Schlinge der Militärverträge, die Preußen Ihnen um den Hals geworfen, und ersparen Sie Europa, der Welt jene Todsünde wider den heiligen Geist der modernen Zivilisation: einen Nationalkrieg zwischen Frankreich und Deutschland. In Ihrer Hand liegt es. Tun Sie Ihre Schuldigkeit, und der Krieg der Cäsaren wird zum Auferstehungsfest der Völker.

Und dann wird auch die „Machtfrage" der stehenden Heere gelöst. Meine Herren, ich empfehle Ihnen folgende Resolutionen zur Annahme:

Der Arbeitertag erklärt:

„Das System der stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockungen. Indem es den Völkern insgesamt ungeheuere Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Teil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren ihrem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herrschenden sozialen Not und Massenverarmung.

Indem es ferner den Fürsten die Macht gibt, gegen den Willen und das Interesse der Völker Krieg zu führen, überhaupt den Willen der Völker zu mißachten, ist das stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsgefahr und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach außen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach innen. In Erwägung dessen betrachtet es der deutsche Arbeitervereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der stehenden Heere und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung hinzuwirken."

Kröber und Ladendorf stellten und begründeten hierauf nachstehende Amendements:

1. Amendement Kröbers: „Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern, bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten usw. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen."

2. Amendement Ladendorfs: „Der Arbeitertag empfiehlt:

a) den Vorstand zu beauftragen, alle Mittel zu beraten und in Anwendung zu bringen, die dazu dienen können, die in stehenden Heeren gemißbrauchten Arbeiter, namentlich die ländlichen, über ihre eigentlichen und höchsten Interessen aufzuklären;

b) die Volkswehrfrage mit der Erziehungsfrage zu verbinden und beide Fragen vereinigt auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen."

Liebknecht: „Einer der Vorredner (Ladendorf) hat für die allgemeine Entwaffnung gesprochen. Auch ich bin dafür. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange

dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gekehrte Haupt abgeschlagen, haben wir an Polen die Verbrechen unserer Fürsten, namentlich des treuloseſten und undeutschesten unter ihnen, Friedrichs des — „Großen", wie die Geschichtsfälscher ihn nennen, gesühnt, ist der Despotismus aus seinem letzten Schlupfwinkel vertrieben, dann, aber auch erst dann können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger!"

Die Resolutionen nebst den beiden Amendements wurden einstimmig angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung, betreffend „die Verteilung des geschäftlichen Reingewinnes an die Arbeiter", wurde vom Referenten Sonnemann (Frankfurt) mit Zustimmung der Versammlung zurückgezogen. Es folgt der Bericht der Prüfungskommission über die Geschäftsführung des Vorortes. Da die in der Vorversammlung hierzu neben Stolle (Crimmitschau) gewählten Wittum (Pforzheim) und Dr. Pfeiffer (Stuttgart) ausgeschieden waren, hatte man Gleditzsch (Dresden) und Borst (Göppingen) an deren Stelle ernannt. Nach dem Bericht betrugen die Einnahmen vom Geraer bis zum Nürnberger Vereinstag 312 Tlr. 11 Ngr. 7 Pfg. und zwar bestanden dieselben aus 65 Tlr. 20 Ngr. Kassenbestand, 18 Tlr. 28 Ngr. Ehrenpfennig zur Deckung des Defizits der Arbeiterhalle, 227 Tlr. 23 Ngr. 7 Pfg. Beiträge der Vereine. Ein sehr großer Teil der zum Verband gehörigen Vereine war mit den Beiträgen noch im Rückstand. Die Ausgaben betrugen 247 Tlr. 27 Ngr. 2 Pfg. und zwar für Deckung des Defizits der Arbeiterhalle 117 Tlr. 29 Ngr., Drucksachen 13 Tlr. 29 Ngr. 7 Pfg., Reisespesen 16 Tlr., Zeitungsabonnement 8 Tlr. 5 Ngr., Porto und sonstige Verläge 31 Tlr. 14 Ngr., Archiv 3 Tlr. 5 Ngr. 5 Pfg., Remuneration an den Vorort 57 Tlr. 4 Ngr. Zu letzterem Posten bemerkte der Berichterstatter, daß nach dem Statut dem Vorort eine Entschädigung von 300 Tlr. zustehe, er habe indes in Ansehung der Kassenverhältnisse mit der geringen Summe von 57 Tlr. 4 Ngr., welche dem Sekretärgehalt des früheren ständigen Ausschusses gleichkomme, vorlieb genommen. Dies verdiene um so höhere Anerkennung, als die Arbeitslast des Vororts eine ganz bedeutende gewesen sei, Bücher und Akten sich in der schönsten und übersichtlichsten Ordnung befänden. Die Kommission beantragt Justifikation der Rechnungen, und spricht dem Vorort die wärmste Anerkennung für die Führung der Geschäfte aus. Die Versammlung stimmt dem einmütig zu.

Wolf (Mülsen St. Niklas), Krause (Mülsen St. Jakob), Albert (Glauchau) und Dr. Kirchner (Hildesheim) beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages die Erörterung über die Lage der Weber zu setzen. Der Antrag wird dem Vorort zur Berücksichtigung überwiesen.

Greulich (Zürich) beantragt, die Frage der direkten Gesetzgebung durch das Volk auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen. Wird ebenfalls dem Vorort zur Berücksichtigung überwiesen.

Man schreitet hierauf zur Wahl des Präsidenten des Vororts. Von 59 abgegebenen Stimmen erhält Bebel 57, er nimmt die Wahl dankend an. Die

Wahl der Vertrauensmänner erfolgt durch Akklamation und werden ernannt: Bürger (Göppingen), Notz (Stuttgart), Eichelsdörfer (Mannheim), Günzel (Speier), Sonnemann (Frankfurt a. M.), Stuttmann (Rüsselsheim), Dr. Kirchner (Hildesheim), Heimann (Koburg), Moteller (Krimmitzschau), Krause (Mülsen St. Jakob), Bremer (Magdeburg), Bahlteich (Maxen bei Dresden), Kobitzsch (Dresden), Oberwinder (Wien), Löwenstein (Fürth).

Demmler (Schwerin) dankt im Namen der Versammlung Bebel für sein unparteiisches Präsidium, worauf letzterer in einer kurzen Schlußrede die Resultate der Verhandlungen als vollständig befriedigende bezeichnete, dem Lokal-Komitee für die getroffenen Vorbereitungen und die Zeit- und Geldopfer, den städtischen Behörden für die Ueberlassung des schönen Rathaussaales zu den Beratungen und den Einwohnern Nürnbergs für die gastliche Aufnahme und das rege Interesse, das sie durch zahlreiche Anwesenheit bei den Beratungen bekundet, dankte und mit einem Hoch auf eine günstige Entwicklung der Arbeitersache den fünften Vereinstag deutscher Arbeitervereine abends gegen 6 Uhr schloß.

Uebersicht der anwesenden Vertreter und der vertretenen Vereine.

Name des Vereins	Ort	Name der Vertreter	Zahl der Mitglieder
Arbeiter-Bildungs-Verein	Speier	Günzel	180
" " "	Stuttgart	Simater	250
Krankenk.-Arbeiterg.	Dresden	Kobitzsch	95
Arbeiter-Verein	Hormersdorf	Karl Hirsch	90
" "	Mannheim	Eichelsdörfer / Pauval	219
" "	Lunzenau	Wilh. Baer	84
Arbeiter-Bildungs-Verein	Leipzig	Christ. Hadlich	319
" " "	Varel	Wohlgeschaft	32
Sozial-Reform-Verein	Magdeburg	A. Bebel	90
Arbeiter-Bildungs-Verein	München	Feierabend	209
" " "	Laichingen	Stotz	45
Arbeiter-Verein	Schwabach	Selling	52
" "	Cannstadt	Hochberger	70
Arbeiter-Bildungs-Verein	Ulm	Dr. Pfeiffer	40
" " "	Geißlingen	G. F. Kraus	15
Arbeiter-Verein	Nürnberg	Pet. Staudinger / Karl Rögner	410
Volks-Verein	München	Heißinger	27
Arbeiter-Bildungs-Verein	Pforzheim	Albert Wittum / Wilh. Stöffler	400
Gauverband	Schleswig-Holstein	Christiansen	512
Arbeiter-Verein	Hannover	Engelking	668
" "	Einbeck		18
" "	Eldegsee		91
" "	Goslar		92
" "	Hameln	F. Lüttich	74
" "	Münden		90
" "	Osterrode		49
" "	Peine		50

Name des Vereins	Ort	Name der Vertreter	Zahl der Mitglieder
Vorschuß- u. Konsumverein	Lugau	Martin Wolf	350
Arbeiter-Verein	Mülsen St. Jakob	C. A. Krause	60
Arbeiter-Bildungs-Verein	Großenhain	Jul. Bahlteich	50
Arbeiter-Verein	Koburg	Frdr. Heymann	68
Arbeiter-Bildungs-Verein	Reichenbach	Moritz Löscher	30
Weber-Verein	Hildesheim	Dr. Kirchner	210
ArbeiterKonsum-Verein	Nieder-Würschnitz	Wegner	150
Arbeiter-Bildungs-Verein	Müllheim	Venedey	70
" " "	Pößneck	Käseberg	130
" " "	Oldenburg	Bubenberger	120
Arbeiter-Verein	Celle		122
" "	Harburg		160
" "	Lüchow	A. Reuter	40
" "	Lüneburg		148
" "	Nienburg		33
" "	Otterndorf		10
Arbeiter-Bildungs-Verein	Weißenburg	J. G. Stollberg	155
" " "	Bielefeld	O. Stehr	657
Arb.-Bild.-Ver. Vorwärts	Jever	Zeidler	39
Konsum-Ver. Arbeiterstern	Glauchau	Herm. Albert	102
Arbeiter-Bildungs-Verein	Rottweil	Bronnenmeyer	42
Arbeiter-Verein	Johanngeorgenstadt	Demmler	26
Volks-Verein	Crimmitzschau	Wilh. Stolle	210
Arbeiter-Fortbild.-Verein	daselbst	Frdr. Gutmann	100
Arbeiter-Lese-Verein	Lichtenstein	Ludw. Thurn	36
Spinn- u. Webgenossensch.	Crimmitzschau	Motteler	65
Arbeiter-Bildungs-Verein	Geyer	Siebert	60
Gauverband württembergischer Arbeiter-Vereine bestehend aus 24 Vereinen		Karl Bürger	588
Arbeiter-Bildungs-Verein	Oelsnitz	Hegebauer	50
Arbeiter-Verein	Bernsdorf	Dr. Sy	40
Arbeiter-Bildungs-Verein	Quedlinburg	Eckert	120
" " "	Aalen	Haak	100
Arbeiter-Verein	Hainichen	Adolf Kröber	100
Arbeiter-Bildungs-Verein	Freiburg i. Br.	Moritz Müller	115
	Bibrich	Wanderer	60
Arbeiter-Verein	Thurm	Sim. Hegewald	110
Arbeiter-Konsum-Verein	Stangendorf	Fritz Hegewald	71
Arbeiter-Bildungs-Verein	Mülsen St. Micheln	Konr. Hegewald	60
Arbeiter-Verein Zukunft	Fürth	Löwenstein	30
Assoziation	Mülsen St. Niklas	Dr. Landmann	115
Arbeiter-Bildungs-Verein	Ehrenfriedersdorf	Bernhard Hesse	35
	Kempten	Meyer	50
" " "	Göppingen	J. Kuttner	130
" " "	Calw	Schönhut	91
" " "	Reutlingen	Bühler	70
Arbeiter-Verein	Fürth	Dr. Wolner Pfister	70
" "	Weimar	K. Kraft	67
Arbeiter-Bildungs-Verein	Nürnberg	C. Rüll Meyer	90
" " "	Lichtenstein-Callnb.	K. Böhm	60
Spar- u. Konsum-Verein	Niedermülsen	Ferd. Moninger	35
Konsum- u. Vorschuß-Ver.	Oelsnitz	Ad. Schreiber	212

Name des Vereins	Ort	Name der Vertreter	Zahl der Mitglieder
Arbeiter-Verein	Stolberg	Andr. Petz	60
Arbeiter-Bildungs-Verein	Wiesbaden	Stuttmann	69
" " "	Werdau	Mendel	120
Arbeiter-Verein	Dorf-Chemnitz	Liebknecht	50
Arbeiter-Bildungs-Verein	Magdeburg	Minner	300
Verein Vorwärts	Gohlis	Eichhoff	63
Arbeiter-Bildungs-Verein	Rastede	Bauer	15
Arbeiter-Verein	Schönau	Joseph Hesse	73
Arbeiter-Bildungs-Verein	Brake	Kretzer	19
Marken-Konsum-Verein	Crimmitzschau	Christ. Kapp	165
Arbeiter-Bildungs-Verein	Offenbach	Heligenstädt	75
" " "	Regensburg	Süß	150
Arbeiter-Verein	Eßlingen	Borst	250
Arbeiter-Bildungs-Verein	Heppens	Thorade	80
" " "	Meerane	Schweichel	80
" " "	Limburg	Dr. Degen	60
" " "	Dresden	Gleditzsch	240
Arbeiter-Verein	Augsburg	Bischoff	55
Arbeiter-Bildungs-Verein	Hall	Schwend	50
Arbeiter-Fortbild.-Verein	Freiberg	Germann	80
Arbeiter-Bildungs-Verein	Rödlitz-Hohndorf	Joh. Faatz	50
Arbeiter-Verein	Frankenberg	Pilz	60
Bildungs-Ver. f. Arbeiter	Hamburg	Martens, Schulze	665
Arbeiter-Verein	Chemnitz	Starke	100
Arbeiter-Bildungs-Verein	Biberach	Hetzner	90
Handwerker-Verein	Burg	Sulfrien	130
Arbeiter-Bildungs-Verein	Frankfurt a. M.	Sonnemann	90
" " "	Osnabrück	Schelle	113
" " "	Gera	Fortmeier	650
			13 985

Als persönliche Teilnehmer waren anwesend: die Herren **Krebs** und **Wenzel** aus Berlin.

NB. In bezug auf die Richtigkeit der Zahlen und die Berechtigung zur Vertretung verweisen wir auf die Bemerkungen zum Protest.

III.

Protokoll
des Vereinigungs-Kongresses der Sozialdemokraten Deutschlands
abgehalten zu Gotha, vom 22. bis 27. Mai 1875.

Vorlage.

Kongreßlokal: Kaltwasserscher Saal.

A. **Vorversammlung: Sonnabend, den 22. Mai, abends 8 Uhr,** behufs 1. Abgabe der Mandate, 2. Wahl der Mandatprüfungskommission.

B. **Geschlossene Sitzungen: Sonntags von vormittags 11 Uhr und nachmittags 3 Uhr ab:**

1. Die Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands (Generaldiskussion).
2. Das Programm der neuzubegründenden deutschen Arbeiterpartei.
3. Die Organisation dieser Partei.
4. Die Presse dieser Partei.
5. Die Parteiagitation.
6. Die Wahl der Parteibehörden und des Vororts.

Programm der deutschen Arbeiterpartei.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staates, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Ge-

sellschaft, die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetz, und der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als freiheitliche Grundlage des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahre an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staates:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.
2. Freiheit der Wissenschaft. Gewissensfreiheit.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staates:

Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, statt aller bestehenden, insbesondere der indirekten Steuern.

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Koalitionsfreiheit.
2. Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit.
3. Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
4. Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.
5. Regelung der Gefängnisarbeit.
6. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

Organisation der deutschen Arbeiterpartei.

§ 1. Der Partei kann jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekennt und für die Förderung der Arbeiterinteressen tatkräftig, auch durch Geldopfer, eintritt. Wer längere Zeit säumig ist, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.

§ 2. Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstande ausgeschlossen werden. Berufung an den Ausschuß resp. an den Parteikongreß ist zulässig.

§ 3. Alljährlich findet ein Parteikongreß statt, auf welchem die Verhältnisse der Partei beraten werden. Der Sitz des Vorstandes und der Sitz der Kontrollkommission werden dort für ein Jahr bestimmt; ferner Vorstand, Kontrollkommission und Ausschuß für die Dauer eines Jahres gewählt.

§ 4. Der Vorstand kann einen außerordentlichen Parteikongreß einberufen. Der Vorstand muß einen solchen innerhalb 6 Wochen einberufen, wenn die Mehrzahl der Kontrollkommission und des Ausschusses, oder ein Sechstel sämtlicher Parteigenossen die Einberufung beantragen. Der Vorstand bestimmt den Ort des Parteikongresses. Der Vorstand ist verpflichtet, mindestens acht Wochen vorher Zeit und Ort des Parteikongresses den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen.

§ 5. Zu jedem Parteikongreß ist die vorläufige Tagesordnung mindestens 5 Wochen vorher durch den Vorstand den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen. Die spätestens 20 Tage vor dem Kongreß von seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind 14 Tage vor dem Kongreß als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbständige Anträge, welche innerhalb der letzten 20 Tage vor dem Kongreß, oder erst auf dem Kongreß gestellt werden, kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Drittel der Delegierten dafür erklärt.

§ 6. Auf dem Parteikongresse darf ein Delegierter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen nach einfacher Majorität. Der Vorstand ist berechtigt, drei seiner Mitglieder, die Kontrollkommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteiorgane je eins ihrer Mitglieder zum Kongreß zu delegieren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesamten Vorstandes auf dem Kongreß zulässig. Besoldete Beamte der Partei dürfen kein Mandat von Parteigenossen annehmen.

§ 7. Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteikongresses muß das Kongreßprotokoll den Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.

§ 8. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstande von 5 Personen: einem 1. und 2. Vorsitzenden, einem 1. und 2. Sekretär und 1 Kassierer übertragen. Der Kassierer hat eine von der Kontrollkommission gutzuheißende Kaution oder Bürgschaft zu stellen. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird durch den Kongreß festgesetzt. Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen an einem und demselben Orte ihren Wohnsitz haben. Sie werden vom Parteikongreß für die Dauer bis zum nächsten, gleichviel ob ordentlichen oder außerordentlichen Parteikongreß, und zwar in besonderen Wahlgängen mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaktion, noch der Expedition der Parteiorgane darf dem Vorstande angehören. Treten im Laufe des Jahres Vakanzen ein, so besetzt die Kontrollkommission für die betreffende Zeit die erledigte Stelle. Vierteljährlich hat der Vorstand eine Abrechnung, monatlich ein Verwaltungszirkular an die Kontrollkommission und an den Ausschuß zu schicken.

§ 9. Der Vorstand muß sich binnen 14 Tagen nach dem Parteikongreß konstituieren; bis dahin verbleibt dem bisherigen Vorstande, falls der Kongreß nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

§ 10. Zur Kontrollierung des Vorstandes besteht eine Kontrollkommission von sieben an einem und demselben Orte wohnenden Personen. An die Kontrollkommission können auch alle vom Vorstande nicht berücksichtigten Beschwerden zur Erledigung gerichtet werden. Die Wahl der Kontrollkommission erfolgt auf gleiche Weise wie die des Vorstandes.

§ 11. Der Ausschuß, welcher im Fall von Differenzen zwischen Vorstand und Kontrollkommission in Tätigkeit treten muß, besteht aus 18 Personen, welche an verschiedenen Orten wohnen können. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Kongreß in besonderen Wahlgängen, in gleicher Weise wie der Vorstand, und zwar für die Dauer bis zum nächsten Kongreß gewählt. Der Ausschuß wird durch seinen Vorsitzenden einberufen, und zwar auf Antrag des Vorstandes oder der Kontrollkommission oder neun seiner Mitglieder. Die Einberufung muß binnen 14 Tagen erfolgen. Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Kontrollkommission haben die Mitglieder des Vorstandes Zutritt und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Stimmberechtigt sind sie nicht.

§ 12. Der Ausschuß und die Kontrollkommission sind berechtigt, falls der Vorstand seine Pflichten verletzt, oder sich weigert, bei nachgewiesenen Fahrlässigkeiten Abhilfe zu schaffen, denselben mit absoluter Majorität abzusetzen; ebenso können unter den nämlichen Verhältnissen einzelne Vorstandsmitglieder vom Amte entfernt werden. Ist das letztere der Fall, so besetzen die Kontrollkommission und der Ausschuß vereinigt bis zum nächsten Kongreß die betreffenden Posten. Sind mehr als 2 Mitglieder des Vorstandes vom Amte entfernt, so muß innerhalb 6 Wochen ein Parteikongreß zur Neuwahl berufen werden. Bis dahin verwaltet die Kontrollkommission und der Ausschuß die Partei durch eine zu ernennende Kommission.

§ 13. Auf Antrag des Vorstandes kann der Ausschuß einzelne oder sämtliche Mitglieder der Kontrollkommission ihrer Tätigkeit entheben; der Ausschuß hat dann bis zum nächsten Parteikongreß die Posten neu zu besetzen.

§ 14. Offizielle Organe der Partei sind vorläufig der Neue Sozialdemokrat zu Berlin und der Volksstaat zu Leipzig. Beide Organe sind Eigentum der Partei; in bezug hierauf werden die Formalien durch den Vorstand nach den Beschlüssen des Kongresses erledigt.

§ 15. Die Redakteure, die ständigen Mitarbeiter und die Expedienten der in § 14 genannten Organe werden, soweit dieses nicht der Kongreß dem Vorstande überweist, auf dem Kongreß gewählt und ihre Gehälter dort bestimmt; Hilfsredakteure und Expedienten usw. und deren Gehalt werden auf Antrag der Redaktionen und Expeditionen vom Vorstande bestimmt. Der Kongreß entscheidet über den Preis und die Größe der Blätter. Die Expedienten, welche die Kasse der Blätter führen, haben Kaution oder Bürgschaft zu stellen.

§ 16. Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteiorgane hat der Vorstand je 2 Revisoren zu ernennen, falls er die Revision nicht selbst vornehmen kann. Diese Revisoren haben nach Anweisung des Vorstandes mindestens einmal monatlich das Kassenwesen der genannten Blätter zu revidieren, jederzeit auf Verlangen dem Vorstande, beziehentlich dem Ausschuß, sowie einem jeden Parteikongreß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

§ 17. Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redakteure und Expedienten ihres Amtes zu entheben. Denselben steht die Berufung an die Kontrollkommission zu, welche die Berufung entweder abweisen oder sich an den Ausschuß behufs gemeinsamer Entscheidung wenden kann. Kontrollkommission und Ausschuß können mit Stimmenmehrheit den Beschluß des Vorstandes annullieren. Berufung an den Kongreß ist zulässig.

§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten und sind gleich den beiden in § 14 genannten Organen in taktischen Parteifragen dem Vorstande unterstellt.

§ 19. Der Vorstand ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteikasse, sowie der Kassen der Organe, welche Eigentum der Partei sind, nachdem sämtliche Teile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen.

Anträge zum Programm.

I. Sylvanus in Hamburg beantragt:

1. Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 3 zu streichen, weil Abschwächung von Nr. 2: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung".

2. Ebendaselbst Nr. 5 zu streichen: „Rechtsprechung durch das Volk" — wofür zu setzen: „Neugestaltung des Gerichtswesens in einer Weise, die Begünstigung von Klasseninteressen möglichst erschwert".

3. Bei den geistigen und sittlichen Grundlagen in Nr. 1 zu streichen: „Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat".

4. Absatz 1 des Programms ganz zu streichen oder zu ersetzen durch folgendes: „Die Arbeiterpartei erstrebt die Befreiung der Arbeit, das heißt einen Gesellschaftszustand, in dem die Arbeit des einzelnen nur abhängig ist von dem Resultate der Gesamtarbeit aller".

5. In Absatz 3 zu setzen: „eines großen Teiles der Gesamtarbeit" statt „der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags".

6. In Absatz 4 einzuschieben: „als solche" hinter „alle anderen Klassen".

7. Im Absatz 5 zu streichen: „nationalen" und „die internationale Völkerverbrüderung sein wird", und an die Stelle des zweiten Strichs zu setzen: „die Verwirklichung eines ganz neuen Staatsbegriffs sein wird, der nur durch die internationale Verbrüderung der Völker zu vollkommener Geltung gelangen kann".

8. In II des Programms zu streichen: „mit dem ehernen Lohngesetz".

II. Wintersberg in Gotha beantragt:

1. Die Bezeichnung der vereinigten beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie soll kurzweg sein — die Rechtspartei.

2. In Teil I, Absatz 1, der mit den Worten beginnt: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums" — sollen diese Worte ersetzt werden durch die Worte: „Die Arbeit ist die Quelle alles Rechtes".

3. In Teil II, Absatz 2 die Forderung der Staatshilfe zu streichen.

4. Bei den Schutzmaßregeln für die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft in Nr. 3 zu streichen: „Beschränkung der Frauenarbeit" und dafür zu setzen: „Verbot der industriellen Frauenarbeit".

5. In Teil II, Absatz 2 die Forderung der „Produktivgenossenschaften für den Ackerbau" zu streichen.

III. Gießener Parteigenossen beantragen:

1. Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 1 anstatt „vom 21. Jahre an" „vom 20. Jahre an" zu setzen.

2. Ebendaselbst in Nr. 3 anstatt „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung" zu setzen: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk".

3. Bei den geistigen und sittlichen Grundlagen in Nr. 2 „Preß- und Redefreiheit" hinter „Gewissensfreiheit" zu setzen.

IV. Die Parteigenossen in Reichenbach, Wiesbaden und Niederrabenstein beantragen:

Bei den freiheitlichen Grundlagen in Nr. 3: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk" zu setzen.

V. Die Wiesbadener Parteigenossen beantragen: Den Namen der Partei in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" abzuändern.

VI. Parteigenosse H. Vogel in Berlin, Prinzenstraße 60, schlägt folgende Fassung des Parteiprogramms vor und betont besonders die fett gedruckten, auch von anderen Berliner Parteigenossen unterstützten Punkte:

„Programm der (sozialistischen) Arbeiterpartei Deutschlands. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur; genügenden Nutzen bringt nur gesellschaftliche Arbeit bei allseitiger Beteiligung an derselben, deshalb sind alle Menschen verpflichtet, sich an derselben nach ihren Fähigkeiten zu beteiligen und haben dann an ihren Ergebnissen alle volles gleiches Anrecht.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache der Ausbeutung, des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse aus diesem durch Gewalt und Betrug erhaltenen Abhängigkeits- und Lohnverhältnisse ist durch Gerechtigkeit und positive Wissenschaft geboten; sie **muß zugleich eine politische, soziale und moralische sein,** und erfordert die Einführung demokratischer Grundsätze in allen Beziehungen des öffentlichen und des Privatlebens und die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft, sowie die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind; **sie erfordert deshalb auch die gemeinsame und einheitliche Organisation der gesamten Arbeiterklasse.**

Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen Staates, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens,

welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird. Zur Anbahnung der Befreiung der Arbeiterklasse erstrebt dieselbe in Deutschland schon innerhalb der heutigen Gesellschaft folgende Einrichtungen und Aenderungen:

Ernennung aller Beamten in Staat und Gemeinde auf bestimmte Jahresfristen durch Wahlen vermittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aller Männer und selbständigen Frauen vom 21. Lebensjahre an in je einem Wahlkreise für den betreffenden Wirkungskreis mit Besoldung aller Beamten.

Das Recht des Volkes, Gesetze vorzuschlagen und darüber abzustimmen.

Allgemeine Wehrhaftigkeit und Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

Rechtsprechung durch Volksgerichte mit öffentlichem und mündlichem Gerichtsverfahren und unentgeltlicher Rechtspflege; **Abschaffung der religiösen Eidesformeln und der Todesstrafe. Haftbarkeit der Beamten für die Gesetzlichkeit der durch sie gegen Staatsbürger vollzogenen Maßregeln (Verhaftungen usw.), und staatliche Entschädigung für durch erwiesene Rechtsirrtümer erlittene Schädigungen. Humane Reform des Gefängniswesens.** Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze.

Abschaffung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, des Geschlechtes und der Konfession.

Trennung der Kirche vom Staate und von der Schule. **Entfernung aller religiösen Formeln aus dem öffentlichen Leben und des Religionsunterrichtes aus der Schule. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat.** Allgemeine Schulpflicht und unentgeltlicher Unterricht in **allen Bildungsanstalten.** Freiheit der Wissenschaft und der Gewissen.

Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer an Stelle aller bestehenden, namentlich der indirekten Steuern.

Achtstündiger Normalarbeitstag. Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit. Beschränkung der Frauen- und **Nachtarbeit.** Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie **zum Schutze des Lebens und der Gesundheit.**

Aufhebung der gewerblichen Hilfskassen mit gleichzeitigen Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber.

Volle Koalitionsfreiheit.

Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

VII. Leipziger Parteigenossen beantragen:

I, 1 wie folgt zu fassen: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur; und da gesellschaftlich nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört das gesamte Arbeitsprodukt der Gesellschaft, d. h. allen Gesellschaftsgliedern, bei allgemeiner Arbeitspflicht, jedem nach seinen Bedürfnissen.

I, 2 vor „Kapitalistenklasse": Grundeigentümer- und

I, 3 statt „Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut": Verwandlung . . in . . .; und vor „gerechter Verteilung": gemeinnütziger Verwendung und

I, 4 in folgender Fassung: Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiter sein; sie erfordert deshalb die geschlossene, einheitliche Organisation der Arbeiterklasse.

I, 5 zu streichen.

II statt „deutsche Arbeiterpartei": Arbeiterpartei Deutschlands; statt „Lohnsystems": System der Lohnarbeit; die Worte „mit dem ehernen Lohngesetz" zu streichen.

Einen neuen Absatz anzufügen, lautend:

Die Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen.

III statt „Produktivgenossenschaften": sozialistischen Arbeitsgenossenschaften.

Unter den „freiheitlichen Grundlagen":

1. statt „Männer vom 21. Lebensjahre an": Staatsangehörige vom 20. Lebensjahre an.

2. mit „Vorschlags- und Verwerfungsrecht" zu streichen.

3. statt „die Volksvertretung": das Volk.

4. anzufügen: überhaupt alle Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

Nach „wirtschaftliche Grundlage des Staates" zu setzen: vor dessen sozialistischer Organisation.

Unter den „geistigen und sittlichen Grundlagen":

1. nach „allgemeine Schulpflicht": religionslose Schulen; nach „Unterricht": in allen Bildungsanstalten; Erklärung der Religion zur Privatsache.

2. zu streichen.

Im letzten Absatz

2. wie folgt zu fassen: achtstündiger Normalarbeitstag; Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit.

3. anzufügen: zum Schutz des Lebens und der Gesundheit.

Anträge zur Organisation.

I. Sylvanus in Hamburg beantragt:

In § 1 der Organisation zu setzen statt „zum Parteiprogramm": „zu den Grundsätzen des Parteiprogramms".

II. Parteigenossen in Niederrabenstein beantragen:

Den § 1 der Organisation dahin abzuändern, daß eine bestimmte Zeit und eine bestimmte Summe der Beiträge, sowie eine bestimmte Zeit betreffs Ausschlusses der säumigen Mitglieder festgestellt werden.

III. Parteigenossen in Gießen beantragen:

1. Dem § 1 der Organisation folgende Fassung zu geben: „Der Partei kann jeder unbescholtene Mann, der 10 Pfg. monatliche Steuer zahlt, angehören; wer länger als ¼ Jahr im Rückstande bleibt, wird nicht mehr als Parteimitglied betrachtet".

2. Den § 6 in folgender Fassung anzunehmen: „Auf dem Parteikongresse darf ein Delegierter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen nach einfacher Majorität. Der Vorstand ist berechtigt, 3 seiner Mitglieder, der Ausschuß, die Kontrollkommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Partei-

organe je 1 ihrer Mitglieder zum Kongreß zu delegieren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesamten Vorstandes auf dem Kongreß zulässig. Beamte der Partei dürfen kein Mandat von Parteigenossen annehmen".

3. Den § 7 in folgender Fassung anzunehmen: „Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteikongresses muß das Kongreß-Protokoll den Parteimitgliedern zum Selbstkostenpreis zugänglich gemacht werden".

IV. Die Parteigenossen in Bremerhaven beantragen, dortselbst einen ständigen Agitator anzustellen.

V. Die Parteigenossen in Schedewitz beantragen, auf dem Kongreß die Bergarbeiterfrage zu beraten und Organisations-Vorschläge zu machen.

VI. Die Parteigenossen zu Neustadt a. d. H. beantragen, in der Vorderpfalz eine regere Agitation zu entwickeln und nach Neustadt einen ständigen Agitator zu setzen.

VII. Die Sangerhausener Parteigenossen beantragen, im Thüringischen und im Harz eine rege Agitation zu entfalten und Partei-Flugschriften nach Art der Traktätchen in Masse zu vertreiben.

Eröffnungs-Sitzung: Sonnabend, den 22. Mai, abends 9 Uhr.

Anwesend etwa 120 Delegierte, außerdem viele Gothaer Parteigenossen.

Der Vorsitzende des Empfangs-Komitees, W. Bock, eröffnet die Sitzung und heißt die Delegierten in herzlicher Ansprache zum Vereinigungswerke willkommen.

Auf Antrag aus der Versammlung wird nach lebhafter Debatte bestimmt, daß bis zur definitiven Wahl des Bureaus Bock die Verhandlungen leiten solle. Die Bureau-Wahl solle stattfinden, wenn die Mandate geprüft und für gültig erklärt worden seien.

Zu letzterem Zweck wird eine Kommission von zwölf Personen gewählt, und zwar von jeder Richtung die Hälfte. Die Wahl fiel auf Derossi, Fritzsche, Hasselmann, A. Kapell, Rackow und Vater von der einen, sowie Auer, Bronnemeier, Burkhardt, Geib, Grillenberger und Vahlteich von der anderen Seite.

Sodann wird noch eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäfts-Ordnungs-Vorlage gewählt, und zwar Hasenclever, Reimer, Bebel, O. Kapell, Liebknecht.

Auf Antrag Geibs erfolgt schließlich nach Art des Reichstags-Hammelsprungs die Abgabe der Mandate an Fritzsche, Geib, Hasselmann und Vahlteich, während von Auer und Rackow die Abrechnungen usw. verteilt werden.

Die Sitzung wird um 11 Uhr geschlossen.

Zweite Sitzung: Sonntag, den 23. Mai, vormittags 10½ Uhr.

Dieselbe wird von Bock eröffnet. Die Geschäftsordnungs-Kommission legt durch O. Kapell ihre Vorlage vor, und werden nach kurzen Debatten über die einzelnen Punkte folgende Bestimmungen festgesetzt:

1. Die Delegierten, welche sprechen wollen, müssen sich beim Bureau schriftlich zum Wort melden; 2. ebenso müssen alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, schriftlich eingereicht werden; 3. Delegierte, welche zu Anträgen sprechen wollen, müssen bemerken, ob für oder wider; 4. Anträge müssen

von mindestens 15 Delegierten unterstützt werden, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen. Ist diese Unterstützung vorhanden, so erhält zunächst der Antragsteller das Wort; 5. kein Delegierter darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort erhalten; 6. bei Schlußanträgen ist einem Delegierten für und einem wider den Schluß das Wort zu geben, sodann abzustimmen; 7. für die General-Debatte wird die Redezeit auf 10 Minuten, für 8. die Spezial-Diskussion auf 5 Minuten festgesetzt; 9. die Referenten haben unbeschränkte Redezeit; 10. persönliche Bemerkungen und faktische Berichtigungen sind erst nach Schluß der Debatte zu machen; 11. alle Redner haben von der Tribüne aus zu sprechen; 12. das Bureau besteht aus zwei Vorsitzenden, sowie einem Führer der Rednerliste und 8 Schriftführern aus beiden Fraktionen, welche letzteren zu je zwei abwechselnd die Protokolle anzufertigen haben.

Auf Antrag von Groß wird, weil die Mandatsprüfungs-Kommission mit ihrer Arbeit noch nicht fertig ist, die Versammlung um 12 Uhr vertagt.

Die Sitzung wird ¼4 Uhr durch W. Bock wieder eröffnet, und werden von demselben Telegramme verlesen aus Gratz, Glauchau, Bockenheim, Karlsruhe, Bornheim, Harburg, Guben und Berlin.

A. Kapell beantragt hierauf im Auftrage der Mandatsprüfungs-Kommission, daß der Kürze halber zur Benennung der beiden Fraktionen die Ausdrücke Eisenacher und Lassalleaner gebraucht werden möchten. Dem stimmt die Versammlung bei.

Es wird sodann das Resultat der Mandats-Prüfung der Eisenacher Fraktion zur Vorlage gebracht, und jeder Delegierten-Name nebst den von ihm vertretenen Orten und der Stimmenzahl einzeln verlesen. Es sind vertreten 144 Orte durch 56 Delegierte mit 150 Mandaten und 9121 Parteigenossen. (Später erfolgen noch einige Nachträge.) Dieser Bericht wird vom Kongreß gutgeheißen. Da die Mandats-Prüfung seitens der Lassalleschen Fraktion noch nicht vollendet ist, so wird zunächst auf Antrag Fritzsches ein Mandat für Liebisch von der „Lassalle-Schule" in Leipzig, welches von der Kommission beanstandet war, vorgenommen.

Fritzsche legt als Referent der Kommission die Gründe der Beanstandung vor, welche hauptsächlich darauf beruhten, daß in den Bedingungen zur Teilnahme an dem Kongresse enthalten sei, daß die betreffenden Sozialdemokraten im Laufe des letzten Vierteljahres irgendwelche Parteibeiträge an eine der beiden einberufenden Fraktionen gezahlt haben müssen. Dies sei seitens der Mitglieder der „Lassalle-Schule" nicht geschehen, und konnte daher die Kommission das Mandat derselben nicht anerkennen.

Wiemer ist für Zulassung, da es sich um eine Vereinigung sämtlicher Sozialisten Deutschlands handle.

Auf Zwischenantrag wird beschlossen, bis zur Wahl des definitiven Bureaus zwei provisorische Schriftführer zu wählen, und werden dazu Mielke und Derossi bestimmt.

Fritzsche kommt noch einmal auf die Gründe der Kommission zurück. Wer keine Beiträge geleistet habe, könne sich nicht vertreten lassen. Ließe man die Lassalle-Schule trotzdem zu, dann falle auch der Grund zur Nichtzulassung mancher alten, im Zahlen säumigen, speziellen Parteigenossen.

Kokosky ist prinzipiell nicht gegen die Anerkennung des Leipziger Mandats; da aber einmal festgesetzt, daß Beiträge gezahlt worden sein müßten, so könne man dasselbe aus diesem Grunde nicht anerkennen. Braunschweig könnte sonst z. B. mehrere Tausend Parteigenossen hier zur Vertretung gebracht haben.

Ulrich weist darauf hin, daß in Offenbach ebenfalls eine derartige „Fraktion" bestände, wie in Hamburg und Leipzig, die sich auch Sozialdemokraten nennen, aber nichts für das sozialdemokratische Prinzip tun, sondern durch ihr Gebaren gegen dasselbe wirke. Redner ist indessen dafür, daß Liebisch persönlich zugelassen werde.

Frick stellt die Frage, ob die Mitglieder der „Lassalle-Schule" bei der letzten Wahl in Leipzig mitgewirkt haben.

Dies wird von Delegierten aus Leipzig bejaht.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt, dagegen ein Antrag von Bebel angenommen, wonach noch zwei Rednern für und zweien gegen die Zulassung das Wort zu geben ist.

A. Kapell führt an, daß die Minorität der Kommission zwar nicht für Anerkennung des Mandats, wohl aber dafür war, daß man Liebisch persönlich zulasse. Die Leute haben schon durch die Aufbringung der Mittel zur Delegation Liebischs bewiesen, daß sie den guten Willen haben, an der Vereinigung teilzunehmen. Wir müssen also etwas Rücksicht nehmen.

Hartmann ist nicht dagegen, daß Liebisch als einzelne Person anwesend sei; aber wohl dagegen, daß das Mandat anerkannt werde. Derjenige, welcher das Wesen der Bräuerschen Fraktion nicht kenne, vermöge kaum zu beurteilen, in welcher Weise dieselbe noch bis jetzt vorgegangen ist. Man braucht nur einen Blick in das Organ derselben zu werfen. Wir hatten sie aufgefordert, wieder in den Verein einzutreten — vergebens. Nehme man daher keine Rücksichten, es steht ihnen ja auch noch nach der Vereinigung der Eintritt in die neue Partei offen.

Bebel. Es handelt sich nicht um die Bräuersche Fraktion in Hamburg, sondern um die Mitglieder der „Lassalle-Schule" in Leipzig. Liebisch habe das Mandat der Hamburger abgelehnt. Derselbe sei hergekommen, um sich an der Vereinigung zu beteiligen, wie es von seiner Seite und der seiner Mandatgeber schon seit länger in den Versammlungen in Leipzig geschehen ist. Wir haben sie in Leipzig mit Freuden aufgenommen, und hat Liebisch schon so viel Vertrauen genossen, daß er öfters zum Vorsitzenden in Volksversammlungen gewählt wurde. Was Bräuer geschrieben und gesagt, geht Liebisch nichts an. Wir können übrigens nur Delegierte zulassen, keine einzelnen Personen; es steht uns aber frei, zuzulassen, wen wir wollen, und wenn wir eine Ausnahme betreffs der Bedingungen zur Beteiligung am Kongresse machen wollen, so steht dem nichts im Wege. Weisen wir das Mandat zurück, so stoßen wir eine Anzahl Parteigenossen vor den Kopf, und die gegnerische Presse wird dies sicherlich in der boshaftesten Weise ausnutzen.

Wenn man beschließen wolle, die Leute einzeln aufzunehmen, so sehe Redner nicht ein, weshalb wir sie nicht heute insgesamt anerkennen wollen.

Auer: Um die Personen handelt es sich nicht, auch nicht um das Vorgehen des Hamburger Bräuerschen Blattes. Die Gruppen, welche die Vereinigung eingingen, waren von vornherein bestimmt fixiert; von beiden Seiten mußten im letzten Vierteljahr Beiträge gezahlt worden sein. Wollen wir die Mitglieder

der „Lassalle-Schule" deshalb anerkennen, weil sie bei der Wahl Bebels mitgewirkt haben, so müßten noch Tausende hier vertreten sein. Für uns handelt es sich lediglich um die Vereinigung der beiden großen Fraktionen. Wenn die Mandanten Liebischs mit den Vereinigungsgrundsätzen einverstanden sind, so können sie der vereinigten Partei ja beitreten. Wir haben bei der Mandatsprüfung Hunderte gestrichen, weil die angegebenen Zahlen der Mandanten nicht mit den gezahlten Beiträgen stimmten — wir würden also hierin höchst ungerecht gehandelt haben, wenn wir nur dies Mandat anerkennen wollten.

Liebisch: Wenn man konsequent sein wolle, so dürfe man ihn auch nicht als einzelne Person zulassen, wenn man das Mandat nicht anerkenne; tue man das letztere nicht, so wolle er auch nicht als leerer Schatten fungieren. Er habe ein Mandat von Hamburg abgelehnt und den Anhängern Bräuers erklärt, daß sie selbst einen Delegierten senden sollten. Er sei mit dem Bewußtsein und dem festen Willen hergekommen, mit für die Gemeinsamkeit zu wirken. Die zwanzig Mandanten sind alte Kämpfer der Sozialdemokratie, und es wäre unrecht, dieselben zurückzuweisen, und ihn lediglich zu einem Schattenmanne zu machen. Wenn man sagt, es genüge nicht, daß diese Leute bei der Wahl in Leipzig mitgewirkt haben, so weise Redner darauf hin, daß es vorgekommen, daß hervorragende Parteileute nicht einmal ihren Beitrag gezahlt haben. Der Kongreß würde sich blamieren, wenn er die 20 Stimmen zurückwiese. Etwas anderes wäre es, wenn ultramontane Sozialisten den Kongreß besuchen wollten; die 20 Leute aber in Leipzig sind alte treue Kämpfer der Sozialdemokratie. In Leipzig habe man dieselben als gleichberechtigt anerkannt, und der Volksstaat habe sogar einen Antrag derselben zum Kongresse zum Abdruck gebracht. Sie können mich hinauswerfen — aber Sie werden es sicher bereuen. Redner bemerkt zum Schluß, daß er wohl für das Hamburger Blatt geschrieben habe, aber lediglich im Interesse der Gesamtpartei.

Fritzsche (als Referent): Furcht vor den 20 Mann, wie Liebisch meint, haben wir wohl nicht; ob wir uns durch die Nichtzulassung blamieren, möge er aber ruhig uns selbst überlassen. Liebisch hat noch immer nicht erklärt, wie er jetzt mit der Bräuerschen Fraktion steht. Es ist vorgekommen, daß Partikularisten uns bei den Wahlen unterstützt haben — wir müßten also, wenn wir das Mandat Liebischs anerkennen wollen, auch konsequenterweise gestatten, daß diese sich am Kongresse beteiligen können. Wir können nur diejenigen Parteigenossen berücksichtigen, auf die wir auch unter allen Umständen rechnen können. Man möge also dem Antrage der Kommission zustimmen.

Vahlteich bemerkt persönlich, daß er für Zulassung Liebischs mit Mandat gewesen.

Liebknecht betont, daß der von Liebisch erwähnte Antrag zum Kongreß in den Volksstaat deshalb aufgenommen wurde, weil man irrtümlich annahm, daß die betreffenden Antragsteller den Bedingungen Rechnung getragen hätten, welche für die Beschickung des Kongresses gestellt waren.

Hartmann richtet nochmals die Frage an Liebisch, ob er mit der Fraktion Bräuer in Verbindung stände, resp. mit derselben einverstanden sei.

Liebisch meint, ob die Delegierten denn Spießbürger und Philister seien; er habe doch gesagt, daß er das Mandat von Hamburg abgelehnt habe. Wenn

er nach der Vereinigung noch mit der Bräuerschen Fraktion in Zusammenhang bleibe, dann erst hätte man Grund, gegen ihn vorzugehen.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Der Antrag der Kommission auf Verwerfung des Mandats wird angenommen.

Ein nunmehr von Kaiser gestellter Antrag auf namentliche Abstimmung, welcher sich darauf stützt, daß das Resultat zweifelhaft sei, wird angenommen.

Liebisch bemerkt, daß er sich, wenn er gewußt hätte, daß die Verhandlungen durch ihn so sehr in die Länge gezogen würden, zurückgezogen haben würde. Er bittet also, über seine Person wegzugehen.

Von Hasenclever wird beantragt, daß erst die Präsenzliste der Lassalleschen Fraktion vorgelegt werde; dies wird angenommen und durch Rackow erledigt. Das Gesamtresultat der einzeln vorgebrachten Mandate ist: 148 Orte, vertreten durch 73 Delegierte mit 172 Mandaten und 15,322 Stimmen. Dies wird gutgeheißen.

Fritzsche führt an, daß nachträglich noch mehrere Mandate eingetroffen seien, und später das Endergebnis der Mandatsprüfung mitgeteilt werde.

Es folgt nun namentliche Abstimmung über den Antrag der Kommission, das Mandat für Liebisch nicht anzuerkennen.

Für diesen Antrag stimmen: Auer, Bronnemeier, Bock, Blos, Dotzauer, Endres, Engelhardt, Fink, Geib, Gladewitz, Grillenberger, Heittbrinck, Hochheim, Kühn, Kokosky, Kegel, Liebknecht, Löwenstein, Mamme, Mai, Schumacher, Scheu, Ulrich, Brückmann, Derossi, Dreesbach, Dulk, Egert, Finn, Fritzsche, Gadow, Glebe, Groß, Günther, Hartmann, Hasenclever, Hasselmann, Heinemann, Heinzel, Herzog, Hörig, Hurlemann, A. Kapell, Klein, Klute, Köhnke, Kreuzberg, Kronenberg, Lingner, Luchtenberg, Meyer, Meister, Molkenbuhr, Neumann, Ohlig, Petzold, Bleß, Rackow, Reichelt, Reimer, Reinders, Tscharnke, Schiedewitz, Stuhr, Tutzauer, Winner, Vater.

Gegen den Antrag stimmen: Böttcher, Baumann, Bebel, Bender, E. Fischer, Fischer-Koburg, Franz, Just, Hoffmann, Hirsch, Kaiser, Klees, Kettel, Lehmann, Linke, Müller, Motteler, Mielke, Paditz, Petermann, Reinhold, Richter, Slauck, Stelle, Ufert, Vahlteich, Wiemer, Wendeler, Wobusa, Bäthke, Bardoch, Böttcher, Daßbach, Drogand, Fahl, Frick, Harm, Hasse, Heerhold, Kuhl, Löffelbein, Polster, Prinz, Risch, Rödiger, Schönian, Schweckendiek, Steffens, Steineck, Walther, Wichtendahl, Wytzka, Zwiener, Strecker.

Der Antrag der Kommission ist also mit 68 gegen 54 Stimmen angenommen.

Petzold gibt zu Protokoll, daß er deshalb gegen Zulassung des Leipziger Mandats gestimmt, weil Liebisch keine genügende Antwort auf die Frage Liebknechts gegeben, der ihn unmittelbar vor der Abstimmung noch über sein Verhältnis zum Hamburger Sozialdemokrat interpelliert. Tölcke und Burckhart enthalten sich der Abstimmung.

Es kommt nun zur Abstimmung ein Antrag O. Kapells, Liebisch persönlich ohne Stimmrecht zuzulassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende verliest sodann Telegramme aus Offenbach, Pest, Hanau, Berlin, von Parteigenossen des Teltower Kreises.

Es wird nunmehr zur Wahl des definitiven Bureaus geschritten.

Die Geschäftsordnungs-Kommission hat folgende Vorschläge gemacht: zu Vorsitzenden die Delegierten Hasenclever und Geib, und zu Schriftführern die Delegierten Derossi, Reimer, Kuhl, Rödiger von der einen, und Burkhardt, Bronnemeier, Kegel und Mielke von der anderen Seite zu wählen.

Klein hebt hervor, daß beiden Richtungen Rechnung getragen worden sei, und daher am besten der Antrag der Kommission en bloc angenommen werde.

Drogand und Groß sind gleichfalls dafür.

Bäthke schlägt zu Vorsitzenden Geib, Fritzsche und Reimer vor.

Reimer verzichtet, Fritzsche desgleichen.

O. Kapell bemerkt, daß nach dem Antrage der Kommission kein Unterschied in den Vorsitzenden gemacht wäre, sondern dieselben abwechselnd fungieren sollen.

Burkhardt bemerkt, daß man Delegierte zu Schriftführern wählen möge, welche im Protokollieren bessere Uebung hätten als er, und man daher einen anderen Delegierten nehmen solle.

Stolle ist für den Vorschlag der Kommission.

Walther meint, wir würden gegen den Parlamentarismus verstoßen, sobald wir zwei gleichberechtigte Vorsitzende wählten; er beantrage deshalb, durch einen ersten und zweiten Vorsitzenden den Kongreß leiten zu lassen, und schlage als ersten Vorsitzenden Geib, als zweiten Hasenclever vor.

Groß ist nicht der Ansicht Walthers; wenn die Wahl der Parteibehörde vorläge, wäre es etwas anderes, so aber können wir ganz gut zwei gleichberechtigte Vorsitzende wählen, welche sich gegenseitig zu verständigen haben.

Dulk meint, man möge doch über die kleinen Vorfragen durch einen Akt der Großherzigkeit wegzukommen suchen; von einer Rivalisierung und Majorisierung darf durchaus nicht die Rede sein. Möge man den Antrag der Kommission annehmen und dem aus der Minorität gewählten Vorsitzenden die Leitung des ersten Tages überlassen, für fernere Tage mögen dann die Vorsitzenden abwechseln.

Tölcke stellt den Antrag, daß die zu wählenden Vorsitzenden sich dahin in die Leitung des Kongresses zu teilen haben, daß für jede Sitzung ein anderer Vorsitzender fungiere.

Klein tritt nochmals für den Antrag der Kommission ein.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag der Kommission wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende verliest eine Depesche aus Glauchau.

Hartmann beantragt, daß die Depeschen vor jeder Sitzung zu verlesen seien, um Störungen zu vermeiden. Dem wird zugestimmt.

Sodann wir als Führer der Rednerliste Reinders gewählt.

Da eine Anzahl von Delegierten der Meinung ist, daß vorerst betreffs des Vorsitzenden nur über das System, nicht aber über die Personen abgestimmt worden sei, so wird noch einmal, und zwar über die Personen abgestimmt, und der Vorschlag der Kommission, Hasenclever und Geib zu nehmen, mit großer Majorität angenommen.

Die beiden Vorsitzenden übernehmen das Bureau.

Geib stattete Bock den Dank der Versammlung ab für dessen gute Führung der Verhandlungen, und stimmt die Versammlung dem beifällig zu. Redner betont, daß er für seine Person entschlossen sei, die Geschäftsordnung mit aller Strenge zu handhaben. Es sind beiderseits noch viele Vorurteile vorhanden, und es ist daher Aufgabe des Vorsitzenden, dafür zu sorgen, daß diese nicht zu unliebsamen Debatten Veranlassung geben. Es sind zwar viele Delegierte hergekommen, wenn auch nicht mit gebundenen Mandaten, so aber doch mit bestimmten Wünschen der Parteigenossen. Diese Wünsche übertönt jedoch als Grundton unserer Verhandlungen das Verlangen nach Vereinigung und Versöhnung. Die Sozialdemokraten aller Länder blicken auf uns, und wir wollen zeigen, daß wir der uns gestellten Aufgabe gewachsen sind. Wir wollen gemeinsam Schulter an Schulter den Kampf für die Arbeitersache führen und in diesem Sinne in die Verhandlungen treten!

Es folgt nun die Wahl der Schriftführer.

Reimer schlägt an seiner Stelle Klute vor.

Geib meint, daß Reimer sich gut eigne, und wohl jeder die Bürde übernehmen müsse, welche der Kongreß ihm auferlegt.

Die Vorschläge der Kommission werden angenommen, mit der Abänderung, daß an Stelle Burkhardts Scheu tritt, weil ersterer eventuell für die Korrespondenz-Kommission in Aussicht genommen ist. Gewählt sind: Derossi, Reimer, Kuhl, Rödiger, Scheu, Bronnemeier, Kegel und Mielke.

Geib: Zu Korrespondenzen für die Parteiblätter ist es notwendig, eine Kommission zu wählen, damit die Berichte nach beiden Seiten hin Rechnung tragend abgefaßt werden. Die Blätter, an welche außer den Parteiblättern Berichte gesandt werden sollen, wie z. B. die Frankfurter Zeitung, möge der Kongreß oder auf dessen Beschluß das Bureau in Uebereinstimmung mit der Korrespondenz-Kommission bezeichnen.

Prinz ist gegen die Sendung von Berichten an die Frankfurter Zeitung, da dieselbe ein Bourgeoisblatt sei, welches gegen uns gewirkt habe.

Hasenclever betont, es handle sich darum, objektive Berichte in anständige gegnerische Blätter zu bringen, und so schlage er neben der Frankfurter Zeitung beispielsweise die Vossische Zeitung vor.

Kokosky bemerkt, daß er zwar niemals Korrespondenzen an gegnerische Blätter gesandt habe; er halte es aber doch für praktisch, wenn das Publikum wahrheitsgetreue Berichte liest, und nicht bloß durch die Polizeiberichte unterrichtet wird.

Groß ist der Meinung, daß, wenn wir an fremde Blätter Berichte schicken, wir auch keine Blätter ausschließen könnten.

Bebel erklärt, daß die Frankfurter Zeitung der Sozialdemokratie gar nicht feindlich entgegengetreten sei, wie Prinz behaupte; aber abgesehen davon handle es sich darum, in die Blätter wahrheitsgetreue Berichte zu bringen. Wir haben uns ja immer beschwert, daß gegnerische Blätter wahrheitswidrige Berichte gebracht haben. Wenn sich also die Blätter erbieten, Berichte unentgeltlich, vielleicht sogar gegen Bezahlung, aufzunehmen, so können wir das wohl akzeptieren. Wir wissen wohl, daß hier „offizielle" Berichterstatter sind, aber keine anderen. Auch werden die Leute in Gotha auf unsere Unterredungen lauschen und diese entstellt weiter kolportieren. Begegne man diesem durch die vorgeschlagenen Korrespondenzen.

Engelhardt meint, es sei praktisch, daß diejenigen Blätter bestimmt würden, an welche die Berichte nicht gehen sollen.

Es wird von Reichelt ein Antrag eingereicht auf Zulassung des Berichterstatters des Gothaer-Tageblattes.

Geib erklärt, daß an dieses Blatt gleichfalls die Berichte gesandt würden.

Prinz betont, daß die Frankfurter Zeitung auch die Verhandlungen des vorjährigen Kongresses der Eisenacher nicht getreu berichtet habe; indessen nehme er seine Aeußerung über dieselbe zurück.

Es wird Schluß der Debatte beschlossen.

Der Antrag von Geib, daß das Präsidium und die Korrespondenz-Kommission die Blätter bestimmen, an welche Berichte gesandt werden sollen, wird hierauf angenommen.

Es folgt Bestimmung der Personen. Geib proponiert die Wahl von sechs Berichterstattern.

O. Kapell beantragt Beschränkung der Zahl von 6 auf 4.

Kokosky meint, wenn man praktisch handeln wolle, so möge man bei 6 bleiben.

Reichelt macht auf seinen Antrag betreffs Zulassung des Gothaer Berichterstatters aufmerksam. Der Vorsitzende Geib erwidert ohne Einrede, daß mit der vorigen Abstimmung dies ablehnend entschieden sei.

Von Wiemer geht ein Antrag ein, daß den Blättern welche nicht wahrheitsgetreue Berichte bringen, die Korrespondenzen entzogen werden.

Kokosky meint, daß die Blätter wegen des Preßgesetzes nicht überall nach ihrem Wunsche berichten könnten, und deutet die Möglichkeit an, daß z. B. der Braunschweiger Volksfreund aus diesem Grunde die eine oder andere Bemerkung in der Korrespondenz streichen müsse.

Wiemer betont, daß sein Antrag dahin ginge, nur dann zu handeln, wenn die betreffenden Blätter entstellen und Unwahrheiten bringen.

Brückmann faßt den Antrag so auf, daß im Falle tendenziöser Entstellung der Berichte den bez. Blättern keine mehr zugestellt werden sollen. Es soll den Sozialdemokraten Deutschlands die Wahrheit voll und ganz gesagt werden, auch vom Braunschweiger Volksfreund, und können nur Wendungen gemacht werden, die notwendig sind wegen der Gesetze.

Kokosky bemerkt persönlich, daß er nicht gemeint habe, er müsse die Berichte für letzteres Blatt entstellen, sondern er könne möglicherweise nicht alles bringen wegen des Preßgesetzes.

Der Antrag Wiemer wird nunmehr angenommen.

Gleichfalls der Antrag auf 6 Personen.

Nach einigen Bemerkungen von Grillenberger, Fritzsche und Kokosky werden gleichfalls die von der Kommission vorgeschlagenen 6 Personen angenommen, als: Bahlteich, Fritzsche, Hasselmann, O. Kapell, Kokosky und Grillenberger.

Franz beantragt, protokollarisch festzustellen, daß der Delegierte Paditz aus Meerane wegen Nichtaufnahme Liebischs den Kongreß verlassen habe. Dem wird zugestimmt.

Bebel beantragt, dem Bureau das Recht zu geben, nach seinem Ermessen Personen, welche keine Parteigenossen sind, aber den Verhandlungen beizuwohnen wünschen, zuzulassen.

Auch dies wird angenommen.

Die Sitzung wird auf eine Stunde vertagt.

Wiederbeginn der Sitzung abends 9¼ Uhr. — Schriftführer Bronnemeyer und Rödiger.

Der Vorsitzende Geib verliest Telegramme aus Glauchau, Offenbach, Pest, Hanau, Berlin, Hamburg, Giben, Harburg, Bornheim, Karlsruhe, Bockenheim, Gratz, Glauchau, Landshut, Berlin, Forchheim, München und Hannover.

Bei Verlesung der Präsenzliste fehlen: als krank und entschuldigt Fink und Motteler; abgereist Paditz (ohne irgend welche Angabe), Böttcher und Kronenberg.

Der Vorsitzende verliest die in vorhergegangener Sitzung angenommene Geschäftsordnung, und stellt die Frage über den Abstimmungsmodus zur Diskussion.

Hasenclever befürwortet den Antrag von Groß, nach Kopfzahl abzustimmen.

Hasselmann ersucht, für diesen Kongreß nicht nach Kopfzahl abzustimmen, weil viele Orte der Meinung waren, daß sie durch ihre Delegierten nach Stimmenzahl vertreten werden. Es würden große Mitgliedschaften, wie Hamburg, nicht nur 3, sondern vielleicht 10 oder 20 Delegierte gesendet haben, wenn man vorher gesagt hätte, daß nach Köpfen gestimmt würde. Damit die Verhandlungen des Kongresses nicht in die Länge gezogen werden können, möge man einen Paragraphen in die Geschäftsordnung aufnehmen, nach welchem ein Antrag nur dann zur namentlichen Abstimmung gelangen kann, wenn 15 oder 20 Delegierte dies beantragen oder die Abstimmung durch Händeaufheben zweifelhaft war. Dies entspricht einem alten Brauch bei den Lassalleanern, und ist dadurch die mehr Zeit erfordernde namentliche Abstimmung immer nur sehr selten zur Anwendung gekommen.

Es kommt ein Protest der Sozialisten in Wandsbeck zur Verlesung, welcher lautet: „Die Sozialisten Wandsbecks erheben Protest gegen den Beschluß des Kongresses, wonach in allen Prinzipienfragen nach der Zahl der Mandatgeber abgestimmt werden soll. Sie erblicken darin eine ungerechtfertigte Beeinträchtigung, und weil eine derartige Beeinträchtigung die Möglichkeit eines Terrorismus in sich trägt, hat der Delegierte von Wandsbeck die Verpflichtung, ferner nur beratend teilzunehmen, und stellen wir den Antrag, die sofortige Abänderung der Mandatabstimmung vorzunehmen".

Groß (Delegierter von Wandsbeck) motiviert diesen Protest dahin, daß seine Mandatgeber die Abstimmung nach der Zahl der zu vertretenden Stimmen für vollständig undemokratisch halten, und lasse sich dies nicht für diesen Kongreß abändern, so möge man es wenigstens für die Zukunft tun.

Hartmann: Meine Stellung in dieser Frage habe ich bereits präzisiert, auf diesem Kongreß sollte nicht nach Köpfen abgestimmt werden, da es Terrorismus der Majorität durch die Minorität wäre. Er wäre in Hannover für Kreiseinteilung eingetreten, doch da es einmal so sei, müßten wir uns fügen, und er-

suche er, heute von dieser Angelegenheit abzustehen. Die Hamburger hätten nur der Geldkosten wegen bloß 3 Delegierte gewählt; wäre es bekannt gewesen, daß nach Köpfen abgestimmt werden sollte, hätten sie mehr Delegierte gesendet.

Fritzsche ist gegen jede Aenderung der einmal angenommenen Geschäftsordnung, sonst würde er keine Mandate übertragen haben.

Luchtenberg: Wenn bei früheren Generalversammlungen nach Köpfen gestimmt wurde, so folgte dem die Urabstimmung. Für diesen Kongreß möge man nicht nach Köpfen stimmen, und bei allen späteren Kongressen für wichtige Bestimmungen Urabstimmung durch die Mitglieder vornehmen lassen.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag aus Wandsbeck auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Der Antrag Hasselmanns: „Namentliche Abstimmungen auf Grund der vertretenen Genossen findet statt: 1. wenn mindestens 15 Delegierte solche Urabstimmung beantragen; 2. wenn eine Abstimmung über prinzipielle und organisatorische Fragen zweifelhaft geblieben ist", wird angenommen.

Drogand verlangt, daß ein vorliegender Antrag aus Breslau von Reinders verlesen werde.

Der Vorsitzende berichtet, daß dieser Antrag jetzt sowieso zur Debatte gestellt werden würde, und kommt derselbe zur Verlesung. Er lautet: „Die Parteigenossen beider sozialdemokratischen Richtungen zu Breslau stellen den Antrag, den Vereinigungskongreß zwei Tage zu vertagen, damit beide Fraktionen, jede für sich zunächst, ihre inneren Angelegenheiten regeln können. K. P. Reinders. C. Just."

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird dieser Antrag genügend unterstützt.

Reinders: Wir sind hergekommen, um festen Grund für den neu zu errichtenden Bau zu schaffen. Dazu ist aber erforderlich, daß erst die Separat-Kongresse der beiden Richtungen stattfinden. Allen ist wohl bekannt, daß vielfach die Meinung verbreitet ist, es hätten beiderseits Unregelmäßigkeiten stattgefunden, die vorher jede Richtung unter sich zu ordnen hat, damit jeder Delegierte sich klar ist, wenn es an die Wahl der Beamten geht. Er könne niemand seine Stimme geben, von dem er nicht ganz genau wisse, daß er seine Schuldigkeit getan. Deshalb möge man den Kongreß vertagen, und dem Antrage Breslaus zustimmen.

Auer betont, daß sich die Separat-Kongresse ebenso gut nach dem Vereinigungs-Kongreß abhalten ließen. Die Eisenacher brauchten dazu höchstens einen Tag, da über ihre Kassenverhältnisse vierteljährlich abgerechnet worden ist, also vor dem Kongreß eine genügende Kontrolle stattfindet. In unseren Abrechnungen stimmt alles, wie alle Angehörigen meiner Richtung bezeugen werden. Von uns hat niemand verlangt, daß unser Parteikongreß vorher abgehalten werde. Auf der Konferenz in Gotha wurde von Geib und mir Pfingsten als der geeignetste Zeitpunkt für Abhaltung des Kongresses bezeichnet. Hasselmann und Hasenclever erklärten dies für untunlich mit Hinweis darauf, daß erst der Kongreß der Lassalleaner stattfinden müsse. Später wurde diese Angelegenheit noch einmal zwischen Hasselmann, Hasenclever, Geib und Liebknecht in Leipzig besprochen und diese Abänderung getroffen. Hintergedanken hat niemand gehabt. Bei uns gilt die Parole: wir sind arm aber ehrlich; wir können den Kongreß nicht unnütz in die Länge ziehen und sind wir deshalb gegen den Breslauer Antrag.

Hasenclever bemerkt Auer gegenüber, daß der wesentlichste Grund dafür, den Kongreß nicht während der Feiertage abzuhalten, der sei, daß Handwerker, die in der Partei viel vertreten sind, nicht Zeit hätten, an demselben teilzunehmen. Es haben zwar Unterredungen stattgefunden über die Abhaltung der Separat-Versammlungen, doch habe er sich später entschlossen, das Gutachten mehrerer bekannten Parteigenossen, unter anderen das Fritzsches und des Vorstandes einzuholen, die sich auch dafür erklärt, die Generalversammlung vorher abzuhalten, und glaubt er also im Interesse aller gehandelt zu haben.

A. Kapell spricht für den Breslauer Antrag und tritt den Reindersschen Ausführungen bei. Nach der Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins ist viel auf Personen herumgeritten worden; würde der Antrag abgelehnt, so käme die Sache voraussichtlich auf dem Kongreß zur Sprache. Auch halte er die Generalversammlung nach dem Kongreß für unstatthaft, da viele Delegierte nach Vollzug der Einigung sagen würden, die Generalversammlung sei überflüssig. Unsere Organisation wird geleitet und getragen durch Personen, und diese muß man vorher kennen, sonst kann man sie nicht wählen.

Winner: Wie er gehört habe, sei vieles vorgekommen, worüber Unklarheit herrscht. Seine Mandatgeber hätten ihn beauftragt, dahin zu wirken, daß der Vereinigungs-Kongreß damit nicht behelligt werde. Darum empfehle er den Breslauer Antrag.

Harm: Man möge die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten auf dem Kongreß erörtern und keine Geheimniskrämerei treiben, und stimme er deshalb gegen den Antrag.

Frick ersucht den Vorsitzenden, alle derartigen Behauptungen ohne genügende Beweismittel als Verleumdungen zurückzuweisen.

Der Vorsitzende gibt eine dahingehende befriedigende Erklärung ab.

Hartmann erklärt sich durch die von Hasenclever angeführten Gründe für die Einberufung des Kongresses vor der Generalversammlung nicht befriedigt. Derselbe hat beim Vorstande angefragt, ob die Generalversammlung nach dem allgemeinen Kongreß stattfinden solle, da auch die Eisenacher ohne Angabe von Gründen ihren Kongreß nach dem gemeinsamen verlegt hätten. Vor sechs Wochen noch stand in unseren Parteiblättern, daß die Generalversammlung vorher tagen solle. Die nachherige Aenderung des einmal Festgestellten mußte Mißtrauen hervorrufen. Auch wegen der Angelegenheit des Briefes von C. Hirsch in Paris ist die Verschiebung der Generalversammlung ungerechtfertigt. Die scharfen Aeußerungen von C. Hirsch finden nicht unsere Billigung. Auch nach Hamburg ist dieser Brief gekommen, und wenn diese Angelegenheiten nicht vorher erst geregelt werden, so gebe er seine Stimme keinem derjenigen, die jetzt in der Verwaltung sind.

Derossi: Hasenclever hat keine Schuld an der etwas scharfen Fassung des Zirkulars an den Vorstand. Redner habe nichts gewußt von der Abmachung in Gotha und setzte also voraus, da Hasenclever nichts darüber schrieb, daß derselbe auch nichts davon wüßte. Es mußte also die Aenderung einen unangenehmen Eindruck auf mich machen und so auf die Fassung der Form des Zirkulars einwirken. Was den Brief von C. Hirsch betrifft, so habe er denselben nur infolge der auf einer, bei seiner Anwesenheit in Hamburg zufällig stattfindenden Zusammenkunft über das Zirkular gemachten mißfälligen Aeußerungen den Vor-

standsmitgliedern zur Durchsicht gegeben. Propaganda für irgend etwas ist mit dem Brief nicht gemacht worden. Der Vorstand hatte bei Auftauchen desselben schon über das Zirkular abgestimmt.

Ulrich befürwortet, den Breslauer Antrag abzulehnen.

Groß spricht für denselben.

Wytzka ersucht, den Antrag abzulehnen, da man es auf jemand gemünzt haben könne. Man mußte denselben so zeitig bekannt machen, daß alle davon wußten.

Liebknecht stellt den Antrag, da der Brief von Hirsch an seine Person gerichtet war, denselben zu verlesen.

A. Kapell ist dagegen, weil der Inhalt desselben unwesentlich sei.

Frick ebenfalls, da Liebknecht durch diesen Brief gar nicht berührt werde.

Der Vorsitzende verliest folgenden von Bebel, Auer und Vahlteich gestellten Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen, die Lassalleaner aufzufordern, am morgenden Tage eine Stunde vor Eröffnung des Kongresses eine Kommission zu wählen, welche die Kassenverhältnisse der betreffenden Fraktion zu prüfen hat; alsdann auf dem Kongreß das Programm und die Organisation zu Ende zu beraten und die Wahlen für die neue Parteileitung so lange auszusetzen, bis die Generalversammlung der Lassalleaner und der Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattgefunden haben, wobei vorausgesetzt wird, daß die Verhandlungen der Fraktionen nicht länger als einen Tag in Anspruch nehmen."

Ferner wird folgender Antrag verlesen: „Wir beantragen, daß der Kongreß eine aus beiden Fraktionen zusammengesetzte Revisionskommission ernenne, um die Finanzverhältnisse und die Verwaltung beider Richtungen zu prüfen, und dann über die Tätigkeit der beiderseitigen Beamten Bericht zu erstatten. Rackow, Derossi, Baethke, Fritzsche, Walther, Hurlemann, Meister, Glebe, Wichtendahl."

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß vor allem Liebknechts Antrag auf Verlesung des Briefes zur Erledigung kommen müsse.

Vater hebt hervor, daß der Brief durchaus keine Beeinflussung ausgeübt habe, da er erst nach bereits geschehener Abstimmung des Vorstandes über die Verlegung der Generalversammlung aufgetaucht sei, die Verlesung sei daher überflüssig.

Engelhardt ist für die Verlesung.

A. Kapell ersucht, diesen Antrag abzulehnen und den Breslauer Antrag anzunehmen.

Vahlteich will wissen, was der Brief enthält.

Liebknecht: Er würde die Sache nicht zur Sprache gebracht haben, aber es scheine, als sei vermittels des Briefes für gewisse Zwecke Propaganda gemacht worden; durch Verlesung des Briefes aber würde dessen Harmlosigkeit dargetan werden. Es kämen in dem Briefe allerdings einige harte Ausdrücke vor, so z. B. gegen Hasenclever; es sei dies aber lediglich eine Privatansicht des Briefschreibers. In bezug auf ihn (Liebknecht) selbst sei noch des Planes einer temporären Uebersiedelung nach Paris Erwähnung getan. Ferner sei das in dem Briefe besprochene Zeitungsprojekt kein Geheimnis gewesen, sondern schon früher von ihm mit Hasenclever besprochen und auch an Drogand in Hamburg seinerzeit mitgeteilt worden. Dies Projekt bezog sich auf ein neu zu gründendes Zentralorgan, welches neben den beiden jetzigen Hauptorganen erscheinen sollte.

Slauck ist für die Verlesung.

Es wird abgestimmt und die Verlesung beschlossen.

Derossi verliest zunächst das Begleitschreiben des Parteigenossen in Coswig, an welchen der Finder des fraglichen Briefes denselben übersendet, und bemerkt hierzu, daß er Liebknecht Mitteilung hiervon gemacht, wie auch ihm die Adresse Moldenhauers angegeben habe.

Liebknecht: Der Brief, welcher auf noch unaufgeklärte Weise abhanden gekommen, noch ehe er ihm in die Hände gelangt, sei ihm von Derossi noch in dem ursprünglichen Couvert übersendet worden. Der Finder habe also wissen müssen, für wen der Brief bestimmt gewesen und habe sich somit einer strafbaren Handlung schuldig gemacht, indem er den Brief nicht an die richtige Adresse gesandt.

Es erfolgt die Verlesung einer Abschrift des Briefes durch Derossi.

Hasenclever weist die in dem Briefe enthaltenen Bemerkungen über seine Person zurück. Gegenüber der Aeußerung Hirschs, Redner werde eventuell die Szenen des Eisenacher Kongresses von 1869 wiederholen, konstatiere er, daß er 1869 gar nicht in Eisenach gewesen sei, auch dem damaligen Kongreß ferngestanden habe. Im übrigen ist mit dem Briefe unsererseits nicht darauf eingewirkt worden, das Einigungswerk zu stören.

A. Kapell verlangt Auskunft über den Verbleib des Originals dieses Briefes.

Geib: Der Brief sei in ein Zeitungspaket gelegt worden, welches er von Leipzig erhalten. Dasselbe sei zerrissen und ohne den Brief in seine Hände gekommen; es sei also anzunehmen, daß der Brief herausgefallen sei.

Liebknecht verliest ein späteres, in bezug auf den fraglichen Brief an ihn gerichtetes Schreiben von C. Hirsch, worin der Inhalt des ersten Briefes kurz niedergegeben und erklärt wird, daß Hirsch sich gern eines besseren belehren lassen würde, falls er sich geirrt habe.

Es wird beschlossen, die Sache hiermit als erledigt zu betrachten.

A. Kapell wünscht, der Expedient des Volksstaat möge erklären, ob sich die Sache mit der Uebersendung des Briefes an Geib so, wie sie vorgebracht worden, verhalte.

Liebknecht erklärt nochmals, was er über die Schicksale des abhanden gekommenen Briefes weiß und vermutet, und bestätigt die Aussage Geibs.

Derossi (persönlich): Es sei bemerkt worden, daß es nicht anständig von ihm gewesen, benannten Brief nicht sofort an seine Adresse zurückgesendet zu haben. Er müsse dazu bemerken, daß man in Parteiangelegenheiten nicht stets den gewöhnlichen Anstand bewahren könne, unter Umständen sei es sogar Pflicht, das persönliche Gefühl nicht in Betracht zu ziehen; so auch in diesem Falle, da der Brief schon von anderen Parteigenossen, sogar von einem Vorstandsmitgliede, gelesen worden. Wäre der Brief geschlossen in seine Hände gelangt, würde er ihn auch geschlossen Liebknecht übermittelt haben.

Der Vorsitzende Geib stellt die Unterstützungsfrage für den Antrag Bebel, Auer, Vahlteich. Dieselbe wird bejaht.

Ebenso erhält der Antrag von Rackow und Genossen die genügende Unterstützung.

Es gelangt alsdann folgender Protest von Harm und Kuhl zur Verlesung:

„Wir erheben hiermit Protest gegen jedwede Vertagung des Kongresses, da wir mit der Generalversammlung der Lassalleaner ebenso wenig noch zu schaffen haben, wie mit der Eisenacher Partei, indem wir nur zum Vereinigungs-Kongreß gewählt worden sind, und uns nicht tagelang durch die schmutzige Wäsche der einzelnen aufhalten lassen können."

Reinders verlangt, daß der Antrag aus Breslau zur Erledigung komme.

Hurlemann ist nicht dafür, daß die Generalversammlung vor dem Kongreß erledigt werde, jedes Jahr seien einzelne Beamte verdächtigt und doch wiedergewählt worden, und hätten noch dazu ein Vertrauens-Votum erhalten. Er glaube, daß man die Generalversammlung deshalb vorher wünsche, um gewisse Personen wieder in ihr Amt zu bringen. Er ersuche, den Breslauer Antrag abzulehnen.

Stolle befürwortet, den Kongreß nicht zu vertagen, man brauche ja unreine Elemente nicht in die neue Parteileitung hinein zu wählen.

Heerhold: Es sind in letzter Zeit Verdächtigungen von Berlin nach Hamburg, Altona und Ottensen kolportiert worden, und sei er deshalb dafür, daß die Generalversammlung vor dem Kongreß stattfinde.

Hasselmann spricht gegen den Antrag, ist aber für die Revisionskommission, und verliest das letzte Vorstands-Zirkular, durch welches der Beschluß über Verlegung der Generalversammlung nach dem Kongreß herbeigeführt wurde. Entscheidend für die Vorstandsmitglieder war wohl folgender Passus: „Die Eisenacher haben ihren Kongreß nach dem gemeinsamen Kongreß, und zwar ohne Angabe von Gründen, verschoben." Derossi befinde sich im Widerspruch mit seinen Aeußerungen, welche er vielen Hamburger Parteigenossen gegenüber getan hat.

Klein gegen Hasselmann. Der Kongreß sei souverän und nicht gebunden an die vorherigen Abmachungen einzelner. Die schmutzige Wäsche werde wohl nicht so schwarz sein, daß sie nicht rein zu waschen wäre. Man müsse sich nur klar sein, wer das Vertrauen verdiene und wer nicht.

Hasenclever spricht gegen den Antrag, eine gemischte Kommission einzusetzen, da man auf jener Seite unsere inneren Angelegenheiten und umgekehrt jene von unserer Seite nicht so genau kenne.

A. Kapell bemerkt, daß die Parteikassen schon gegenseitig durch Kommissionen geprüft worden seien.

Derossi erklärt persönlich gegen Hasselmann, daß er ja schon dargelegt habe, mit dem Briefe Hasenclevers im Irrtum gewesen zu sein, indem er gemeint, derselbe habe ebenfalls nichts von der Verlegung des Kongresses der Eisenacher gewußt. Erst nach der Rückkehr nach Bremen habe er (Redner) bei nochmaliger Durchsicht des Briefes gefunden, daß dies in demselben nicht angegeben, und es also auf einer Voraussetzung seinerseits beruhe. Im übrigen habe er lediglich den in Hamburg anwesenden Vorstandsmitgliedern das Schreiben vorgelegt.

Hasenclever erklärt sich mit dem Breslauer Antrag einverstanden. Die Anordnung betreffs der Generalversammlung sei nur auf Drängen vieler Vorstandsmitglieder erfolgt.

Der Antrag Bebel, Auer, Vahlteich wird angenommen.

Es wird bestimmt, daß die getrennt zu führenden Verhandlungen vormittags 8 Uhr und die des allgemeinen Kongresses um 10 Uhr zu beginnen haben. Schluß der Sitzung 12¼ Uhr nachts.

Dritte Sitzung: Montag, den 24. Mai, vormittags 10¼ Uhr.

Vorsitzender: Hasenclever; Schriftführer: Scheu und Kuhl.

Der Vorsitzende erteilt Fritzsche vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zur Begründung eines Antrages.

Fritzsche: Es seien in der Debatte von gestern Worte gefallen, welche man nicht ruhig hinnehmen könne. Einige Redner hätten Ausdrücke gebraucht, aus denen man schließen könne, daß in den Kassenverhältnissen der Lassalleaner manches zu beanstanden sei. Besonders Auer habe durch seinen Ausspruch: „Wir sind arm, aber ehrlich" indirekt die Beamten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins verdächtigt. Die Kassenverhältnisse dieses Vereins seien jedoch in Ordnung, und beantrage er deshalb zur Feststellung der Wahrheit im Namen der Kommission: die Herren von der Eisenacher Partei, welche die Kasse des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins geprüft haben, mögen erklären, in welchem Zustande sie die Kassenverhältnisse gefunden haben. — Es handle sich natürlich nicht darum, ob die Gelder in richtiger Weise angewendet wurden, — das sei eine innere Angelegenheit, welche nur Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins betreffe —, sondern ob Bücher, Rechnungen u. dgl. stimmten.

Geib: Die Revisoren von seiten der Eisenacher hatten keinen Anlaß, die Kassenverwaltung der Lassalleaner zu beanstanden. Sie sahen die Papiere des Vereins und urteilten lediglich nach den ihnen vorgelegten Büchern, ohne dieselben zu prüfen, da dies letztere eine innere Vereinsangelegenheit sei. Einen Grund zum Mißtrauen hatten wir nicht.

Lingner möchte wissen, wie es mit der Kassenverwaltung auf seiten der Eisenacher Partei stünde.

Rackow antwortet, daß bei der ersten Revision, welche die Kommission der Lassalleaner in Leipzig vorgenommen, noch nicht alle Bücher der Expedition des Volksstaat usw. abgeschlossen gewesen seien, obgleich das Verwaltungsjahr mit dem 31. März ende, und sagt weiter, daß auch bei der zweiten Prüfung noch ein Teil der Bilanz unfertig war, allein dies seien lediglich formelle Unfertigkeiten gewesen. Selbstverständlich berührten sie nicht angenehm. Doch entschuldige er die Beamten der Expedition des Volksstaat usw. vollständig, da sie zu sehr mit Arbeiten überbürdet gewesen seien, was teils der Mangel einer weiteren Arbeitskraft, teils die Leipziger Nachwahl zum Reichstage verschuldeten.

Geib bemerkt, daß nun die Leipziger Abrechnungen dem Kongreß vorliegen. Uebrigens sei, was er besonders betone, die Parteikasse der Eisenacher bis zum 15. Mai abgeschlossen. Er wünsche zu wissen, ob die Revisoren in bezug auf diese Kasse zufriedengestellt worden seien.

Klein verlangt von Geib eine Antwort und zwar eine positive, zumal die gestrigen Aeußerungen ziemlich schroff gewesen seien. Wenn die Lassalleaner das Verhältnis umkehren wollten, dann wären sie vielleicht berechtigt, zu sagen, auf der anderen Seite sei mehr schmutzige Wäsche als bei ihnen.

A. Kapell gibt Aufschluß über die Revision in Hamburg. Es sei alles in bester Ordnung gefunden worden. Es passiere jedem von Zeit zu Zeit, „Blech"

zu schwätzen, — auch ihm selbst —, und Auer habe gestern Abend wohl ebenfalls „Blech" geschwätzt.

Geib meint, er habe die Frage Kleins eigentlich schon beantwortet. Die vorgenommene Revision war eine beschränkte. Man habe sich bei derselben die Zahlen der Gesamtsummen aufgeschrieben, die Gehälter und sonst interessante Posten notiert. Uebrigens rate er Klein, weniger herausfordernd zu sein, da alles weitere in die Generalversammlung der Lassalleaner gehöre.

Schweckendiek beantragt Schluß der Debatte, nachdem man Auer gehört haben werde. Der Antrag wird angenommen.

Auer erklärt, er bereue nicht, die in Frage stehende Aeußerung gemacht zu haben, da er dieselbe unter den gegebenen Verhältnissen für gerechtfertigt halte. Die Lassalleaner hätten einander selbst und zuerst mit solchen Aeußerungen traktiert, und dabei immer von „beiden Seiten" gesprochen. Er habe verlangt, daß man Namen nenne, jedoch ohne Antwort zu erhalten. Es sei von „Stellenjägern" gesprochen worden. In der Eisenacher Partei seien keine Stellenjäger und bezüglich der Kassenverhältnisse herrsche Ehrlichkeit. Ja, er wiederhole nochmals: Wir sind arm, aber ehrlich!"

Reinders (zur tatsächlichen Berichtigung) macht darauf aufmerksam, daß die Verwaltung in den beiden Parteien verschieden sei. In der Eisenacher Partei prüfe eine Kommission, bei den Lassalleanern die Generalversammlung das Kassenwesen.

Harm sagt, seine gestern gemachte Aeußerung sei von Auer mißverstanden worden.

Hurlemann beantragt Wiederaufnahme der Debatte.

Schweckendiek bemerkt (zur tatsächlichen Berichtigung), daß Auer nicht geantwortet habe, worauf der Antrag Hurlemanns nach einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte verworfen wird.

Slauck stellt abermals den Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte. Die Volksstaat-Beamten müssen erst noch gehört werden. Sie seien hier in unliebsamer Weise genannt worden und müßten sich verteidigen dürfen.

Schweckendiek fordert die Versammlung auf, doch endlich zur großen Sache überzugehen, welche die Delegierten zusammengebracht habe, und alle kleinlichen Angelegenheiten fallen zu lassen!

Der Antrag Slaucks wird verworfen, worauf

Fritzsche im Namen der Mandatsprüfungs-Kommission das Wort ergreift. Das Mandat Liebischs sei — wie man sich erinnern werde, — hauptsächlich wegen der Verbindung Liebischs mit der Bräuerschen Fraktion in Hamburg ungültig erklärt worden. Es liege nun ein von der genannten Fraktion auf den Namen Joseph Löffler ausgestelltes Mandat vor, das von der Mandatsprüfungs-Kommission verworfen worden sei. Er ersuche den Kongreß, den Beschluß der Kommission zu bestätigen und das Mandat Löfflers für ungültig zu erklären.

A. Kapell fordert den Kongreß auf, ohne weitere Debatte dem Verlangen Fritzsches nachzukommen.

Schweckendiek erklärt sich entschieden gegen eine leichtfertige Behandlung der Angelegenheit. Dieselbe sei sehr wichtig und man könne deshalb nicht so geschwind über dieselbe hinwegkommen. Ja, wenn die Debatte eine Stunde dauerte, würde er gerne das Opfer bringen, die Sache eingehend zu behandeln.

Der Antrag A. Kapells wird hierauf angenommen und das Mandat des Herrn Löffler mittels Abstimmung ungültig erklärt. Nach der Abstimmung hält es

Fritzsche für notwendig, zu erklären, daß der Kongreß den ausgesprochenen Zweck hat, die zwei großen Fraktionen der Sozialdemokraten in Deutschland zu einigen, und daß dieser Zweck bereits bei allen Vorverhandlungen als der alleinige hingestellt wurde.

Der Vorsitzende verliest hierauf Telegramme aus Mannheim, Gelenau, Rippes, Frankfurt a. M., Elberfeld.

Hierauf eröffnet der Vorsitzende Hasenclever die

Beratung des Programms der deutschen Arbeiterpartei.

Als im vorigen Herbste die Einigungsfrage durch Tölcke angeregt wurde, seien viele Bedenken über die Möglichkeit einer Vereinigung laut geworden. Zur Zeit, da er (Hasenclever) im Gefängnisse zu Zeitz gesessen, sei ihm gesagt worden, daß die Mehrheit der Lassalleaner die feste Absicht habe, die Vereinigung zu vollziehen. Er habe darauf geantwortet, daß er für dieselbe wirken werde, sobald er sich von dem Willen der Majorität der Lassalleaner überzeugt haben würde. Er habe darauf mit Liebknecht und anderen die Sache im Gefängnis besprochen, wobei man sich dahin einigte, mit dem weiteren Vorgehen bis zu seiner Entlassung aus dem Gefängnis zu warten. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis fanden Privatbesprechungen sozialdemokratischer Reichstagsmitglieder in Berlin statt, in denen beschlossen wurde, eine Vorkonferenz mit gleicher Zahl von Delegierten auf beiden Seiten abzuhalten. Diese Vorkonferenz hat stattgefunden. Die Delegierten brachten zu derselben von beiden Seiten Organisations- und Programm-Vorschläge mit, welche jedoch noch sehr im Sinne der zwei Fraktionen zugespitzt gewesen seien. Allein es war den Delegierten ernst mit der Vereinigung und deshalb sei ein Kompromiß-Programm zustande gekommen, indem jede der vertretenen Parteien ihr Programm soviel als tunlich modifizierte. Ein solches Vorgehen sei auch in der nächsten Zeit absolut notwendig. Man habe gesagt, man müsse auf beiden Seiten mit der Vergangenheit brechen, dies sei jedoch nicht ganz möglich. Eben deshalb sei das Programm ein Kompromiß-Programm und leide an formellen Mängeln, welche die Verfasser selbst lebhaft fühlen. Man sei im Interesse der Einigung gezwungen gewesen, den Anschauungen und Grundsätzen beider Richtungen Rechnung zu tragen, und auch der Kongreß müsse in diesem Sinne handeln, wenn ersprießliches geschaffen werden soll. Man einige sich vorläufig über ein Programm und eine Organisation, welche beiden Seiten gerecht wird, lasse zwei Jahre darüber verstreichen und gebe dann dem Werke ein einheitliches Gepräge. — Man sei gegen Tölcke hier und da mißtrauisch gewesen, allein man müsse doch in jedem Falle zugeben, daß er den Anstoß zur Vereinigung gegeben habe.

Hierauf ersucht der Vorsitzende den Referent Liebknecht, das Wort zu nehmen.

Hartmann bittet um Aufschluß, wer die Referenten ernannt habe.

Der Vorsitzende erklärt, daß 4 Personen von der Vorkonferenz mit der Ausführung der gefaßten Beschlüsse betraut, und von diesen die Referenten bestimmt worden seien.

Geib bestätigt dies und befürwortet diese Einrichtung.

Es wird beschlossen, zunächst über die Vereinigung selbst zu sprechen; es erhält zuerst das Wort

Harm: Lassen wir die Vergangenheit ruhen und rechnen wir mit der Gegenwart und Sicherstellung der Zukunft durch vernünftige Einrichtungen in der jetzt zu schaffenden neuen Partei. Suchen wir das Spiel, das bisher mit der Arbeiterbewegung getrieben wurde, zu nichte zu machen, indem wir uns einigen und wachsam sind. Die Form, unter welcher die Vereinigung stattfindet, ist gleichgültig, weil uns in der Regel die Formen ja doch von den Behörden zerrissen werden.

Reimer (zur Geschäftsordnung) bittet, an Löffler das Mandat zurückzugeben und denselben zu ersuchen, das Lokal zu verlassen, weil sich derselbe Aufzeichnungen mache, was nicht geduldet werden dürfe.

Fritzsche bemerkt, daß das Mandat bereits an Löffler zurückgegeben worden sei.

Reinders betont, daß bei Liebisch die Sache anders gewesen; gegen die Bräuersche Klique dürfe man nicht so milde sein.

Löffler erklärt, es tue ihm leid, daß er, der seit 6 Jahren Lassalleaner sei, von dem Kongreß so behandelt werde.

Baumann bittet, nicht so schroff gegen diese Leute zu sein; möge man doch jeden Sozialisten hier zulassen.

Bleß meint, man dürfe nicht dulden, daß Löffler auf dem Kongreß bleibe, da die Herren Bräuer und Genossen noch in allerletzter Zeit ein Zirkular herumgeschickt, nach welchem ein neuer Allgemeiner deutscher Arbeiterverein gegründet werden solle.

Es wird hierauf beschlossen, daß Löffler persönlich anwesend bleiben könne.

Hartmann wünscht konstatiert zu haben, ob ein solches Zirkular wirklich herausgegeben worden.

Ulrich erklärt, daß dies Zirkular vorhanden und an die Freunde Bräuers versandt worden sei.

Löffler meint, er sei verpflichtet gewesen, sich Notizen zu machen, weil er seinen Wählern Bericht erstatten solle. Er wisse von dem angeblichen Zirkular nicht das geringste, und daß sie es ehrlich meinten, beweise doch wohl, daß sie die Kosten nicht gescheut, ihn zu delegieren. Aber er könne nur dableiben, wenn sein Mandat anerkannt werde; denn er wolle nicht die Pfennige der Arbeiter verzehren, ohne etwas dafür zu tun.

Meister richtet an Löffler die Frage, ob die Beschimpfungen, welche der Hamburger Sozialdemokrat gebracht, nur auf Rechnung der Redaktion kämen, oder ob Löffler sich damit einverstanden erkläre. In letzterem Falle gehöre er eher an den Galgen als in den Kongreß.

Der Vorsitzende rügt den letzten, von Meister gebrauchten Ausdruck.

Hartmann betont, daß es mit der Würde des Kongresses nicht vereinbar sei, Löffler hier zu lassen, wenn das Zirkular veröffentlicht worden sei.

Es wird konstatiert, daß Löffler das Lokal verlassen.

Nach einem kurzen, von Trogand veranlaßten Zwischenfall betreffs der Führung der Rednerliste seitens Reinders wird in der Generaldiskussion fortgefahren.

Geib: Es sei bei den Verhandlungen in der Vorkonferenz im Kleinen geradeso zugegangen, wie hier im Großen. Aber seine Ueberzeugung sei, daß die Vereinigung notwendig stattfinden müsse; das lebhafte Verlangen darnach erfülle die ganze sozialistische Arbeitermasse. Man möge jetzt gegenseitig Rücksichten nehmen, weil sonst voraussichtlich vor und auf dem nächsten Kongreß viele Unannehmlichkeiten bereitet würden. Und bei den Schwierigkeiten, welche die Partei nach außen habe, müsse dieselbe im Innern einig sein. Staatsgewalt, Reaktion und Bourgeoisie suchten uns auf alle Weise zu bekämpfen; deshalb müßten die Gedanken bei den Delegierten sich klären, um diese klaren Erkenntnisse in das Volk zu schleudern; dann werden wir auch bei demselben Erfolg haben. Die letzten Reichstagswahlen haben schon bei unseren Gegnern Staunen und Bewunderung erweckt, und bei den nächsten Wahlen werden wir noch viel Erstaunlicheres leisten, wenn wir nur einig sind. Auch sei ja von unten herauf immer mehr der Wunsch laut geworden, daß eine dauernde Vereinigung zustande komme. Bereits sei an vielen Orten die Vereinigung schon tatsächlich vollzogen, und wenn wir von hier aus dieselbe nun noch mächtig fördern, so wird in vier Wochen unsere einige Partei ihre Wurzel geschlagen haben, und die Verfolgungen werden die Parteigenossen nur noch fester zusammenbinden. Zum Schluß empfehle er, nach der Diskussion folgenden von ihm in Verbindung mit noch einigen anderen Delegierten gestellten Antrag anzunehmen:

„Die Unterzeichneten beantragen: Der Kongreß erklärt, mit der Vereinigung der zum Kongreß eingeladenen sozialdemokratischen Fraktionen prinzipiell einverstanden zu sein, und schreitet daher unverzüglich zur Beratung des Programm- und Organisations-Entwurfes.

Geib, Kokosky, Bahlteich, Fritzsche, Hasselmann, Hasenclever."

Heerhold betont, daß auch er von seinen Mandatgebern hierhergeschickt sei, um für die Vereinigung zu wirken. Die Führer der Partei müßten aber mit gutem Beispiel vorangehen, was gestern nicht der Fall gewesen sei.

Winner befürwortet ebenfalls die Vereinigung, und sei dasselbe auch von dem westdeutschen Arbeitertage geschehen. Es müsse vor allen Dingen die Presse ins Auge gefaßt werden und auch besonders in Westfalen und dem Rheinlande mehr für Agitation und Organisation geschehen, denn da seien viele Mängel. Es seien da gerade die Personen nicht berücksichtigt worden, welche am fähigsten zur Agitation gewesen.

Klees beantragt Schluß der Debatte, da ja doch jeder für Einigung sei.

Frick ist gegen Schluß, weil er nicht zu den Leuten gehöre, die so mir nichts, dir nichts in die Vereinigung springen. Man müsse vorher über alles klar sein.

Bäthke empfiehlt den Schluß, da schon 40 Redner eingezeichnet seien und doch alle nur Einigung wollten.

Die Rednerliste wird verlesen.

Slauck beschwert sich, daß er trotz Meldung nicht in derselben stehe, worauf er zur Hilfe für Reinders mit zum Führen der Rednerliste gewählt wird.

Der Antrag Klees wird abgelehnt.

Schweckendiek: Wenn wir uns Sozialdemokraten nennen und unter Demokratie Volksherrschaft verstehen, dann muß es uns auch klar sein, daß wir uns auf die Volksmasse stützen müssen: und dazu gehört die Einigkeit aller

Sozialisten. 1848 ist das Volk einer anderen Partei nachgelaufen, und die damaligen Führer haben es stets über den Löffel barbiert. Sorge man nur dafür, daß alles gehörig zentralisiert werde und wir uns nicht im Föderalismus zersplittern. Auch die Presse muß zentralisiert werden, und dürfen die kleinen Blätter nicht bestehen bleiben, welche ja doch nur Auszüge aus den Hauptblättern bringen. Wir müssen ein großes Hauptorgan haben, welches erst zu beweisen hat, daß es lebensfähig ist, und nur, wenn dasselbe 40,000 Abonnenten hat, dürfen andere Blätter gegründet werden. Es ist dann auch nicht möglich, daß man sich in den kleinen Blättern so herumnörgelt. Wenn wir es so einrichten, werden wir auch recht bald unser Ziel erreichen.

Es wird Schluß der Rednerliste bestimmt.

Brückmann bittet die Agitatoren unter den Delegierten, hier nicht agitatorisch aufzutreten.

Franz beantragt, nur noch Redner gegen die Vereinigung sprechen zu lassen und motiviert dies unter Hinweis auf die bis jetzt stattgehabten übereinstimmenden Reden.

Da niemand sich gegen die Vereinigung meldet, wird Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag von Geib und Genossen wird hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Vorsitzende verliest sodann Depeschen aus Köthen, Mühlhausen und Brandenburg a. d. H.

Die Sitzung wird hierauf, 12 Uhr, bis 2 Uhr vertagt.

Wiederbeginn der Sitzung nachmittags 2¼ Uhr. — Eröffnung durch Hasenclever.

Reinders verliest die Präsenzliste. Es fehlen Dotzauer, Kettel. Einige ebenfalls als abwesend Verzeichnete melden sich später als eingetroffen. — Ein Telegramm aus München und ein Brief aus Koblenz werden verlesen.

Das Protokoll der Nachmittags-Sitzung vom 23. wird von Derossi verlesen und nach Erledigung einiger Monita genehmigt.

Liebknecht ergreift das Wort als Referent in der Programmfrage. In der Einleitung seiner Rede erklärt er, das zur Genehmigung vorliegende Programm sei kein ideales, sondern ein praktisches, ein Kompromißprogramm. Es müsse den in der Partei vorhandenen zwei verschiedenen Strömungen Rechnung tragen. Man habe eingewendet, das Programm sei nicht ausführlich; ein Programm müsse aber kurz sein und mit möglichst wenig Worten die Grundzüge der Parteibestrebungen präzisieren. Durch eine Broschüre werde man später die einzelnen Punkte des Programms eingehend erläutern; auch werde die Parteipresse das ihrige in dieser Beziehung tun.

Der Redner geht nun auf die einzelnen Punkte des Programms über und beantragt im Einverständnis mit der Kommission, den ersten prinzipiellen Teil des Programms folgendermaßen zu fassen:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei

allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen naturgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages."

Die vorgeschlagene Fassung, führt Referent aus, weiche vielfach von dem ursprünglichen Entwurf ab, die Aenderungen seien aber ausnahmslos notwendige. Absatz 1 sei in der ersten Fassung nicht klar genug gewesen; namentlich habe sie die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch Gesellschaftsdrohnen am Ertrag der Arbeit teilzunehmen berechtigt seien. Darum habe man die allgemeine Arbeitspflicht betont, die durchaus in ein Arbeiterprogramm gehöre, und welche die Grundlage der sozialistischen Gesellschaft bilde, während das sogenannte Arbeitsrecht oder Recht auf Arbeit ein durchaus reaktionärer Begriff sei. Die Arbeit ist ein Muß; ohne Arbeit können die Menschen nicht leben, und das Reden von einem Recht, zu arbeiten, ist ebenso unsinnig, als das von einem Recht, zu leben. Des weiteren mußte die Pflicht der Gesellschaft, jedem nach seinen Bedürfnissen die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit zukommen zu lassen, ins Programm kommen, weil sich in dieser Forderung der sittliche, menschliche Charakter des Sozialismus gegenüber der Bourgeoislehre zeigt, die den Krieg aller gegen alle proklamiert, den Schwachen dem Starken opfert. Dem Wort „Bedürfnisse" die Bezeichnung „vernunftgemäße" vorauszuschicken, sei für gut befunden worden, um absichtlichen und unabsichtlichen Mißverständnissen vorzubeugen.

Gegen den zweiten Punkt sei von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden. Der Widerspruch, den man im dritten Punkt gegenüber dem ersten habe finden wollen, welch' ersterer, wie behauptet worden, gewissermaßen den „blanken Kommunismus" repräsentiere, werde durch die vorgeschlagenen Modifikationen und Erweiterungen des ersten Punktes aufgehoben. „Gerechte Verteilung" des Arbeitsproduktes sei eine durchaus sozialistische oder, wenn man wolle, kommunistische Forderung; denn heutzutage bestehe kein Unterschied mehr zwischen Kommunismus und Sozialismus. Kein deutscher Sozialdemokrat stecke mehr in dem alten kleinbürgerlichen Sozialismus, welcher das Privateigentum an den Arbeitsmitteln anerkannt habe.

Von verschiedenen Seiten wurde es übel gedeutet, daß in dem Entwurfe gesagt ist, der Arbeiterklasse gegenüber seien alle anderen Klassen nur eine einzige reaktionäre Masse. Dieser Vorwurf ist jedoch leicht zu ertragen; denn in der Tat gibt es heutzutage doch nur zwei große einander gegenüberstehende Klassen, die der Besitzenden und die der Nichtbesitzenden; alles Dazwischenstehende verschwindet, wie wir tagtäglich beobachten können. Kleinbürger und Kleinbauern gehören in Wirklichkeit zur Arbeiterklasse und haben darum mit den Arbeitern zu gehen. Im übrigen sind alle bisherigen Parteien, namentlich die Mittelklasse, nur so lange revolutionär gewesen, bis sie selbst zur Herrschaft gelangt waren.

Der Passus, welcher vom Verhältnis des nationalen zum internationalen Moment handelt, sei im ersten Entwurf sehr mangelhaft ausgedrückt und an einen unrichtigen Ort gestellt worden. Er gehöre in die folgende Abteilung, da er kein allgemeines Prinzip ausspreche, sondern bloß unsere, der deutschen Arbeiter, Stellung zur allgemeinen internationalen, kosmopolitischen Arbeiterbewegung darlege. Der zweite Absatz lautet in der neu vorgeschlagenen Fassung:

„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Aufhebung des Systems der Lohnarbeit mit dem ehernen Lohngesetz und die Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen."

Was den Namen der neuzugründenden Partei angehe, so sei die Bezeichnung deutsche Arbeiterpartei geeignet, den Verdacht zu erwecken, als seien wir in nationalen Vorurteilen befangen. Die Bezeichnung „Arbeiterpartei Deutschlands" schließe eine derartige Auffassung aus. Es gibt nur eine Arbeiterpartei, deren Mitglieder aber in verschiedenen Ländern wohnen. Wir sind eins mit der Arbeiterpartei aller anderen Kulturstaaten; durch den Zufall der Geburt sind wird die Arbeiterpartei Deutschlands, wie die französischen, die englischen, die amerikanischen Sozialisten, die Arbeiterpartei Frankreichs, Englands, Amerikas. Wir sind das deutsche Armeekorps der großen internationalkosmopolitischen Arbeiterarmee. Wir wohnen in Deutschland. Hic Rhodus, hic salta. Hier in Deutschland haben wir zunächst den Kampf zu führen; aber wir sind uns, wie es der zweite Teil dieses Absatzes ausdrückt, der Zusammengehörigkeit mit unseren außerhalb Deutschlands wohnenden Brüdern bewußt und entschlossen, unsere internationalen Pflichten zu erfüllen.

Daß wir uns Arbeiterpartei nennen, ist getadelt worden; man hat gesagt, dadurch beschränkten wir die sozialistische Bewegung, die eine allgemein menschliche sei, ein allgemein menschliches Ziel verfolge, auf eine bestimmte Bevölkerungklasse. Der Einwand ist aber nicht stichhaltig. Das Wort Arbeiter hat durchaus keinen exklusiven Charakter. Arbeit ist Betätigung des Menschentums. Die Arbeit ist das spezifisch Menschliche, ist, was den Menschen von dem Tier unterscheidet. Durch Arbeit wird der Mensch erst zum Menschen. Arbeiter heißt also Mensch — als Mensch sich betätigender Mensch, und Arbeiterpartei nennen wir uns nicht bloß, weil wir die Arbeit als einzige wirtschaftliche Basis der Gesellschaft, den Arbeiter als einziges nützliches Mitglied der Gesellschaft anerkennen und darum die allgemeine Arbeitspflicht auf unser Banner geschrieben haben, sondern auch im Hinblick auf den echt menschlichen Charakter der Arbeit, weil die Arbeit alleinige Trägerin der Kultur und des Menschentums ist, so daß Arbeiterpartei heißt: die Partei der wahren Kulturkämpfer, die Partei der für Kultur und Menschentum ringenden Menschen.

Gegen den Ausdruck „ehernes Lohngesetz" sind mancherlei Einwendungen erhoben worden und nicht mit Unrecht. Ein „ehernes Gesetz" ist dem gewöhn-

lichen Sprachgebrauch nach unwandelbar, ewig; gäbe es ein ehernes Lohngesetz, so wäre unsere Bewegung von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Das aber, was man unter diesem Ausdruck versteht, fällt mit dem System der kapitalistischen Lohnarbeit, gegen das unser Kampf sich richtet. Ist dieses gefallen, so hat auch das aufgehört zu sein, was man „ehernes Lohngesetz" nennt. Der Ausdruck ist also ebenso überflüssig, wie inkorrekt.

Zu den speziellen Forderungen übergehend, bemerkt Referent, eine streng logische Gruppierung derselben sei sehr schwierig, wo nicht unmöglich, weil man die verschiedenen Entwicklungsstadien, in denen die eine oder andere Forderung zu realisieren sei, nicht fest bestimmen und scharf auseinanderhalten könne.

Der von den Produktivgenossenschaften handelnde Passus wurde nach allen Richtungen hin verklausuliert, um Mißdeutungen vorzubeugen und reaktionäre Experimente der Imperialsozialisten unmöglich zu machen; dadurch, daß vor „Produktivgenossenschaften" gesetzt wird: „sozialistische", wird vollends allen falschen Auslegungen vorgebeugt. Die sozialistischen Produktivgenossenschaften dürfen aber nicht als einzelne Experimente, sozusagen als Prämien für irgend eine bestimmte Kategorie von Arbeitern geschaffen werden, sondern sie müssen für Industrie und Ackerbau in solcher Ausdehnung ins Leben gerufen werden, daß daraus die sozialistische Organisation der Gesamtheit entstehen kann.

In bezug auf das Wahlrecht wäre es — da das von uns proklamierte Gleichheitsprinzip die völlige Gleichstellung der Frau heischt — besser, statt „Männer" zu setzen: „Staatsangehörige". Es wird freilich zur Bekämpfung des Frauenstimmrechts vielfach geltend gemacht, daß die Frauen keine politische Bildung besitzen. Nun, es gibt auch Männer genug, die in derselben Lage sind, und dann dürften wir auch diese nicht wählen lassen. Das „Stimmvieh", welches bei allen Wahlen figuriert hat, bestand nicht aus Weibern. Eine Partei, welche die Gleichheit auf ihr Banner schreibt, schlägt sich selbst ins Gesicht, wenn sie der Hälfte des Menschengeschlechts die politischen Rechte versagt.

Bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk sei es besser, den Nachsatz der Vorlage: „mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht", beiseite zu lassen, weil derselbe nur abschwäche.

Die allgemeine Wehrhaftigkeit ist etwas so selbstverständliches, daß darüber nicht weiter gesprochen zu werden braucht; doch ist es fraglich, ob es jetzt schon zweckmäßig wäre, die Entscheidung über Krieg und Frieden dem gesamten Volk statt der Volksvertretung zu übertragen, da, solange keine allgemeine Bildung existiert, eine gewissenlose Regierung mit Hilfe der allgemeinen Volksabstimmung ebenso gut einen gewissenlosen Krieg provozieren kann, wie heutzutage. Selbstverständlich ist unter Volksvertretung in unserem Entwurf nicht der gegenwärtige Parlamentarismus zu verstehen, denn dieser ist bankerott, und es ist vielleicht das einzig bleibende Verdienst des Fürsten Bismarck, diesen Bankerott des Parlamentarismus beschleunigt zu haben. Uebrigens empfiehlt es sich, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß statt Volksvertretung Volk gesetzt wird. So kann in unserem Programm keine Anerkennung des modernen Repräsentativsystems gefunden werden.

Wenn wir Rechtsprechung durch das Volk verlangen, so verstehen wir darunter nicht, wie die Gegner behaupten, um uns lächerlich zu machen, die

alte griechische, römische und urdeutsche Sitte, auf öffentlichem Markte von dem gesamten versammelten Volke Recht sprechen zu lassen, sondern wir wollen, daß die Rechtsprechung ebenso wie die Gesetzgebung ein Ausfluß der Volkssouveränität sein soll. Jedenfalls wollen wir nichts von den heutigen Schwurgerichten wissen, die nichts weiter sind als Klassengerichte, wie unsere heutige Gesetzgebung nichts anderes ist als Klassengesetzgebung. Die Justiz soll aufhören, ein Klassenmonopol zu sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft wird die Justiz zur Gerechtigkeit. Die Ausführung dieses speziellen Punktes würde jedoch hier zu weit führen.

Die Einführung der Progressivsteuer statt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern, ist natürlich nur für das Uebergangsstadium der heutigen Gesellschaft in die zukünftige notwendig, da im sozialdemokratischen Staat Steuern im heutigen Sinne des Wortes nicht erhoben zu werden brauchen. Den Zusatz: „das Volk belastenden" schlagen wir vor, weil der Fall eintreten kann, daß wir zum Schutz der sozialistischen Arbeit Einfuhrzölle brauchen gegen solche Länder, die keinen kurzen Normalarbeitstag eingeführt und die Frauen- und Kinderarbeit nicht vernünftigen Beschränkungen unterworfen haben.

Zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft verlangen wir einen den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechenden Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit. Das Verbot der „Nachtarbeit" wurde von der Kommission fallen gelassen, da dieselbe in gewissen Fällen auch innerhalb der sozialistischen Produktion notwendig sein wird und nur vernünftig eingeteilt zu werden braucht.

Unentgeltlicher Unterricht ist selbstverständlich. Außerdem müssen wir aber ausdrücklich betonen, daß die Religion Privatsache ist, dann ist die Forderung der „Gewissenfreiheit" überflüssig. Seit der Gesandte Bismarcks in London, Graf Münster, das heutige „kulturkämpfende" reaktionäre Preußen als den „Staat der Gewissensfreiheit" hingestellt hat, ist dieser Ausdruck für uns unmöglich geworden.

Es mag in dem Programm manches enthalten sein, was dem einen oder dem andern nicht so ganz gefallen dürfte; doch ist dasselbe der Ausbildung fähig. Der Sozialismus ist nicht bloß eine politische Partei, sondern auch eine Wissenschaft. Wir entwickeln uns, schreiten fort, die geistige Arbeit ist unablässig, neue Gedanken erheischen neue Formen, und was heute dem einen zu weitgehend ist, mag ihm in einem Jahre gut erscheinen, und was dem anderen reaktionär erscheint, nun, das läßt sich entfernen, sobald der reaktionäre Charakter überzeugend nachgewiesen worden. Nehmen wir also das Programm im großen und ganzen an, wie es von der Kommission empfohlen ist.

Zu den sonst vorliegenden Anträgen erklärt der Redner: Es ist beantragt, die Partei zu nennen: Rechtspartei. Der Begriff „Recht" sei ein nicht zu präzisierender, daher der Antrag schon aus diesem Grunde nicht annehmbar. Der Sozialismus kennt nur ein Recht: das gleiche Recht für alle — das ist: Gerechtigkeit. Und die Gerechtigkeit ist etwas selbstverständliches. Die Anträge von Vogel aus Berlin charakterisiert der Redner und weist kurz nach, daß sie entweder durch die von der Kommission vorgeschlagenen Aenderungen erledigt oder unzweckmäßig sind. Zum Schluß erklärt der Redner, das Programm sei kein steinernes Dogma, kein papierener Papst, sondern werde geändert, wenn

man dies für nötig halte. Der Sozialismus sei im eminentesten Sinne die Partei des Fortschritts; sie könne sich kein unabänderliches Programm als Joch auferlegen. Doch ist das Programm die Fahne, auf welcher unsere Hauptforderungen verzeichnet stehen. Unter dieser Fahne solle die Partei marschieren, hinweg über Sondergelüste und Sonderinteressen; dann werden wir unser Banner schließlich siegreich aufpflanzen auf den Trümmern der niedergeworfenen Zwingburgen des Kapitals. (Beifall.)

Bebel beantragt zur Geschäftsordnung, die Debatte über das Programm in der Weise zu teilen, daß die Punkte 1 und 2 zuerst zur Besprechung kommen und erst nach Erledigung derselben auf den zweiten Teil des Programms einzugehen.

A. Kapell und Reinders sprechen gegen den Bebelschen Antrag.

O. Kapell und Wahlteich beantragen, keine Generaldebatte mehr stattfinden zu lassen und sofort in die Spezialdebatte einzutreten.

Dieser Antrag wird angenommen und dadurch der Bebelsche Antrag erledigt.

Hasselmann als Korreferent erhält das Wort, erklärt aber, auf sein Referat zu verzichten, da er mit Liebknechts Rede völlig einverstanden sei.

Klein beantragt, vor Eintritt in die Spezialdebatte 15 Minuten Pause eintreten zu lassen.

Wird angenommen.

Ein Telegramm aus Itzehoe wird verlesen.

Der Vorsitzende Geib verliest die Abänderungsanträge zum ersten Teil des Programms. Er beantragt zur Geschäftsordnung, über alle Punkte unter I. gemeinsam zu debattieren.

Hasenclever erklärt sich dagegen; Bebel und Fritzsche dafür.

Der Geibsche Antrag wird angenommen.

Bebel ist im allgemeinen für die Kommissionsvorlage. Nur zu Absatz 4 beantragt Redner, statt: „alle anderen Klassen eine reaktionäre Masse sind" zu setzen: „alle anderen Klassen reaktionär sind".

Hasselmann: Eine schwerwiegende Frage ist daraus nicht zu machen; doch wünsche er des besseren Verständnisses wegen den Ausdruck der Vorlage beibehalten zu sehen.

Tölcke wünscht, die Vorlage der Kommission zu I. unverändert angenommen zu sehen.

Hasenclever erklärt den Begriff „Vernunft" für einen ebenso wenig zu präzisierenden, als den Begriff „Recht". In einem sozialistischen Staat sei die Menschheit überhaupt soweit vorgeschritten, daß sie nur vernunftgemäße Bedürfnisse habe. Daher das Wort „vernunftgemäß" vor „Bedürfnisse" zu streichen.

Klein betont, der fünfte Passus gehöre eigentlich zu II.

Der Passus 5 wird von der Beratung vorläufig abgesetzt.

Strecker wünscht, daß der Grundsatz aufgestellt werde, von jedem gleiche Leistungen zu fordern.

Liebknecht: Gleiche Leistungen könne man nicht verlangen, da die Kräfte nicht gleich seien. Man verfalle damit der Manchesterlehre. Das Wort „vernunftgemäß" empfehle sich, weil es falschen Auslegungen des Passus seitens der Gegner vorbeuge. Zwischen Sozialismus und Kommunismus bestehe nach

moderner Auffassung kein Gegensatz, ja kein Unterschied mehr. Der moderne Sozialismus will Aufhebung des heutigen Lohnsystems und damit Aufhebung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln. Das ist aber identisch mit Kommunismus.

Bahlteich stellt die Frage, warum Alinea 4 empfohlen werde. Wir tun unrecht, wenn wir uns in unserer Stellung zu anderen Parteien verrennen. Es könne der Fall sein, daß andere Parteien mit uns Hand in Hand gehen müssen. Dies brauchen wir nicht unbedingt zurückzuweisen, unbeschadet unserer Prinzipien. Beantragt deshalb Streichung von Alinea 4.

Hasselmann: Der Arbeiterstand ist das einzig lebensfähige Element in der heutigen Gesellschaft. Er könne allein seine Mission erfüllen. Die übrigen Parteien stehen sämtlich dem Proletariat feindlich gegenüber, und das Kleinbürgertum werde in zwei großen Parteien naturgemäß aufgehen. Auch praktisch sei der Passus unverfänglich; denn wenn der Kleinmeister einmal zur Erkenntnis seiner Lage gekommen sei, werde er sich auch daran nicht stoßen. Der Redner erklärt sich gegen den Antrag Hasenclevers auf Streichung des Wortes „vernunftgemäß".

Der beantragte Schluß der Debatte wird abgelehnt, der Schluß der Rednerliste angenommen.

Dr. Dulk fragt an, wie das Wort „nutzbringend" zu verstehen sei.

Liebknecht antwortet, unter „allgemein nutzbringend" sei zu verstehen „für die Gesellschaft nutzbringend" resp. gesellschaftlich nützliche Arbeit zum Unterschied von Kraftäußerungen, die auf Befriedigung eines rein individuellen Bedürfnisses gerichtet sind.

Dr. Dulk: Wenn wir nicht auf dem ganz schroffen Standpunkt der Gewalt stehen, so wäre er (Redner) dafür, daß der ganze Passus 4 gestrichen werde. Wenn man dies ablehne, solle man wenigstens die „Masse" streichen. Das Wort „vernunftgemäß" sei beizubehalten; man verstehe darunter ein gewisses Gleichmaß.

Wendler spricht gegen Beibehaltung der Bezeichnung „vernunftgemäße Bedürfnisse".

Dotzauer schlägt vor, zu setzen: „menschenwürdige Bedürfnisse".

Hartmann erklärt sich aus praktischen und agitatorischen Gründen für Beibehaltung der Worte: „vernunftgemäße Bedürfnisse", indessen gegen Bahlteichs Antrag. An der Bezeichnung „Arbeiter" stoße sich niemand; im Gegenteil, man trete uns seitens der Gegner oft mit den Worten gegenüber: Auch ich bin Arbeiter. Unter Arbeiter müsse man jeden verstehen, der sich der Gesellschaft nützlich mache. Daher sei er für Ablehnung des Bahlteichschen Antrages.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Fritzsche beantragt namentliche Abstimmung über I., Alinea 4.

Hartmann erklärt sich dagegen.

Der Fritzsche Antrag wird genügend unterstützt. Zuerst kommen die Amendements zur Abstimmung durch Akklamation. Hierbei erklärt der Vorsitzende, daß die in der Vorlage enthaltenen Leipziger Anträge sämtlich zurückgezogen seien, da sie meistenteils seitens der Referenten in ihre Aenderungsvorschläge aufgenommen wurden. Die Anträge der Referenten erhalten die Bezeichnung „Kommissionsanträge".

Der Antrag Silvanus wird abgelehnt.

Der Antrag Vogel ebenfalls.

Dasselbe geschieht mit dem Antrag Wintersberg.

Der Antrag Hasenclever, das Wort „vernunftgemäß" zu streichen, und der Antrag Kayser auf Streichung des ganzen Satzes werden ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag der Referenten wird angenommen.

Vogels Antrag zu I., Alinea 2 wird abgelehnt, und finden hierauf die Anträge der Kommission allseitige Zustimmung.

Silvanus' und Vogels Anträge zu I., Alinea 3 werden abgelehnt, die Vorschläge der Referenten aber angenommen.

Bebels Amendement zu I., Alinea 4 wird mit 58 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Wahlteichs Antrag zu Alinea 1, Absatz 4 wird abgelehnt. Dafür stimmen 12 Delegierte, welche 2191 Stimmen vertreten; dagegen stimmen 111 Delegierte mit 23,022 Stimmen.

Die Vorlage der Referenten ist somit angenommen.

Die Anträge zu II. werden verlesen.

Scheu beantragt noch, die Worte „mit allen gesetzlichen Mitteln" zu streichen.

Klein spricht gegen die Bezeichnung „Arbeiterpartei", weil dieselbe auch von nichtsozialistischen Vereinigungen getragen werden könne. Ferner dürfe man die Worte „mit dem ehernen Lohngesetz" nicht streichen. Das eherne Lohngesetz existiere und lasse sich von niemand abstreiten.

Klute beantragt zur Geschäftsordnung, heute nur bis spätestens 8 Uhr zu tagen, da eine Kommission der Lassalleaner noch zu arbeiten habe.

Hasselmann erklärt sich für Schluß der Verhandlungen nach Beendigung der Beratung über II.

Klute modifiziert seinen Antrag dahin. Derselbe wird angenommen.

Anträge von Vogel, Silvanus (gedr. Vorlage) und Scheu zu II. finden nicht die nötige Unterstützung und werden von der Beratung abgesetzt.

Hasselmann ist für Schluß der Debatte, da kein Gegenantrag den Vorschlägen der Kommission gegenübersteht.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird bestimmt, daß zwei Redner noch für und zwei gegen den Antrag sprechen sollen.

Drogand: Das eherne Lohngesetz sei die Grundlage der Lassalleschen Lehre; man könne es nicht wegleugnen, sonst müsse man sämtliche Lassalleschen Schriften vernichten.

Kuhl erklärt das eherne Lohngesetz als die Grundwurzel der sozialistischen Lehre.

Fritzsche: Liebknecht habe das eherne Lohngesetz nicht geleugnet, sondern konstatiert, in der heutigen Gesellschaft sei es „ehern", in der zukünftigen sei es abgeschafft.

Bebel: Wir erkennen das eherne Lohngesetz im heutigen Staate an. Die Worte bezüglich des ehernen Lohngesetzes können, weil sie etwas sagen, das ganz selbstverständlich ist, wegfallen; um aber Mißverständnisse zu vermeiden, beantrage er die Streichung nicht.

Liebknecht: Er habe sich nur gegen das Wort „ehern" erklärt, welches einen Begriff der Festigkeit und Unabänderlichkeit in sich schließe, der auf das Lohngesetz nicht anzuwenden, und daß das „eherne Lohngesetz" nur eine Folge der Lohnarbeit sei, die Folge aber mit der Ursache selbstverständlich verschwinden müsse; es sei folglich unlogisch, neben der Abschaffung der Lohnarbeit das Lohngesetz ausdrücklich zu erwähnen.

Hasselmann ist für Beibehaltung des Ausdrucks. Kein Mensch glaube, daß in einer sozialistischen Gesellschaft ein solches Gesetz besteht; heute aber wirkt es wie ein Naturgesetz. Sollte es im jetzigen Wortlaut nicht ganz am Platze sein, so ist es doch ein gutes Sturmwort gegenüber unseren Gegnern. Wenn dieselben z. B. anführen, es ließen sich die Verhältnisse ändern ohne sozialistische Staatsänderung, so könne man ihnen dieses Wort entgegenschleudern.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen, und werden zum Schluß zwei Telegramme aus Frankfurt a. M. und Jägerndorf verlesen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Vierte Sitzung: Dienstag, den 25. Mai, vormittags 8 Uhr.

Eröffnung durch Hasenclever. Es wird zunächst die Präsenzliste verlesen. Nicht anwesend sind Auer, Bock, Bebel, Endres, Grillenberger, Kokosky, Kettel, Löwenstein, Kayser, Löffelbein, Tölcke, Winner, welche aber während der Verlesung und kurz nach derselben eintrafen. Sodann teilt der Vorsitzende mit, daß ein Brief von Emil Roland aus Dingelstedt eingegangen sei, und verliest ein Telegramm aus Innsbruck. Es erfolgt nun die Verlesung des Protokolls der Abendsitzung vom 23.; dasselbe wird nach Berichtigung seitens einiger Delegierten genehmigt. Dann kommt zur Verlesung das Protokoll vom 24. vormittags; auch dieses wird in derselben Weise genehmigt.

Reimer stellt den Antrag, die unwesentlichen Geschäftsordnungs-Debatten nicht aufzunehmen.

Kokosky beantragt, eine Redaktionskommission zu wählen.

Hasenclever befürwortet das letztere, und wird beschlossen, daß dieselbe am Schluß des Kongresses gewählt wird.

Es wird nun in die Verhandlung, Fortsetzung der Debatte über das Programm, eingetreten.

Ein Antrag Liebknechts, dem Absatz II an betreffender Stelle folgende Fassung zu geben: „die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit", wird angenommen.

Es wird die Debatte eröffnet über den ersten Abschnitt des zweiten Teiles des Programms. Die Kommission hat eine etwas andere Fassung beantragt, indem es heißen solle: „sozialistische" Produktivgenossenschaften; sodann liegen noch Anträge vor von Wintersberg (die Forderung der Staatshilfe, sowie die Forderung der Produktivgenossenschaften für den Ackerbau zu streichen); Köhnke und Genossen (die Errichtung von freien, individuellen Produktivgenossenschaften zu setzen); Kayser und Genossen (statt des Wortes „verlangt" „erstrebt" zu setzen).

Die beiden Anträge Wintersberg (gedruckte Vorlage Nr. 3 u. 5) werden nicht genügend unterstützt.

Es nimmt zunächst das Wort der Referent

Hasselmann: Es kam bei diesem Passus darauf an, daß der Begriff der Produktivgenossenschaften klargelegt wurde. Derselbe war sehr verschieden, indem die Lassalleaner die Einführung derselben sich in großartigem Maßstabe vorstellten, wohingegen man sich auf der anderen Seite vielfach dachte, daß etwas Kleinliches damit erstrebt würde. Diese Auffassung hat ja Bracke zu seiner Broschüre veranlaßt. Indem man den Begriff der Produktivassoziation in solch kleinlicher Weise auffaßte, schoß man am Ziel vorbei.

Um nun jedes Mißverständnis unmöglich zu machen, hat die Kommission eine genügend deutliche Fassung gegeben. Durch den Ausdruck „unter demokratischer Kontrolle des Volkes" wird der etwaige Irrtum beseitigt, daß wir vielleicht vom reaktionären Staat Hilfe verlangen. Durch den Passus über die Assoziationen für Industrie und Ackerbau soll das Mißverständnis beseitigt werden, als wenn wir nur einen Teil des arbeitenden Volkes assoziieren wollten.

Der Ausdruck „erstrebt" ist nicht passend; das Endziel erstreben wir im ersten Teile des Programms, und ist der Ausdruck hier angebracht; bei den unter den jetzigen Verhältnissen aufgestellten Grundsätzen aber verlangen wir.

Der Ausdruck „individuelle Produktivassoziationen" ist nicht zutreffend; die von uns erstrebten Assoziationen sind kollektiv, nicht individuell. Die französischen Sozialisten, wie St. Simon und auch Louis Blanc, dachten, die Arbeit von oben herunter mit einem Schlage organisieren zu können; Lassalle aber wollte freie Assoziation und nicht den Zwang.

Die Liberalen machten zwar gegen diese Assoziation geltend, daß dies dasselbe sei, was Schulze wolle; Lassalle widerlegte dies aber in seinen späteren Schriften, indem er darauf hinwies, daß keine kleinen zersplitterten Assoziationen gebildet, sondern dieselben in größerem Maßstabe errichtet werden und in einen Gesamtverband treten sollten. Ständen die Produktivassoziationen vereinzelt da, so könnte von keiner Gesamtarbeit, sondern nur von einer Gruppenarbeit die Rede sein. Die Arbeiter sind im übrigen heute ziemlich über die Begriffe von Staatshilfe und Selbsthilfe aufgeklärt.

Kokosky: Er habe sich gemeldet für den Kommissions-Antrag, nicht weil er mit demselben einverstanden sei, sondern weil durch die Fassung die Möglichkeit weiterer Entwicklung und Klarstellung gegeben sei.

Nicht wegen der Kleinlichkeit, sondern wegen der Gefährlichkeit und der Möglichkeit des Mißbrauchs der Forderung von Produktiv-Assoziationen haben wir eine andere Stellung zu derselben eingenommen; durch den Ausdruck „sozialistische" Genossenschaften ist dies nun so weit klar gelegt, daß wir darauf eingehen können.

Was wir „erstreben", ist der kommunistische Staat; das Verlangen nach sozialistischen Produktivgenossenschaften ist eine einzelne entwicklungsfähige Forderung. Deshalb ist hier der Ausdruck „verlangen" richtiger.

Wir stellen uns in manchen Punkten schon heute auf den kommunistischen Standpunkt.

Es gibt auch Genossenschaften, welche wir erstreben, welche nicht Produktivgenossenschaften sind, so die Post, die Eisenbahn.

Wir wollen nicht Produktivgenossenschaften im Interesse der Individuen sondern der Gesamtheit, und dies ist durch den Ausdruck „sozialistische" Produktiv-Assoziationen klargestellt.

Kayser erklärt sich gegen den ganzen Passus, auf die Gefahr hin, Mißfallen zu erwecken. Nach den Fortschritten, welche die Arbeiterbewegung gemacht, kann derselbe nicht mehr aufrecht erhalten werden. Hasselmann selbst habe sich schon in einer Versammlung zu Berlin in dieser Weise ausgedrückt. Hasselmann erläuterte, daß die Produktiv-Assoziationen nach dem Lassalleschen Sinne nicht in Gruppen-Einteilung, sondern in Gesamt-Zusammenhang erstrebt werden. Im ersteren Falle würde nach Ansicht des Redners eine Prätorianer-Armee geschaffen, und das letztere wäre die gesamte Organisation der Arbeit, welche man sofort schaffen würde, sobald wir im Besitze der Macht sind.

Der Ausdruck „demokratische Kontrolle" habe für Redner keine Bedeutung; wenn das Volk die Entscheidung hat, so richtet es die sozialistische Gesellschaft ein.

Wenn man etwas verlangt, so muß jemand da sein, an den man das Verlangen stellt — und das kann doch niemand anders sein als der jetzige Staat. Wir wollen aber nichts von der heutigen Staatsmacht, sondern wollen diese Macht selbst erwerben.

Was Köhnke vorschlägt, riecht nach Schulze-Delitzschianismus, weil „frei individuell" heißt, daß Personen, die etwas haben, sich freiwillig zur Bildung von Produktivgenossenschaften zusammenfinden. Man möge also den ganzen Passus streichen und das Amendement Köhnke ablehnen.

Kuhl ist für den Passus, und zwar sowohl aus theoretischen wie praktischen Gründen. In den Lassalleschen Schriften sind die Produktiv-Assoziationen als positive Forderung hingestellt; würden wir den Passus streichen, so würde dies Mißtrauen erregen und böses Blut machen.

Der Ausdruck „verlangen" ist der richtigste; wir verlangen die betreffenden Punkte eben von der Gesellschaft. Der Unterschied zwischen sozialistischen Produktiv-Assoziationen und individuellen, resp. selbsthilflerischen, ist schon so oft in den Versammlungen auseinandergesetzt worden, daß er nicht begreifen könne, wie ein durchdachter Sozialist einen Antrag auf individuelle Assoziationen stellen kann.

Ausdrücke, wie die Forderung der Staatshilfe, müssen wir beibehalten, weil wir auf Grund derselben seit Jahren schon agitiert haben.

Köhnke glaubte nicht, daß sein Antrag solche Angriffe erfahren würde. Es kommt bei Herstellung unseres Programms darauf an, praktische Formen für unsere Forderungen zu finden, um damit eine nutzbringende Agitation ins Leben rufen zu können. Lassalle sagt im Offenen Antwortschreiben, S. 30: „Die freie individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates — das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstande gegeben ist." —

Redner könne also gar nicht begreifen, daß man gegen seine Fassung so vorgehen könne; es könne nur der Fall sein, daß man sie nicht so aufgefaßt, wie sie gemeint war. Es handelt sich ja nicht um selbsthilflerische Assoziationen, sondern darum, daß jedem der freie Wille bleibt, einer Assoziation beizutreten oder nicht. Wem es gefalle, könne dann bei Privatunternehmern eintreten. Eben in dieser Fassung des Antrages liegt für den einzelnen die Freiheit; man könne ja sonst einwerfen, wir wollten die persönliche Freiheit einschränken.

Von Gruppen-Assoziationen sei nicht die Rede in dem Antrage; dieselben sollen im Zusammenhange stehen, aber freilich kann es im Anfange vorkommen, daß solche bestehen, bis sich andere Assoziationen gleicher Art gebildet haben.

Seitens der Kommission ist eine Aenderung beantragt, und zwar dahingehend, statt „verlangen": fordern zu sagen.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.

Walther begreift nicht, wie bei der korrekten Fassung des Passus noch irrtümliche Auffassungen herrschen können. Die Produktiv-Assoziationen bildeten freilich einen Streitpunkt zwischen den beiden Fraktionen; aber es muß sich doch jeder Sozialdemokrat klar sein, daß dieselben das beste Uebergangsstadium zur sozialistischen Gesellschaft bilden.

Gladewitz ist nicht für Streichung des ganzen Passus, aber für den Ausdruck „erstreben".

Man nahm gestern die Fassung an, daß alle andern Klassen der Arbeiterklasse gegenüber eine reaktionäre Masse wären — von einer solchen können wir aber nichts verlangen. Für Verwerfung des Antrages von Köhnke sei Redner deshalb, weil sich über denselben jetzt schon bei den Delegierten Mißverständnisse gezeigt haben, was also bei den Arbeitern in noch weit größerem Umfange der Fall sein würde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es erhält noch der Referent das Wort.

Hasselmann: Daß die Umstände betreffs der Produktiv-Assoziationen sich im Laufe der Zeit geändert, ist selbstverständlich, und ist niemand mehr der Ansicht, daß 100 Millionen ausreichen, um dieselben anzubahnen. Redner ist noch immer gegen den Ausdruck erstreben; wenn man sagt, man verlange das volle Menschenrecht, so wird man gegen diesen Ausdruck wohl von keiner Seite etwas einwenden; es ist also bei diesem Ausdruck jedes Mißverständnis, als wenn wir von dem heutigen reaktionären Staate verlangten, resp. forderten, ausgeschlossen.

Lassalle wollte mit dem Ausdruck „freie individuelle Assoziationen" nur betonen, daß er nicht die St. Simonschen Zwangsanstalten wollte.

O. Kapell bemerkt persönlich, daß er bei der Staatshilfe nicht das 100 Millionen-Projekt im Auge habe.

Es wird zur Abstimmung geschritten: Der Antrag von Kayser und Genossen wird abgelehnt; der Antrag von Köhnke und Genossen desgleichen.

Drogand wünscht, daß seitens der Kommission erklärt werde, was eigentlich der Unterschied zwischen verlangen und fordern sei.

Liebknecht kommt dem nach und bemerkt, daß das Wort „verlangen" sich auf einen gegenwärtigen konkreten Gegenstand beziehe; also z. B. könne man von Bismarck verlangen. Das Wort Fordern dagegen bedeute eine auf Vernunft gegründete Willensäußerung und könne sich auf eine absolute Wahrheit, ein Recht beziehen. Das Wort „fordern", „Forderung" sei daher auch mit Recht im Eisenacher Programm gebraucht, was er den Freunden Eisenacher Richtung ins Gedächtnis rufe. Außerdem klingt „fordern" kräftiger.

Fritzsche: Das Kind verlangt, der Mann fordert.

Es entsteht eine kurze Debatte darüber, daß das Wort „verlangt" dadurch gefallen sei, weil die Kommission an Stelle desselben „fordert" gesetzt und niemand vor Schluß der Debatte den früheren Ausdruck wieder aufgenommen.

Geib beantragt Wiederaufnahme der Debatte. Dies wird abgelehnt.

Hasselmann beantragt, über das Wort „verlangt" abzustimmen. Dagegen erhebt Geib Widerspruch, da dies unzulässig sei, erklärt sich aber schließlich des lieben Friedens willen dafür, daß man in diesem Falle eine Ausnahme mache.

Es wird abgestimmt und das Wort „verlangt" abgelehnt; damit ist der von der Kommission beantragte Ausdruck „fordern" angenommen.

Sodann wird über den ganzen Passus abgestimmt und derselbe mit allen gegen ca. 12 Stimmen angenommen.

Reinders teilt das Resultat der gestrigen Abstimmung über den Ausdruck „reaktionäre Masse" mit; gestimmt haben dagegen: 12 Delegierte mit 2191 Stimmen, dafür: 111 mit 23,022 Stimmen; und zwar haben gestimmt gegen: Auer, Blos, Dulk, Giesecke, Herzog, Grillenberger, Kayser, Linke, Löwenstein, Moje, Steiner und Vahlteich; für: Baditz, Bronnemeier, Bock, Burkhardt, Böttcher, Baumann, Bebel, Demmler, Bäthke, Bardonner, Brückmann, Daßbach, Derossi, Dreesbach, Drogand, Dotzauer, Endres, Engelhardt, Eger, Fahl, Finn, Frick, Fritzsche, Fink, E. Fischer, Fischer-Koburg, Franz, Geib, Gadow, Gladewitz, Glebe, Günther, Harm, Hartmann, Hasenclever, Hasse, Hasselmann, Hurlemann, Heinzel, Heerhold, Hörig, Heitbrinck, Hochheim, Just, Kühn, Kokosky, Kegel, Klees, A. Kapell, O. Kapell, Klein, Klute, Köhnke, Kreuzberg, Kuhl, Lingner, Löffelbein, Leuchtenberg, Liebknecht, Lehmann, Müller, Mai, Mamme, Motteler, Mielke, Meyer, Meister, Molkenbuhr, Neumann, Ohlig, Petzold, Pilster, Pleß, Prinz, Petermann, Reinhold, Richter, Rackow, Reimer, Reinders, Riesch, Rödiger, Scharnke, Schiedewitz, Schönian, Schweckendiek, Steffens, Steinig, Stuhr, Strecker, Slauck, Ramm, Schuhmacher, Scheu, Ufert, Ulrich, Tölcke, Tutzauer, Vater, Wiemer, Wendeler, Wobusa, Walter, Wichterdahl, Winner, Wytzka, Zwiener, Kronenberg.

Es wird in der Tagesordnung weiter geschritten und man kommt also zur Verhandlung von 1 des zweiten Abschnittes.

Es liegen Anträge vor von der Kommission: Baumann (alle Beamten sind durch das allgemeine Wahlrecht zu wählen); Bebel und Genossen (obligatorisches Wahlrecht mit dem 20. Jahre für Staatsangehörige beiderlei Geschlechts); Vogel (gedr. Vorlage); Hasse und Genossen (beizufügen mit Gewährung von Diäten für die Volksvertreter).

Ein Antrag von Gießener Parteigenossen (gedr. Vorlage zu 1 statt 21, 20 Jahre zu setzen) fällt fort, da diese Bestimmung auch im Antrage der Kommission enthalten ist.

Der Antrag Vogels wird nicht genügend unterstützt; der von Hasse und Genossen genügend; desgleichen der Antrag von Bebel und Genossen; der von Baumann nicht genügend.

Es erhält zunächst als Referent das Wort

Hasselmann: Er nehme das Wort, weil verschiedene abweichende Anträge vorliegen, und wendet sich zunächst gegen das obligatorische Wahlrecht. Wenn die Bevölkerung noch nicht genügend über ihre Interessen unterrichtet ist, so dient sie nur der Reaktion als Stimmvieh; richtiger wäre es, wenn die Wahltage auf Sonn- und Feiertage angesetzt werden.

Es ist auch unter Umständen ein Recht, sich der Abstimmung zu enthalten, und wäre hier der Zwang nicht am Platze; z. B. bei engeren Wahlen, wenn einem keiner der beiden Kandidaten gefällt.

Was das Wahlrecht der Frauen betrifft, so muß man unterscheiden, was sich für die Verhältnisse der Gegenwart und die der Zukunft paßt. Es ist freilich eine Ungerechtigkeit, daß ein Teil der Menschen benachteiligt ist, und im sozialistischen Staate muß dieselbe vollständig entfernt werden. Das Weib ist aber heute im allgemeinen noch weit zurück, weil seine Erziehung schlechter ist als die des Mannes.

Auch fällt das Wahlrecht mit der allgemeinen Wehrpflicht zusammen; es macht einen andern Eindruck, wenn dasselbe durch Elemente ausgeübt wird, welche auch (theoretisch) die Macht zur Geltendmachung desselben besitzen.

Setzen wir also einstweilen das Wahlrecht für die Männer vom 20. Jahre an fest; spätere Kongresse könnten weiteres bestimmen.

Was die Diätenfrage betrifft, so agitieren wir zwar für die Forderung, weil gegenwärtig der Arbeiterstand durch Verweigerung derselben an der Vertretung in den gesetzgebenden Versammlungen gehindert werden soll.

Redner sei aber gegen Aufnahme des Passus in das Programm, weil derselbe zu kleinlich sei; wo wir für Agitation usw. so viele Mittel aufbringen, können wir wohl auch unsere Abgeordneten genügend erhalten.

Man kann sogar die Agitation praktischer betreiben, indem wir darauf hinweisen, daß wir trotz der Diätenlosigkeit uns alle Mühe geben, so viele Vertreter des Arbeiterstandes in die gesetzgebenden Körper zu bringen wie möglich.

Es wird Schluß der Rednerliste angenommen. — Ein Antrag von A. Kapell, einen Redner von oben und einen von unten zu nehmen, wird abgelehnt. — Von Klein geht ein Zusatzantrag ein, hinter „Staat und Gemeinde" zu setzen, daß die Wahlen auf Sonntage angesetzt werden.

Desgleichen einer von Scharnke auf allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Staatsangehörigen vom 20. Jahre an für alle Wahlen im Staat und Gemeinde. Die Wahlen haben an einem Sonn- oder Feiertage stattzufinden, eventuell ist der Wahltag zu einem Feiertage zu erheben. — Es erhält sodann das Wort

Bebel: Der Eingang seines Antrages sei vom Präsidium nicht verlesen worden und daher sei derselbe nicht ganz verständlich gewesen.

Es ist bei den gestellten Forderungen vorausgesetzt, daß wir dieselben beim heutigen Staate nicht durchsetzen können; von diesem Standpunkte müssen wir bei der Debatte ausgehen.

Mit dem Ausdruck „Wahlen im Staat und Gemeinde" ist nicht alles gesagt, indem wir auch andere Wahlen, z. B. die der Beamten, haben; deshalb sei der Passus verändert.

Hasselmann meine, die Frauen seien nicht gebildet genug; das werde aber auch von den männlichen Arbeitern gesagt. Ja, es gibt noch Leute, welche erklären, für das allgemeine Wahlrecht zu sein, wenn nur die Arbeiter gebildeter wären.

Das ist aber unrichtig; ein Recht muß geübt werden, und es muß Gelegenheit dazu gegeben werden, wenn man die Wirkungen sehen will. Wir nannten gestern alle andern Klassen eine reaktionäre Masse; wir dürfen nun nicht den Frauen gegenüber uns als reaktionär hinstellen.

Das obligatorische Wahlrecht ist unbedingt nützlich und hat sich in der Schweiz schon bewährt. Die Bourgeois gehen fast alle zu den Wahlen; die 50 Prozent, welche sich nicht beteiligt, waren Arbeiter, und wenn auch ein Teil davon gegen uns gestimmt haben würde, so doch bestimmt die große Mehrheit für uns.

Hasselmann sagt, daß er nur für das Frauenwahlrecht sein könne, wenn die Frauen genügend gebildet seien; nun, wir müssen eben dahin streben, daß sie es werden. Und dies geschieht eben dadurch, daß wir ihnen das Wahlrecht geben, damit sie sich in der Benutzung desselben üben.

Redner habe vor Jahren auch gesagt, daß die Arbeiter nicht genügend gebildet seien; er wäre aber anderer Ansicht geworden, und dies würde auch der Fall bei denen sein, welche jetzt die Frauen für nicht genügend gebildet halten.

Es ist schon jetzt Tatsache, daß die Frauen sich mit regem Interesse an unserer Bewegung beteiligen und günstig auf die Männer einwirken.

Wir müssen die Frauen besonders aus letzterem Grunde heranzuziehen suchen und mache Redner noch auf den Einfluß derselben in der ultramontanen Bewegung aufmerksam.

Bei der vorjährigen Reichstagswahl in Leipzig wurde ein Flugblatt an die Frauen verbreitet, welches sehr gute Wirkung getan.

Wir bedauerten damals sehr, daß die Frauen nicht mitstimmen konnten; wir waren überzeugt, daß wir dann sogar eine große Anzahl Stimmen aus den Reihen der Bourgeoisfrauen erhalten haben würden.

In England haben in 66 Gemeinden von 27,000 Frauen 14,000 ihr Stimmrecht ausgeübt. Aus Virginien hat ein Oberrichter nach Washington berichtet, daß seit der Wahlberechtigung der Frauen die Störungen bei den Wahlen gänzlich verschwunden seien.

Nehme man seinen Antrag an, so werde man dabei in kurzer Zeit große Erfolge erringen.

Es sind Anträge eingegangen von O. Kapell (zu setzen: der Wahltag muß ein Sonn- oder Feiertag sein), und Dotzauer (statt „geheimes Wahlrecht" zu setzen: Wahlrecht mit geheimer Abstimmung).

Schweckendiek: Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist ein gewaltiges Agitationsmittel — und dieses fordern wir vom heutigen Staate. — Das obligatorische Stimmrecht hat in der Schweiz nicht die Erfolge gehabt, wie Bebel hinstellt; Redner habe daselbst praktische Erfahrungen gemacht. Auch war die Beteiligung eine schwache, trotz der Strafbestimmungen. — Der Arbeiter muß durch die freie Ueberzeugung zur Wahlurne getrieben werden.

Was das Frauenstimmrecht betrifft, so mache Redner darauf aufmerksam, daß wir uns nicht in Amerika, sondern in Deutschland befinden.

Wir haben jedes Jahr einen Kongreß, und wenn wir weiter geschritten sind, werden wir zur passenden Zeit die Forderung stellen können.

Auer: Er sei prinzipiell für das Stimmrecht der Frauen; gestern wurde angenommen, daß die andern Klassen uns gegenüber eine reaktionäre Masse bilden; so könnten wir auch von den Frauen als reaktionär auf den Index gesetzt werden, wenn wir sie nicht mit uns gleichstellen wollen.

Klein: Der gestrige Beschluß, welcher so oft angeführt wird, hat mit der heutigen Sache nichts zu tun.

Wenn Bebel auf die Schweiz hinweist bezüglich des obligatorischen Wahlrechts, so können wir gerade die Schweiz als abschreckendes Beispiel nehmen; es sind dort genug Dummheiten gemacht worden. Was die Bemerkung Bebels betreffs der zu gewinnenden Bourgeoisweiber anlangt, so ist das wohl illusorisch; dieselben interessieren sich für uns nicht, im Gegenteil, sie hassen uns, wie ihre Männer es tun. Das liegt einmal im Klasseninteresse.

Die Diätenfrage haben wir bis jetzt als Kampfmittel benutzt. Wir haben bewiesen, daß nicht bloß Bismarck, sondern daß auch wir „heidenmäßig viel Geld" haben, und wir imstande wären, den ganzen Reichstag mit unseren Abgeordneten zu besetzen.

Was die Festtage anlange, so habe er für dieselben kein Interesse, da es ja nicht darauf ankomme, ob der Wahltag einige Tage früher oder später stattfindet; der Sonntag ist also genügend.

Slauck ist für den Antrag Bebel. Es ist von dem Referenten darauf hingewiesen worden, daß das Programm auf die Höhe der Wissenschaft gehoben werden müsse. Es herrscht vielfach die Ansicht, daß durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht die aufgestellten Forderungen erreicht werden könnten; damit ist man aber auf dem Holzwege. Nur durch den Druck der Volksmasse kann die Regierung zu Konzessionen getrieben werden, und zu diesem Zwecke ist praktisch, ja notwendig, die Frauen mit in die politische Bewegung zu ziehen.

Hasselmann: Auf der einen Seite verlangt Bebel das obligatorische Wahlrecht deswegen, weil die Arbeiter dadurch geschult werden; bei der Frauenfrage nun meint Bebel, daß man die späteren Verhältnisse auch in Betracht ziehen müsse; die Erziehung im sozialistischen Staate wird aber eine so gute sein, daß kein Zwang mehr nötig sein wird. Redner habe im übrigen schon erklärt, daß er im Prinzip nicht gegen das Frauenstimmrecht sei. Wenn die Frage vorläge, ob die Frauen den Männern gegenüber benachteiligt werden sollten, wäre es etwas anderes; heute ist sowohl der männliche wie der weibliche Teil des Arbeiterstandes unterdrückt. Es kommt lediglich auf die praktische Frage an, ob die Beteiligung der Frauen an den Wahlen für unsere Bestrebungen günstig oder ungünstig sei — und da sei Redner von dem letzteren überzeugt.

Wenn dem allgemeinen Wahlrecht Nachdruck gegeben werden soll, so muß dasselbe mit der allgemeinen Wehrpflicht korrespondieren.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag von Hasse und Genossen wird abgelehnt; der Antrag von O. Kapell wird angenommen. Der Antrag auf Streichung des Feiertages wird abgelehnt; der Antrag Bebel und Genossen auf obligatorisches Wahlrecht wird angenommen. — Ueber den andern Teil des Antrages, hinter „Staatsangehörige": beiderlei Geschlechts zu setzen, muß namentliche Abstimmung vorgenommen werden, da das Zählresultat zweifelhaft ist; dies geschieht. Der Vorsitzende Hasenclever gibt die Erklärung ab, daß von denen, die gegen den Antrag Bebel gestimmt, diejenigen prinzipiell nicht gegen das Stimmrecht der Frauen sind, welche sich für den Ausdruck „Staatsangehörige" entscheiden. Dem wird von allen Seiten zugestimmt.

Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Fünfte Sitzung: Dienstag, den 25. Mai, nachmittags 2½ Uhr.

Vorsitzender: Geib. — Die Verlesung der Präsenzliste ergibt, daß ein Delegierter fehlt. Drei weitere Fehlende haben sich vor Eintritt in die Tagesordnung bei den Schriftführern gemeldet.

Depeschen sind eingelaufen von Heidelberg, Ottensen und Braunschweig.

Zunächst wird das Ergebnis der namentlichen Abstimmung von heute Vormittag über den Antrag von Bebel betreffs des Zusatzes „beiderlei Geschlechts" verlesen, nach welchem 55 Delegierte mit 10,970 Stimmen für und 62 Delegierte mit 14,142 Stimmen gegen den Passus gestimmt haben, und zwar stimmten für denselben:

Auer, Baditz, Bronnenmeier, Burkhardt, Baumann, Bebel, Blos, Bäthke, Bardonner, Daßbach, Dulk, Dotzauer, Endres, Engelhardt, Fink, E. Fischer, Fischer-Koburg, Franz, Gadow, Gladewitz, Hasse, Hurlemann, Hörig, Hofmann, Heitbrinck, Just, Kühn, Kaiser, Kokosky, Kegel, A. Kapell, Löffelbein, Lehmann, Löwenstein, Moje, Mai, Mamme, Motteler, Milke, Reichelt, Richter, Reinders, Scharnke, Slauck, Ramm, Schumacher, Scheu, Steiner, Ulrich, Tölcke, Vater, Wahlteich, Wiemer, Winner.

Gegen den Zusatzantrag stimmten:

Bock, Böttcher, Demmler, Brückmann, Derossi, Dreesbach, Drogand, Eger, Fahl, Finn, Frick, Fritzsche, Geib, Glebe, Günther, Harm, Hartmann Hasenclever, Hasselmann, Heinzel, Heerhold, Herzog, Heinemann, Grillenberger, Hochheim, Klees, O. Kapell, Klein, Klute, Köhncke, Kreuzberg, Kuhl, Lingner, Leuchtenberg, Liebknecht, Möller, Meyer, Meister, Molkenbuhr, Neumann, Ohlig, Petzoldt, Pilster, Pleß, Prinz, Rackow, Reimer, Rödiger, Schiedewitz, Schönian, Schweckendiek, Steffens, Steineck, Stuhr, Strecker, Tutzauer, Wendeler, Walther, Wichendahl, Wytzka, Zwiener, Kronenberg.

Hierauf Eintritt in die Tagesordnung.

Liebknecht führt an, da die Abstimmung diesen Morgen nicht recht klar gewesen, weil diejenigen, welche gegen „beiderlei Geschlechts" gestimmt, durchaus nicht Gegner des Frauenstimmrechts seien, so bitte er die jetzige Abstimmung so aufzufassen, daß alle diejenigen, welche für „Staatsangehörige" gegenüber „Männer" stimmen, auch für das Frauenstimmrecht sich erklären. Nur aus stilistischen Gründen sei er für diese Fassung gegenüber der andern gewesen.

Der Vorsitzende verliest hierauf die Anträge ad. III., 1. Dieser Passus wird in folgender Fassung angenommen: 1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmenabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonn- oder Feiertag sein.

Zu § 2 schlagen die Referenten vor, man möge setzen: „Direkte Gesetzgebung durch das Volk", sodaß die weiteren Worte im Entwurfe wegfallen.

Walther wünscht, daß die Debatte hierüber insgesamt stattfinden möge, weil die Sache sonst zu lange dauern würde, da noch die Organisation, Presse usw. zu beraten sei.

Der Antrag Vogels zu III., 2 fällt, dagegen wird der Vorschlag der Referenten mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen.

Bebel beantragt, die Frage der Entscheidung über Krieg und Frieden schon bei III., 2 zu erledigen, und zwar wie folgt: „Direkte Gesetzgebung durch das Volk; Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk."

Die Referenten bemerken, daß dies schon im Referate vorgeschlagen.

Ein weiterer Antrag von Rackow, daß die Bewaffnung aller Staatsangehörigen hinzugefügt werde, wird nicht genügend unterstützt.

Bebel beantragt, statt Wehrhaftigkeit: Volksbewaffnung zu setzen.

Liebknecht bemerkt, Wehrhaftigkeit sei weitgehender als Volksbewaffnung, die darin eingeschlossen sei; darum möge Bebel auf seinen Antrag verzichten.

Bebel zieht denselben zurück und läßt den weiteren Antrag, welcher von der Trennung der Kirche von Staat und Schule handelt, bis später fallen.

Molkenbuhr ist gegen den Antrag der Kommission; er halte es für das geeignetste, wenn die Volksvertretung über Krieg und Frieden zu entscheiden habe.

Stolle: Wenn der Feind ins Land hereingebrochen sei, könne nicht erst das Volk zusammenkommen und über Krieg und Frieden entscheiden.

Man schreitet zur Abstimmung über Punkt 3.

Die Fassung der Referenten lautet nun: „§ 3: Allgemeine Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere." Dieselbe wird angenommen, ebenso der Zusatz zu III., 2: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk."

Zu Punkt 4 beantragen die Referenten anzufügen: „überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken."

Die Anträge von Vogel hierzu werden nicht unterstützt und wird der Vorschlag der Referenten angenommen.

Zu Punkt 5 liegen wieder mehrere Anträge vor, wovon derjenige von Vogel die nötige Unterstützung erhält, welcher Rechtsprechung durch Volksgerichte mit öffentlichem und mündlichem Gerichtsverfahren, unentgeltliche Rechtspflege, Abschaffung der religiösen Eidesformeln, sowie der Todesstrafe verlangt usw.

Liebknecht hält fest an dem, wie es die Kommission beantragt habe, weil das Programm sonst zu lang würde; solche weitläufige Fassungen seien gut als Resolution oder zu einer Denkschrift, aber in das Programm können sie nicht aufgenommen werden.

Hierauf wird der Antrag Vogels abgelehnt und die Fassung der Kommission angenommen.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Sodann wird ein Antrag der Referenten (Kommission) angenommen, welcher lautet: „§ 5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit."

Zu dem Passus: „Die Arbeiterpartei fordert als geistige und sittliche Grundlage des Staats", werden außer dem Antrage der Referenten vorgelesen:

Der Antrag von Gießen, welcher Preß- und Redefreiheit hinter Gewissensfreiheit gesetzt wissen will; derselbe wird nicht unterstützt.

Ein Antrag von Bebel: „Trennung der Kirche von Schule und Staat" beizusetzen — wird unterstützt.

Liebknecht bekämpft den Bebelschen Antrag. Gerade Amerika, woselbst sich die Geistlichkeit unter dem System der Trennung der Kirche vom Staate sehr wohl befinde, müsse uns eine Warnung sein. Die Trennung der Kirche von der Schule sei durchaus rationell, allein der Staat dürfe die Kirche nur wie jeden andern Verein betrachten, und vor allem müsse er die Schule unter seine Obhut nehmen. Dies sei schon durch die Forderung der unentgeltlichen Volkserziehung durch den Staat betont. Mit der Erklärung der Religion zur Privatsache reichen wir völlig aus.

Schumacher spricht sich ebenfalls über diesen Punkt zugunsten des Bebelschen Antrags aus und erläutert dies an dem Verhalten der englischen Regierung gegenüber der irischen Kirche.

Tutzauer stellt den Antrag, „unentgeltlichen Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten" dazu zu setzen; dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Bebel schließt sich den Ausführungen Schumachers an. Die Forderungen der Ultramontanen gehen nicht dahin, auch die Schule von der Kirche zu trennen. Bischof Ketteler sei in letzter Zeit sehr für die Trennung der Kirche vom Staate eingetreten, aber die Trennung der Schule von der Kirche wolle er nicht.

Der Schluß der Debatte wird angenommen. — Die beiden Anträge von Bebel und Tutzauer werden abgelehnt; derjenige der Referenten wird angenommen.

Es wird nun übergegangen zu dem Passus, welcher von der progressiven Einkommensteuer handelt.

Vogels Antrag hierzu wird abgelehnt.

Frick ist gegen den Antrag der Referenten.

Bebel desgleichen, weil er die Forderung der progressiven Einkommensteuer unter den Forderungen innerhalb der heutigen Gesellschaft besser angebracht glaube.

Hasselmann spricht sich gegen die Ansicht Bebels aus.

Die Abstimmung wird vorgenommen und der Antrag des Referenten gutgeheißen.

Zur Koalitionsfreiheit beantragt Vogel, das Wort „volle" voranzustellen. Dieser Antrag wird nicht unterstützt.

Rackow bittet, von den Gegnern sich nicht blenden zu lassen, und beantragt, zu sagen: „unbeschränkte" Koalitionsfreiheit.

Liebknecht meint, man könne nicht sagen: „unbeschränkte" Freiheit, weil es keine beschränkte Freiheit gibt.

Slauck ist für Aufhebung aller Beschränkungen der Koalitionsfreiheit.

Der Antrag von O. Kapell, welcher „unbeschränktes Koalitionsrecht" gesetzt wissen will, wird angenommen.

Der Antrag von Vogel betreffs des 8stündigen Normalarbeitstages wird nicht unterstützt.

Ein von O. Kapell eingebrachter Antrag, den 8stündigen Normalarbeitstag betreffend, findet die nötige Unterstützung.

Der Antrag der Referenten, welcher für „einen den Gesellschaftsverhältnissen entsprechenden Normalarbeitstag" eintritt, wird angenommen. — Auch der von den Referenten eingebrachte Zusatz „und Verbot der Sonntagsarbeit" wird angenommen.

Vogels Zusatzantrag zur Frauen- und Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit, wird nicht unterstützt.

Liebknecht spricht über den Antrag der Referenten, dabei besonders hervorhebend, daß die Nachtarbeit nicht wohl in allen Arbeitszweigen abzuschaffen sei.

Baumann beantragt, zu setzen: „Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit."

Schluß der Debatte.

Das Amendement Wintersberg: „Verbot der industriellen Frauenarbeit", wird abgelehnt.

Baumanns Antrag wird angenommen.

Es folgt Alinea 4 des Entwurfs.

Klein beantragt, hinter „Industrie" zu setzen: „sowie der Arbeiterwohnungen".

Vogel beantragt: „Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie zum Schutze des Lebens und der Gesundheit"; dies wird unterstützt.

Fritzsche wünscht, daß man ausspreche, die Fabrikinspektoren dürfen nicht ausgediente Offiziere, sondern sie müssen von den Arbeitern gewählte und in die Arbeiterverhältnisse eingeweihte Leute sein.

Klein: Wenn Liebknecht vorhin gesagt habe, daß der heutige Staat nicht für Arbeiterwohnungen sorgen könne, so wolle er konstatieren, daß er die Forderung nicht „direkt" gemeint habe, sondern durch die Gemeinde.

Ein Antrag von Bebel: „Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen" wird angenommen; ein Antrag von Just: „Durch von Arbeitern gewählte Inspektoren" wird nicht unterstützt.

Hörig wünscht, daß auch die Hausindustrie berücksichtigt werde.

Zu Punkt 5: Regelung der Gefängnisarbeit, wird Justs Antrag unterstützt in seinem zweiten Passus: „durch die den freien Arbeitern geschaffene Konkurrenz".

Brückmann beantragt: Abschaffung der Gefängnisarbeit.

Geib spricht sich für die Fassung des Kommissionsentwurfs aus. Wenn man die Abschaffung jeder Gefängnisarbeit wolle, so möge man bedenken, daß Leute, die das Arbeiten gewohnt seien, sich, ohne zu arbeiten, schrecklich langweilen würden.

Brückmanns Antrag wird hierauf abgelehnt; derjenige von Just gleichfalls und der Antrag der Referenten angenommen.

Statt Punkt 4 und 6 wurde nur Punkt 4 angenommen, weil 6 dem Punkte 4 zugeteilt wurde.

Die Referenten schlagen vor, für den Punkt 6 zu setzen: „Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen, Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz."

Der Antrag Vogels hierzu, der oben erwähnt, findet keine Unterstützung mehr.

Der Vorsitzende Geib bemerkt, daß die Vorlage, welche von der Gothaer Konferenz vereinbart und dann von den Referenten modifiziert worden, nun erledigt sei.

Bebel bemerkt noch, daß in Punkt 6: „volle Selbstverwaltung" zu setzen sei. — Zu den politischen Forderungen wünscht

Hasselmann, daß Bebel sich mit den Referenten verständigen möge, der Kongreß aber in der Beratung weiter gehe.

Der Vorsitzende fragt, ob der Kongreß damit einverstanden sei, statt verlangt überall fordert zu stellen, womit der Kongreß sich einverstanden erklärt.

Es tritt nun eine Pause ein (4½ Uhr).

Wiederaufnahme der Verhandlungen um 5½ Uhr. — Telegramme werden verlesen von Hamburg, Halle und Hannover.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Debatte über die festzustellende Einteilung der unter III beschlossenen Punkte, sowie über die Aufschrift der betreffenden Rubriken eröffnet.

Zu Bebels Antrag: „Weitere politische Forderungen als Grundlage innerhalb des heutigen Staats" erhält das Wort

Liebknecht, welcher das Resultat der mit Bebel getroffenen Vereinbarung darlegt und die vorgeschlagene Neuredaktion motiviert.

Die Anträge der Referenten, den Abschnitt III in zwei Abteilungen zu trennen, sowie die vorgeschlagenen Aufschriften dieser Abteilungen werden angenommen.

Vorsitzender Geib verliest nun das ganze Programm, wie es in der Spezialberatung beschlossen wurde. Derselbe fordert alsdann zur General- oder Schlußabstimmung auf. Letztere erfolgt und ergibt einstimmige Annahme.

Zum Namen der Partei stellen Anträge:

Tutzauer: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands.

Heinzel: Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Frick unterstützt den Antrag von Heinzel, weil es nötig sei, daß wir uns von den katholischen Sozialisten unterscheiden.

Meyer: Sozialistisch-demokratische Partei.

Die Referenten: Arbeiterpartei Deutschlands, wofür Liebknecht als Referent plädiert; denn diejenigen, welche den Pfaffen anhängen, seien keine wirkliche Arbeiterpartei, sondern Stimmvieh.

Bei der Abstimmung wird der Name „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands angenommen und hierauf vom Vorsitzenden unter freudigen Ausrufen bemerkt, daß die prinzipielle Grundlage der vereinigten Sozialdemokraten Deutschlands festgestellt sei (6 Uhr abends).

Das angenommene Programm lautet:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamt-

arbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtpartei entsteht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Haus-Industrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Der Kongreß tritt in die Beratung der Organisation ein, über welche Hasenclever im allgemeinen referiert. Die Zentralisation müsse der Hauptgedanke in dieser Organisation sein, wovon auch die Kommission ausgegangen sei. Tessendorf erklärte: Nur durch die Zentralisation sei die Sozialdemokratie gefährlich. Ein einheitliches Organ wäre wohl zu wünschen, aber dem Zweck der augenblicklichen Verhältnisse entspreche dies nicht; doch müssen sich die anderen Parteiblätter möglichst mit den Hauptorganen in Harmonie setzen und in den prinzipiellen Fragen dem Programm unbedingt unterordnen. Kein Blatt dürfte daher als Parteiblatt anerkannt werden, das sich diesen Bedingungen nicht füge. Die Zeit, wann ein Hauptorgan zu schaffen sei, könne vielleicht jetzt schon festgestellt werden.

Jedenfalls könne der nächste Kongreß schon Vorschläge hierüber entgegennehmen, wie das zu machen sei.

Wahlteich beantragt, ohne Generaldiskussion sofort auf die Spezialdiskussion einzugehen.

Löwenstein ist für die Generaldiskussion, weil man sich dann in dieser wichtigen Frage mehr Klarheit verschaffen könne, als in einer Spezialdiskussion.

Wahlteichs Antrag wird indessen angenommen.

Ein Antrag von Reimer, welcher will, daß über sämtliche vom Kongreß gewählten Beamten eine Urabstimmung stattfinden soll, wird abgelehnt.

Kayser beantragt, daß zunächst in Beratung und Beschlußfassung über die Zahl der Parteibehörden getreten werde.

Dies wird angenommen.

Hartmann ist gegen die Wahl eines Ausschusses.

Frick dafür, denn man dürfe den Zentralpunkt nicht nur in einen Ort verlegen.

Lingner für einen Ausschuß, welcher als Exekutivbehörde zwischen Vorstand und Kontrollkommission im Falle eines Streites fungieren müßte.

Gadow will die Kontrollkommission nicht direkt vom Kongreß gewählt wissen.

Lehmann ist beauftragt, gegen einen Ausschuß zu stimmen.

Strecker gleichfalls dagegen, ebenso Kayser, weil dadurch die Kontrolle zur Illusion gemacht werde.

Burkhardt ist für den Ausschuß.

Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Hurlemann gegen den Ausschuß.

Prinz wegen besserer Zentralisation für den Ausschuß, ebenso Kokosky.

A. Kapell spricht für die Beibehaltung der Kommissionsvorlage, weil der Schwerpunkt nicht in die Macht einer einzigen Mitgliedschaft gelegt werden dürfe.

Auer als Referent: Die Anhänger des Ausschusses seien sich nicht recht klar gewesen, welche Funktionen dem Ausschusse zugeteilt werden sollen. Eine Exekutivbehörde sei derselbe nicht. Nur wenn ein Konflikt zwischen Vorstand und Kontrollkommission eintrete, könne er in Tätigkeit treten. Nachdem man die Parteiblätter habe, und sich leichter als früher verständigen könne, sei diese Einrichtung nicht mehr geboten; Redner ist daher für § 3 mit Streichung des Ausschusses.

A. Kapell betont, daß der Ausschuß dennoch eine Exekutivbehörde sei.

Nachdem noch Hartmann, Dreesbach, Heinemann und Derossi über den § 3 gesprochen, wird die Einsetzung resp. Wahl eines Vorstandes und eines Ausschusses je fast einstimmig, die Einsetzung einer Kontrollkommission mit Stimmenmehrheit analog der Kommissionsvorlage angenommen. (Sitz der Kontrollkommission bestimmt der Kongreß.)

Auf Antrag wird der Schluß der heutigen Versammlung auf 8 Uhr festgesetzt.

Zu Punkt 1 der Organisation stellt Dreesbach den Antrag auf unveränderte Annahme der Kommissionsvorlage, mit Ausnahme der Zeitdauer (3 Monate), welche länger sein soll. Der hierauf bezügliche Antrag von Gießen wird nicht unterstützt.

Böttcher beantragt, die Zeitdauer auf 2 Monate festzusetzen.

Referent Auer spricht gegen den Antrag von Dreesbach und empfiehlt nochmals die unveränderte Annahme des Punkt 1 der Kommissionsvorlage.

Punkt 1 wird hierauf nach Vorlage der Referenten (Kommission) angenommen.

Es folgt Punkt 2. Ulrich beantragt: Die Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können auf Antrag der Genossen an irgend einem Orte durch den Vorstand ausgeschlossen werden; Berufung an den Parteikongreß ist zulässig, jedoch darf ein ausgeschlossener Genosse, bevor der Kongreß über ihn entschieden, nicht von irgend einem anderen Orte in die Partei aufgenommen werden.

Geib empfiehlt die Annahme des § 2 nach der Kommissionsvorlage und kritisiert den Antrag von Ulrich, der sich von selbst verstehe.

Der Antrag von Ulrich wird nicht unterstützt. — § 2 wird nach der Kommissionsvorlage angenommen.

Zu § 3 beantragt Löwenstein: Die Kontrollkommission hat an einem anderen Orte als der Vorstand ihren Wohnsitz.

Fink beantragt: Vorstand und Kontrollkommission sollen nicht vom Kongreß gewählt werden.

Schluß der Debatte wird angenommen. — Löwensteins Antrag, sowie ein ähnlicher Antrag A. Kapells werden durch Hinweis des Vorsitzenden auf Punkt 10 der Vorlage vorläufig zurückgelegt.

Hartmann beantragt, daß sämtliche Parteibehörden auf dem Kongreß gewählt und durch Urabstimmung bestätigt werden sollen; dies wird abgelehnt.

Prinz beantragt, den 1. und 2. Vorsitzenden nicht auf dem Kongreß, sondern durch Urabstimmung zu wählen; auch dies wird abgelehnt.

O. Kapell beantragt, daß in § 3 in dritter Zeile das Wort „Kontrollkommission" gestrichen werde.

Dieser Antrag wird angenommen und, nachdem der Beginn der morgigen Sitzung auf 8 Uhr festgesetzt, die heutige Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

Sechste Sitzung: Mittwoch, den 26. Mai, vormittags 9¼ Uhr.

Eröffnung durch Hasenclever. — Schriftführer Schen und Kuhl. — Die Präsenzliste wird von Reinders verlesen und fehlen: Bebel (entschuldigt), Böttcher, Dreesbach, Giesecke, abgereist: Reichelt, Stolle und Hirsch.

Das Protokoll vom Montag Nachmittag wird verlesen und genehmigt.

Der Vorsitzende Hasenclever nimmt das Wort und erläutert die vorgenommenen Abänderungen in der Organisation bis § 4 der gedruckten Vorlage. — Hierauf kommt § 4 zur Beratung.

Von O. Kapell, Klute, Meister, Glebe, Wichtendahl, Tutzauer und Dreesbach wird dazu folgender Antrag eingebracht: hinter „Parteikongreß" die Worte zu setzen: „wenn die Mehrzahl der Kontrollkommission damit einverstanden ist".

Der Antrag wird genügend unterstützt, ein Antrag von Klein nicht.

Auer (als Referent) ersucht, den Vorschlag der Kommission unverändert anzunehmen, weil, wenn man für alle Fälle Fürsorge treffen wolle, wir uns ein ganzes Buch von Bestimmungen anlegen müßten. Eventuell könne ja auch der Vorstand zur Einberufung eines außerordentlichen Kongresses durch die Kontrollkommission gezwungen werden.

Heinemann erklärt sich mit dem Kommissionsvorschlag einverstanden, macht jedoch darauf aufmerksam, daß einige redaktionelle Abänderungen vorgenommen werden müßten.

O. Kapell: Er habe sein Amendement deshalb gestellt, um der Kontrollkommission bei außerordentlichen Fällen und Kongressen mehr Macht zu sichern. Auch sei alsdann bei der Einberufung eines solchen außerordentlichen Kongresses mehr Vertrauen unter den Arbeitern.

Geib: Es sei durchaus falsch, wenn man die Macht der Vorstandes beschneiden wolle. Das Mitregieren der Kontrollkommission sei entschieden verkehrt. Sie hätten in der Eisenacher Partei damit schlimme Erfahrungen gemacht. Wenn die 5 Vorstandsmitglieder nicht den richtigen Zeitpunkt zur Abhaltung eines außerordentlichen Parteikongresses zu wählen verständen, so verstehe es die Kontrollkommission erst recht nicht.

Klein: Der Absatz sei in der vorgeschlagenen Fassung durchaus nicht anzunehmen. Derselbe sei selbst von den Eisenachern nicht richtig verstanden worden, und bitte er, denselben sich einmal genau durchzulesen.

Vorsitzender Hasenclever: Es könnten ja politische Ereignisse eintreten, welche die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses notwendig machten; und in diesen Fällen sei doch der Vorstand besser in der Lage, die Sachlage beurteilen zu können als die Kontrollkommission.

Reinders: Auch er sei nicht mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden, und weil vor dem Kongresse oft ein großes Mißtrauen herrschen könne, so bitte er, daß der Vorstand nur im Einverständnis mit der Kontrollkommission und dem Ausschuß berechtigt sei, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen.

Frick begreift nicht, wie die zentralistischen Lassalleaner sich gegen diesen Absatz wenden könnten. Nicht wir bestimmten immer alles in der Partei, sondern es gäbe auch andere Mächte, welche bestimmend auf die Abhaltung außerordentlicher Kongresse wirken können.

Es erfolgt Schluß der Debatte. — Der Antrag O. Kapells wird abgelehnt und Punkt 4 in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Hierauf wird § 5 verlesen.

Prinz beantragt, statt ein Drittel der Delegierten ein Sechstel zu sagen; dem wird zugestimmt und darauf der § 5 in dieser Fassung angenommen.

Zu § 6 beantragt die Kommission, den letzten Absatz zu streichen.

Rackow beantragt: „Der Vorstand hat behufs Wahl der Delegierten die Partei in Kreise von je 400 Mitgliedern einzuteilen."

Fritzsche beantragt, einzuschieben: „Die Gewählten und die Zahl der auf sie gefallenen Stimmen sind in der nächsten Nummer der beiden Parteiorgane zu veröffentlichen."

Stuhr und Petzold beantragen, einzufügen: „Die Kontrollkommission hat die Erlaubnis, 2 ihrer Mitglieder zum Kongreß zu schicken."

Frick und Klein beantragen, einzufügen: „Alle Vorstandsmitglieder müssen auf dem Kongreß anwesend sein."

Lehmann beantragt, einzufügen: „Sämtliche Kongreßbeschlüsse sind den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten."

Bei der Unterstützungsfrage wird ein Antrag von Gießen (gedruckte Vorlage 3) nicht unterstützt, alle anderen Anträge erhalten genügende Unterstützung.

Auer (als Referent): Trotz der vielen Gegenanträge bitte er, die Vorschläge der Kommission unverändert anzunehmen. Daß auf den Kongressen alle 5 Vorstandsmitglieder anwesend sein sollten, sei überflüssig, da 2 den Vorstand ganz gut vertreten könnten, und käme hierbei auch der Kostenpunkt sehr in Betracht. In außerordentlichen Fällen sei es ja selbstverständlich, daß der Gesamtvorstand auf dem Kongresse anwesend sei.

Nach Kopfzahl abzustimmen sei aus dem Grunde nicht praktisch, weil ja in Preußen und Bayern die Organisation nicht durchzuführen sei, indem die bestehenden Gesetze dies nicht erlaubten. Das Veröffentlichen der gewählten Delegierten sei wohl gut, aber diese Bestimmung würde doch nicht befolgt, wie er das aus Erfahrung wisse. Auch eine Urabstimmung sei aus polizeilichen Gründen nicht möglich. Man sei bisher in der Beratung der Organisation von dem Gesichtspunkte ausgegangen, als ob jeder Beamte ein Spitzbube sei; doch wenn man die Beamten von dem Kongresse ausschließen wolle, so bemerke er, daß die 400 Stimmen eines Mandats den Kongreß nicht beeinflussen könnten.

Sei ein Beamter schlecht, so suche sich derselbe auch vor dem Kongreß Kreaturen zu verschaffen, welche alsdann für ihn stimmten. Doch erwarte er, daß der Kongreß Ehrenmänner zu Beamten wähle, und die würden bei Streitfragen nicht in ihrer eigenen Sache mitstimmen.

Es wird sofortiger Schluß beantragt.

Wytzka spricht gegen den Schluß; man dürfe nicht denen das Wort abschneiden, die etwas Wichtiges sagen wollten.

Der Schluß wird angenommen.

Geib (zur faktischen Berichtigung): Der Referent habe betont, daß die Organisation in Preußen und Bayern nicht durchgeführt werden könnte. Dies sei jedoch nicht richtig, nur die falsche Anwendung der Gesetze habe in vielen Fällen diese Meinung hervorgerufen. An einem Orte sei es bisher erlaubt gewesen, sich zu organisieren, und an anderen Orten seien dieselben Organisationen polizeilich aufgelöst worden.

Auer bemerkt, daß überall, wo bisher Anklagen erhoben, auch die Verurteilung erfolgt sei.

Hasenclever konstatiert, daß in Preußen auch Mitgliedschaften des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins", gegen welche Anklage erhoben, freigesprochen worden seien.

Kokosky: Obertribunalsbeschlüsse seien keine Gesetze. Nach zehn Jahren sei auch in Richterkreisen oft eine andere Ansicht wie vorher, und es sei die Meinung der Richter auch in beständigem Schwanken.

Alle Anträge zu 6 werden hierauf abgelehnt.

Geib wünscht die Bestimmung aufgenommen, „in prinzipiellen und organisatorischen Fragen wird nach den Stimmen der Mandatgeber abgestimmt", und beantragt hierüber Wiederaufnahme der Debatte. Letzteres wird angenommen.

Geib beantragt: „Die Abstimmung geschieht in Organisations- und Prinzipienfragen, sowie bei Wahlen der Parteibehörde, nach Anzahl der vertretenen Parteigenossen mit einfacher Majorität, in allen übrigen Fragen nach Kopfzahl der Delegierten."

Kayser ist gegen diesen Antrag.

Rackow befürwortet denselben.

Hartmann: Wenn es möglich wäre, die Kreiseinteilung vorzunehmen, so sei er damit einverstanden; doch da dies nicht möglich, bitte er, den Antrag Geibs anzunehmen.

Löwenstein befürwortet Geibs Antrag.

Frick: Es sei nicht möglich, den Grundsatz, wonach nach Köpfen auf dem Kongreß abgestimmt werden solle, zu akzeptieren, weil sonst ja kleine, dem Kongreßorte nahe gelegene Orte ganz leicht eine Masse Delegierte schicken könnten, welche die entfernteren, aber auch in der Partei bedeutenderen Orte mit leichter Mühe überstimmen könnten, und das sei die Terrorisierung der Majorität durch die Minorität.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gestellt und angenommen. — Der Antrag Geibs wird angenommen, und sodann gleichfalls Punkt 6 mit diesem Antrag.

Zu § 7 hat Sylvanus in Hamburg folgenden Antrag gestellt: „Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteikongresses muß das Kongreß-Protokoll den Parteimitgliedern zum Selbstkostenpreis zugänglich gemacht werden."

A. Kapell ist gegen den Antrag, denn wenn bei Verkauf der Protokolle ein Ueberschuß erzielt werde, so komme dieser der Partei zu gut.

Fritzsche: Wir können diesen Antrag nicht annehmen, weil oft ein großer Teil der Protokolle liegen bleibt.

Gadow bittet, die Protokolle doch billig herzustellen, da sonst der größte Teil derselben liegen bleibe.

Es wird Schluß der Debatte bestimmt. — § 7 wird hierauf nach der Vorlage angenommen.

Die Beratung über § 8 der Vorlage wird hierauf eröffnet.

Kayser beantragt folgenden Zusatz: „Der Vorstand darf nicht länger als 3 Jahre in einem und demselben Orte wohnen." — Der Antrag wird genügend unterstützt.

Geib beantragt in Uebereinstimmung mit den Referenten, den Beginn des § 8 der gedruckten Vorlage folgendermaßen zu ändern: „Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstande, bestehend aus 2 Vorsitzenden, 2 Sekretären und 1 Kassierer, übertragen."

Auer spricht für den Antrag. Er hält es für notwendig, daß der Kongreß 5 gleichberechtigte Mitglieder in den Vorstand wähle und die Verteilung der Funktionen des Vorstandes, soweit dies möglich, den Mitgliedern desselben überlasse. Auf den Antrag Kaysers lege er keinen großen Wert, denn wenn derselbe auch angenommen würde, könnte er doch kaum zur Ausführung gelangen, da er einfach nicht praktisch sei. Der Kongreß sei majorenn und werde wohl erwägen, welchen Ort und welche Personen er wähle. Früher hätte der Antrag Kaysers noch einigen Sinn gehabt; man konnte doch zur Begründung desselben anführen, daß die Mitglieder des Vorstandes zu großen Einfluß auf die Ortsmitglieder ausüben und dadurch ihre Wiederwahl sichern könnten. Dieser Grund fällt jetzt, da die Mitglieder des Vorstandes nach der neuen Vorlage vom Kongreß und nicht von den Mitgliedern des Vorortes gewählt werden.

Kayser erklärt, er habe den Antrag im Auftrage seiner Mandatgeber gestellt. Es sei eine alte Erfahrung, daß gewisse Orte, an denen der Parteiausschuß seinen Sitz habe, sich nach und nach zur Parteiresidenz entwickelten, eine Tatsache, welche für die Partei von Nachteil sei, und erklärt sich gegen die zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, da ihm dieselben als eine Art altrömischer Konsuln vorkommen.

Geib ist gegen den Antrag Kaysers. Er fände den Vorschlag annehmbar mit Bezug auf den Sitz der Kontrollkommission, soweit derselbe überhaupt praktisch durchführbar ist. Was die Wahl der Vorstandsmitglieder anbelangt, halte er die Wahl von zwei Vorsitzenden und zwei Sekretären ohne Rangunterschied für notwendig. Die Erfahrung habe gelehrt, daß ein beständiger Vorsitzender im Vorstande nicht notwendig, da die verschiedenen Mitglieder abwechselnd den Vorsitz führen können. Dagegen könnte es möglicherweise der eine oder der andere gegen seine Würde halten, dem Vorstande beizutreten, wenn vom Kongreß Rangunterschiede bezüglich der Vorsitzenden und Sekretäre beschlossen würden.

Strecker ist gegen die Wahl von fünf Personen. Ein Vorsitzender, ein Sekretär und ein Kassierer genüge vollkommen zur Erledigung der Geschäfte.

Prinz hält die Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden durch den Kongreß für unerläßlich.

Fritzsche will die Frage der Besoldung erörtert sehen, da dieselbe mit der Wahl des Vorsitzenden usw. im engen Zusammenhange stehe.

Geib verlangt, daß man die Besoldungsfrage getrennt behandele.

Frick meint, erst müsse man die Funktionen bestimmen, bevor man an die Diskussion der Gehalte gehen könne. Er sei für die Wahl eines ersten und zwei-

Prinz will die Beamten der Partei ordentlich bezahlt sehen. Wir waren getrennt und konnten anständige Besoldungen geben, und jetzt — wo wir vereinigt und stark sind — können wir es umsomehr.

Steffens kann dem Antrage Geibs betreffs der beiden Vorsitzenden mit dem Abwechseln in den Parteigeschäften nicht zustimmen; es könnte gelegentlich etwas vorkommen, und es wälzt dann der eine die Schuld auf den anderen; deshalb halte er es für zweckmäßig, wenn einer die Geschäfte für immer führt; jedoch wolle Redner diese Wahl unter den obwaltenden Umständen nicht empfehlen, sondern die Vorstandsmitglieder können diesen Posten unter sich verteilen. Gleichzeitig bemerke Redner, daß der Passus in betreff der Wahl der Parteibeamten, so wie es hier heißt, „für die Dauer bis zum nächsten Kongreß" nicht mit dem schon angenommenen § 3, wo es heißt „auf die Dauer eines Jahres gewählt", im Einklange stehe, es müßte das noch geändert werden.

Baumann unterstützt diesen Antrag. Bezüglich der Wahl des Vorstandes ist er mit Geib einverstanden; auch er halte es für notwendig, daß man fünf gleichberechtigte Personen wähle, denen man die Verteilung der Funktionen überlassen solle. Ueber die Besoldungsfrage könne man nicht sprechen, bevor man sich nicht klar gemacht habe, wieviele Personen zur Besorgung der Geschäfte der Partei notwendig seien. Man habe gesagt, drei Personen seien genügend; er könne dies nicht glauben, da die Arbeit sehr bedeutend sei.

O. Kapell ist gegen den Vorschlag Geibs bezüglich der Wahl des Vorstandes. Auch die Art, wie Steffens die Sache erledigen möchte, scheine ihm nicht praktisch zu sein. Die Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden durch den Kongreß sei absolut notwendig, wenn die Leitung der Partei eine einheitliche und kräftige sein soll. Auch

Finn verlangt die Wahl der Funktionäre auf dem Kongreß. Und zwar wegen der Verantwortlichkeit. Wenn man dem Vorschlage Geibs zustimmte, dann könnte auf einem der nächsten Kongresse, im Falle Anklagen erhoben würden, einer die Schuld auf den anderen schieben.

Hartmann erklärt sich für den Kommissionsantrag. Warum haben wir den Präsidenten abgeschafft? Einfach weil die Leitung der Partei durch eine einzelne Person notwendigerweise die Diktatur im Gefolge habe. Man habe von Verantwortlichkeit gesprochen. Nun, für die einzelnen Arbeiten werden uns die verschiedenen Funktionäre, für die Geschäftsführung und Leitung der Agitation der Gesamt-Vorstand verantwortlich sein. Ein vom Kongreß gewählter erster Vorsitzender wäre der alte Präsident in einer neuen Form. — Was die Besoldungsfrage anlangt, meine er, man solle die zwei Sekretäre ganz, und den Kassierer teilweise besolden. — Die Lassalleaner hätten früher den Kassierer vollständig bezahlt, seien aber davon abgekommen, nachdem Vater in Hamburg erklärt habe, er könne recht wohl die Stelle eines Kassierers und die eines Bevollmächtigten zu gleicher Zeit versehen, da ihn das letztere Amt nicht ganz in Anspruch nehme. Vater habe 20 Taler monatlich als Kassierer bezogen und nebenbei noch als Maurer arbeiten können.

Reimer ist entschieden dagegen, daß man jetzt — nachdem man den persönlichen Präsidenten abgeschafft habe, den Präsidenten in einer neuen Form wieder einführe. Der Vorstand sei ein Direktorium von fünf Personen, welche gemeinschaftlich verantwortlich sind. Die wichtigsten Personen im Vorstande

seien nicht die Vorsitzenden, sondern die Sekretäre, da auf ihnen die größte Last von Arbeit liegen werde.

Frick verwahrt sich gegen die Beschuldigung, den Präsidenten wieder einführen zu wollen. Der Unterschied zwischen dem ersten Vorsitzenden und dem Präsidenten liege auf der Hand. Ersterer müsse die anderen Vorstandsmitglieder bei allen seinen Handlungen zu Rate zu ziehen, während dem Präsidenten der Lassalleaner unbeschränkte Machtvollkommenheit zu Gebote stand. Die Beeinflussung der Majorität durch den ersten Vorsitzenden sei nicht zu befürchten, deshalb sei er für die Aufrechterhaltung der Kompromißbeschlüsse der Vorkonferenz.

Die Debatte ist damit geschlossen.

Hasenclever empfiehlt als Referent die Annahme der Kommissionsvorschläge und die Ablehnung des Antrages von Steffens.

Vater erklärt (zur tatsächlichen Berichtigung) daß er nur zu gewissen Zeiten habe arbeiten können, worauf

Hartmann entgegnet, er habe nur mitgeteilt, was Vater seinerzeit öffentlich erklärte.

O. Kapell (zur persönlichen Bemerkung) weist darauf hin, daß der erste Vorsitzende nur Organ des Ausschusses sein soll.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Geibs und der Referenten wird angenommen, die Anträge von Steffens und Kayser dagegen verworfen. Der abgeänderte Paragraph wird dann als Ganzes angenommen.

Der Paragraph 9 wird hierauf ohne Debatte (entsprechend der gedruckten Vorlage) angenommen und die Diskussion über § 10 eröffnet.

A. Kapell beantragt: Der Kongreß beschließt, die Kontrollkommission wird von den Parteigenossen desjenigen Ortes gewählt, wo die Kommission ihren Sitz hat."

Walther beantragt (gegen den Vorschlag der Referenten, welche 9 Mitglieder in die Kontrollkommission zu wählen beantragen), „die Zahl 7, welche in der gedruckten Vorlage steht, beizubehalten."

Löwenstein beantragt: „Die Kontrollkommission hat an einem anderen Orte als der Vorstand ihren Sitz zu nehmen."

Auer erklärt sich im Namen der Kommission mit dem Antrage A. Kapells einverstanden. Er erweitert denselben, indem er als Wahlmodus die Wahl mittels Stimmzettel und einfacher Majorität vorschlägt.

Prinz glaubt, es wäre am besten, die Wahl der Kontrollkommission im Kongreß vorzunehmen.

A. Kapell erwähnt, daß wir ja nicht die nötige Personenkenntnis haben, um eine solche Wahl vorzunehmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Walthers angenommen. Ebenso die Anträge von Löwenstein und A. Kapell. Der des letzteren mit dem Amendement der Kommission.

Ein Vorschlag A. Kapells, erst 4 Wochen nach dem Kongreß die Wahl der Kontrollkommission vorzunehmen, wird verworfen und der ganze Paragraph angenommen.

Fritzsche beantragt: „daß die Statuten der neuen Organisation, wie sie aus den Verhandlungen des Kongresses hervorgegangen sind, sofort gedruckt werden, um sie an die Delegierten, behufs Berichterstattung, zu verteilen.

Der Vorsitzende erklärt dies für selbstverständlich.

Die Diskussion über § 11 wird eröffnet.

Ein Antrag von Lehmann, die Zahl der Ausschußmitglieder von 18 auf 12 herabzusetzen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Klute, Treesbach und Genossen beantragen, anstatt „an verschiedenen Orten wohnen können", „an 18 verschiedenen Orten wohnen müssen" zu setzen.

Stuhr beantragt an derselben Stelle die Worte: „welche an verschiedenen Orten wohnen müssen".

Reimer erhält zur Fragestellung das Wort. Er möchte wissen, ob die Worte der Vorlage: „Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Kontrollkommission" usw. so zu verstehen seien, daß jedes Mitglied des Vorstandes nach Belieben behufs der Kontrolle auf Kosten der Partei herumreisen könne — worauf

Auer erklärt, man habe diese Worte in den Vorbesprechungen so verstanden, daß die Vorstandsmitglieder nur im Auftrage des Vorstandes auf Kosten der Partei Reisen unternehmen können. In keinem anderen Falle. Vergnügungsreisen mögen die Herren aus der eigenen Tasche bezahlen.

Klein macht auf die §§12 und 13 aufmerksam. Der Ausschuß habe das Recht, in gewissen Fällen Mitglieder der Kontrollkommission abzusetzen, wozu Unabhängigkeit der Ausschußmitglieder unbedingt notwendig sei. Wenn mehrere an einem Orte wohnen, können leicht Beeinflussungen stattfinden.

Hasselmann spricht für die Vorlage. Er sei früher für eine Zerstreuung des Ausschusses über möglichst viele Orte gewesen, sei aber jetzt durch Erfahrung anderer Meinung geworden. In der Partei der Lassalleaner haben sehr oft von 24 Personen bloß 5 oder höchstens 9 ihre Stimmen abgegeben. Das Herumsenden von langen Aktenstücken oder das 18malige Abschreiben derselben lasse sich nicht immer bewerkstelligen, kurz die Maschinerie des Ausschusses sei bei einer Zerstreuung der Mitglieder eine schwerfällige. Deshalb befürworte er, daß man in größeren Städten nicht bloß 1, sondern, je nach der Zahl der Parteigenossen, 3, 4 oder 5 Mann wähle. Ohne Meinungsaustausch habe der Ausschuß keine Lebensfähigkeit, da er nie in die Verhältnisse der Partei ohne ausreichende Information eingreifen könne.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Klute, Treesbach und Genossen verworfen; ebenso der Antrag Stuhr, worauf § 11 in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung Annahme findet.

§ 12 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 13 beantragt Köhnke hinzuzufügen: „Es steht den Enthobenen der Appell an den Kongreß zu."

Auer und Geib sprechen für die Vorlage.

Köhnke für seinen Antrag, hält den Zusatz für notwendig.

Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Auer macht auf § 2 aufmerksam, in welchem gesagt ist, daß jedem Ausgeschlossenen die Berufung an den Kongreß freisteht.

Baumann (zur tatsächlichen Berichtigung) konstatiert, daß § 2 nur von Ausgeschlossenen und nicht auch von Enthobenen handele, deshalb hier nicht in Betracht zu ziehen sei.

Die Debatte ist geschlossen. — Der Antrag Köhnke wird abgelehnt und der von den Referenten befürwortete Zusatz zur gedruckten Vorlage: „Die Ergänzungswahl erfolgt nach den Bestimmungen des § 10", angenommen. — Der ganze § 13 wird hierauf angenommen.

Die Verhandlungen werden um 12 Uhr vertagt.

Wiedereröffnung der Sitzung nachmittags 2¼ Uhr durch Geib. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt, daß 2 Mitglieder, Richter und Tutzauer, abwesend sind. Als Abgereiste werden verzeichnet: Kettel, Böttcher, Mamme, Richter und Risch.

Derossi verliest hierauf das Protokoll der Sitzung vom 25. nachmittags.

Hasenclever übernimmt den Vorsitz und eröffnet die Diskussion über § 14 der Organisation, nachdem er die darüber vorliegenden Anträge verlesen. Die letzteren sind folgende:

Von Prinz: Zu setzen anstatt „vorläufig" — „bis zum nächsten Kongreß."

Heinemann beantragt: Sofort Mittel und Wege zu suchen, um ein einheitliches Hauptorgan in nächster Zeit zu gründen.

Heerhold beantragt: Offizielle Organe der Partei sind vorläufig der Neue Sozialdemokrat zu Berlin und der Volksstaat zu Leipzig. Beide Organe sind Eigentum der Partei. Dieselben sollen aber sobald wie möglich als Hauptorgane eingehen und an Stelle derselben soll ein einziges Zentralorgan gesetzt werden, welches in Berlin erscheint.

Auer als Referent: Er sieht aus den Verhältnissen, wie sie sich entwickelt haben, keine Möglichkeit, für jetzt eine andere Einrichtung in bezug auf die Parteipresse zu schaffen, als die gegenwärtig bestehende. Das Streben nach Schaffung eines einzigen Hauptorgans herrscht überall in der Partei. Man sei der Ansicht, so lange zwei Hauptorgane, wie die jetzt vorhandenen, existieren, werden auch zwei verschiedene Parteiströmungen nicht zu verwischen sein. Das sei jedoch nicht richtig. Er sei auch im Prinzip für ein Hauptorgan, aber trotzdem der festen Ueberzeugung, daß Mißhelligkeiten, wie sie früher in der Arbeiterbewegung aufgetaucht, nie mehr vorkommen. Die Gefahr einer neuen Spaltung existiere nicht mehr, wenn auch zwei Blätter vorhanden sind. Aus praktischen und namentlich aus finanziellen Gründen erklärt sich der Redner für Beibehaltung beider Blätter. Je mehr Blätter wir übrigens haben, desto größer ist unser Einfluß auf das Volk. Unpraktisch und gefährlich für die Einigkeit sei es ferner, einem der beiden Blätter den Vorzug zu geben. Weiter führt der Redner aus, daß bei einem ausschließlichen Zentralorgane die bedeutendsten wissenschaftlichen Kräfte der Partei angestellt, und daß ein solches Organ in Berlin erscheinen müsse. Liebknecht, der hier unstreitig mit in Frage komme, würde nun von der Redaktion dieses Blattes ausgeschlossen sein, weil seiner Uebersiedelung nach Berlin Polizeischwierigkeiten im Wege liegen. Aus diesen Gründen empfiehlt der Redner Annahme der Kommissionsvorlage. Auch über die Eigentümerschaft der beiden Blätter müsse man sich einigen. Der

Volksstaat sei jetzt Eigentum der Leipziger Genossenschaft. Der faktische Eigentümer des Neuen Sozialdemokrat sei Hasenclever. Man könne nicht schlichtweg sagen, die Blätter seien Eigentum der Partei.

Hasselmann beantragt: Statt „offizielle Organe" „Hauptorgane" zu setzen.

Heinzel beantragt, daß die beiden Organe bestehen bleiben und als Hauptorgan der Agitator ernannt werden soll.

Der Schluß der Rednerliste wird beantragt. Es sind darin 42 Namen verzeichnet. Der Schluß der Rednerliste wird nach kurzer Debatte angenommen.

Brückmann beantragt als Zusatz zu § 14: „Die Ueberschüsse der Organe fließen in eine einheitliche Kasse."

Es wird beschlossen, nur noch drei Redner für und drei gegen den Kommissionsantrag sprechen zu lassen.

Heerhold erklärt, wegen gebundenen Mandats für Errichtung eines einzigen Hauptorgans eintreten zu müssen. Spricht sich ferner gegen die Parteilokalblätter und die Gewerkschaftsblätter aus. Dieselben bereiten nach Meinung des Redners den Hauptorganen großen Schaden. Redner verliest, um ein Beispiel für seine Worte anzuführen, einen Brief, und fordert, man solle die kleinen Blätter eingehen lassen.

Hartmann: Es hat in Norddeutschland eine bedeutende Agitation für Eingehen der beiden Organe und Herstellung eines Hauptorgans stattgefunden. Dieses Projekt ließe sich aber ohne große Geldverluste nicht realisieren. Die Meinung, die Uneinigkeit der Parteien werde durch die Beibehaltung zweier Blätter aufrecht erhalten, sei irrig. So gut wie die Parteibehörden über die Haltung eines Blattes wachen können, können sie auch die zwei Blätter überwachen. Wenn man nur ein Blatt habe, so sei die Möglichkeit vorhanden, daß dasselbe eine Gedankenfabrik werde. Der Redner erklärt sich schließlich für Beibehaltung der beiden Blätter und Gründung eines dritten Hauptorgans, sobald die Verhältnisse dies gestatten.

Fahl erklärt, er und seine Mandatgeber seien der Meinung, zur völligen Einheit der Partei sei Verschmelzung der Parteiorgane nötig. Die finanziellen Bedenken seien nicht stichhaltig.

Groß beantragt: Beide Organe sind Eigentum der Partei unter Aufsicht des Vorstandes.

Harm beantragt zur Geschäftsordnung: Liebknecht und Hasselmann als Redakteuren noch das Wort zu verstatten. — (Dies wird angenommen.)

Kuhl ist dafür, „offizielle Organe" statt „Hauptorgane" zu sagen und erklärt sich im übrigen für die Vorlage. Ein Organ könne nicht allen Meinungen so Rechnung tragen, wie zwei Organe. Deshalb würde gerade die Beibehaltung letzterer günstig für die Einigkeit wirken.

Meyer: Es sei schon in Aussicht gestellt, später noch eine ganze Reihe von Unterorganen zu gründen. Deshalb sei es um so nötiger, gleich ein Hauptorgan herzustellen, damit die verschiedenen Strömungen nicht auseinanderfließen. Wenn man dem Hauptorgane die nötige Agitation widmet, wird es bald einen ebenso großen Einfluß haben, als z. B. jetzt der Neue Sozialdemokrat.

Liebknecht: Er sei ein entschiedener Freund eines einzigen offiziellen Organs. Hierüber sei auch keine Meinungsverschiedenheit in der ganzen Partei. Es handelt sich nur darum, wann und wie das offizielle Organ herzustellen sei.

Jetzt ist's noch unmöglich. Jedenfalls darf es nicht auf Kosten der schon vorhandenen Organe gegründet werden. Das Projekt, eines der beiden Blätter zu zerstören, sei ein vandalisches. Wir brauchen beide Blätter, und mehr. Die Partei auf ein einziges Blatt beschränken, hieße sie zum geistigen Tod verurteilen. Bei zwei Blättern hört die Gefahr der (vorher von einigen Rednern gefürchteten) „Gedankenfabrik" auf. Die Presse sei das wichtigste Kampfmittel der Partei; sie zu zerstören, heißt Selbstmord begehen, den Gegnern die Partei preisgeben. — Die Zeitungen sind nicht in erster Linie Geldquellen, sondern wir müssen damit unsere Ideen verfechten und verbreiten. Unser gefährlichster Feind ist nicht das stehende Heer der Soldaten, sondern das stehende Heer der feindlichen Presse. Unsere beste und einzige Waffe gegen die feindliche Presse, gegen die Reptilien-Organe, ist unsere Presse; solange wir sie haben, wird sie die Fahne sein, um die wir uns scharen können, selbst wenn die Organisation aufgelöst würde.

Hasselmann: Unsere Presse sei keine „Gedankenfabrik", es werde darin jeder Meinungsäußerung der Parteigenossen Aufnahme gewährt. Eine Diskussion, die kürzlich zwischen ihm und Kapell im Neuen Sozialdemokrat stattgefunden, sei ein Beispiel dafür. Weiter erklärt der Redner: die Presse soll Eigentum der Partei sein, in der Weise, daß die Ueberschüsse für Parteizwecke verwandt werden. Damit die Blätter von keinem Bourgeois abhängen, habe man auch für Berlin die Gründung einer Genossenschafts-Buchdruckerei angebahnt. Das Eigentumsrecht an dergleichen Genossenschaftsgeschäften sollen sich möglichst alle Parteigenossen erwerben und die Blätter dann als Eigentum der Genossenschaften erklärt werden.

Liebknecht macht in bezug auf eine Aeußerung Auers die persönliche Bemerkung, daß die Schwierigkeiten, welche seiner Uebersiedlung nach Berlin entgegenstehen, das Zentralorgan-Projekt nicht berühren; seine Person könne dem Parteiinteresse nicht im Wege stehen; überdies wäre seine direkte Beteiligung an dem Zentralorgan sehr fraglich, da er sich auf längere Zeit nach Paris zu begeben habe.

Es wurden noch einige persönliche Bemerkungen gemacht.

Hasenclever als Referent ergreift das Wort und verliest eine Widerlegung der Behauptungen, die in dem von Heerhold verlesenen Briefe enthalten sind. Ferner betont Redner, das Hauptorgan der Partei darf nicht in die Hände einer Handelsgesellschaft gegeben werden, sondern muß Eigentum der politischen Partei bleiben. Redner mißbilligt die Ausdrücke „Gedankenfabrik" und „papierner Papst", da man sonst auch das angenommene Programm „papiernen Papst" betiteln könne. Eine Gedankenfabrik sei nicht so gefährlich, als eine Gedankenzersplitterung und -Verwirrung, welche eine nicht zentralistische Presse hervorbringe. Redner empfiehlt schließlich den Antrag von Prinz.

Es erfolgt Abstimmung.

Der Antrag von Prinz wird angenommen. Dadurch fallen die Amendements von Schweckendiek, Heinemann, Heerhold. Die Kommissionsvorlage wird im übrigen mit großer Majorität angenommen.

Der Vorsitzende verliest § 15. Zwei zu diesem Paragraph gestellte Anträge erhalten nicht die genügende Unterstützung.

A. Kapell u. Gen. beantragen, statt „die Redakteure" zu sagen: „die verantwortlichen Redakteure".

Auer erklärt diesen Antrag für eine persönliche Malice, auf die er nicht antworte..

Der Vorsitzende rügt den Ausdruck „Malice".

Hörig: Es gebe verantwortliche Redakteure und verantwortliche Agitatoren. Liebknecht habe lange genug als verantwortlicher Redakteur gezeichnet.

Ulrich erklärt sich entschieden gegen den Kapellschen Antrag.

Schluß der Debatte wird angenommen.

A. Kapell weist in einer persönlichen Bemerkung Auers Aeußerung zurück.

Hasselmann spricht gegen den Antrag.

Der Antrag von A. Kapell u. Gen. wird abgelehnt, und § 15 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Tutzauer, Meister und Glebe beantragen, die Worte „soweit dies nicht der Kongreß dem Vorstand überweist" zu streichen; dies wird abgelehnt.

Schweckendiek beantragt, zu setzen: „3 Revisoren", statt 2. Wird abgelehnt.

§ 16 wird nach der Vorlage ohne Debatte angenommen. Ebenso § 17.

Zu § 18 werden verschiedene Amendements gestellt, welche schon bei der Unterstützungsfrage fallen.

Auer erhält zu § 18 das Wort. Er erklärt, daß in Anbetracht der verschiedenen Richtungen und Strömungen, die hier berücksichtigt werden müssen, der vorliegende Paragraph hinsichtlich seiner Fassung geradezu ein Meisterwerk sei. Innerhalb der Eisenacher Partei sei schon längst eine der Gründung von Lokalblättern feindliche Richtung vorhanden gewesen. Die praktische Erfahrung habe gelehrt, daß einesteils die Leitung der Partei bei der Gründung von Lokal-Parteiblättern ein Wort mitsprechen müsse, daß aber auch die Parteipresse nicht auf einzelne Hauptorgane beschränkt werden könne. Man solle gegenüber den jetzt bestehenden Lokal-Organen nicht zu sehr das Recht, zu befehlen, in Anspruch nehmen, da dies auch die Pflicht, event. die Kosten zu bezahlen, sehr nahe lege. Redner erklärt die Annahme des Antrages bezüglich der Ueberschüsse für unpraktisch. Dieselben würden ohnehin für Parteizwecke verwendet.

Es wird beschlossen, daß 3 Redner für und 3 Redner gegen die Vorlage sprechen sollen.

Reinders meint, die Redakteure der kleinen Lokalblätter seien mitunter Gedankenfabrikanten. Die Genossenschaften, welche Eigentümer der Lokalblätter sind, beruhen größtenteils auf Schulze-Delitzschem Prinzip. Die Lokalblätter machen den Hauptorganen Konkurrenz. Man solle sie als Eigentum der Partei erklären.

Ulrich führt die bei einem Lokalblatt in Offenbach stattgefundenen Mißhelligkeiten vor und erklärt sich für die Vorlage der Kommission.

Molkenbuhr: Die vielen Blätter vereiteln die Erzielung von Ueberschüssen. Die große Politik werde in diesen Blättern wenig gepflegt und lokalen Angelegenheiten der Vorzug gegeben. Es wäre auch besser, die geistigen Kräfte der Partei bei der Redaktion des Hauptorgans zu vereinigen, statt, wie es durch die Lokalblätter geschehe, ein Heer von Literaten mit nur kommunaler Bildung heranzuziehen.

A. Kapell: Man müsse die Lokalblätter da gründen, wo sie notwendig sind und dann, wenn man das Geld dazu habe. Redner gibt Notizen darüber, welche Kosten die Erhaltung eines Organs beanspruche, und weist auf die Ge-

fahren hin, welche die Gründung von Produktivgenossenschaften in sich schließe. Die kleinen Blätter seien zum Teil nur gegründet worden, um Redakteuren und Expedienten Stellungen zu schaffen.

Hartmann: Die Lokalblätter stehen unter Kontrolle des Vorstandes. Man solle sich freuen, wenn recht viele ordentliche Literaten in unsere Partei kommen würden; eine Befürchtung in dieser Hinsicht, wie sie von einem Vorredner angedeutet, sei widersinnig. Wenn man in Hamburg ein Parteiorgan gründe, so wäre das ein ganz bedeutender Vorteil für die Partei. Man solle das Urteil derer, die mit den speziellen Verhältnissen vertraut sind, in Erwägung ziehen.

Auer weist auf die Wirksamkeit der Lokalparteipresse gegenüber der Bourgeoislokalpresse hin, deren Verleumdungen man ohne ein Lokalblatt schutzlos preisgegeben ist. Bei der großen Ausdehnung, welche die Partei nimmt, solle man doch die Bewegung nicht selbst hemmen durch Bekämpfung der Lokalparteipresse. Ein Beschluß auf Beseitigung derselben werde an den tatsächlichen Verhältnissen zerschellen.

Kokosky zur persönlichen und faktischen Bemerkung gegen Kapell: Die Aeußerung, die Blätter wären zum Teil bloß zur Unterbringung von Redakteuren gegründet, verletze ihn nicht, sondern werfe nur ein bezeichnendes Licht auf den, der sie gemacht habe. Der Volksfreund sei zur Verteidigung gegen den Verleumdungseifer der Gegner in den Kriegsjahren gegründet.

Köhnke bemerkt gegen Auer, daß durch die Annahme seines Antrages nicht bestimmt würde, die Defizits der Lokalblätter zu decken, sondern dies geschehe durch die Annahme der Vorlage, wo eben den ins Leben getretenen Lokalblättern die materielle Unterstützung gewährt sei.

Grillenberger: Mit den Fortschritten des Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat sei dort auch die Zahl der Parteigenossen und Volksstaat-Abonnenten gewachsen. Von Produktivgenossenschaftsspielerei könne man bezüglich Nürnbergs nicht reden. Ebenso wenig sei die Bemerkung über die Redakteure anwendbar.

Molkenbuhr: Er habe nicht von einer Gefahr bezüglich des Literatentums gesprochen, sondern nur gesagt: Wir ziehen ein Literatenheer von kommunaler Bildung heran.

Hoffmann weist bezüglich des Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund die Aeußerung Kapells über die Anstellung von Redakteuren zurück.

A. Kapell entgegnet Kokosky und erklärt, die Aeußerung wegen der Anstellung von Redakteuren usw. nicht so gemeint zu haben, wie sie aufgefaßt worden. Redner erwähnt noch der Gründung des Pionier und erklärt, die Gewerkschaftsblätter einer zentralisierten Organisation seien unter Umständen nützlicher, als die politischen Lokalblätter.

Fritzsche weist darauf hin, daß die meisten Redakteure, die hier in Frage kommen, gemaßregelte Arbeiter sind.

Baumann bemerkt, Kapell habe sich geäußert, daß man Hunderte von Redakteuren auf der Straße finden könne; solche Redakteure seien dann aber auch danach.

Es erfolgt die Abstimmung, und § 18 wird in der Fassung der Vorlage angenommen.

§ 19 wird ohne Debatte angenommen.

Kayser erklärt, daß er zwar das gebundene Mandat habe, im Falle der Ausschuß beibehalten werde, gegen die Organisation zu stimmen; da er aber die geschaffene Kompromißorganisation für eine gute Grundlage der Vereinigung halte, so werde er, um keinen Mißton in das Vereinigungswerk zu bringen, für dieselbe stimmen.

Es erfolgt nun Verlesung der Organisation nach den Beschlüssen des Kongresses. Dieselbe lautet:

Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

§ 1. Der Partei kann jeder angehören, der sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und für die Förderung der Arbeiterinteressen tatkräftig, auch durch Geldopfer, eintritt. Wer drei Monate keine Beiträge leistet, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.

§ 2. Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstand ausgeschlossen werden. Berufung an den Parteikongreß ist zulässig.

§ 3. Alljährlich findet ein Parteikongreß statt, auf welchem die Verhältnisse der Partei beraten werden. Der Sitz des Vorstandes und der Sitz der Kontrollkommission werden dort für ein Jahr bestimmt; ferner Vorstand und Ausschuß für die Dauer eines Jahres gewählt.

§ 4. Der Vorstand kann einen außerordentlichen Parteikongreß einberufen. Der Vorstand muß einen solchen innerhalb sechs Wochen einberufen, wenn die Mehrzahl der Kontrollkommission und des Ausschusses, oder ein Sechstel sämtlicher Parteigenossen die Einberufung beantragen. Der Vorstand bestimmt den Ort des Parteikongresses. Der Vorstand ist verpflichtet, mindestens acht Wochen vorher Zeit und Ort des Parteikongresses den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen.

§ 5. Zu jedem Parteikongreß ist die vorläufige Tagesordnung mindestens fünf Wochen vorher durch den Vorstand den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen. Die spätestens 20 Tage vor dem Kongreß von seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind 14 Tage vor dem Kongreß als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbständige Anträge, welche innerhalb der letzten 20 Tage vor dem Kongreß, oder erst auf dem Kongreß gestellt werden, kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Sechstel der Delegierten dafür erklärt.

§ 6. Auf dem Parteikongresse darf ein Delegierter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht in Organisations- und Prinzipienfragen, sowie bei Wahlen der Parteibehörden nach Anzahl der vertretenen Parteigenossen mit einfacher Majorität, in allen übrigen Fragen nach Kopfzahl der Delegierten. Der Vorstand ist berechtigt, zwei seiner Mitglieder, die Kontrollkommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteiorgane je eines ihrer Mitglieder zum Kongreß zu delegieren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesamten Vorstandes auf dem Kongreß zulässig.

§ 7. Spätestens vier Wochen nach Schluß des Parteikongresses muß das Kongreßprotokoll den Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.

§ 8. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstand, bestehend aus zwei Vorsitzenden, zwei Sekretären und einem Kassierer, übertragen. Der Kas-

sierer hat eine von der Kontrollkommission gutzuheißende Kaution oder Bürgschaft zu stellen. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird durch den Kongreß festgesetzt. Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen an einem und demselben Ort ihren Wohnsitz haben. Sie werden vom Parteikongreß für die Dauer bis zum nächsten, gleichviel ob ordentlichen oder außerordentlichen Parteikongreß, und zwar in besonderen Wahlgängen mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaktion, noch der Expedition der Parteiorgane darf dem Vorstande angehören. Treten im Laufe des Jahres Vakanzen ein, so besetzt die Kontrollkommission für die betreffende Zeit die erledigte Stelle. Vierteljährlich hat der Vorstand eine Abrechnung, monatlich ein Verwaltungszirkular an die Kontrollkommission und an den Ausschuß zu schicken.

§ 9. Der Vorstand muß sich binnen 14 Tagen nach dem Parteikongreß konstituieren; bis dahin verbleibt dem bisherigen Vorstand, falls der Kongreß nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

§ 10. Zur Kontrollierung des Vorstandes besteht eine Kontrollkommission von sieben, an einem und demselben Orte wohnenden Personen. Der Sitz der Kontrollkommission darf nicht der Sitz des Vorstandes sein. An die Kontrollkommission können alle vom Vorstande nicht berücksichtigten Beschwerden zur Erledigung gerichtet werden. Die Wahl der Kontrollkommission erfolgt durch die am Orte ihres Sitzes wohnenden Parteigenossen, und zwar mittels Stimmzettel mit einfacher Majorität. Die Wahl hat spätestens 14 Tage nach dem Kongreß stattzufinden.

§ 11. Der Ausschuß, welcher im Fall von Differenzen zwischen Vorstand und Kontrollkommission in Tätigkeit treten muß, besteht aus 18 Personen, welche an verschiedenen Orten wohnen können. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Kongreß in besonderen Wahlgängen, in gleicher Weise wie der Vorstand, und zwar für die Dauer bis zum nächsten Kongreß gewählt. Der Ausschuß wird durch seinen Vorsitzenden einberufen, und zwar auf Antrag des Vorstandes oder der Kontrollkommission oder neun seiner Mitglieder. Die Einberufung muß binnen 14 Tagen erfolgen. Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Kontrollkommission haben die Mitglieder des Vorstandes Zutritt und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Stimmberechtigt sind sie nicht.

§ 12. Der Ausschuß und die Kontrollkommission sind berechtigt, falls der Vorstand seine Pflichten verletzt, oder sich weigert, bei nachgewiesenen Fahrlässigkeiten Abhilfe zu schaffen, denselben mit absoluter Majorität abzusetzen; ebenso können unter den nämlichen Verhältnissen einzelne Vorstandsmitglieder vom Amte entfernt werden. Ist das letztere der Fall, so besetzen die Kontrollkommission und der Ausschuß vereinigt bis zum nächsten Kongreß die betreffenden Posten. Sind mehr als zwei Mitglieder des Vorstandes vom Amte entfernt, so muß innerhalb sechs Wochen ein Parteikongreß zur Neuwahl berufen werden. Bis dahin verwaltet die Kontrollkommission und der Ausschuß die Partei durch eine zu ernennende Kommission.

§ 13. Auf Antrag des Vorstandes kann der Ausschuß einzelne oder sämtliche Mitglieder der Kontrollkommission ihrer Tätigkeit entheben. Alle

Ergänzungswahlen für die Kontrollkommission sind nach den Bestimmungen des § 10 vorzunehmen.

§ 14. Offizielle Organe der Partei sind bis zum nächsten Kongreß der Neue Sozialdemokrat zu Berlin und der Volksstaat zu Leipzig. Beide Organe sind Eigentum der Partei; in bezug hierauf werden die Formalien durch den Vorstand nach den Beschlüssen des Kongresses erledigt.

§ 15. Die Redakteure, die ständigen Mitarbeiter und die Expedienten der in § 14 genannten Organe werden, soweit dieses nicht der Kongreß dem Vorstand überweist, auf dem Kongreß gewählt, und ihre Gehälter dort bestimmt; Hilfsredakteure und -Expedienten usw. und deren Gehalt werden auf Antrag der Redaktionen und Expeditionen vom Vorstande bestimmt. Der Kongreß entscheidet über den Preis und die Größe der Blätter. Die Expedienten, welche die Kasse der Blätter führen, haben Kaution oder Bürgschaft zu stellen.

§ 16. Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteiorgane hat der Vorstand je zwei Revisoren zu ernennen, falls er die Revision nicht selbst vornehmen kann. Diese Revisoren haben nach Anweisung des Vorstandes mindestens einmal monatlich das Kassenwesen der genannten Blätter zu revidieren, jederzeit auf Verlangen dem Vorstand, beziehentlich der Kontrollkommission, sowie einem jeden Parteikongreß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

§ 17. Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redakteure und Expedienten ihres Amtes zu entheben. Denselben steht die Berufung an die Kontrollkommission zu, welche die Berufung entweder abweisen oder sich an den Ausschuß behufs gemeinsamer Entscheidung wenden kann. Kontrollkommission und Ausschuß können mit Stimmenmehrheit den Beschluß des Vorstandes annullieren. Berufung an den Kongreß ist zulässig.

§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind gleich den beiden in § 14 genannten Organen in taktischen Parteifragen dem Vorstand unterstellt.

§ 19. Der Vorstand ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteikasse, sowie der Kassen der Organe, welche Eigentum der Partei sind, nachdem sämtliche Teile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen.

Der Vorsitzende Geib schreitet zur Generalabstimmung.

Die verlesene Organisation wird einstimmig angenommen, und hierauf vom Vorsitzenden die Partei für konstituiert erklärt (6 Uhr abends).

Dem neu zu wählenden Vorstand wird aufgegeben, sich, in Verbindung mit sachkundigen Parteigenossen, eventuell mit gewiegten Juristen, über eine Geschäftsordnung für die Partei zu einigen.

Fritzsche verliest im Auftrage der Mandatsprüfungskommission die Namen der Delegierten und die Zahl der von jedem vertretenen Stimmen, um festzustellen, daß die nachträglich eingelaufenen Mandate richtig verzeichnet sind. (Siehe die Liste am Schluß des Protokolls.)

Der Vorsitzende schließt die Sitzung abends 6¾ Uhr und vertagt den Kongreß bis morgen Nachmittag 3 Uhr.

Siebente Sitzung: Donnerstag, den 27. Mai, nachmittags 3¼ Uhr.

Vorsitzender Geib. — Schriftführer Rödiger und Scheu. — Bei Verlesung der Präsenzliste fehlen als abgereist Günther und Petermann.

Es beantragen Hoffmann, Dotzauer und Wendler, Punkt 6 der Tagesordnung (Wahl der Parteibehörden) sogleich vorzunehmen. Dies wird angenommen.

Bebel schlägt in Anbetracht der Polizei-Schwierigkeiten Hamburg als Sitz des Vorstandes vor. Auch sei die Partei dort sehr stark und habe unter beiden Richtungen viele geeignete Personen, die eventuell in den Vorstand gewählt werden könnten. Auch sei es gut, wenn der Vorstand nicht in Leipzig oder Berlin seinen Sitz bekommt, weil die dort erscheinenden Parteiorgane leicht seinem dominierenden Einflusse ausgesetzt sein könnten. Hamburg müsse die Ehre haben, den Vorstand der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu erhalten.

Hasselmann schließt sich der Hauptsache nach Bebel an; auch könnte die dortige große Mitgliedschaft eine angemessene Kontrolle über den Vorstand ausüben.

Frick: Er könne sich durch sogenannte Nützlichkeitsgründe nicht leiten lassen. Er sei entgegen Bebel der Ansicht, daß der Vorstand den Organen der Partei ganz nahe sein muß. Er erkläre die Hamburger Vereinsgesetze als die reaktionärsten Deutschlands. Er schlage Berlin vor; trotz allen Verfolgungen, trotz Tessendorf muß der Sitz des Vorstandes dort sein. Es wurde ja im Neuen Sozialdemokrat so fest behauptet, daß wir uns mit solchen Paragraphen wappnen würden, daß kein Tessendorf uns mehr treffen könne.

Klein spricht für Hamburg als Sitz des Vorstandes.

Groß desgleichen, wenn es auch nicht, wie behauptet wurde, der Fall sei, daß von allen Orten Hamburg bei der Reichstagswahl die meisten Stimmen für unseren Kandidaten abgegeben; das Verhältnis sei in Ottensen z. B. ein günstigeres.

Molkenbuhr ist ebenfalls für Hamburg, trotz seines reaktionären Vereinsgesetzes; nötigenfalls könne man den Sitz des Vorstandes verlegen.

Bebel: Man muß bei der Wahl des Ortes seine Größe ins Auge fassen. Frick sei im Mißverständnis gewesen, wenn er glaubt, es habe ihn (Bebel) der Gedanke geleitet, daß die Parteiblätter machen könnten, was sie wollten. Er wolle nur, daß der Vorstand sie nicht in seinen Händen habe und beeinflusse. Mag auch Hamburg reaktionäre Vereinsgesetze haben, jetzt kommen die Gesetze nicht mehr in Betracht, sondern ihre Handhabung. Im Weimarschen herrschte vollständige Vereins- und Versammlungsfreiheit, dies gefiel aber gewissen Personen in Berlin nicht, und Weimar erließ eine Ministerial-Verordnung, durch welche alle Freiheiten über den Haufen geworfen wurden. Den Vorstand nach

Berlin legen, weil Berlin die Hauptstadt des Reiches ist, hieße ihn für die Dauer dorthin legen. Ist Berlin die Hauptstadt des deutschen Reiches, so ist Hamburg die Hauptstadt des deutschen Sozialismus.

Es wird Schluß der Debatte angenommen und hierauf Hamburg als Sitz des Vorstandes bestimmt.

Herzog stellt den Antrag, erst das Gehalt der Vorstandsmitglieder zu bestimmen, und dann die Personenfrage zu erledigen. Dies wird angenommen.

Bebel: Es ist zwar beschlossen, zwei gleichberechtigte Vorsitzende zu wählen; es wird aber doch der eine beständiger Geschäftsleiter sein, und der andere nur in Ausnahmefällen die Geschäfte zu übernehmen haben. Demnach muß die Höhe der Gehälter für die beiden Vorsitzenden verschieden sein. Er schlage für denjenigen, der für beständige Geschäftsleitung bestimmt wird, 65 Taler monatlich vor, für den anderen würden 10 oder 15 Taler genügen, und möge für den Fall, daß der zweite in die Stelle des ersten Vorsitzenden rücken muß, das Gehalt entsprechend erhöht werden.

Die Sekretäre hingegen würde man gleich besolden müssen, und schlage er 50 Taler monatlich vor. Dem Kassierer, der hoffentlich viel zu tun bekommt, möge man 30—35 Taler Monatsgehalt bewilligen.

Klein empfiehlt Bebels Antrag im Prinzip.

Es wird Schluß der Diskussion angenommen.

Die Gehälter werden nun folgendermaßen festgesetzt: Geschäftsleitender Vorsitzender monatlich 65 Taler, dessen Stellvertreter 15 Taler, die beiden Sekretäre je 50 Taler, der Kassierer 35 Taler.

Der Vorstand erhält die Ermächtigung, das Gehalt des zweiten Vorsitzenden nach dem Vorschlage Bebels unter Verhältnissen zu erhöhen.

Es kommt nun die Personenfrage zur Diskussion; eine Generaldiskussion wird abgelehnt.

Geib schlägt zum geschäftsleitenden Vorsitzenden Hasenclever vor; dasselbe geschieht von seiten Bebels. Letzterer schlägt ferner vor, mittels Stimmzettel zu wählen.

Geib bemerkt, daß die Organisation auch öffentliche Wahlen zulasse und er diese empfehle.

Aus der Wahl geht nunmehr Hasenclever mit allen gegen eine Stimme hervor.

Bäthke bemerkt, daß er sich der Abstimmung enthalten habe. — Es wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Bebel: Der Wunsch seiner Freunde sei es, daß von seiten der Lassalleschen Richtung 3 Personen in den Vorstand gewählt werden. Dieselben hätten Hartmann neben Hasenclever in Aussicht genommen, da er tüchtig sei und in Hamburg großen Anhang habe.

Hasselmann und Fritzsche erklären sich für den Vorschlag Bebels.

Klein fühlt sich gezwungen, sich gegen die Person Hartmanns als Vorstandsmitglied zu wenden, da er aus früheren und jetzt gesammelten Erfahrungen einsehe, daß derselbe nicht die geeignete Person sei. Hartmann habe sich namentlich heute Morgen in einer gemeinen und verletzenden Weise geäußert. Redner schlägt Richter in Wandsbeck vor.

Der Vorsitzende erteilt dem Redner wegen des vorhin gebrauchten unparlamentarischen Ausdrucks eine Rüge.

Groß hält Hartmann für zu parteiisch und schlägt Richter-Wandsbeck vor, der wohl unbestritten mit genügenden Fähigkeiten ausgestattet sei.

Vater will zugeben, daß Hartmann wohl tüchtig in der Agitation sei; gute Agitatoren seien aber nicht immer gute Organisatoren. Er halte Geib oder Auer für passender.

Prinz empfiehlt Geib, welcher jedoch auf das Amt eines Vorsitzenden verzichtet.

Klute erklärt sich entschieden gegen Hartmann, nicht aus persönlicher Abneigung, oder weil er dessen Fähigkeiten anzweifelt. Wenn jemand ein guter Redner ist, ist er noch kein guter Organisator. Er kenne Hartmann seit Jahren, und er sei ihm zu parteiisch und von Vorurteilen eingenommen. Er empfehle Richter-Wandsbeck.

A. Kapell ist nicht in der Lage, für Hartmann stimmen zu können, weil seine Handlungsweise heute Vormittag ihn dazu veranlasse. Auch lege Hartmann oftmals allzuscharf den eisernen Maßstab an, und das sei nicht gut. Hartmann habe über sein Organisationstalent auch noch keine genügende Probe abgelegt.

Es wird Schluß der Diskussion angenommen.

Persönlich bemerkt Heinemann, daß Hartmann bei der letzten Wahl in 6 Kreisen kandidiert habe, daß er schon 1871 Reichstagskandidat gewesen, und daß er das Vertrauen der Hamburger Mitglieder besitze.

Löffelbein und Bäthke erklären sich für Hartmann.

Bebel bemerkt, man habe innerhalb seiner Richtung viel unangenehme Erinnerungen an Richter; auch sei er nicht bekannt genug.

Reimer ist für Hartmann, der in Mecklenburg bei der Reichstagswahl organisatorisches Talent bewiesen.

Petzold spricht ebenfalls für Hartmann.

Köhnke bemerkt Reimer gegenüber, da derselbe auf Hartmanns organisatorisches Talent aufmerksam gemacht, daß Redner in Hartmanns Kieler Wahlkreis kein Titelchen von Organisation gefunden, welches von ihm herrührte; denn sonst müßte es dort anders stehen.

Auf Anfrage erklärt Hasenclever, da er einmal versprochen, mit Hartmann gemeinsam zu arbeiten, er auch gewillt sei, sein Wort zu halten, und gedenke er trotz eines Zwischenfalles Gutes mit ihm zusammen zu schaffen; hierauf wird Hartmann mit großer Majorität gewählt.

Es folgt die Wahl der Sekretäre. Hörig schlägt Auer und Derossi vor, und werden beide ohne Debatte gewählt.

Zum Kassierer wird einstimmig Geib gewählt.

Der Vorsitzende Geib proklamiert hierauf die gewählten Personen als Vorstandsmitglieder.

Es wird nun der Ort des Sitzes der Kontrollkommission bestimmt, und Leipzig hierzu erkoren.

Der Vorsitzende ersucht sodann, Vorschläge für die Mitglieder des Ausschusses zu machen. Es werden solche gemacht von Klein, Bebel, Groß, Fritzsche, Löffelbein, Hasselmann und Prinz.

O. Kapell schlägt vor, erst die Zahl der Orte zu bestimmen, auf die sich die Ausschußmitglieder verteilen sollen.

Dreesbach wünscht, nicht gewählt zu werden.

Geib betont, man möge den früheren Richtungen Rechnung tragen.

Wahlteich ersucht, Hasselmanns Liste zunächst zu berücksichtigen, da sie die Vorschläge Bebels und Fritzsches zusammen enthalte.

Geib hält dies nicht für richtig.

A. Kapell verzichtet auf seine Wahl, und schlägt für Berlin Mielke und Finn vor.

Vater verzichtet zu gunsten Heinemanns.

Tölcke wünscht, nicht gewählt zu werden, ebenso Frick.

Es werden gewählt: Bernstein-Berlin, Heinemann-Hamburg, Schumacher-Köln, Prinz-Frankfurt a. M., Wahlteich-Chemnitz, Finn-Berlin, Moje-Nürnberg, Fritzsche-Berlin, Endres-Augsburg, Reimer-Altona, Bronnenmeier-Göppingen, Meister-Hannover, Bock-Gotha, Zwinner-Bielefeld, Klees-Magdeburg, Kuhl-Barmen, Bracke-Braunschweig, Reinders-Breslau.

Die Sitzung wird abends 6½ Uhr auf 15 Minuten vertagt.

Wiedereröffnung der Sitzung abends 7¼ Uhr.

Der Vorsitzende Geib verliest 2 Telegramme, von Höchst und Kalk, sowie eine Zuschrift aus Chemnitz.

Die Debatte über die Tagesordnung „Die Parteipresse" wird unter Hinweis auf § 15 der Organisation eröffnet.

Bebel schlägt vor, die Personen- und Gehaltsfrage dem Vorstand zu überlassen, warnt aber davor, die Blätter in die Hand einer einzelnen oder einer kleinen Anzahl von Personen zu geben, da dies in geschäftlicher Beziehung viele Unzuträglichkeiten im Gefolge haben könne.

Luchtenberger verlangt im Auftrage seiner Mandatgeber, daß die Blätter als Eigentum einer Genossenschaft erklärt werden.

Stuhr stellt den Antrag, bis zum nächsten Kongreß die Eigentumsverhältnisse der Blätter so zu belassen, wie sie jetzt sind.

Fritzsche ist aus denselben Gründen wie Bebel dafür, der Neue Sozialdemokrat solle Eigentum der Berliner Genossenschafts-Buchdruckerei sein. Er sei durchaus nicht für Produktivgenossenschaften à la Schulze-Delitzsch; hier handle es sich aber um ein Geschäft, welches die Agitation der Partei fördere, nicht einzelnen, sondern der ganzen Partei zum Nutzen gereichen solle.

Hasenclever kann sich weder mit dem Antrage von Stuhr, noch mit dem von Fritzsche einverstanden erklären, sondern befürwortet, da dies nach der Organisation sehr wohl angehe, das Eigentumsrecht dem jeweiligen Vorstande zu übertragen. Man habe schon traurige Erfahrungen gemacht mit Genossenschaften, deshalb möge man vorsichtig sein. Gewöhnlich sind solche in die Hände weniger Mitglieder übergegangen. Daher sei es bedenklich, Genossenschaften die Blätter als Eigentum zuzuweisen. Er ist damit einverstanden, das Blatt nicht auf eine einzelne Person zu übertragen, aber es solle der ganzen Partei das Eigentumsrecht verbleiben.

Harm: Wenn man die Blätter einzelnen Personen in die Hände spiele, könne dies eventuell Gefahren für die eben erst geeinigte Partei mit sich bringen. Er sei entschieden für den Antrag Bebels.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Hasselmann: So lange es bei den Lassalleanern einen Präsidenten gab, hatte er das Blatt in den Händen, und konnte damit machen, was er wollte. Dies sei der damaligen Organisation entsprechend gewesen; jetzt habe sich die Sache aber geändert. Wenn der Neue Sozialdemokrat auf die 5 Vorstandspersonen eingetragen sei, und nur eine derselben füge sich nicht dem Beschlusse der Mehrheit, so könne dadurch, nach den Gesetzen, das Blatt sofort ruiniert werden. Ein solcher Zustand sei mit dem „polnischen Reichstag" zu vergleichen und könne nicht eingeführt werden. Bei einer eingetragenen Genossenschaft ist nach denselben Gesetzen, diese Gefahr nicht vorhanden, weil diese das Recht der juristischen Person genieße. Der Einwand, die Genossenschaft könne sich der Partei gegenüberstellen, sei hinfällig, denn die besten Partei-Mitglieder werden der Genossenschaft angehören. Auch schon der Erhaltung des Blattes selbst wegen muß die Genossenschaft mit der Partei gehen.

Groß ist der Ansicht, daß alles Reden über diesen Punkt nichts ändern werde, da — wie es ihm scheine — bereits ein Kompromiß geschlossen sei, der die Entscheidung beeinflusse.

Bebel: Er wisse nicht, wohin die Aeußerung von Groß zielen solle. Es sei nicht im geringsten ein Mißtrauen gegen irgend jemand vorhanden. Aber man müsse das Eigentum der Partei auf alle Fälle sicherstellen. Der Redner beweist durch das Beispiel der Leipziger Genossenschaftsdruckerei, daß die Gefahr, eine solche Genossenschaft gerate mit der Zeit in die Hände weniger, nicht vorhanden sei.

Hasenclever erklärt, gegen die Genossenschaft als solche nicht gesprochen zu haben.

Kayser erörtert noch weiter die Unzuträglichkeiten, welche durch Uebertragung des Eigentumsrechtes der Blätter entstehen können, und spricht den Wunsch aus, daß die Aufnahme der Mitglieder in die zu gründende Genossenschaft nicht vom Aufsichtsrat derselben abhänge, sondern das Beitrittsrecht jedem Parteigenossen garantiert sei.

A. Kapell wünscht mehr Aufklärung über die Lebensfähigkeit einer Genossenschaft, welche von so geringen Beiträgen, wie die in Rede stehenden, gegründet werden soll, denn, um einen Ueberschuß von mehreren Tausend Talern jährlich zu erzielen, bedürfe es schon eines beträchtlichen Kapitals, welches schwerlich mit einem Beitrag von 2½ Gr. monatlich aufzubringen sei. Fachkenner, mit denen er hierüber Rücksprache genommen, hätten ihm hierin vollkommen beigestimmt. Redner habe ferner einen Vergleich angestellt zwischen dem Preise, welcher für den Druck des Neuen Sozialdemokrat an einen gewöhnlichen Geschäftsmann, und dem Preise, welcher für den Druck des Volksstaat an die Genossenschaft gezahlt wird, und habe gefunden, daß die Genossenschaft durchaus nicht billiger drucke. Außerdem sei ihm von Verein, dem Drucker des Neuen Sozialdemokrat, gesagt worden, daß er, der Drucker, die Herstellungskosten des Blattes ermäßigen wolle und zwar solle in Zukunft für den Satz statt 23 Taler nur 21 Taler und

für den Druck statt 1 Taler 5 Neugroschen pro Tausend Exemplare nur 1 Taler bezahlt werden. Man möge dies mit in Erwägung ziehen, und die Gründung der Genossenschaft nicht so überstürzt betreiben, zumal die Arbeiter zu einer tatkräftigen Unterstützung des Unternehmens gegenwärtig zu arm seien.

Baumann: Es sei ein großer Unterschied, ob der Reingewinn beim Druck eines Blattes einem Buchdruckereibesitzer oder einer Arbeitergenossenschaft zugute komme. Redner ist gegen den Antrag Stuhrs, sowie gegen das Projekt, dem Vorstand das Eigentumsrecht zu übertragen.

Frick fragt an: im Falle 100 oder mehr Bourgeois in die Genossenschaft eintreten, um möglicherweise das Unternehmen in ihre Hände zu bekommen, kann man dies hindern?

Geib beantwortet diese Frage mit Ja. Es sei in den Statuten eine Bestimmung in § 3 darüber getroffen, wonach der Aufsichtsrat das Recht hat, Personen den Eintritt zu verweigern.

Rackow bemerkt, die Berliner Genossenschaft bestehe und nur an den Parteigenossen liege es, daß dieselbe lebens- und ertragsfähig werde. Die Angelegenheit, welche A. Kapell hinsichtlich des Druckers Verein vorgebracht, halte er für eine Geschäftspolitik. Er wundere sich sehr, daß Verein ihm kein Wort davon gesagt habe; wenn A. Kapell dem Redner dies mitgeteilt hätte, würde er darauf gedrungen haben, daß der Drucker von dem Tage an, wo er sich so erklärt, auch nur den niedrigen Preis bezahlt erhalten hätte. Redner werde deshalb auch sofort an Verein telegraphieren, ob er gewillt sei, von heute an den Satz für den Neuen Sozialdemokrat für 21 Taler und den Druck pro Tausend für 1 Taler, wie er dies A. Kapell angeboten, zu liefern.

Ueber die Frage, ob die Berliner Genossenschaftsdruckerei schon bestehe, oder nicht, werden eine Reihe von persönlichen Bemerkungen gemacht.

Brückmann verlangt Wiederaufnahme der Debatte, um die Ansichten der Parteigenossen in Hamburg und Altona, die noch nicht gehört wurden, zur Geltung bringen zu können. (Wird abgelehnt.)

Stuhrs Antrag wird ebenfalls abgelehnt.

Bebels Antrag kommt zur Abstimmung. Der erste Teil desselben lautet dahin, daß die Feststellung des Redaktions- und Expeditionspersonals, der Gehalt, wie die Verwaltung der Blätter dem Vorstand übertragen werde. Dies wird angenommen.

Weiter heißt es im Antrag, daß die offiziellen Parteiorgane Eigentum der Genossenschaften werden. Auch dieser Passus wird angenommen.

Fritzsche: Zu der Frage, ob die Berliner Genossenschaft vom Kongreß anerkannt werden solle, bemerkt der Redner, die Anerkennung solle stattfinden, aber es sei das Gutachten der Parteigenossen über die Organisierung derselben erst einzuholen. Redner stellt den Antrag: Es mögen die Herren Hasenclever, Hartmann, Auer, Derossi und Geib ein Gutachten für die in Berlin bestehende Genossenschaftsdruckerei abgeben, nach welchem dieselbe ihr Statut möglichst verbessern kann.

Brückmann erklärt sich gegen den Fritzscheschen Vorschlag bezüglich des Gutachtens.

Grillenberger: Die Genossenschaft sei bereits juristische Person und könne schon das Eigentumsrecht übernehmen, auch wenn sie noch nicht den Druck besorge.

Ramm: Es handle sich hier doch nicht um eine Schulze-Delitzsche Genossenschaft. Der Redner erörtert, wie die Verhältnisse einer Genossenschaft, wie die projektierte, von vornherein jede Befürchtung bezüglich der Sicherheit für die Blätter ausschließen.

Stuhr beantragt: Das Eigentumsrecht an dem Neuen Sozialdemokrat ist der Berliner Genossenschaftsdruckerei zu übertragen.

Dieser, sowie der Antrag Fritzsches werden angenommen.

Bebel wünscht, die Annahme von Mitgliedern zur Genossenschaft schon hier zu ermöglichen.

Dies wird angenommen, und die ev. Mitglieder an Fritzsche gewiesen.

Geib referiert hierauf über die Sozialpolitischen Blätter. Schon früher sei der Nutzen eines belletristischen Blattes allseitig anerkannt worden; man solle deshalb aus den sozialpolitischen Blättern eine belletristische Zeitschrift machen, welche mit ähnlichen Blättern, z. B. Gartenlaube usw. konkurrieren könne. Redner betont den Einfluß, welchen ein solches Blatt namentlich auf die Frauen erlangen werde, und konstatiert, daß es sofort lebensfähig sein werde. Er beantragt deshalb, am 1. Oktober die Sozialpolitischen Blätter eingehen und dafür das neue belletristische Blatt erscheinen zu lassen.

Heerhold verlangt, die ersten Hefte der Zeitschrift gratis den Kolporteuren zu überlassen, wie es alle Verleger solcher Blätter tun; wenn man es nicht so einrichte, würde es nicht in andere Kreise dringen. Wenn man es ohne Romane ausstattet, wird es ebenfalls nicht die gewünschte Verbreitung finden; Redner meine aber selbstverständlich sozialistische Romane, z. B. wie „Uncinde" von Schweitzer.

Reinders meint, die Honorierung der literarischen Beiträge sei hoffentlich nicht nötig, da die Partei jetzt viele geistige Kräfte habe, die etwas tun könnten. Er kritisiert den Inhalt der Sozialpolitischen Blätter und polemisiert gegen deren Redaktion, weil dieselbe versprochen, eine Biographie Lassalles zu bringen, hierbei aber nicht mehr als den Anfang geliefert habe.

Geib beantragt: die Sozialpolitischen Blätter bleiben bis zum 1. Oktober d. J. bestehen. Alsdann sind dieselben in ein gut ausgestattetes illustriertes, belletristisches Wochenblatt umzuwandeln. Der Preis dieses Blattes ist auf 10—12 Groschen pro Quartal festzustellen.

Bebel beantragt: daß das Eigentumsrecht der Sozialpolitischen Blätter durch den Parteivorstand in ähnlicher Weise geregelt werde, wie für die anderen offiziellen Organe der Partei.

Klein verlangt gute Illustrationen.

Grillenberger einen entsprechenden Titel.

Geibs Antrag wird angenommen, ebenso Bebels Antrag und ein Antrag Meisters, dahin gehend, den Volksstaat-Erzähler am 1. Oktober eingehen zu lassen.

Löffelbein beantragt, in Hamburg ein Lokalblatt erscheinen zu lassen.

Der Vorsitzende weist auf die Organisation hin, welche die Entscheidung darüber den Parteibehörden übertrage.

Hasselmann beantragt, nachdem eine kurze Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden, „der Kongreß solle die Gründung eines Hamburger Lokalblattes,

welches Eigentum der Partei sein muß, befürworten und die weiteren Schritte den zuständigen Parteibehörden überlassen."

Der Vorsitzende läßt darüber abstimmen, ob der Kongreß sich in der Frage der Lokalblätter souverän erkläre. Dasselbe wird bejaht.

Nachdem verschiedene Anträge schon bei der Unterstützungsfrage gefallen, wird in die Diskussion über Hasselmanns Antrag eingetreten.

Heinemann spricht für die Gründung eines Lokalblattes in Hamburg und erörtert die unbedingte Notwendigkeit eines solchen.

Köhnke meint, die Landbevölkerung in Schleswig-Holstein sei nicht so brillant gestellt, daß sie zahlreich abonnieren könne. Auch werde ein Lokalblatt dem Hauptorgane Abbruch tun.

Brückmann: Man hat in Hamburg den Gedanken der Gründung eines Lokalblattes stets seitens derjenigen Parteigenossen, welche streng an der Organisation hielten, energisch zurückgewiesen. Ebenso sei die Meinung in den Herzogtümern. Wenn ein Blatt gegründet werde, müsse es unbedingt Eigentum der Partei sein.

Hartmann: Die Hamburger haben schon früher bei der Generalversammlung beantragt, ein Blatt ins Leben zu rufen. Sie seien abgewiesen worden und haben sich gefügt; die Notwendigkeit des Blattes sei deshalb nicht widerlegt. Der Redner gibt eine Uebersicht der Hamburger Zeitungsverhältnisse. Wenn man das Bedürfnis der Hamburger Arbeiter nach einem Blatte ins Auge faßt, so könne man unmöglich das Zeitungsprojekt ablehnen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen und es erfolgen Berichtigungen usw.

Hasselmanns Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß heute früh eine Kommission der Eisenacher getagt hat, welche, nachdem sie den Bericht der Beamten des Volksstaat, sowie der Revisoren gehört, die Verwaltung des betreffenden Blattes vollständig in Ordnung fand.

Ein Antrag von Moje, das Format der Schriften und Broschüren der Partei betreffend, wird verlesen.

Geib stellt den Antrag, daß möglichst gleichmäßiges Format für die Schriften gewählt werde.

Dies wird angenommen und dadurch der Antrag von Moje erledigt.

Wegen Herausgabe eines Kalenders wird auf Anregung von Geib beschlossen, die weiteren Schritte dem Vorstande zu überweisen, mit der Bemerkung, daß der Kalender in großer Auflage erscheinen, illustriert und von der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei gedruckt werden soll.

Hierauf wird zum letzten Punkt der Tagesordnung, Partei-Agitation, übergegangen.

Der Vorsitzende verliest diejenigen Anträge, welche in der gedruckten Vorlage enthalten sind, ferner Anträge aus Gelsenkirchen, welche aber als selbstverständlich angesehen und nicht unterstützt werden.

Drogand beantragt, in Schlesien zwei stabile Agitatoren zu stationieren.

Es erfolgt sodann eine ganze Reihe von Anträgen, 22 im ganzen, auf Einsetzung von stabilen Agitatoren in fast sämtlichen Gegenden Deutschlands.

Dulk beantragt, vor der Spezialdebatte in Diskussion über die allgemeine und ideelle Grundlage der Agitation einzutreten. Dies wird abgelehnt; dagegen ein Antrag von Bebel angenommen, dahin gehend, die Regelung der Agitation dem Partei-Vorstand zu übertragen, mit der Weisung, die auf die Agitation bezüglichen Anträge nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Durch Annahme dieses Antrages sind alle übrigen Anträge bezüglich dieses Punktes erledigt.

Auf Antrag Fritzsches gibt der Kongreß bezüglich seiner Stellung zu den Gewerksgenossenschaften folgende Erklärung ab:

„Der Kongreß erklärt, daß die Organisation der Gewerkschaften, solange die Lohnarbeit besteht, notwendig ist und die Sache der Arbeit fördert, soweit es unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der heutigen Gesellschaft möglich ist."

Der Vorsitzende teilt unter Zustimmung des Kongresses mit, daß die Partei spätestens am 15. Juni der Oeffentlichkeit und der Behörde gegenüber in ihrer neuen Gestalt in Kraft treten werde.

Kuhl, Kegel und Reimer verlesen die Protokolle der letzten Sitzungen.

Eine Redaktionskommission für das Protokoll wird gewählt, bestehend aus: Geib, Reimer und Derossi.

Damit sind die Geschäfte des Kongresses erledigt.

Hasenclever weist auf die hohe Bedeutung des eben vollendeten Einigungswerkes hin, das segenbringend für die gesamte Arbeiterbewegung sein werde; derselbe bringt zum Schluß ein Hoch auf die Arbeiter aller Kulturstaaten aus, in welches die Delegierten begeistert einstimmen.

Hiermit wird der Kongreß unter dem Gesang der Arbeiter-Marseillaise abends um 11½ geschlossen.

Verzeichnis der Delegierten, Orte und Zahl der Mitglieder.

Nr. Name u. Wohnort des Delegierten.	Orte der Vertretung	Zahl der Mitglieder	
1. Auer (Hamburg)	Kaiserslautern	60	
	Schwabing	10	
	Gelenau	30	
	Camenz	25	
	Aachen	15	
	Würzburg	50	
	Neustadt a. H.	27	
	Pirna	18	235
2. Baditz (Meerane)	Meerane		105
3. Bäthke (Berlin)	Brandenburg	300	
	Zittau-Olbersdorf	50	350
4. Bardonner (Meiderich)	Duisburg, Bockum, Meiderich, Ruhrort		100
5. Bleß (Offenbach)	Kl. Krotzenburg	17	
	Bieber	12	
	Hausen	12	
	Heusenstamm	35	
	Weißkirchen	10	

Nr. Name u. Wohnort des Delegierten	Orte der Vertretung	Zahl der Mitglieder	
	Obertshausen	25	
	Seligenstadt	15	
	Mühlheim a. M.	15	
	Bürgel	5	
	Gr. Steinheim	7	
	Hainstadt	15	
	Klein-Auheim	3	
	Offenbach	26	197
6. Bock (Gotha)	Meiningen	16	
	Gotha	48	
	Gießen	30	
	Erfurt	25	
	Arnstadt	20	139
7. Böttcher (Crimmitschau)	Crimmitschau		250
8. Böttcher (Clausthal)	Clausthal	20	
	Nordhausen	20	40
9. Baumann (Berlin)	Berlin		400
10. Bebel (Leipzig)	Leipzig		200
11. Blos (Mainz)	Mainz	100	
	Gartenfeld	25	125
12. Bronnenmayer (Göppingen)	Cannstatt	40	
	Stuttgart	30	
	Reutlingen	70	
	Schw. Gmünd	36	
	Göppingen	30	
	Eßlingen	60	
	Pfullingen	10	
	Ulm	30	
	Tübingen	7	
	Kirchheim	15	
	Schw.-Hall	25	353
13. Brückmann (Altona)	Altona		400
14. Burkhardt (Leipzig)	Zürich		170
15. Daßbach (Hanau)	Bockenheim	60	
	Dörnigheim	20	
	Hanau	210	290
16. Demmler (Geyer)	Oberwürschnitz	30	
	Zschorlau	6	
	Stollberg	20	
	Thalheim	40	
	Schneeberg	23	
	Heerold i. S.	8	
	Niederhaßlau	30	
	Geyer	25	
	Lößnitz	30	312
17. Derossi (Bremen)	Bremen Buntenth.-Steinweg	100	
	Naumburg a. d. S.	27	
	Apenrade	10	137
18. Dotzauer (Zwickau)	Niederplanitz	20	
	Schedewitz	52	72
19. Dreesbach (Stuttgart)	Essen	125	
	Stuttgart	100	
	Mannheim	80	
	Karlsruhe	80	385
20. Drogand (Altona)	Ahrensburg	25	
	Schleswig	12	
	Steinbeck	10	
	Plaue	12	59

Nr. Name u. Wohnort des Delegierten	Orte der Vertretung	Zahl der Mitglieder	
21. Dulk (Stuttgart)	Stuttgart		100
22. Eger (Chemnitz)	Einsiedel	13	
	Gornau	16	
	Zschoppau	30	
	Glauchau	60	
	Dietesdorf	5	
	Chemnitz	17	141
23. Endres (Augsburg)	Augsburg	270	
	Regensburg	12	
	Lechhausen	50	
	Heidingsfeld	10	
	München	50	392
24. Engelhardt (Magdeburg)	Schönebeck	18	
	Staßfurt	50	
	Halberstadt	6	
	Neundorf	26	100
25. Fahl (Pinneberg)	Pinneberg	75	
	Uetersen	60	
	Barmstedt	60	195
26. Finn (Berlin)	Schwerin	50	
	Güstrow	54	
	Nowawes	30	134
27. Frick (Bremen)	Bremen	100	
	Hameln	20	
	Hastedt	30	
	Delmenhorst	33	
	Nienburg	17	200
28. Fritzsche (Berlin)	Berlin		400
29. Fink (Leipzig)	Groitzsch	30	
	Geithain	42	
	Frohburg	30	
	Lunzenau	20	
	Colditz	10	
	Lausigk	30	162
30. Fischer (Thonberg)	Versch. Orte d. Lpz. Ld.-Wahlkr.		150
31. Fischer (Coburg)	Coburg		100
32. Franz (Glauchau)	Glauchau		120
33. Gadow (Hamburg)	Eimsbüttel	58	
	Barmbeck	130	
	Hohenfelde-Dorgfelde	67	
	Hamm (zu spät eingetroffen)		
	Eppendorf	67	
	Rothenburgsort	65	396
34. Geib (Hamburg)	Pfersee	20	
	Konstanz	20	
	Harburg	16	
	Wandsbeck	34	
	Stade	20	
	Hamburg	104	
	Greffrath	25	
	Amberg	45	
	Altona	25	
	Hänichen	12	321
35. Giesecke (Gotha)	Langenberg		10
36. Gladewitz (Mittweida)	Taura	8	
	Mittweida	40	48
37. Glebe (Hannover)	Limmer	40	
	Gr. Berkel	30	70

Nr.	Name u. Wohnort des Delegierten	Orte der Vertretung	Zahl der Mitglieder	
38.	Groß (Wandsbeck)	Wandsbeck		200
39.	Günther (Delitzsch)	Eilenburg	25	
		Delitzsch	65	90
40.	Grillenberger (Nürnberg)	Nürnberg		400
41.	Harm (Elberfeld)	Elberfeld	180	
		Hagen	90	
		Solingen	24	294
42.	Hartmann (Hamburg)	Hamburg		400
43.	Hasselmann (Berlin)	Berlin		400
44.	Hasenclever (Bremen)	Bremen		400
45.	Hasse (Mühltroff)	Treuen	20	
		Hammersbrück	15	
		Greiz	20	
		Pausa	17	
		Friedrichsgrün	15	
		Lengenfeld	20	
		Elsterberg	15	
		Reichenbach i. S.	50	
		Netzschkau	15	
		Mühlau	30	
		Mühltroff	6	
		Falkenstein	30	253
46.	J. M. Hirsch (Mainz)	Wiesbaden		25
47.	Heinemann (Hamburg)	Hamburg		400
48.	Heinzel (Kiel)	Kiel Gaarden		150
49.	Heerhold (Ottensen)	Ottensen	194	
		Glückstadt	35	
		Uelzen	65	294
50.	Herzog (Forst)	Cottbus	20	
		Forst	285	305
51.	Hoffmann (Zwickau)	Wildenfels	10	
		Zwickau	82	
		Werdau	28	120
52.	Hörig (Hamburg)	Altona		400
53.	Heitbrinck (Bielefeld)	Bielefeld		15
54.	Hochheim (Mühlhausen)	Mühlhausen i. Th.		32
55.	Hurlemann (Berlin)	Berlin		400
56.	Just (Breslau)	Breslau	60	
		Langenbielau	120	180
57.	A. Kapell (Berlin)	Rostock	60	
		Bernburg	34	
		Nienstedt	21	115
58.	O. Kapell (Berlin)	Finsterwalde	60	
		Weißensee	25	
		Sorau	30	
		Wilhelmshaven	100	215
59.	Kayser (Dresden)	Dresden	345	
		Deuben	50	395
60.	Klein (Frankfurt a. M.)	Bornheim	40	
		Frankfurt a. M.	225	265
61.	Klute (Osnabrück)	Osnabrück	150	
		Buer	30	
		Oldendorf b. Melle	15	195
62.	Kegel (Chemnitz)	Chemnitz		400
63.	Klees (Magdeburg)	Magdeburg	100	
		Buckau	30	130
64.	Kühn (Bremen)	Bremen	20	
		Verden	10	30

Nr.	Name u. Wohnort des Delegierten	Orte der Vertretung	Zahl der Mitglieder	
65.	Kokosky (Braunschweig)	Wieda	16	
		Braunschweig	332	
		Brentzen	12	
		Wolfenbüttel	40	400
66.	Kettel (Apolda)	Apolda		30
67.	Köhnke (Altona)	Altona		400
68.	Kreutzberg (Itzehoe)	Krempe	20	
		Itzehoe	110	
		Kellinghausen	22	152
69.	Kronenberger (Gr. Auheim)	Gr. Auheim	105	
		Langendiebach	40	145
70.	Kuhl (Barmen)	Barmen	270	
		Hagen	90	360
71.	Ligner (Achim)	Achim	118	
		Hamburg	160	278
72.	Löffelbein (Elmshorn)	Elmshorn	300	
		Seedorf	40	340
73.	Luchtenberg (Wald)	Wald		130
74.	Liebknecht (Leipzig)	Gößnitz	10	
		Gohlis	50	
		Leipzig	200	260
75.	Lehmann (Pforzheim)	Pforzheim	60	
		Freiburg i. B.	20	80
76.	Linke (Dresden)	Rochlitz		25
77.	Löwenstein (Fürth)	Fürth	100	
		Erlangen	100	
		Schoppershof	30	
		Schwerin	25	
		Glaishammer	85	
		Mögelsdorf	45	385
78.	Mose (Nürnberg)	Nürnberg		400
79.	Müller (Reichenbach i. V.)	Friedrichsgrün	15	
		Lengerfeld	20	
		Elsterberg	15	
		Reichenbach	50	
		Netzschkau	15	
		Mylau	30	
		Plauen	10	
		Falkenstein	30	
		Greiz	20	205
80.	Mai (Mannheim)	Mannheim	80	
		Heidelberg	31	111
81.	Mamme (Bamberg)	Bamberg		60
82.	Motteler (Leipzig)	Leipzig		200
83.	Milke (Berlin)	Luckenwalde	30	
		Berlin	250	280
84.	Meyer (Braunschweig)	Braunschweig		50
85.	Meister (Hannover)	Hannover		347
86.	Molkenbuhr (Ottensen)	Lockstedt	45	
		Ottensen	194	239
87.	Neumann (Dresden)	Dresden	95	
		Meißen	30	
		Bautzen	50	175
88.	Ohlig (Heusenstamm)	Kl. Krotzenburg	18	
		Bieber	13	
		Mühlheim a. M.	15	
		Hausen	12	
		Bürgel	5	

Nr. Name u. Wohnort des Delegierten.	Orte der Vertretung	Zahl der Mitglieder	
	Kl.-Auheim	3	
	Heusenstamm	35	
	Gr.-Steinheim	8	
	Weißkirchen	10	
	Hainstadt	15	
	Obertshausen	25	
	Offenbach	26	
	Seligenstadt	15	200
89. Petzold (Leipzig)	Zeitz	30	
	Leipzig	31	61
90. Pilster (Höchst a. M.)	Sossenheim	10	
	Höchst a. M.	80	
	Werden a. d. R.	30	120
91. Prinz (Frankfurt a. M.)	Niederrad	36	
	Frankfurt a. M.	225	261
92. Petermann (Apolda)	Gößnitz		22
93. Reinhold (Lichtenstein)	Ernstthal	30	
	Müllen St. Micheln	20	
	Hohenstein	40	
	Oberlungwitz	45	
	Lichtenstein-Callnberg	20	
	Müllen St. Niclas	40	195
94. Richter (Leipzig)	Penig		30
95. Rackow (Berlin)	Berlin		400
96. Reichelt (Apolda)	Zeulenroda		25
97. Reimer (Altona)	Hamburg		400
98. Reinders (Breslau)	Breslau	60	
	Görlitz	50	
	Wüstegiersdorf	70	
	Ernsdorf	60	
	Peterswaldau	62	
	Habendorf	31	
	Dreißighuben	15	348
99. Risch (Altenburg)	Altenburg		50
100. Rödiger (Halle)	Halle a. d. S.	75	
	Schleswig	43	
	Malente	60	178
101. Scharnke (Kassel)	Kassel		74
102. Schiedewitz (Cöthen)	Cöthen	100	
	Edderitz	80	
	Dessau	25	205
103. Schönian (Calbe)	Calbe a. d. S.		300
104. Schweckendiek (Berlin)	Brandenburg	100	
	Stettin (d. Fritzsche übertr.)	240	340
105. Steffens (Harburg)	Harburg	250	
	Buxtehude	13	
	Neumünster	50	313
106. Steineck (Rendsburg)	Rendsburg		200
107. Stuhr (Remscheid)	Remscheid Wermelskirchen Lüttringhausen		60
	Lennep	30	90
108. Strecker (Göttingen)	Einbeck	67	
	Göttingen	75	
	Hannov. Münden	50	192
109. Slauck (Geestendorf)	Geestendorf		60
110. Stolle (später übertr. an Ramm)	Crimmitschau		250

Nr. Name u. Wohnort des Delegierten	Orte der Vertretung	Zahl der Mitglieder	
111. Schuhmacher (Köln)	Köln	170	
	Elberfeld	10	
	Ronsdorf	40	
	Coblenz	30	
	Süchtein	30	280
112. Schen	Großenhain		80
113. Steiner (Sonneberg)	Sonneberg		30
114. Tölcke (Iserlohn)	Iserlohn	180	
	Dortmund	200	380
115. Tutzauer (Düsseldorf)	Düsseldorf		75
116. Ufert (Weimar)	Ronneburg	15	
	Gera	45	
	Schmölln	10	
	Weimar	15	85
117. Ulrich (Offenbach a. M.)	Darmstadt	44	
	Offenbach a. M.	30	74
118. Vahlteich (Chemnitz)	Limbach	30	
	Frankenberg	18	
	Wittgensdorf	14	62
119. Vater (Hamburg)	Köln a. R.	150	
	Greiffenberg	10	160
120. Walther (Altona)	Eutin	12	
	Neustadt	60	
	Hemme	40	
	Heide	50	
	Bloen-Rosau	100	
	Verden (d. Fritzsche übertr.)	138	400
121. Wichtendahl (Celle)	Celle		60
122. Winner (Dortmund)	Gelsenkirchen		100
123. Wytzka (Deutz)	Kalk b. Köln		80
124. Wiemer (Chemnitz)	Neukirchen	25	
	Oederan	25	
	Leukersdorf	20	
	Hainichen	30	
	Freiberg	4	
	Altchemnitz	15	
	Kappel	30	
	Niederrabenstein	30	
	Gablenz	22	
	Altendorf	20	
	Schloßchemnitz	30	251
125. Arendler (Chemnitz)	Chemnitz		110
126. Wohnsa (Apolda)	Sangerhausen		15
127. Zwiener (Bielefeld)	Bielefeld	120	
	Minden	170	290
		Summa	25659

Buchhandlung Volksstimme

Maier & Co.

Am Schwimmbad 12/14, neben dem Gewerkschaftshaus

empfehlen ihr reichhaltiges Lager in **Parteiliteratur,** sowie populäre und rechtswissenschaftliche **Bücher, Klassiker** und **Geschenkliteratur.**

Weiter führen wir ein reichhaltiges Lager in **Kalendern, Fach-Kalendern aller Art und Bildern,** gerahmt und ungerahmt.

Mit unserer Buchhandlung ist zugleich ein

Papier-Geschäft

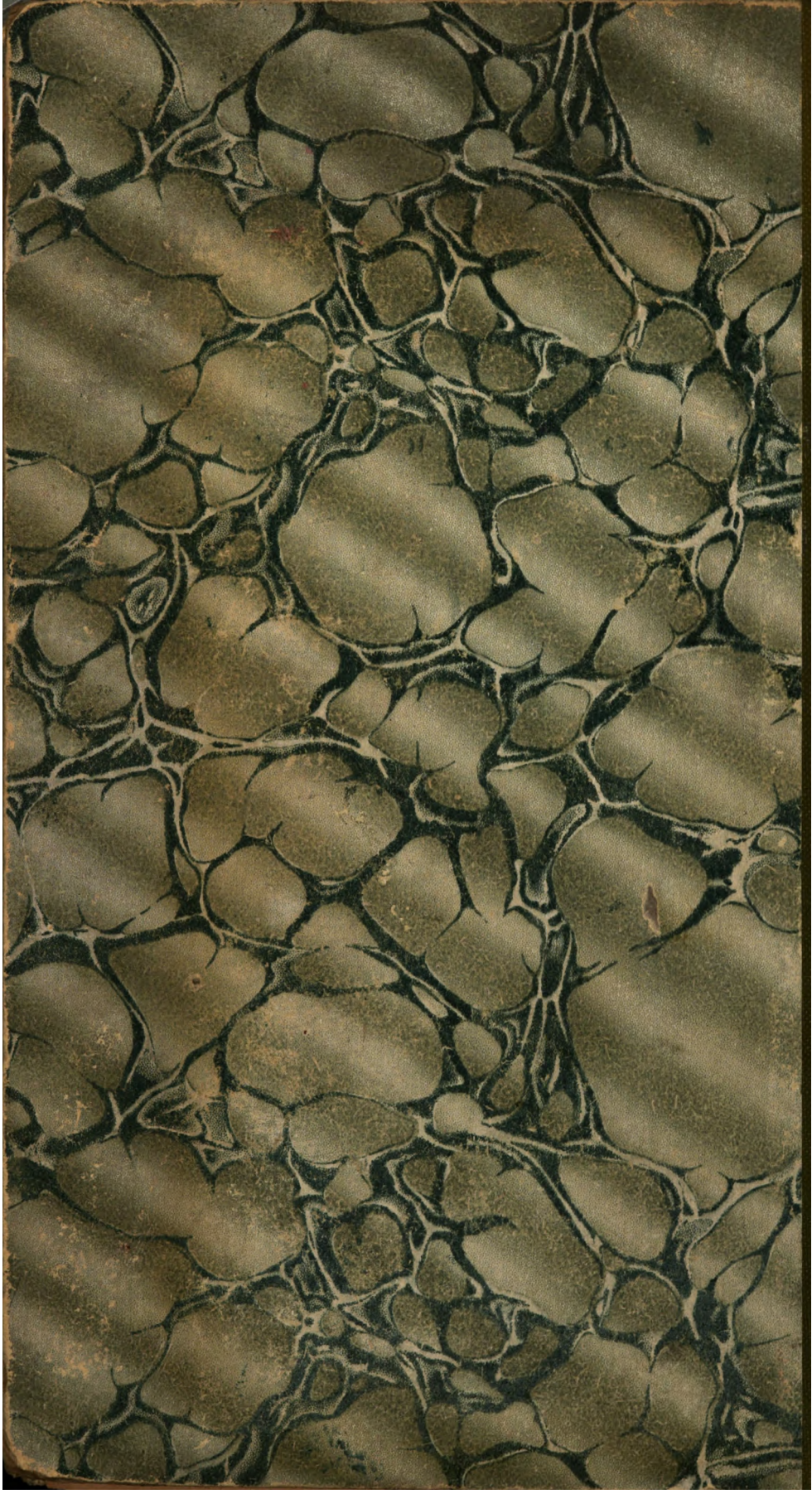
verbunden und empfehlen unser assortiertes Lager in

Schul- und Bureau-Artikeln, Postkarten- und Briefmarken-Albums, Ansichtskarten, Glückwunschkarten, Wand-, Abreiss- und Notizkalendern, Papier-Wäsche, Gesellschaftsspielen, Briefpapier, lose und in Kassetten, Schreib-Artikeln usw. usw.

Bücher, welche sich nicht am Lager befinden, können in 2 bis spätestens 3 Tagen besorgt werden. Ferner machen wir darauf aufmerksam, dass **alle** von anderer Seite offerierten Bücher von uns **zu denselben Preisen,** ohne Portokosten, geliefert werden können.

Prompte Bedienung und weitgehendstes Entgegenkommen wird zugesichert.

This book should be ret
the Library on or before the
stamped below.
A fine of five cents a day is
by retaining it beyond the
time.
Please return promptly.

DUE NOV 16 '36

SEP -2'52H